



# Landtag von Baden-Württemberg

81. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 8. Februar 1996 · Haus des Landtags

Beginn: 9.30 Uhr

Schluß: 20.23 Uhr

## INHALT

Eröffnung — Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6799	Abg. Rapp REP . . . . .	6855
1. Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses „Genehmigungsverfahren, sicherheitstechnische Auslegung, Aufsicht und Begutachtung im Zusammen- hang mit dem Kernkraftwerk Obrigheim (KWO)“ — Drucksache 11/7005 . . . . .	6799	Abg. Walter GRÜNE . . . . .	6856
Abg. Scheuermann CDU . . . . .	6799	Abg. Dr. Döring FDP/DVP . . . . .	6859
Abg. Brinkmann SPD . . . . .	6801	Staatssekretär Brechtken . . . . .	6860
Abg. Krisch REP . . . . .	6803	Beschluß . . . . .	6864
Abg. Kuhn GRÜNE . . . . .	6805	Abg. Birgitt Bender GRÜNE (zur Abstimm- mung) . . . . .	6864
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	6807	Abg. Maurer SPD (zur Abstimmung) . . . . .	6865
Abg. Drexler SPD . . . . .	6810	Abg. Oettinger CDU (zur Abstimmung) . . . . .	6865
Minister Harald B. Schäfer . . . . .	6811	4. Fragestunde — Drucksache 11/7088	
Beschluß . . . . .	6815	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Claus Weyrosta SPD — Neubewertung bautechnischer Zu- stände von Kanalsystemen, Stahlbeton- Brückenbauten und -Fahrbahndecken . . . . .	6838
2. Aktuelle Debatte — „Bündnis für Arbeit — Ba- den-Württemberg“ — beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	6816	Schriftliche Antwort . . . . .	6838
Abg. Birgitt Bender GRÜNE . . . . .	6816, 6832	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Claus Weyrosta SPD — Sicherung von Kernkraftanlagen ge- gen Flugzeugabstürze . . . . .	6839
Abg. Dr. Repnik CDU . . . . .	6817	Abg. Weyrosta SPD . . . . .	6839, 6840
Abg. Wettstein SPD . . . . .	6819, 6834	Staatssekretär Reinelt . . . . .	6839, 6840, 6841
Abg. Deuschle REP . . . . .	6822, 6835	Abg. Krieg GRÜNE . . . . .	6840
Abg. Dr. Döring FDP/DVP . . . . .	6823, 6836	Abg. Dr. Scharf FDP/DVP . . . . .	6841
Staatssekretär Brechtken . . . . .	6824	Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6841
Minister Mayer-Vorfelder . . . . .	6827	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Dieter Puchta SPD — Verkauf der Neckar AG . . . . .	6841
Abg. Kurz CDU . . . . .	6833	Abg. Dr. Puchta SPD . . . . .	6841, 6842
Abg. Deuschle REP (persönliche Erklärung) . . . . .	6837	Staatssekretär Baumhauer . . . . .	6841, 6842, 6843 6844, 6845
3. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — Situation und Perspektiven des Einzelhandels in Baden-Würt- temberg — Drucksachen 11/6151, 11/6749. . . . .	6851	Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6842, 6843
Anträge Drucksachen 11/7117 und 11/7123		Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	6843
Abg. Oettinger CDU . . . . .	6851	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	6844
Abg. Weyrosta SPD . . . . .	6853		

Abg. Brinkmann SPD . . . . .	6844	Abg. Dr. Maus CDU . . . . .	6877
Abg. Gaßmann SPD . . . . .	6844	Abg. Heiler SPD . . . . .	6879
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Bloem- mecke CDU — <b>Private Pflegedienste</b> . . . . .	6845	Abg. König REP . . . . .	6880
Abg. Bloemcke CDU . . . . .	6845, 6846	Abg. Hackl GRÜNE . . . . .	6880
Staatssekretär Weinmann . . . . .	6845, 6846	Abg. Veigel FDP/DVP . . . . .	6882
Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	6846	Minister Birzele . . . . .	6882
Abg. Seltenreich SPD . . . . .	6846	Beschluß . . . . .	6884
4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP — <b>Erfolg und Fortschritte bei der AK-Sanierung</b> . . . . .	6846	Abg. Hackl GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6885
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	6846, 6847	Abg. Wilhelm REP (zur Abstimmung) . . . . .	6886
Staatssekretär Reddemann . . . . .	6846, 6847	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Feuerwehr- gesetzes — Drucksache 11/6874</b> . . . . .	
Abg. Krieg GRÜNE . . . . .	6847	Beschlußempfehlung und Bericht des Innenaus- schusses — <b>Drucksache 11/7114</b> . . . . .	6886
4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König REP — <b>Logopädie-Unterricht an Sonder-/För- derschulen</b> . . . . .	6847	Antrag Drucksache 11/7116 . . . . .	
Abg. König REP . . . . .	6848	Abg. Haasis CDU . . . . .	6886, 6890
Staatssekretär Köberle . . . . .	6848	Abg. Göschel SPD . . . . .	6887
4.7 Mündliche Anfrage des Abg. Winfried Scheu- ermann CDU — <b>Versuch Kalte Rotte, Heil- bronn</b> . . . . .	6848	Abg. Bühler REP . . . . .	6887
Abg. Scheuermann CDU . . . . .	6848	Abg. Hackl GRÜNE . . . . .	6888
Staatssekretär Reinelt . . . . .	6848, 6849, 6850	Abg. Veigel FDP/DVP . . . . .	6889
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	6849	Minister Birzele . . . . .	6891
Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	6849	Beschluß . . . . .	6892
Abg. Herbricht REP . . . . .	6849	8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung — <b>Gesetz zum Staatsvertrag zur Ände- rung des Staatsvertrags über den Südwestfunk — Drucksache 11/6893</b> . . . . .	6837
Abg. Mühlbeyer CDU . . . . .	6849	Beschluß . . . . .	6837
Abg. Dr. Scharf FDP/DVP . . . . .	6850	9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung — <b>Gesetz zu dem Übereinkommen der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Groß- herzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solo- thurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenar- beit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen — Drucksache 11/7085</b> . . . . .	6837
Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Geschäfts- ordnung) . . . . .	6850	Beschluß . . . . .	6837
4.8 Mündliche Anfrage des Abg. Friedrich-Wil- helm Kiel FDP/DVP — <b>Stellenbesetzung im Finanzministerium</b> . . . . .	6850	10. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE — <b>Gesetz zur Änderung des Schulgeset- zes — Drucksache 11/6882</b> . . . . .	
Schriftliche Antwort . . . . .	6851	Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport — <b>Drucksache 11/7057</b> . . . . .	6892
5. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesbeauf- tragten für den Datenschutz vom 11. Dezember 1995 — <b>Sechzehnter Tätigkeitsbericht der Landes- beauftragten für den Datenschutz — Drucksachen 11/6900, 11/7081</b> . . . . .	6865	Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE . . . . .	6892, 6896
Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . .	6865	Abg. Meyer CDU . . . . .	6894
Abg. Bebber SPD . . . . .	6867	Abg. Carla Bregenzer SPD . . . . .	6894
Abg. Dr. Schlierer REP . . . . .	6868	Abg. König REP . . . . .	6895
Abg. Birgitt Bender GRÜNE . . . . .	6869	Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	6896
Abg. Kiesswetter FDP/DVP . . . . .	6871	Staatssekretär Köberle . . . . .	6896
Minister Birzele . . . . .	6872	Beschluß . . . . .	6897
Beschluß . . . . .	6877		
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung — <b>Gesetz über die Sicherheitsüberprü- fung aus Gründen des Geheimschutzes (Landessi- cherheitsüberprüfungsgesetz — LSÜG) — Druck- sache 11/6870</b> . . . . .			
Beschlußempfehlung und Bericht des Innenaus- schusses — <b>Drucksache 11/7052</b> . . . . .	6877		
Antrag Drucksache 11/7106 . . . . .			

<p>11. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben — Drucksachen 11/7024, 11/7035, 11/7036, 11/7037, 11/7038, 11/7039, 11/7040, 11/7041, 11/7048 . . . . . 6897</p> <p>    Abg. Schaal REP . . . . . 6897</p> <p>    Abg. Rebhan CDU . . . . . 6897, 6898</p> <p>Beschluß . . . . . 6898</p>	<p>14. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 1995 — Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Entwurf einer Verordnung (EG) des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse und für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse — Drucksachen 11/6881, 11/7089 . . . . . 6898</p> <p>Beschluß . . . . . 6898</p>
<p>12. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten — Drucksachen 11/6990, 11/6991, 11/7082 . . . . . 6898</p> <p>Beschluß . . . . . 6898</p>	<p>15. Kleine Anfragen — Drucksachen 11/6977, 11/6997, 11/7002 . . . . . 6898</p>
<p>13. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 29. Dezember 1995, Az.: GR 3/95, und vom 18. Januar 1996, Az.: GR 1/96 — Normenkontrollverfahren des Landkreises Esslingen sowie der beiden Großen Kreisstädte Schorndorf und Waiblingen betr. § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 22 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart — Drucksache 11/7083 . . . . . 6898</p> <p>Beschluß . . . . . 6898</p>	<p>16. Abgeordnetenbriefe . . . . . 6898</p> <p>17. Schlußansprache des Präsidenten . . . . . 6898</p> <p>    Präsident Dr. Hopmeier . . . . . 6898</p> <p>    Abg. Dr. Geisel SPD . . . . . 6902</p> <p>Anlage</p> <p>    Statistische Angaben über die Arbeit des 11. Landtags von Baden-Württemberg . . . . . 6904</p>



## Protokoll

über die 81. Sitzung vom 8. Februar 1996

Beginn: 9.30 Uhr

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 81. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Liane Öffermanns.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel, Herr Wirtschaftsminister Dr. Spöri, Frau Sozialministerin Helga Solinger, Herr Justizminister Dr. Schäuble und Herr Staatssekretär Wabro.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Dann gehen wir auch! — Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Du bleibst hier!)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

**Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses „Genehmigungsverfahren, sicherheitstechnische Auslegung, Aufsicht und Begutachtung im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Obrigheim (KWO)“ — Drucksache 11/7005**

Berichterstatter: Abg. Häuk, Abg. Kuhn

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich noch ein wenig außer Atem bin, dann hängt das damit zusammen, daß mein Zug eine halbe Stunde Verspätung hatte und bei der Bahn niemand so kundenfreundlich ist, am Bahnhof in Vaihingen für die Kunden drei schneller fahrende Züge anhalten zu lassen. Ich wollte das hier nur einmal sagen. Vielleicht kommt das damit in die Öffentlichkeit. Das war der Zweck dieser Anmerkung.

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

Aber nun zurück zur Tagesordnung.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Nagel SPD: Dann schnaufen Sie mal durch!)

Der Untersuchungsausschuß Obrigheim ist im März 1994 hier im Landtag eingesetzt worden.

(Abg. Walter GRÜNE: Dann hätten Sie halt den Transrapid genommen!)

Wir von der CDU haben uns der Einsetzung dieses Ausschusses nicht widersetzt, weil auch wir ein Interesse daran hatten, daß die doch sehr erheblichen Vorwürfe, die von denen, die den Untersuchungsausschuß gewollt haben, erhoben worden sind, geklärt werden.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Scheuermann CDU:** Die Tatsache, daß wir heute längst nicht mehr die Aufmerksamkeit für die Ergebnisse dieses Ausschusses haben, wie sie bei der Einsetzung zu beobachten war, zeigt ganz deutlich, daß von den Vorwürfen nichts mehr übriggeblieben ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kuhn, wenn Sie dann in Ihrem Sondervotum der Grünen schreiben, die ganze Geschichte des Kernkraftwerks Obrigheim sei eine „Chronique scandaleuse“,

(Beifall des Abg. Buchter GRÜNE — Abg. Hackl GRÜNE: Dann ist das richtig!)

dann muß ich sagen, daß dieses Urteil mit den Erfahrungen eines unvoreingenommenen Beobachters im Untersuchungsausschuß überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wenn Sie dann zweitens sagen,

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Herr Kuhn, die Mehrheit habe die Arbeit des Untersuchungsausschusses behindert, dann sage ich Ihnen an dieser Stelle: Das einzige, dessen ich mir in dieser Richtung bewußt bin, ist die Tatsache, daß wir Ihre maßlos überzogenen Kopierwünsche zugunsten des Steuerzahlers beschnitten haben.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Wenn Sie das als Behinderung ansehen, bin ich stolz auf diese Behinderung.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Geht das wieder gegen mich, oder was?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Urteil

(Scheuermann)

(Unruhe — Glocke des Präsidenten — Abg. Kuhn  
GRÜNE: Alle gegen einen! Das ist doch un-  
recht!)

über diesen Untersuchungsausschuß sind sich SPD, Republi-  
kaner, FDP/DVP und CDU einig: Von den Vorwürfen ist  
im wesentlichen nichts mehr übriggeblieben.

Woher kommt es nun, daß die Grünen zu einem anderen  
Ergebnis kommen?

(Abg. Alfred Haas CDU: Weil das vorher schon  
feststand!)

Ich möchte drei Gründe anführen:

Erstens: Man geht an die Beweiswürdigung des Untersu-  
chungsausschusses nicht unvoreingenommen heran, sondern  
man weiß schon von vornherein, was in diesem Untersu-  
chungsausschuß herauskommen soll.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja!)

Zweitens: In wichtigen Rechtsfragen werden eindeutige Au-  
ßenseitermeinungen vertreten.

Letztlich: Wenn diese beiden Mittel nicht helfen, dann wird  
einfach gesagt, der Zeuge habe die Unwahrheit gesagt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und dubiose Zeugen  
dann auch noch!)

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Wer das schärfste  
Schwert der Opposition, einen Untersuchungsausschuß ein-  
zusetzen, gebraucht, der sollte dann im Verlauf eines solchen  
Untersuchungsausschusses wenigstens einigermaßen unvor-  
ingenommen und objektiv in diesem Untersuchungsaus-  
schuß mitarbeiten.

(Abg. Alfred Haas CDU: So etwas kennt der Kuhn  
nicht!)

Das war bei den Grünen sicherlich nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Alfred  
Haas CDU: „Objektiv“ kennt der Kuhn gar nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anfangs stand,  
wie wir so schön sagen, die Genehmigungsarchäologie für  
das Kernkraftwerk Obrigheim im Vordergrund. Aber für  
uns war eindeutig die Sicherheitsfrage die wichtige Frage: Ist  
die Sprödbrechtsicherheit gegeben, oder ist sie nicht gege-  
ben?

Zusätzlich zu dem, was ja schon in der Öffentlichkeit dar-  
über berichtet worden ist, möchte ich nur noch auf folgen-  
des hinweisen: Wenn ein so kernkraftkritisch eingestellter  
Minister wie Umweltminister Schäfer nach der Revision  
nichts anderes tun kann, als das Wiederanfahren des Kern-  
kraftwerks zuzulassen, und wenn ein so kernkraftkritischer  
Rechtsanwalt wie der Rechtsanwalt de Witt nichts anderes  
tun kann, als dem zuständigen Minister das Wiederanfahren  
zu empfehlen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Und wenn Sie auch der Mei-  
nung sind!)

dann ist das für mich noch ein viel stärkerer Beweis für die  
Sprödbrechtsicherheit als alles, was wir im Untersuchungs-  
ausschuß erhoben haben.

(Beifall des Abg. Krisch REP — Abg. Kuhn  
GRÜNE: Beweist alles! Schäfer beweist es mit Si-  
cherheit!)

Wenn Herr Schäfer und Herr de Witt nur das kleinste Haar  
in der Suppe des Sicherheitsnachweises gefunden hätten,  
dann wäre von ihnen das Wiederanfahren des Reaktors  
nach der Revision 1995 nicht zugelassen worden.

(Abg. Bebbler SPD: Korrekt! Das sehe ich auch so!)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Ge-  
danken auf die gemeinsame Beschlußempfehlung verwen-  
den. Wir sagen erstens, daß wir keine Rechtfertigung mehr  
dafür erkennen, daß die Zuständigkeit für die Kernkraft-  
werke auf zwei Ministerien aufgeteilt ist: Der technische  
Sachverstand ist zur Zeit beim Umweltministerium, und für  
die Genehmigungen ist das Wirtschaftsministerium zustän-  
dig. Aber niemand kann ohne technischen Sachverstand Ge-  
nehmigungen aussprechen, Genehmigungen versagen oder  
zurücknehmen. Deswegen halten wir es in unserer Empfeh-  
lung für richtig, diese beiden Zuständigkeiten in einem Mi-  
nisterium zusammenzuführen.

(Minister Harald B. Schäfer: Guter Vorschlag!)

Zweitens meinen wir, wir haben gute Erfahrungen damit ge-  
macht, daß wir zur Beantwortung einer Zweifelsfrage oder  
einer Streitfrage außer dem zuständigen TÜV Südwest neu-  
tralen Sachverstand als Gutachter hinzuziehen. Das ist der  
Grund für die entsprechende Beschlußempfehlung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit der Einsetzung  
dieses Untersuchungsausschusses haben diejenigen, die ihn  
gewollt haben, zunächst schweres Geschütz aufgeföhren.  
Man stelle sich nur einmal vor, das Kernkraftwerk Obrig-  
heim hätte im Verlauf dieses Untersuchungsausschusses vom  
Netz genommen werden müssen. Die Antiatomlobby in der  
ganzen Republik wäre in ein Freudengeschrei ausgebrochen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das stimmt!)

Es stand also schon einiges auf dem Spiel. Es kam aber ganz  
anders. Das Kernkraftwerk Obrigheim ist wieder am Netz.  
Es ist auf Herz und Nieren überprüft

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es hat doch kein Herz und  
schon gar keine Nieren!)

und — um in dieser Sprache zu bleiben — für gesund be-  
funden worden, und zwar zum Leidwesen von Ihnen und Ih-  
rer Fraktion, Herr Kuhn. Anstatt aber still und leise einzu-  
gestehen, daß man nicht erreicht hat, was man mit dem  
Untersuchungsausschuß erreichen wollte, flüchten sich die  
Grünen in Behauptungen und Konstruktionen, die kaum je-  
mand nachvollziehen kann.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit vier Feststellun-  
gen beenden.

(Scheuermann)

Erstens: Die für das Kernkraftwerk Obrigheim zuständige Landesverwaltung hat solide, verantwortungsvoll und vor allen Dingen richtig gearbeitet.

Zweitens: Die Beschäftigten des Kernkraftwerks Obrigheim sind keine Hasardeure, sondern Menschen, die ihr Handwerk verstehen.

Drittens: Das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses ist ein weiterer Beweis für die Verantwortbarkeit der Kernenergie. Die Grünen wollten das Gegenteil glauben machen — ich meine, ein unverantwortliches, sehr durchsichtiges Schauspiel.

Viertens: Obsiegt in und mit diesem Untersuchungsausschuß haben diejenigen, die sich täglich für die Sicherheit und Beherrschbarkeit der Kernenergie einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehen Sie es mir nach, daß ich meine Bewertung des Untersuchungsausschusses zum Atomkraftwerk Obrigheim mit einer ganz persönlichen Bemerkung beginne.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Kommt darauf an!)

Als jemand, der vor ziemlich genau 21 Jahren, im Februar 1975, im Rheinwald bei Wyhl gegessen ist, um den Bau des Atomkraftwerks Wyhl zu verhindern

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE — Weitere Zurufe)

— das würde manchem guttun —, als jemand, der vor 20 Jahren — übrigens zusammen mit unserem heutigen Umweltminister — maßgeblich daran beteiligt war, im südbadischen Heitersheim eine Fabrik für Atombrennstäbe und damit den Einstieg Baden-Württembergs in die Plutoniumwirtschaft zu verhindern.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

als jemand, der 20 km vom französischen Atomkraftwerk Fessenheim entfernt mit seiner Familie lebt,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

habe ich mir die Arbeit in diesem Untersuchungsausschuß

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Herr Kollege, vielleicht können Sie auch einmal ernsthaft zuhören — wahrhaft nicht einfach gemacht.

(Unruhe)

In dieser Situation und bei diesen politischen Wurzeln tut man sich schwerer als mancher Kollege bei der Beurteilung der Sicherheit und der Genehmigungsgeschichte eines Atomkraftwerks.

Herr Kollege Haas, man bedient sich auch nicht der verharmlosenden Semantik, die ein Atomkraftwerk „Kernkraft-

werk“ nennt. Ich kann und ich konnte mich während des Untersuchungsausschusses nicht davon lösen, daß ich insgeheim und doch gar nicht so geheim gehofft hatte, Mängel zu finden, die es uns erlaubt hätten, das älteste deutsche Atomkraftwerk vom Netz zu nehmen. Um das Ergebnis vorwegzunehmen — und das sage ich nicht nur persönlich, sondern auch für meine Fraktion —: Es ist uns nicht gelungen, einen Fehler zu finden,

(Abg. Alfred Haas CDU: Pech gehabt! Zurück in den Wyhler Wald!)

der bei dem gegenwärtigen deutschen Atomrecht ausreichen würde, das Atomkraftwerk abzuschalten. Nach geltendem Atomrecht müssen wir feststellen, daß das Atomkraftwerk Obrigheim als sicher gilt.

Dem Ausschuß haben 70 m Akten zur Verfügung gestanden. Wir haben 39 Zeugen und Auskunftspersonen gehört. Wer kann so vermessen sein, von sich zu behaupten, er habe alle zigtausend Aktenseiten gründlich studiert? Bei aller Gründlichkeit kann ich nicht ausschließen, daß sich nicht möglicherweise doch in einer verborgenen Aktenseite noch ein Fehler finden ließe. Allerdings haben wir ihn nicht gefunden.

Auch nach diesem Untersuchungsausschuß weiß ich nicht, ob das Atomkraftwerk sicher ist. Ich weiß aber, daß wir keine juristisch belastbare Handhabe zum Abschalten gefunden haben. Und letzteres ist schließlich der Maßstab, an dem ein verantwortlicher Minister sein Handeln selbst messen muß und sich von uns messen lassen muß.

Den von unserem Koalitionspartner CDU gewünschten Persilschein kann ich dem Atomkraftwerk Obrigheim schon deshalb nicht ausstellen, weil wir nicht alle Aspekte untersucht haben, nicht alle Aspekte untersuchen konnten und nicht alle Aspekte vom Untersuchungsauftrag abgedeckt waren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und Sie nicht von allem eine Ahnung haben!)

Sonst müßte ich hier herausstellen, um nur einen Aspekt zu nennen, daß es nicht gegen Flugzeugabstürze sicher ist, und sonst müßte ich hier herausstellen, daß allein schon die ungesicherte Entsorgung der abgebrannten Brennelemente eine höchst unsichere Situation darstellt.

Wir können allerdings auch nicht der Bewertung des Kollegen Kuhn folgen, der offensichtlich immer noch glaubt, eine Abweichung des tatsächlichen Baus von der Genehmigung und einen Mangel beim Nachweis der Sprödebruchsicherheit feststellen zu können. Bei allen Bemühungen unsererseits, Herr Kuhn, Ihnen darin zu folgen, müssen wir feststellen: Sie liegen da falsch. Der Sicherheitsbericht 1964, in dem in der Tat ein anderes Atomkraftwerk beschrieben ist als gebaut, ist nach dem damaligen Recht nicht Bestandteil der Genehmigung. Darauf ist in der Dritten Teilerrichtungsge-nehmigung auch ausdrücklich hingewiesen. Das Atomkraftwerk Obrigheim ist anders errichtet, als im Sicherheitsbericht 1964 beschrieben,

(Abg. Scheuermann CDU: Das bestreitet niemand!)

aber es ist nicht anders errichtet als genehmigt.

(Brinkmann)

Damals, vor 30 Jahren — Herr Kuhn, Sie hatten gerade Ihre Pubertät begonnen;

(Heiterkeit bei der CDU)

der glühende Atomkraftwerksbefürworter Hauk war noch in der Grundschule; mir hat man versucht im Studium weiszumachen, es sei ein Naturgesetz, daß sich der Stromverbrauch alle sieben Jahre verdoppelt; das war noch eine andere Zeit —, war noch nicht vorgeschrieben, Herr Kollege Kuhn — das wissen Sie —, identische Einhängen in den Reaktordruckbehälter einzubringen. Dies ist für uns heute schwer verständlich, aber es war damals leider so; das müssen wir auch sehen.

An diesen Tatsachen konnte natürlich auch ein Umweltminister nicht vorbeigehen, als er 1992 dem Wirtschaftsminister empfahl, die endgültige Genehmigung zu erteilen. Wir stellen fest: Der Umweltminister hat in einem beispiellos gründlichen Verfahren und erstmals in diesem Ministerium die hausinternen Kritiker sorgfältig angehört und deren Meinung gründlich bewertet, Schluß gemacht mit der engen Verquickung zwischen Aufsichtsbehörde, TÜV und Betreibern und unabhängige sachverständige Gutachter eingeschaltet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das heißt, die anderen waren nicht unabhängig?)

Daß er in seinem Bemühen, die Atomaufsichtsabteilung anders zu führen als bisher, vom Ministerpräsidenten behindert wurde, indem dieser sich weigerte, die Ernennungsurkunde für einen vom zuständigen Minister vorgeschlagenen Abteilungsleiter zu unterschreiben, haben andere zu verantworten und nicht der Umweltminister.

(Zuruf von der CDU: Guter Ministerpräsident!)

Ich jedenfalls und meine Fraktion können in dem, wie Minister Schäfer entschieden und gehandelt hat, nicht das geringste Fehlverhalten erkennen. Er unterscheidet sich wohl tuend von seinem Vorgänger,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das tut aber weh!)

der über das Ausscheiden eines hausinternen Kritikers offensichtlich so froh war, daß er zum Abschied nicht mit ihm über die unterschiedlichen Bewertungen gesprochen, sondern mit ihm ein Glas Sekt getrunken hat.

(Lachen bei der CDU und den Republikanern)

Ich möchte auch nicht, daß die Schnoddrigkeit der beiden Minister in diesem Ministerium wieder einkehrt,

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt ist Wahlkampf, Herr Brinkmann!)

die von der Zuckergußgenehmigung gesprochen haben — Herr Scheuermann, daß Sie dieses Wort nicht erstaunt hat! — und die bei der vorübergehenden Stilllegung vom Schaulaufen der Politik gesprochen haben.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse und dieser Bewertungen ziehen wir Sozialdemokraten die folgenden Schlüsse:

Erstens: Für die von der gegenwärtigen Landesregierung aus früheren Regierungen übernommene Trennung zwischen Genehmigungsbehörde Wirtschaftsministerium und Aufsichtsbehörde Umweltministerium gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Wir empfehlen, beide Zuständigkeiten zusammenzufassen.

Zweitens: Die enge Verbindung zwischen Atomkraftwerksbetreibern, TÜV Südwest und Atombehörde hat sich in der Vergangenheit als nicht gerade glücklich erwiesen. Wir empfehlen, auch künftig der Koalitionsvereinbarung von 1992 und der Praxis des Herrn Ministers Schäfer zu folgen und auch andere unabhängige Gutachter, Organisationen und Sachverständige hinzuzuziehen.

Drittens: Es muß endlich Schluß damit sein, daß einmal genehmigte kerntechnische Anlagen auf ewige Zeit als genehmigt gelten, wenn sie früher einmal Stand der Technik waren. Die Politik muß hier ein stärkeres Gewicht bekommen.

Ich weiß, daß dies beim gegenwärtigen Atomrecht schwierig ist hinsichtlich des Anspruchs auf finanzielle Entschädigung. Ich kann aber nicht einsehen, daß eine einmal erteilte Genehmigung dem Betreiber das Recht gibt, sich über den Abschreibungszeitraum hinaus auf den Schutz des Eigentums zu berufen. Hier — wie übrigens auch beim Immissionschutzrecht — passen Abschreibungsrecht und Atomrecht nicht zusammen. Gerade bei Technologien, die wie die Atomtechnologie nach übereinstimmender Auffassung ein Restrisiko beinhalten, ist die Sozialpflichtigkeit des Eigentums neu zu definieren.

Viertens: Es dürfen keine neuen Genehmigungen für Atomkraftwerke mehr erteilt werden, weder zum Neubau noch zum Ersatzbau. Eine derartige Technologie — das ist in diesem Untersuchungsausschuß erneut deutlich geworden — überfordert die Gesellschaft mit dem an sie gestellten Anspruch auf Akzeptanz.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

Das Primat der Politik, ein wesentliches Merkmal einer demokratischen Gesellschaft, verbietet es, die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit zu passiven Betrachtern der Entscheidungen sogenannter Experten zu machen.

Fünftens: Wir brauchen eine neue Energiepolitik, die auf Energiesparen und die Nutzung sich erneuernder natürlicher Energien setzt. Die Atomtechnologie ist aus all den aufgezeigten Gründen nicht verantwortbar.

Lassen Sie mich schließlich all denen danken, die selbst nicht als Abgeordnete Entscheidungsträger waren und doch durch ihre Arbeit die wichtigen Erkenntnisse dieses Untersuchungsausschusses erst möglich gemacht haben: in erster Linie Herrn Reuter, dem Ausschußmitarbeiter, der die großartige Leistung vollbracht hat, bei dieser so überaus komplizierten Materie den Überblick zu behalten und den Abschlußbericht für uns vorzubereiten. Gedankt sei auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die durch ihre gründliche Arbeit einmal mehr bewiesen haben, wie wichtig es ist, daß unsere Entscheidungen sachkundig vorbereitet werden.

(Brinkmann)

Der Untersuchungsausschuß zum Atomkraftwerk Obrigheim schließt heute seine Arbeit ab. Die politische Diskussion um das Atomkraftwerk Obrigheim und um den notwendigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung wird und muß weitergehen — so hoffen wir es wenigstens.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu teuer, zu lange und zu ergebnislos — so bezeichnete ich am 19. Januar auf der abschließenden Pressekonferenz das Ergebnis unserer Arbeit im Ausschuß.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ihrer Arbeit! Das ist ja erstaunlich selbstkritisch, wie Sie über Ihre Arbeit reden!)

— Herr Bütikofer, zuhören, nicht meckern.

(Beifall der Abg. Deuschle und Trageiser REP)

Am Tag der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses, am 2. März 1994, sagte ich:

Bei der Nutzung der Kernenergie hat die Sicherheit der Bevölkerung und die Umweltverträglichkeit an erster Stelle zu stehen.

Und:

Bestehende Kernkraftwerke sind sicherheitstechnisch ständig auf dem neuesten Stand der Technik zu halten

Was ich damals sagte, gilt heute noch.

(Abg. Walter GRÜNE: So lange ist es ja auch noch nicht her!)

Zwischen dem März 1994 und dem Januar 1996 lagen 31 anstrengende Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses, lagen etwa 15 000 Arbeitsstunden aller daran Beteiligten. Zwischen beiden Terminen wurden Hunderte von Akten kopiert

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein!)

mit Kopierkosten in der Größenordnung von etwa einer halben Million Mark, im wesentlichen auf Verlangen der Fraktion GRÜNE.

Das Ergebnis des Ausschusses schließlich ist dieser 1 400-seitige Bericht. Ich schätze die Kosten für jedes Exemplar dieses Berichts auf 700 DM. Die 13 Grünen-Abgeordneten haben 70 Exemplare bestellt — die Mehrkosten betragen demnach etwa 50 000 DM. Wofür? Es gibt 70 Wahlkreise im Land — ein Schuft, wer dabei Böses denkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Es ist ja nicht das Geld der Grünen, es ist ja nur der Steuerzahler, der dies bezahlt.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Also, die Reps sollten nicht von der Verschwendung von Steuergeldern reden! Wer hat denn eure Flugblätter und die Zeitungsanzeigen alle bezahlt?)

In meiner abschließenden Stellungnahme habe ich die Kosten des Untersuchungsausschusses auf 2 Millionen DM geschätzt, Frau Kollegin.

(Abg. Dr. Schlierer REP zu den GRÜNEN: So gehen Sie mit Steuergeldern um!)

Hinzu kommen etwa 10 Millionen DM an zusätzlichen Kosten für die Betreiber des Kraftwerks — wiederum im wesentlichen verursacht durch Forderungen der Grünen.

Diese 12 Millionen DM Verschwendung durch das Verhalten der Grünen, das ist die wahre grüne Politik — nicht jene mit kleinen Kindern, denen eingeredet wird, der Oma schmeckten die Tomaten nicht mehr.

(Beifall bei den Republikanern — Lachen bei den GRÜNEN)

Als erste Fraktion in diesem Landtag hat meine Fraktion die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses „Kernkraftwerk Obrigheim“ beantragt. Unser Ziel war die sicherheitstechnische Überprüfung baden-württembergischer Kernkraftwerke.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das war sinnvoll und notwendig, und das wäre auch heute noch sinnvoll und notwendig. Denn der Untersuchungsausschuß hat sich von März 1994 bis Oktober 1995, also 18 lange Monate, nur und ausschließlich mit Fragen der Genehmigungsverfahren, mit Vorgängen aus den sechziger Jahren beschäftigt.

Alle Versuche meiner Fraktion, in diesem Ausschuß schon vorher Fragen der Sicherheit anzuschneiden, wurden von den übrigen Fraktionen blockiert und verhindert, Herr Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr habt doch selbst so einen Antrag gestellt!)

Der Abgeordnete Kuhn hat vom ersten Tag der Arbeit in diesem Ausschuß bis zum Tag des Abschlußberichts immer wieder die gleichen, die falschen, die für Techniker lächerlichen und für Juristen fragwürdigen Behauptungen und Forderungen aufgestellt. Das ist den Protokollen des Ausschusses zu entnehmen.

Das wichtigste politische Instrument eines Parlaments, also der Untersuchungsausschuß, wurde damit von den Grünen systematisch mißbraucht.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Mitverantwortung der Medien ist bei diesem Vorgang zu hinterfragen. Denn ohne das Hochziehen dieses Themas durch die Medien wäre der Ausschuß wesentlich schneller zu Ende gegangen.

(Krisch)

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt die Ausländer vielleicht noch! — Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Sehr einfältig, Herr Kuhn! Gute Nacht!)

Die Aufrufe der Grünen zu Gewalt gegen Kerntechnik, die Teilnahme der Grünen-Politiker an Gewalttaten bei den Castor-Transporten

(Lachen des Abg. Walter GRÜNE)

erfolgten während der Arbeit dieses Ausschusses, quasi als grüne Zusatzaussage zur Ausschußarbeit. Und das, meine Damen und Herren, waren Gewalttaten, die Sachschaden und Transportgefährdung bei der Deutschen Bahn verursachten, die Personenschäden, ja sogar den Tod unbeteiligter Bürger billigend in Kauf nahmen. So sieht grüne Politik ohne Maske aus!

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, 1992 wurde das Kernkraftwerk Obrigheim endgültig genehmigt. Die Dauerbetriebsgenehmigung war eine der ersten Amtshandlungen des neuen Umweltministers Schäfer. Es gab weder 1992, noch gibt es heute Gründe, an der Rechtmäßigkeit dieser Dauerbetriebsgenehmigung zu zweifeln.

1994 trat eine nicht meldepflichtige Leckage an einem Deckelstutzenflansch auf, die von Kernkraftgegnern in diesem Haus aufgebauscht wurde, denen damals und auch heute noch leider das erforderliche Fachwissen fehlt. Das war der entscheidende Auslöser für die Diskussion in diesem Landtag über das Kernkraftwerk Obrigheim und die Einsetzung des Ausschusses.

Meine Anerkennung und meine Hochachtung für den Ausschußvorsitzenden Drexler und für die Mitarbeiter des Ausschusses, vor allem für Herrn Reuter, die diesen schwierigen Ausschuß ganz hervorragend bearbeitet und durchgearbeitet haben.

(Beifall bei den Republikanern — Heiterkeit bei den GRÜNEN — Unruhe)

— Recht muß Recht bleiben.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Krisch REP:** Zur Arbeit der Republikaner im Ausschuß: Schon vor der Einsetzung des Ausschusses haben wir uns deutlich dafür eingesetzt, eine sachgerechte und objektive Prüfung der Kraftwerke vorzunehmen, und diese Linie haben wir während des Ausschusses beibehalten. Wir haben verlangt, die Betreiber der Kernkraftwerke in die Pflicht zu nehmen, wenn sie sich in irgendeiner Form etwas hätten zuschulden kommen lassen.

Meine Fraktion hat während des Ablaufs des Untersuchungsausschusses vergeblich versucht, Kostensenkungen im Ausschuß vorzunehmen, sowie effektivere Arbeit und Kürzungen der weitschweifigen Ausschußarbeit angemahnt. Denn schon nach ganz wenigen Sitzungen des Ausschusses war abzusehen, daß keine dunklen Machenschaften während der Genehmigungsphase und des Baus des KKW's aufge-

deckt werden würden und keine untragbaren Sicherheitsrisiken zu finden waren.

Was ist heute — am 8. Februar — der Stand der Dinge? Das KWO ist am Netz, die Sicherheit der Bevölkerung ist nicht gefährdet, und der Steuerzahler hat, ohne zu murren und sicher ohne das zu wissen, die immensen Kosten — verursacht durch die grüne Fraktion — bezahlt. Der Ausschuß hat 80 % seiner Arbeit mit rechtsarchäologischer Tätigkeit ohne Nutzen für das Land verwendet. Es gibt keine Beanstandungen, die zu rechtlichen Maßnahmen gegen das KKW hätten führen können. Bei konzentrierter Arbeit des Ausschusses hätte man das gleiche Ergebnis zu einem Fünftel der Kosten erhalten können.

Im Abschlußbericht haben wir deshalb verlangt, zukünftige Untersuchungsausschüsse nach den Regeln ordentlicher Haushaltsführung abzuwickeln. Das bedeutet die Vermeidung von Verschwendung, von Beratungszeiten und sparsame Erstellung von Unterlagen. Im konkreten Fall Obrigheim wurde Geld vergeudet, weil die jetzt geltende Geschäftsordnung die Erfüllung der Forderungen der Grünen verlangt. Das heißt, wir fordern, das zu ändern, wenn auch die Geschäftsordnung des Landtags zu ändern ist.

Während dieser Landtag mit seinem Untersuchungsausschuß 22 Monate lang über einen der sichersten Reaktoren der Welt debattierte, sind die Atomzeitbomben von Tschernobyl weiter am Netz, mit miserabel ausgebildetem und schlecht bezahltem Personal,

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sind wir endlich mal bei den Ausländern!)

mit demotiviertem und gleichgültigem Personal sowie mit Anlagen, die bei uns nicht nur der TÜV, sondern jeder verantwortungsbewußte Betriebsleiter sofort stilllegen würde.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Grüne Politik, meine Damen und Herren, entspricht dem Verhalten eines Menschen, der das Licht im Klo ausdreht, das Licht im Daimler-Stadion — das Flutlicht — aber brennen läßt und dann erzählt, er sei energiebewußt.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Bütikofer GRÜNE: Geh aufs Klo! — Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Solange die Nachbarländer im Osten die eigene und damit auch unsere Umwelt zerstören, ohne daß die Regierenden im Bund und in den Ländern sich darum kümmern, solange umweltschädigende Handlungen in unseren Nachbarstaaten von unserer Regierung sogar noch durch großzügigste Zahlungen finanziell unterstützt werden, so lange, meine Damen und Herren, wird unser Grundgesetz verletzt; denn es verlangt, Schaden von unserem Volk zu wenden. Deshalb brauchen wir eine noch stärkere blaue Fraktion im nächsten Landtag.

(Beifall bei den Republikanern — Lachen bei der SPD — Abg. Dr. Caroli SPD: Bewahre uns davor!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu meinem Vorredner möchte ich nur sagen, daß es ja vielleicht mal ganz gut war, daß diesmal nicht die Ausländer schuld waren, sondern die Grünen. Dies mag eine gewisse Entlastungswirkung mit sich bringen.

(Lachen bei den Republikanern)

Ernst möchte ich auf diese Rede wirklich nicht eingehen.

Der Untersuchungsausschuß, meine Damen und Herren, hat zwei Jahre lang viel gearbeitet, und es ist in der Tat gelungen, auf einige Stellen dieser Chronique scandaleuse Licht zu werfen, aber auch Fehler und Schwächen der Atomaufsicht, sowohl unter Minister Vetter CDU als auch unter Minister Schäfer SPD, aufzudecken. Wir sind in unserer Wertung — Sie haben es ja zum Teil auf den Tischen liegen — in der Minderheit geblieben. Ich will einfach den politischen Grund nennen.

Der Reaktor ist ja in seiner Genehmigungszeit auch die Geburt einer großen Koalition gewesen. Danach gab es eine lange schwarze Zwischenphase, und in der Zeit des Untersuchungsausschusses haben wir wieder eine große Koalition. Das ist ganz einfach nach folgendem Muster gegangen: Tut Rot Schwarz nichts, dann tut Schwarz Rot nichts.

(Abg. Brinkmann SPD: So einfach denken Sie!)

— Herr Brinkmann, so manche Fragerunde in diesem Ausschuß war von Ihrer Seite eher eine Verhüllungs- und Verwirrungsrunde und diente eher einer gezielten Desinformation als wirklicher Aufklärung. Ich finde es wirklich charmant, Herr Brinkmann, daß Sie sich hier am Anfang Ihrer Rede als der große Wyhl-Kämpfer dargestellt haben; es hat nur noch gefehlt, daß Sie sich als Gründungsmitglied der Grünen bezeichnet hätten.

(Abg. Brinkmann SPD: Den Fehler habe ich nie gemacht, Herr Kollege!)

Die Arbeit, die Sie konkret geleistet haben, hat mir nicht nach Biß und Aufklärung oder „Wir suchen den Fehler“ ausgesehen, sondern eher danach: Wir schützen unseren lieben Schäfer.

(Abg. Brinkmann SPD: Weil Sie da Scheuklappen haben!)

Eine einzige Bemühung bei Ihnen war wirklich persönlich sichtbar: daß Sie es nach meinen persönlichen Aufzeichnungen einmal 44,5 Minuten geschafft haben, ohne Zigarette auszukommen. Das mag als persönlicher Rekord Ihrerseits gelten.

(Heiterkeit — Abg. Trageiser REP: Das ist eine Frechheit! — Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Kollege Kuhn, haben Sie nichts anderes zu tun, als das abzustoppen?)

Doch jetzt zu den Ergebnissen. Ich möchte für meine Fraktion im einzelnen folgendes festhalten:

Erstens: Der Reaktor ist nach unserer Auffassung in wesentlichen sicherheitsrelevanten Teilen —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

beim RDB, beim Reaktorkern, bei den RDB-Einbauten sowie beim Dampferzeuger und dem Druckhalter — anders errichtet als genehmigt. Es ist übrigens charmant und zeigt wirklich die Gründlichkeit Ihrer Arbeit, Herr Brinkmann, daß Sie es noch heute hier in der Rede fertigbrachten — wie vorher ausweislich des Protokolls festzustellen ist — zu sagen, der Sicherheitsbericht sei nicht Bestandteil der Genehmigungsunterlagen. Dies ist er selbstverständlich; das können Sie nachlesen.

(Abg. Brinkmann SPD: Habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt: „nicht Bestandteil der Genehmigung“!)

Sowohl der Sicherheitsbericht als auch Anhang IV des Errichtungsgutachtens sind Genehmigungsbestandteil.

(Abg. Scheuermann CDU: Und die Änderung des Sicherheitsberichts! — Abg. Alfred Haas CDU: Herr Kuhn, haben Sie eigentlich gefehlt?)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brinkmann?

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Selbstverständlich, Herr Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Kollege Kuhn, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie mich falsch zitiert haben? Ich habe nicht gesagt, der Sicherheitsbericht 1964 sei nicht Bestandteil der Genehmigungsunterlagen, sondern ich habe gesagt: Er ist nicht Bestandteil der Genehmigung. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Trageiser REP: Das hat er nicht begriffen! — Abg. Scheuermann CDU: Endlich! Zwei Jahre hat er dazu gebraucht!)

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Gut, dann nehme ich zur Kenntnis, daß Sie diesen Unterschied machen.

(Lachen — Abg. Dr. Caroli SPD: Die Lehrstunde hat gewirkt! — Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist aber ein wichtiger Unterschied!)

— Nein, wir werden mal nachlesen, was Sie gesagt haben. Dann können wir das klären.

Meine Damen und Herren, die Frage, ob der Reaktor anders errichtet ist als genehmigt, wird sich vor Gericht entscheiden. Ich glaube, wir brauchen hier jetzt nicht lange darüber zu diskutieren. Wahrscheinlich noch in diesem Jahr wird der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim darüber urteilen. Aus meiner Kenntnis der Akten — —

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

— Herr Scheuermann, es lief doch bisher ganz gut. Wenn Sie außer Atem sind, dann schreien Sie nicht so dazwischen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das müssen Sie schon mir überlassen, Herr Kuhn!)

Jetzt haben Sie sich erholt, jetzt geht es wieder weiter.

(Kuhn)

(Abg. Scheuermann CDU: Das müssen Sie mir überlassen, Herr Kuhn!)

– Ja, Herr Scheuermann. Wenn Sie sich weiter nach vorne setzen, brauchen Sie nicht so zu schreien. Das schont die Stimmbänder und die Stimmritzen.

Vor Gericht werden wir also sehen, wie die Sache ausgeht. Persönlich bin ich der Meinung, daß der Untersuchungsausschuß auch mit den Akten, die überhaupt neu zum Ministerium gekommen sind, zum Beispiel Siemens-Akten, auch KWO-Akten, eine hervorragende Grundlage geschaffen hat, auch für die Entscheidung vor Gericht.

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen, nämlich die Atomaufsicht unter Dr. Vetter. Es ist deutlich geworden: Dr. Vetter ist im Ausschuß als der „gute Mensch von Ettlingen“ bei der Verabschiedung des Referatsleiters Günther in dessen vorzeitigen Ruhestand aufgetreten und hat noch ein Gläschen Sekt spendiert. Aber aus den persönlichen Unterlagen von Herrn Günther, die der Ausschuß zur Verfügung gestellt bekommen hat, geht doch deutlich hervor, daß Herr Günther deswegen gegangen ist, weil er mit der betreiberfreundlichen Atomaufsicht in Sachen KWO nicht zufrieden war und ihm außerdem Herr Minister Schäfer deswegen mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gedroht hat.

(Minister Harald B. Schäfer: Was, was, was?)

Also hier ist man im Hinblick auf die Freundlichkeit, wenn man in die Akten guckt, doch eines anderen belehrt worden.

Ich komme zum Jahr 1992. Damals hat im Schweinsgalopp – ich muß das wirklich politisch so nennen – der Atomgegner Schäfer diesem Reaktor eine Dauerbetriebsgenehmigung erteilt. Sein eigener Beitrag war – entgegen eigener Darstellung – eher gering; denn die Sicherheitsauflagen 15.2 und 15.4 stammen aus einem Vorentwurf des Herrn Dr. Vetter und die Sicherheitsauflagen 15.1 und 15.3 von Dr. Friedrich, der dann später in der Abteilung „gemobbt“ wurde. Schäfer hätte 1992 vor Erteilung einer Dauerbetriebsgenehmigung prüfen müssen, ob zum Beispiel der Sprödbruchsicherheitsnachweis erbracht ist. Das Verwaltungsgericht hat ihm ja im Jahr 1995 für dieses falsche Vorgehen die Quittung erteilt, indem es gesagt hat: Wer so elementare Sicherheitsbedenken hat, wie sie in den Auflagen zum Ausdruck kommen, der muß vor Erteilung einer Dauerbetriebsgenehmigung wirklich prüfen.

Wir meinen, daß spätestens hier ein Gefahrenverdacht bestanden hat,

(Abg. Brinkmann SPD: Das hat das Gericht aber anders gesehen!)

der eine vorübergehende Stilllegung nach § 13 Abs. 3 des Atomgesetzes möglich gemacht hätte.

Ich komme jetzt zu den Sicherheitsfragen, die im Ausschuß ja erst seit November 1995, also ganz am Schluß, besprochen worden sind. Ende 1994 waren drei Gutachter, also auch der TÜV, der Auffassung, daß die Auflage 15.2 – das ist der Sprödbruchsicherheitsnachweis – durch die Betreiber nicht erfüllt ist. Minister Schäfer hat am 14. Dezember im Ausschuß noch gesagt, zwei Gutachter seien dieser Meinung. Er hat offensichtlich von seiner eigenen Verwaltung,

vom Referatsleiter einen Vorentwurf des TÜV, der dies so sagt wie die anderen Gutachter, nicht durchgestellt bekommen. Dies wirft ein Licht auf die Frage, wer in der Abteilung und in dem entsprechenden Referat in diesem Ministerium tatsächlich das Sagen hat: eher Dr. Keil als Minister Schäfer.

Ich meine, daß spätestens zu diesem Zeitpunkt die Stilllegung wegen Gefahrenverdachts nach § 19 Abs. 3 des Atomgesetzes hätte erfolgen müssen. Es hat sich gezeigt, daß die Repräsentativität der Einhängeproben beim Schweißgut nicht gewährleistet ist, jedenfalls nach Auffassung zweier Gutachter. Es hat sich auch gezeigt, daß die Schweißnaht ganz anders bezüglich der Verhältnisse zwischen UP-Schweißgut und Hand-Schweißgut aufgebaut ist, als dies immer wieder angenommen worden ist. Auch dies ist ein Verdienst des Ausschusses. Es ist ja schon interessant zu wissen, daß das Ministerium ohne den Untersuchungsausschuß den Aufbau der Schweißnaht gar nicht richtig gekannt hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kommt weiter hinzu, daß nach Auffassung des Öko-Instituts bei allen Berechnungen die tatsächlichen Referenztemperaturen über den zulässigen Referenztemperaturen liegen. Dies ist ein Maß für die Frage, wann die Sprödbruchgefahr entsteht, auch bezüglich der Werte einer jüngsten Studie des Fraunhofer-Instituts, die KWO noch hinzugenommen hat. In der öffentlichen Darstellung der Gutachterergebnisse hat Minister Schäfer auf der Pressekonferenz genau diesen Punkt, nämlich den Einwand des Öko-Instituts, unterschlagen.

Dazu kommt, daß ein entscheidendes Gutachten, nämlich das des Oak Ridge National Laboratory in den USA, allein von KWO in Auftrag gegeben worden ist und nicht, wie besprochen und beschlossen war, von den Gutachtern in seinen Prämissen bewertet worden ist.

Deshalb komme ich für die Fraktion GRÜNE zu dem Ergebnis, daß es bei Schäfers Entscheidung im Jahr 1995 einen Sicherheitsrabatt gegeben hat. Es haben nämlich nicht alle Gutachter gesagt, daß der Sprödbruch beherrscht werden könne.

Ich möchte es ganz persönlich formulieren, weil hier immer so getan wird, als wäre das eine ideologische Auseinandersetzung. Wir sind ja als Grüne in einer paradoxen Situation: Ich muß für meine Familie und für alle Menschen in diesem Land hoffen, daß die Mehrheit mit ihrer Einschätzung „Dieser Reaktor ist sicher“ recht hat. Ich bin sehr im Zweifel, ob diese Hoffnung wirklich stabil begründet ist, weil ich viele Argumente dafür kenne, daß der Reaktor nicht sicher ist. Aber ich will es noch einmal sagen: Hoffentlich haben Sie recht, was die Sicherheit angeht, und nicht ich.

Ich meine aber, daß Günther Anders, der Philosoph und Technikkritiker, recht hat, der auch bezüglich dieser Technologie sagt, daß wir in einer Zivilisation leben, in der wir weiter werfen können, als wir sehen. Ich glaube, daß dies auch für KWO gilt.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis, das ich ansprechen möchte: Es hat sich gezeigt, daß es immer wieder Einflußnahmen und Verquickungen zwischen Aufsichts- und Genehmigungs-

(Kuhn)

behörde auf der einen Seite, dem TÜV und den Betreibern sowie dem Hersteller auf der anderen Seite gegeben hat.

Ich will ein kurzes Beispiel bringen, damit Sie sehen, was ich meine. 1992 hat der schon erwähnte Referatsleiter Dr. Keil den TÜV angewiesen, daß vom TÜV-Gutachten 1992 auch Formulierungen aus dem bewertenden Teil mit dem UM, also mit Dr. Keil, abzusprechen seien. So etwas ist nach meiner Auffassung ein Verstoß gegen § 20 des Atomgesetzes, das ja die Unabhängigkeit von Gutachtern verlangt. Der Betreiber hat immer wieder auf Personalentscheidungen im Ministerium Einfluß genommen, nicht nur jüngst bei der Abteilungsleiterbesprechung, sondern — so steht es in der Personalakte des früheren Referatsleiters, Herrn Günther — auch in früheren Jahren.

Auch 1992 — so hat sich gezeigt — hatten wir keine unabhängige Atomaufsicht. Der Rechtsanwalt de Witt, der wie Sie gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Wyhl war und dann später Gutachter für Schäfer war, bittet zum Beispiel das UM in einem Brief um eine Stellungnahme, ob er das Öko-Institut in seinem Gutachten richtig kritisiert habe. Das sind schon ganz interessante Zusammenspiele zwischen Gutachter und Abteilung im Umweltministerium.

Schließlich ist es Herrn Schäfer ja so gegangen: Er forderte im Jahr 1995 Herrn Dr. Keil auf, den Begutachtungsprozeß darzustellen. Anstatt daß dieser dies selber tut, gibt es diesen Auftrag an den TÜV weiter, der selber Gutachter ist. Der TÜV bewertet damit also den Begutachtungsprozeß, obwohl er selbst beteiligter Gutachter ist. Das zeigt, wie hier doch die Verbindungen sind. Deswegen haben wir auch im Minderheitenvotum gefordert, in Baden-Württemberg endlich die Unabhängigkeit der Atomaufsicht herzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Ich meine, daß wir vieles aufklären konnten. Die entscheidenden Fragen werden vor Gericht entschieden. Mit Sicherheit haben wir nicht alles aufklären können. Das ist bei dem Volumen dessen, was zu verhandeln war, nicht möglich. Es war auch manchmal schwierig, dem gezielten Verwirrspiel, das im Ausschuß erzeugt wurde, standzuhalten. Aber ich meine, es ist uns im großen und ganzen gelungen.

Ich möchte auch feststellen, daß nach meiner Auffassung Dr. Friedrich, von vielen als Kronzeuge der Grünen hochstilisiert, rehabilitiert ist, weil der Begutachtungsprozeß im letzten Jahr deutlich gemacht hat, daß viele seiner Sicherheitsanmerkungen, die in dem Vermerk, der den Ausschuß dann auch ausgelöst hat, dargetan sind, bestätigt worden sind. Von daher meine ich, daß man jetzt aufhören sollte, im Ministerium den Beamten Friedrich dafür zu diskriminieren,

(Abg. Brinkmann SPD: Wird er das?)

daß er diesen Ausschuß mit hervorgerufen hat.

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber eine böswillige Unterstellung!)

Schäfer und Spöri, die beiden Minister, die für die Dauerbetriebsgenehmigung und für das, was in den letzten Jahren mit Obrigheim geschehen ist, verantwortlich sind, sind nach Auffassung meiner Fraktion große Enttäuschungen. Sie,

Herr Schäfer, haben den Spielraum für einen möglichen Ausstieg aus Obrigheim nach unserer Auffassung nicht genutzt und keinesfalls eine sicherheitsorientierte Aufsicht geführt.

Ich wollte an dieser Stelle, Kollege Drexler, ein paar warme Worte zu Ihnen sagen.

(Abg. Drexler SPD: Ich wäre dankbar dafür!)

Aber nach dem, was Sie sich vorhin eingefangen haben, verlege ich das aufs Mittagessen.

Zum Abschluß: Nachher wird ein bekannter Politiker in Baden-Württemberg, wenn er sich an das schon verteilte Redemanuskript hält, folgendes sagen — ich zitiere —:

Ich bin zuversichtlich, daß es in Baden-Württemberg bald eine Regierungskoalition geben wird, die den Weg in Richtung einer umweltverträglichen, nachhaltigen Energieversorgung beschleunigt fortsetzen wird,

(Zuruf des Abg. König REP)

und daß in Bonn bald eine Regierung zustande kommt, die das Atomgesetz von einem Gesetz zur Förderung der Atomenergie in ein Kernenergieabwicklungsgesetz umgestaltet.

Das wird Herr Schäfer, wenn er sich an das Manuskript hält, nachher sagen.

(Abg. Brinkmann SPD: Da hat er recht! Das tut er!  
— Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP — Zuruf von der SPD: Ein guter Minister!)

In diesem Punkt, Herr Schäfer, haben Sie die Fraktion GRÜNE auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Kurz CDU:  
Woher haben Sie das Manuskript?)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Untersuchungsausschuß hat Herkulesarbeit geleistet.

(Abg. Hauk CDU: Aber nicht sehr!)

Dieser Untersuchungsausschuß war bisweilen elende Plackerei,

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sie haben es sich aber auch einfach gemacht, Herr Pfister!)

aber dieser Untersuchungsausschuß hat sich gelohnt,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

auch wenn nicht alle grünen Blümenträume in Erfüllung gegangen sind.

Das für mich wichtigste Ergebnis in diesem Untersuchungsausschuß ist: Der Untersuchungsausschuß hat die Sicherheit des Kraftwerks auf den verschärften Prüfstand gestellt und dazu beigetragen, daß diese Anlage auf Herz und Nieren ge-

(Pfister)

prüft worden ist. Die dadurch veranlaßten zusätzlichen Meßprogramme und Ertüchtigungsmaßnahmen bestätigen aus unserer Sicht die technische Sicherheit des KWO.

Herr Umweltminister, ich möchte zwar nicht, daß Sie in der nächsten Legislaturperiode Umweltminister bleiben,

(Abg. Dr. Geisel SPD: Doch!)

aber Ihre Entscheidung, den Weiterbetrieb von KWO zu genehmigen, war absolut korrekt.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Also muß er es doch bleiben!)

Ich möchte Ihnen dies in dieser Form bestätigen. Jede andere Entscheidung wäre nach Lage der Dinge rechtswidrig gewesen.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Weyrosta SPD: Wie hätten Sie es denn gerne, Herr Kollege? Als außenstehender Beobachter der Szene, wie hätten Sie es gerne?)

Der Untersuchungsausschuß war also notwendig. Es war notwendig und richtig, daß dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt worden ist. Das war deshalb notwendig, weil es im Frühjahr 1994 drängende und bohrende Fragen zur Genehmigungspraxis und auch zur Sicherheitsfrage gegeben hat. Ich habe diese Fragen in der Einsetzungsdebatte am 2. März 1994 klar formuliert und damals gesagt:

Erstens: Es geht nicht an, daß sich der Bürger unendlich schwer tut, auch nur die Veränderung eines Klofensters bei seiner Verwaltung durchzusetzen. Um so mehr muß gerade bei einem Atomkraftwerk die Frage beantwortet werden, ob der Bürger Vertrauen in die staatliche Genehmigungspraxis haben kann.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist ein unappetitlicher Vergleich, Herr Kollege!)

Zweitens: Für Parlament und Öffentlichkeit muß am Ende dieses Ausschusses die Frage klar und nachvollziehbar beantwortet werden, ob KWO nach menschlichem Ermessen sicher ist.

Das waren die beiden entscheidenden Fragen, um die es ging. Ich möchte deshalb an dieser Stelle einmal ausdrücklich feststellen, meine Damen und Herren, daß die FDP/DVP-Landtagsfraktion von der ersten Stunde an diesen Untersuchungsausschuß ausschließlich als ein Instrument gesehen hat, um Antworten auf diese gestellten Fragen zu bekommen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

niemals aber als ein Instrument, um ein Abschalten von KWO zu provozieren oder etwa ein Signal für den Ausstieg aus der Atomenergie zu setzen.

Meine Kritik, verehrter Kollege Grü-, Herr Kollege Kuhn, an Ihnen besteht in zweifacher Form:

(Abg. Weyrosta SPD: Kollege Grün! — Heiterkeit)

Diese Ergebnisoffenheit, von der ich vorher gesprochen habe, habe ich bei Ihnen im Untersuchungsausschuß vermißt. Und wenn ich mir heute Ihr Sondervotum, das Sie abgegeben haben, anschau, dann stelle ich fest, daß Ihre Bewertung nach meiner Überzeugung in eindeutigen Widerspruch zu den im Untersuchungsausschuß gewonnenen Erkenntnissen steht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU — Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es ist klar — das will ich jetzt kurz ansprechen —, daß es — wenn ich einmal auf den ersten Teil des Untersuchungsauftrags eingehen darf — beim Genehmigungsverfahren Mängel gegeben hat. Wir haben hier Diskrepanzen festgestellt, Diskrepanzen zwischen der im Sicherheitsbericht 1964 beschriebenen und der tatsächlich realisierten Anlage. Aber ich will hier ausdrücklich feststellen, Herr Kollege Kuhn, und Ihnen jetzt auch Lernfähigkeit attestieren, daß Sie nach meiner Kenntnis heute zum ersten Mal auch zugegeben haben, daß dieser Sicherheitsbericht von 1964 zwar Bestandteil der Genehmigungsunterlagen, aber eben nicht Bestandteil der Genehmigung war.

(Zuruf des Ministers Harald B. Schäfer)

Zweiter Punkt, Öffentlichkeitsbeteiligung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Abg. Pfister FDP/DVP: Bitte schön.

Präsident Dr. Hopmeier: Bitte, Herr Abg. Kuhn.

(Abg. Weyrosta SPD: Abg. Grün!)

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich will einfach dieses Mißverständnis aufklären, damit wir uns da nicht gegenseitig täuschen.

Präsident Dr. Hopmeier: Frage!

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich möchte Sie fragen, Herr Präsident, ob Sie das auch so sehen wie ich.

(Heiterkeit — Zurufe: Herr Präsident! — Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, wollen Sie die Frage beantworten? — Weitere Zurufe)

— Nein, Herr Kollege Pfister natürlich.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich nehme an, daß die Frage an Sie gerichtet ist, Herr Abg. Pfister.

Abg. Kuhn GRÜNE: Sie brauchen nicht zu erschrecken, Herr Präsident. Sie frage ich nichts.

Präsident Dr. Hopmeier: Ja, ich bin schon erschrocken.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Ich möchte mit Ihrer Genehmigung Herrn Pfister fragen, ob er das auch so sieht.

Es heißt nämlich in der Dritten Teilerrichtungsgenehmigung — das ist ja die entscheidende Genehmigung, ich zitiere — unter Abschnitt II:

Die Genehmigung ergeht unter folgenden Auflagen:

Jetzt kommt die erste Auflage.

Das Kernkraftwerk ist, soweit dieser Bescheid nichts anderes bestimmt, nach Maßgabe der Beschreibungen und Angaben im Sicherheitsbericht und in den sonst im Gutachten des TÜV Baden zur Errichtung der Reaktoranlage und der dazugehörigen Nebenanlagen vom 1. August 1966 (Technischer Bericht VI — 66-402) zugrunde gelegten, in Anhang IV aufgeführten Unterlagen zu errichten.

(Abg. Weyrosta SPD: Das versteht er doch gar nicht!)

— Das versteht er.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Der Sicherheitsbericht und die genannten Unterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.

Das heißt, in der Dritten TEG wird der Sicherheitsbericht

(Abg. Drautz FDP/DVP: Halten Sie jetzt ein Koreferat? — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Eine Frage, Herr Kollege Kuhn. — Bitte.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** ... — kommt noch — als Bestandteil dieser Genehmigung bezeichnet.

(Abg. Hauk CDU: Und Änderungen! Das akzeptieren Sie vollständig! — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Herr Kollege Pfister, sehe ich das richtig, daß der Sicherheitsbericht und die Unterlagen aus dem Anhang IV Bestandteil der Genehmigung sind, oder gibt es da noch ein Mißverständnis zwischen uns?

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Kollege Kuhn, meine Meinung ist — ich sage das jetzt noch einmal —, daß der Sicherheitsbericht 1964 zwar Bestandteil der Genehmigungsunterlagen war, aber nicht der Genehmigung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir können das aber an dieser Stelle nicht diskutieren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich wollte darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß diese Mängel im Genehmigungsverfahren natürlich auch aus dem Zeitablauf vor 30 Jahren zu erklären sind.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen dafür, wo aktuelle Entwicklungen, etwa auf dem Gebiet der Materialwissenschaft, noch in die Entwicklung des Reaktordruckbehälters eingearbeitet wurden. Zum Beispiel erfolgten erste Auslegungen des Reaktordruckbehälters noch nach der bekannten Dampfkesselverordnung, und erst parallel zum Bau von KWO fand dann das amerikanische Vorbild des ASME-Codes entsprechend Anwendung.

Ich will daraus drei Schlüsse ziehen.

Erster Schluß: Es ist völlig klar, daß KWO nach dem heute üblichen Rechtskodex keine Chance mehr auf Genehmigung hätte.

Zweitens: Allein durch die hohe Anzahl von Nachträgen und Änderungsgenehmigungen — insgesamt 44 — wird ebenso deutlich, daß der Kanon juristischer Vorschriften und Verfahrensweisen parallel zur Einrichtung und Inbetriebnahme von KWO entwickelt und Zug um Zug angepaßt worden ist.

Das führt mich zur dritten Bemerkung: Aus meiner Sicht kann den Betreibern und der Aufsichtsbehörde bescheinigt werden, daß sie den damals gültigen Rechtskodex hinsichtlich Bau und Genehmigung von KWO eingehalten haben. Oder, anders ausgedrückt: Daß letztlich anders errichtet als genehmigt worden sei — der zentrale Vorwurf —, kann und konnte im Untersuchungsausschuß nicht nachgewiesen werden.

Meine Damen und Herren, für uns war die Sicherheitsfrage von Anfang an die zentrale Frage, weil diese auch die Bevölkerung, die Menschen draußen am meisten interessiert hat. Dies war auch der Grund dafür, weshalb wir sehr früh darauf gedrängt haben, gerade die Sicherheitsfragen noch stärker in den Vordergrund der Arbeit des Untersuchungsausschusses zu stellen. Wenn dies nicht gelungen ist, dann hing dies einfach damit zusammen, daß der ursprünglich von Minister Schäfer vorgelegte Zeitplan nicht eingehalten werden konnte — das ist aber nicht ihm zum Vorwurf zu machen —, das heißt, die Gutachterergebnisse haben sich entsprechend verzögert.

Aber, Herr Minister Schäfer, eines will ich an dieser Stelle auch sagen: Ich halte Ihr methodisches Vorgehen, das Sie an den Tag gelegt haben, für absolut richtig, nämlich Sicherheitsvorgaben zu machen und die Erfüllung dieser Sicherheitsvorgaben von drei unabhängigen Prüfinstituten begutachten zu lassen. Dieses Vorgehen war richtig, und dieses Vorgehen ist ein Modell für die Zukunft auch für andere kerntechnische Anlagen im Land Baden-Württemberg. Deshalb haben wir diesen Gesichtspunkt ausdrücklich auch in unsere Beschlußempfehlung aufgenommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Nagel SPD)

Unter dem Strich steht also, daß KWO aus heutiger Sicht und nach dem Stand von Wissenschaft und Technik als sicher zu gelten hat, meine Damen und Herren. Wir verlangen aber in einem weiteren Punkt der Beschlußempfehlung unseres Sondervotums, daß die aufsichtführende Behörde auch künftig sicherstellt, daß KWO den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht und gegebenenfalls zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bzw. Ertüchtigungsmaßnahmen erbracht werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für die Sprödbruchsicherheit.

(Pfister)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt unseres Sondervotums Stellung nehmen: Ich bin im Gegensatz zu CDU, SPD und Grünen nicht der Meinung, daß Genehmigung und Aufsicht in der Zukunft in eine Hand gelegt werden sollen.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Ich will Ihnen das auch kurz begründen:

Man muß einfach davon ausgehen, daß dies zwei völlig verschiedene Dinge sind. Herr Kollege Weyrosta, man kann zu dem Ergebnis kommen – etwa bei der Aufsichtsbehörde –, daß eine Anlage, ein Atomkraftwerk sicher ist.

Aber eine ganz andere Frage ist doch, ob, obwohl die Sicherheit attestiert ist, ein solches Atomkraftwerk aus allgemeinen energiepolitischen Gründen überhaupt gebaut werden soll. Sicherheitsfragen und energiepolitische Notwendigkeit sind zwei völlig verschiedene Aspekte, und dies ist der Grund, weshalb ich sie in der Zukunft auch getrennt haben möchte.

(Abg. Weyrosta SPD: Das schließt eine Landesatombehörde überhaupt nicht aus!)

Ich möchte zum Schluß, auch nachdem Herr Kuhn ein bißchen gezögert hat, von meiner Seite aus – wenn Sie es annehmen, Herr Kollege Drexler – nicht nur meinen Dank, sondern auch ein Kompliment an Sie aussprechen. Ich meine, Sie waren in allen Phasen dieses zweijährigen Untersuchungsausschusses – ich will das einmal in aller Deutlichkeit sagen – nicht nur ein fairer,

(Abg. Weyrosta SPD: Souveräner!)

sondern auch ein ausgesprochen kompetenter Verhandlungsführer. Dafür haben Sie und Ihre Mitarbeiter Respekt und Dank verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich möchte auch Ihnen, Herr Minister, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Wirtschaftsministerium Dank dafür sagen, daß wir immer fair behandelt worden sind und die Unterlagen, die wir dringend benötigt hatten, auch bekommen haben. Ich hatte nie den Eindruck, daß Sie versucht haben, uns auszutricksen. Auch dies möchte ich Ihnen sagen. Vielen Dank auch an das Umweltministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Erstens: Dieser Untersuchungsausschuß war notwendig, weil dringende Fragen anstanden, die auch beantwortet worden sind. Zweitens: Diese Arbeit hat sich gelohnt. Drittens: Ich bin froh, daß sie vorbei ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler, der als Ausschußvorsitzender um das Wort gebeten hat.

**Abg. Drexler SPD:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei so viel Lob möchte ich bloß bekanntgeben, daß ich nicht ausscheide, sondern wieder kandidiere und im nächsten Landtag wieder anwesend sein möchte.

Ich möchte ein paar Richtigstellungen zu dem vortragen, was vom Kollegen Krisch in der Öffentlichkeit geäußert wurde. Niemand kann behaupten, der Untersuchungsausschuß habe 10 Millionen DM oder 2 Millionen DM gekostet. Das ist eine völlig frei gegriffene Zahl.

Herr Kollege Krisch hat in der Öffentlichkeit 500 000 DM Fotokopierkosten erwähnt. Da muß ich energisch widersprechen. Nach unserer Schätzung haben wir für den Untersuchungsausschuß zirka 130 000 DM an Fotokopierkosten ausgegeben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist noch zuviel!)

– Das ist ja nun die Frage. Wir sind immer, liebe Kolleginnen und Kollegen – das muß man auch in der Öffentlichkeit deutlich machen –, zwischen dem Auftrag, etwas herauszufinden oder zu untersuchen – und dabei die Möglichkeiten der Fraktionen nicht zu beschneiden –, und dem Gebot, nicht zuviel Geld auszugeben, hin- und hergerissen. Ich bin der Meinung, daß wir diese Aufgabe im Untersuchungsausschuß gut gelöst haben.

Genauso ist es beim Bericht. Er kostet keine 700 DM, sondern für ihn sind Druckkosten von zirka 100 DM angefallen. Ich muß das einfach sagen, damit das nicht in der Öffentlichkeit hängenbleibt.

Ich möchte auch etwas zu der Frage sagen, warum die Sicherheitsfragen nicht früher angesprochen werden konnten. Man muß deutlich machen – und das haben viele Kolleginnen und Kollegen, die hier Abgeordnete sind, offensichtlich noch nicht nachvollzogen –, daß ein Untersuchungsausschuß nicht befugt ist, begleitende oder sogar vorbeugende Untersuchungen eines Falles vorzunehmen, sondern er kann erst abgeschlossenes Verwaltungshandeln beurteilen.

Nachdem der Umweltminister erst am 27. Oktober 1995 sein Verwaltungshandeln bezüglich der Sprödbrechtsicherheit und des Reaktordruckbehälters abgeschlossen hatte, konnten wir die Sicherheitsfragen auch erst nach dem 27. Oktober – Herr Krisch – angehen. Dies nur zur Richtigstellung.

Zum Schluß möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Es war eine mühsame Arbeit. Es war ein sehr komplexes Thema. Ich halte Untersuchungsausschüsse in diesem Bereich auch für wichtig. Man muß sich überlegen, ob man sie in einen oder anderen Teil nicht noch besser ausstattet, nicht aus der Sicht der Fraktionen, sondern, sage ich einmal, vom Verwaltungsbereich her. Ansonsten aber hat der Untersuchungsausschuß – trotz unterschiedlicher Beschlußfassung zum Schluß – sehr gut und in einer guten Atmosphäre zusammengearbeitet. Man sollte der Öffentlichkeit auch einmal deutlich machen, daß Abgeordnete in über zwei Jahren eine komplizierte Materie sehr gut aufarbeiten können und sich sehr sachkundig gemacht haben. Wir haben jetzt für die nächste Legislaturperiode im baden-württembergischen Landtag einige Abgeordnete, die sich sehr gut mit der Atomtechnik, mit der Atomkraft und mit der Atomgenehmigung auskennen. Das ist auch schon ein Gewinn für die parlamentarischen Debatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Drexler, der Kollege Scheuermann hätte noch eine Zwischenfrage. Würden Sie ihm die beantworten? — Bitte.

**Abg. Scheuermann CDU:** Herr Kollege Drexler, bei allem Dank und allen Komplimenten an Sie, denen ich mich ausdrücklich anschließe, weiß ich nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe, daß für den Bericht nur 100 DM Druckkosten angefallen sind.

**Abg. Drexler SPD:** Zirka 100 DM Druckkosten, ja.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das kann doch nicht sein!  
Das ist doch lächerlich!)

— Herr Kollege Haas, es geht doch nicht um etwas Lächerliches. Ich gebe hier nur das wieder, was mir die Verwaltung vorhin reingereicht hat, das, was mit der Druckerei ausgemacht war.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Haas, der Alleswischer! Besserwischer!)

Ich will das nur sagen. Es hat doch keinen Sinn, daß wir jetzt darüber streiten, Herr Kollege Haas, sondern ich wollte nur deutlich machen, daß es sich nicht um 700 DM Druckkosten handelt, sonst kommen wir hier noch in Geldverschleuderungsdebatten. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Dr. Caroli SPD: Der Haas kann nur Gift spritzen! — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Umweltminister.

(Abg. Scheuermann CDU: Die Rede haben Sie doch schon ausgeteilt! Die brauchen Sie nicht mehr zu halten!)

**Umweltminister Harald B. Schäfer:** Aber Sie haben sie nicht gehört.

(Abg. Scheuermann CDU: Es ist traurig, daß ich sie nicht habe! — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Umweltminister Harald B. Schäfer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich bin ausgesprochen dankbar für die Arbeit, die der Untersuchungsausschuß Atomkraftwerk Obrigheim seit seiner Einsetzung am 2. März 1994 geleistet hat.

Erinnern wir uns kurz an die Situation Anfang 1994: Scheibchenweise wurden einzelne Teile der Akten des Umweltministeriums der Presse zugespült mit dem Ziel, Schlagzeilen zu produzieren und den Umweltminister durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate in Mißkredit zu bringen. Solche Manipulationen sind, meine Damen und Herren von den Grünen, auch einer Oppositionsfraktion unwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner)

Diesem Spielchen, zu dem sich vor allem der Abg. Schlauch berufen glaubte, hat der Untersuchungsausschuß ein Ende

gesetzt. Ich selbst habe an dieser Stelle anlässlich der Debatte zum Kernkraftwerk Obrigheim, wie Sie wissen, zur Einsetzung des Ausschusses aufgerufen. Als der Ausschuß seine Arbeit aufgenommen hatte, konnten die Akten vollständig eingesehen werden von Abgeordneten, denen es überwiegend um seriöse Aufklärung ging, von Abgeordneten, die, wenn sie einen kritischen Vermerk in den Akten gelesen hatten, die nächsten Seiten, aus denen dann die Aufarbeitung und die Widerlegung der kritischen Bemerkungen hervorging, nicht bewußt überblättern. Von nun an konnten in öffentlicher Sitzung Zeugen vernommen werden anstelle gezielter Streuung verzerrender Indiskretionen.

Meine Damen und meine Herren, es steht mir nicht zu, die Arbeit des Ausschusses zu bewerten. Das mögen Landtag und die Öffentlichkeit tun. Es war aber schon ein gewaltiger Auftrag, den der Landtag mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der Oppositionsfractionen dem Untersuchungsausschuß gestellt hat, mehr als 30 Jahre Genehmigungs- und Aufsichtsgeschichte des Atomkraftwerks Obrigheim zu prüfen, Sachverhalte, mit denen sich schon verschiedene Gerichte schwergetan hatten, die zum gleichen Gegenstand zu unterschiedlichen Urteilen gekommen waren, Sachverhalte, mit denen sich Gerichte auch heute noch schwertun.

Mir kommt es auf das Ergebnis der Ausschubarbeit an. Mit diesem Ergebnis können sowohl der für die Genehmigung zuständige Wirtschaftsminister als auch der für die Aufsicht zuständige Umweltminister zufrieden sein. Unsere gemeinsame Linie ist bestätigt worden, politisch auf einen Ausstieg aus der Kernenergie hinzuwirken, zugleich den rechtsstaatlichen und sicherheitsorientierten Vollzug des geltenden Atomgesetzes zu gewährleisten, übrigens, meine Damen und Herren, gemäß dem Amtseid, den wir beide geleistet haben.

Wir sind in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte auf dem Weg vorangekommen, der einen Verzicht auf die Atomenergie möglich machen soll. Ich habe kürzlich auf einer Pressekonferenz in einer Zwischenbilanz zur Klimaschutz- und Energieagentur dargelegt, daß bei uns in Baden-Württemberg in den letzten Jahren der Zug in Richtung Energiesparen, Nutzung regenerativer Energien, effiziente Energienutzung angefahren ist. Dies, meine Damen und Herren, bringt für einen Ausstieg aus der Atomenergie mehr als alle Mätzchen beim Vollzug des gegenwärtig geltenden Atomgesetzes.

Für diejenigen, die das Grundgesetz nicht so genau kennen: Die Länder führen das Atomgesetz im Auftrag des Bundes aus. Stilllegung ohne hinreichende Basis, Widerruf einer Genehmigung ohne sachlichen Grund kann im übrigen die Bundesumweltministerin bereits im Vorfeld per Weisung vereiteln. Das sehen Sie übrigens in Hessen und in anderen Ländern. Zu Hessen zurück: Es ist noch keine Betriebsgenehmigung für ein Kernkraftwerk von einem Landesminister widerrufen worden, auch nicht in Hessen. Daß es, meine Damen und Herren, einen solchen sachlichen Grund für eine Stilllegung für mich zu keiner Zeit gegeben hat, hat der Untersuchungsausschuß mit überwältigender Mehrheit gegen eine einzelne Stimme festgestellt. Diese abweichende Stimme kam — wie konnte es anders sein — von den Grünen. Ihre 370 Seiten Minderheitsvotum haben sie ja fleißig zusammengeschrieben.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Allerdings! Nächtelang!)

(Minister Harald B. Schäfer)

— Fleißig ja, doch Quantität, Herr Kuhn, bürgt auch hier nicht für Qualität.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Du lieber Gott!)

Ihnen und Ihrer Fraktion ging es im Ausschuß nicht um Wahrheitsfindung. Ihnen ging es einzig und allein darum, die Thesen, die Sie vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses 1994 aufgestellt hatten, bestätigt zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Dies ist leider — ich sage: leider — die bittere Wahrheit. Sie gingen nicht ergebnisoffen in die Prüfung,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie werden ja nicht mal rot!)

im Gegensatz zu anderen Fraktionen. Ich habe mir die Rede angeschaut, die Herr Abg. Pfister bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gehalten hat —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wieso?)

mit herber Kritik an mir. Er hat sich dann nach gründlichem, ergebnisoffenem Prüfen und Bewerten der vorgelegten Informationen in der Lage gesehen, sein Urteil zu korrigieren. So stelle ich mir ergebnisoffene Arbeit von Abgeordneten vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Seimetz CDU: Gescheiter Kerl, der Pfister! — Abg. Jacobi GRÜNE: Lernfähig!)

Nein, Herr Kuhn — ich sage es so oft, weil es leider die Wahrheit ist —, Sie gingen nicht ergebnisoffen in die Arbeit des Untersuchungsausschusses. Sie haben sich Ihr eigenes Urteil, das letztlich ein Vorurteil war, selbst bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU, der Republikaner und der FDP/DVP)

Wie begründen Sie Ihr Minderheitsvotum, nicht nur heute, sondern in dem vorgelegten Papier? Sie stützen sich auf einen Kronzeugen, dessen Darstellung durch ein Dutzend anderer Zeugen widerlegt worden ist.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Mehrheit hat die Wahrheit — oder wie?)

Dies verschweigen Sie aber ebenso wie den Umstand, daß dieser Zeuge als Nichtjurist meinte —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Mehrheit ist nicht Wahrheit, Herr Kollege! — Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Aber Minderheit ist auch nicht Wahrheit! — Glocke des Präsidenten)

Ich wiederhole es auch noch einmal.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Darf ich um Ruhe bitten.

**Umweltminister Harald B. Schäfer:** Herr Abg. Kuhn, ich verstehe Ihre Unruhe.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich bin überhaupt nicht unruhig!)

Aber trotzdem will ich wiederholen, was ich gesagt habe.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie müssen unruhig sein! Ihr Wahlkreis wackelt!)

Sie stützen sich auf einen Kronzeugen, dessen Darstellung durch ein Dutzend anderer Zeugen widerlegt worden ist. Dies verschweigen Sie aber ebenso wie den Umstand, daß dieser Zeuge als Nichtjurist meinte, komplizierte rechtliche Sachverhalte besser beurteilen zu können als alle beteiligten Juristen.

Sie stützen sich auf ein Rechtsgutachten von Professor Roßnagel, das dem Untersuchungsausschuß nicht vorlag und dessen Verfasser im Ausschuß nicht auftrat. Dies wäre im übrigen auch nicht sinnvoll gewesen, da Professor Roßnagel Ihr Parteigutachter war, dem Sie zudem noch einen unzutreffenden Sachverhalt zur Begutachtung vorgelegt hatten.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist das Problem!)

Kein Wunder, meine Damen und Herren, daß Ihr Gutachter das von Ihnen gewünschte Ergebnis erbrachte.

Schließlich stützen Sie sich in Ihrem Minderheitenvotum — nicht heute vor dem Landtag im Plenum, sondern vor der Öffentlichkeit — bei der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerks auf Herrn Hirsch von Greenpeace. Herr Hirsch hat im Ausschuß das Atomkraftwerk Obrigheim auf eine Stufe mit Tschernobyl gestellt. Immerhin haben Sie diese Aussage nicht in Ihr Votum übernommen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Komisch!)

Aber eine Greenpeace-Kampagne, meine Damen und Herren, ist eben etwas anderes als die sorgfältige Begutachtung der Sicherheit eines Kernkraftwerks. Herr Hirsch kennt die Anlage KWO nicht näher. Er nahm keine Einsicht in die Unterlagen der Aufsichtsbehörde, in die vom Betreiber vorgelegten Nachweise und in die vom Umweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten.

Somit sind alle wesentlichen Beweismittel, auf denen Ihre Schlußfolgerungen beruhen, Herr Abg. Kuhn, nicht tragfähig.

An einem ganz kleinen Beispiel will ich sagen, wie Sie in diesem Kontext arbeiten, sonst nicht.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Der Minister löst sich vom Konzept! — Abg. Kuhn GRÜNE: Wir nähern uns der freien Rede — oder was?)

Sie haben vorhin von diesem Rednerpult aus den Eindruck erweckt, Herr Abgeordneter, der Umweltminister habe bei der Pressekonferenz, auf der er das Ergebnis seiner Entscheidung vorgestellt hat, Erkenntnisse des Öko-Instituts der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben,

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

verschwiegen. — Er sagt: „So ist es.“ — Die Wahrheit ist, meine Damen und Herren — und dies ist ohne Beispiel in der ganzen Bundesrepublik, bislang jedenfalls —, daß alle Gutachter, auch das Öko-Institut, bei dieser Pressekonferenz anwesend waren und an ihr teilgenommen haben. Jedem

(Minister Harald B. Schäfer)

stand es frei, die Aussagen zu machen, die er als jeweiliger Gutachter für richtig hält.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja dann im Ausschuß auch geschehen!)

Wenn man hier, Herr Abg. Kuhn, den Eindruck erwecken will, der Umweltminister

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, nein, so einfach kommen Sie da nicht raus!)

würde ihm unliebsame Gutachtensäußerungen verschweigen, dann will ich das so als Frage stehenlassen, weil ich das hier in aller Öffentlichkeit nicht einer sachgerechten Bewertung unterziehen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Seimetz CDU)

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, nun erkenne ich ja an, daß sich Untersuchungsausschüsse immer mehr zu einem politischen Kampfinstrument entwickelt haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Bei Ihnen!)

Ich war in meinem „vormaligen Leben“ als Bundestagsabgeordneter in zwei Untersuchungsausschüssen Obmann. Ich weiß, daß Untersuchungsausschüsse auch politische Kampfinstrumente sein können. Aber dies darf doch, wenn man dem eigenen Anspruch gerecht werden will, nicht dazu führen, die Augen zu verschließen, wenn es darum geht, die Wahrheit zu benennen.

Meine Damen und Herren, offenkundig wäre es zuviel, von den Grünen, jedenfalls in der Opposition, das Eingeständnis zu erwarten, daß es zur Zeit keine rechtlich belastbare Möglichkeit zur Stilllegung des Kernkraftwerks Obrigheim gibt. Wenn es so ist und der verantwortliche Minister — das war zunächst kein einfacher Prozeß, wie Sie wissen — zu diesem Ergebnis gekommen ist, gebietet es politische Verantwortung, die Verantwortung zu akzeptieren, auch wenn es einem schwerfällt. Man darf, zumal in einer so wichtigen und sensiblen Frage, keine Politik des „So-tun-als-ob“ betreiben, wenn es einem wirklich um die Sorgen, Nöte und Ängste der Menschen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Deswegen gibt es und gab es bei seriöser Politik keine Alternative zu der Entscheidung, die ich nach langer Prüfung getroffen habe. Mich wider besseres Wissen anweisen zu lassen, das Thema Kernenergie, das mir viel zu wichtig ist, zu Spielchen zwischen Bonn und Stuttgart zu benutzen,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

verbietet mir jedenfalls mein Verständnis von der Wahrnehmung politischer Verantwortung. Wo kommen wir denn hin, wenn wir nicht mehr den Mut haben, schwierige Dinge beim Namen zu nennen und in der politischen Verantwortung auch Entscheidungen zu treffen, die man persönlich lieber anders hätte, die aber bei rechtsstaatlicher Handhabung der bestehenden Gesetze schlichtweg nicht anders ausfallen darf-

ten, wenn Rechtsstaatlichkeit noch der Kern von politisch-gesellschaftlicher Kultur bleiben soll?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Abg. Pfister FDP/DVP — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, ich freue mich auch, daß der Ausschuß keinen Anlaß gesehen hat, Entscheidungen der Genehmigungs- und der Aufsichtsbehörde zu kritisieren. Verschiedene dieser Entscheidungen stehen — da hat Herr Abg. Kuhn recht — noch auf dem Prüfstand der Gerichte. Ich bin sicher, daß die Entscheidungen dort, spätestens vor der letzten Instanz, dem Bundesverwaltungsgericht, Bestand haben werden.

(Abg. Scheuermann CDU: Das weiß man nie!)

— Man weiß es nie. Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Da haben Sie recht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und vor der Landtagswahl auch! — Heiterkeit)

— Zu Ihnen, Herr Pfister, sage ich nachher, zum Schluß, noch etwas. Provozieren Sie mich nicht. Ich sage Ihnen aufgrund dieses Zwischenrufs zum Schluß, ganz gegen Ende, noch etwas.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vergessen Sie es aber nicht!)

— Nein, nein. Es gibt Dinge, die man nicht vergessen darf, Herr Pfister.

Aber zurück: Ich bin sicher, daß die Entscheidungen spätestens vor dem Bundesverwaltungsgericht Bestand haben werden, weil Kollege Spöri und ich die Entscheidungen mit aller Sorgfalt getroffen haben. Ich wiederhole: Eine rechtmäßige Alternative gab es nicht.

Auch in anderer Hinsicht, meine Damen und Herren, bestätigt das Ergebnis des Ausschusses unser und mein Vorgehen. Der Ausschuß empfiehlt, mit den Stimmen der Union, mit den Stimmen der CDU, auch in künftigen Begutachtungsprozessen neben dem TÜV Südwest und seinen Untergutachtern andere wissenschaftlich qualifizierte und unabhängige Gutachter als Sachverständige zuzuziehen. Es ist eine Neuheit für Baden-Württemberg, daß in dieser Wahlperiode Sachverständige wie das Öko-Institut, die IWiS GmbH, das Büro Kollert & Donderer oder das Forschungsbüro Rieck Gutachtensaufträge vom Umweltministerium erhalten haben — alles Gutachter, meine Damen und Herren, die früher in Baden-Württemberg keine Chancen hatten, in aufsichtsrechtliche Begutachtungen einbezogen zu werden.

Mein Anliegen dabei war und ist, die Grundlagen für die technische Beurteilung von Kernenergieanlagen zu erweitern. Diese wichtige Aufgabe darf nicht allein einem kleinen, abgeschlossenen Kreis von Technikern bei Betreibern, beim TÜV und in den Fachbehörden überlassen bleiben. Bei einem solchen Kreis besteht die Gefahr, betriebsblind zu werden. Auch die Atomaufsicht muß sich der Diskussion mit anderen, möglicherweise auch unkonventionellen Ideen stellen, auch wenn dies nicht immer bequem ist.

(Minister Harald B. Schäfer)

Mit dem Untersuchungsausschuß bin ich der Meinung, daß sich die Einbeziehung weiterer Gutachter gerade im Fall Obrigheim gelohnt hat. Die Bundesanstalt für Materialprüfung und das Öko-Institut haben beispielsweise im Hinblick auf die Berücksichtigung des amerikanischen Regelwerks in den Begutachtungsprozeß völlig neue Aspekte eingebracht. Die Diskussionen im Projektkomitee, wo alle Gutachter zusammengebunden waren, waren für alle Beteiligten außerordentlich fruchtbar.

Dies gilt, meine Damen und Herren, obwohl ich letztlich nicht in allen Punkten den Empfehlungen des Öko-Instituts gefolgt bin, weil ich nicht folgen konnte, und es gilt, obwohl der Betreiber lange — ich meine, oft zu lange — darauf beharrt hat, daß die ursprünglich von ihm vorgelegten Unterlagen den Nachweis der Sprödbruchsicherheit erbracht hätten.

Auch in anderer Hinsicht — ich will das gar nicht verschweigen und nichts unter den Teppich kehren — hätte ich von der Betreiberseite, jedenfalls von einem derer, die daran beteiligt sind, ein anderes Verhalten erwartet.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Wie bitte?)

Meine Damen und Herren, in welcher Republik leben wir eigentlich, wenn ein Energieversorgungsunternehmen meint, sich seinen Kontrolleur, in diesem Fall den Leiter der Abteilung Atomaufsicht im Umweltministerium, selbst aussuchen zu können?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und in welcher Republik leben wir eigentlich, wenn ein solch anmaßender Versuch — ein Anruf im Staatsministerium — dazu führt, daß der Ministerpräsident höchstpersönlich die Ernennung des vom zuständigen Fachminister vorgeschlagenen, in jeder Hinsicht geeigneten und höchst qualifizierten Kandidaten verweigert? In welchem Land leben wir eigentlich?

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist wahr!)

Meine Damen und Herren, dies sind Zustände, die ich in einem Land wie Baden-Württemberg nicht für möglich gehalten hätte, Zustände, die beseitigt werden müssen. Im Grunde müßte dieses Parlament insgesamt auf meiner Seite stehen,

(Beifall bei der SPD)

wenn es darum geht, solche Zustände zu beseitigen.

Im übrigen, Herr Abg. Kuhn: Hierfür ist es nicht erforderlich, wie von den Grünen vorgeschlagen, das in der Landesverfassung festgelegte Ernennungsrecht des Ministerpräsidenten für die Landesbeamten zu streichen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Gut wäre es!)

Da braucht man keine Verfassungsänderung. Das geht einfacher. Es reicht schlicht und einfach die Wahl eines anderen Ministerpräsidenten. So einfach, meine Damen und Herren, ist dies.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD — Widerspruch bei der CDU — Abg. Seimetz CDU: Wunschträumel!)

Übrigens kann ich mir keinen anderen von der Union als den amtierenden Ministerpräsidenten vorstellen, der eine Entscheidung so engstirnig und so auf einen Anruf von außen folgend getroffen hätte.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Da kennen Sie die Union schlecht!)

Ich kann mir keinen vorstellen. — Es kann ja sein, daß ich die Union schlecht kenne.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Fünf! — Abg. Kuhn GRÜNE: Zehn! — Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich will doch nicht verhehlen, daß ich mir — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: 20! — Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD: Noch viel mehr! — Zurufe von der CDU)

— Herr Abg. Leicht, das war schon ein bisschen mutig eben, gell? — Ich will nicht verhehlen, meine Damen und Herren, daß ich mir eine weiter gehende Ausschussempfehlung gewünscht hätte, eine Empfehlung für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Atomgesetzes, wie es die SPD-Fraktion im Ausschuß vorgeschlagen hat. So sollte das Atomgesetz im Ausschuß vorgeschlagen werden, die ja vorsieht, daß es keinen Neubau oder Ersatzbau von Atomkraftwerken mehr geben soll.

Auch die zweite Forderung der SPD-Fraktion, die dynamische Schadensvorsorge durch ständige Nachrüstung von Kernkraftwerken entsprechend dem fortschreitenden Stand von Wissenschaft und Technik im Atomgesetz vorzuschreiben, ist einleuchtend.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Darauf ist hingewiesen worden. Das Bundes-Immissionschutzgesetz schreibt eine ständige Anpassung an den Stand der Technik vor, doch für ungleich gefährlichere Anlagen gilt solches nach dem Atomgesetz nicht.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Es ist ein Skandal, meine Damen und Herren, daß bei der letzten Novellierung des Atomgesetzes die Bonner Regierungskoalition mit ihrer Mehrheit durchgesetzt hat, daß es bei dem Förderungszweck für die Atomenergie bleiben soll. In dem jetzt noch geltenden Atomgesetz ist es Aufgabe des Staates, der Politik, die Atomenergie zu fördern, und dies zu einem Zeitpunkt, wo wir den Einstieg ins Solarzeitalter bräuchten, zu einem Zeitpunkt, wo man sieht, daß die Atomenergie immer mehr eine Dinosaurier-Technologie ist: zu teuer, zu gefährlich und auf Dauer nicht zu verantworten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Weyrosta SPD zur CDU: Aus der Geschichte kommt ihr nicht heraus!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch etwas zur Sicherheit des Atomkraftwerks Obrigheim

(Minister Harald B. Schäfer)

sagen. Obrigheim gilt nach bestem Wissen und Gewissen, nach dem Stand der geltenden technischen Regeln und der entsprechenden rechtlichen Vorschriften als sicher. Niemand kann einem Kernkraftwerk, auch Obrigheim nicht, auch nicht nach der langen intensiven Überprüfung, eine absolute Sicherheit attestieren.

(Abg. Scheuermann CDU: Das gibt es nirgends!)

Es bleibt ein Restrisiko.

(Abg. Seimetz CDU: Überall!)

Es ist die Wahrheit, daß Biblis A und auch das Kernkraftwerk Obrigheim beispielsweise nicht gegen Phantom-Flugzeugabstürze abgesichert sind. Wer daraus politische Konsequenzen zieht, der muß das Atomgesetz ändern und dafür Mehrheiten auf Bundesebene organisieren. Es ist — rechtsstaatlich einwandfrei gehandhabt — nicht möglich, gegen die geltenden atomrechtlichen Bestimmungen — das ist auch in Ordnung so, weil ein Rechtsstaat gelten muß — ein Kernkraftwerk vom Netz zu nehmen.

Herr Abg. Kuhn, in Ihrer Rede zuvor war die Schlußpassage richtig. Sie haben gesagt: „Nachher wird ein bekannter Politiker an das Rednerpult kommen“ — da haben Sie mich gemeint, die Aussage war richtig — „und folgendes vortragen“.

(Abg. Scheuermann CDU: Bald ist Weihnachten, Herr Minister! Kommt jetzt Weihnachten?)

— Wenn Sie weitermachen, Herr Scheuermann, kommen Sie auch noch dran.

(Abg. Scheuermann CDU: Jetzt kommt Weihnachten! — Abg. Kuhn GRÜNE: Es steht schon im Protokoll!)

— Aber bei Ihnen wäre es die Bescherung, nicht unbedingt Weihnachten.

(Heiterkeit)

Aber zurück zum Thema, meine Damen und Herren. Ich wiederhole noch einmal, Herr Abg. Kuhn: Ich bin zuversichtlich, daß es in Baden-Württemberg bald eine Regierungskoalition geben wird —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie zitieren sich selber! Sie sind der einzige, der sich selber zitiert hat! — Heiterkeit)

— Herr Abg. Kuhn, es gibt wenige, die in der Lage sind — ohne zu erröten —, sich wiederholt selber zu zitieren.

(Abg. Seimetz CDU: Wenn man es nur selber glaubt!)

Und manchmal ist das, was man zu sagen hat, so gut, daß man es nicht oft genug wiederholen kann.

(Heiterkeit und Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich fange jetzt noch einmal an, meine Damen und Herren. — Es ist ja auch Ihre Zeit; im übrigen wäre ich schon längst fertig.

Ich möchte noch einmal zitieren, was Herr Kuhn, mich zitierend, schon zitiert hat: Ich bin zuversichtlich, daß es in Baden-Württemberg bald eine Regierungskoalition geben wird, die den Weg in Richtung einer umweltverträglichen nachhaltigen Energieversorgung beschleunigt fortsetzen wird, und daß in Bonn bald eine Regierung zustande kommt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Alles Quatsch!)

die das Atomgesetz von einem Gesetz zur Förderung der Atomenergie in ein Kernenergie-Abwicklungsgesetz umgestaltet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dann sind Sie aber nicht mehr Minister!)

Herr Kuhn hat gesagt, er werde dann mit mir Seite an Seite marschieren.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das habe ich nicht gesagt! Das haben Sie falsch verstanden!)

Das ist gut. Ich habe damit nur ein bißchen Schwierigkeiten; deshalb haben Sie mich so hart kritisiert.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl, hier! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wir waren schon ein bißchen enttäuscht, daß er nicht drankommt!)

Sie haben vorhin gesagt — ich sage es jetzt etwas mehr unterkühlt —: Der jetzt amtierende Umweltminister ist eigentlich der beste, den wir je hatten.

(Heiterkeit — Abg. Pfister FDP/DVP: Sie waren auf der falschen Veranstaltung!)

Und dann haben Sie anschließend gesagt, Sie wollten, daß ich nicht Umweltminister bleiben könne. Wie das zusammenpaßt, weiß ich nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich erkläre es Ihnen nachher!)

Im Ernst, meine Damen und Herren: Ich sage dem Ausschuß insgesamt vielen Dank. Ich glaube, er hat ein Stück Aufklärungsarbeit geleistet, und das Parlament ist seiner Verantwortung in einer schwierigen Materie, wenn ich mir das zu sagen erlauben darf, insgesamt gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Scheuermann CDU: Wenn Sie andere loben, sind Sie besser, als wenn Sie sich selbst loben!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir in der Aussprache nicht mehr vor. Wir haben noch über die Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses abzustimmen. Sie finden sie im Vierten Teil, Seite 403 der Drucksache 11/7005.

Ich lasse abschnittsweise abstimmen, zunächst über Abschnitt I.

Hier geht es um die Kenntnisnahme des Berichts des Ausschusses. Hier darf ich wohl ohne Abstimmung Ihre Zustimmung

(Präsident Dr. Hopmeier)

mung feststellen. — Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Aufgerufen ist Abschnitt II, eine Empfehlung an die Landesregierung. Wer dem Abschnitt II zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Abschnitt II wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe Abschnitt III auf, ein Ersuchen an die Landesregierung. Wer dem Abschnitt III zustimmen möchte, der zeige dies bitte an. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch der Abschnitt III ist einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, zum Schluß der Beratung darf ich den Mitgliedern dieses Untersuchungsausschusses und seinem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Drexler, für die über mehrere Monate hinweg geleistete umfangreiche Arbeit ein herzliches Wort des Dankes sagen.

Damit, meine Damen und Herren, ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte — „Bündnis für Arbeit — Baden-Württemberg“ — beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Für die Aktuelle Debatte hat das Präsidium die üblichen Redezeiten festgelegt: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, 5 Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und 5 Minuten für die Reden in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Darf ich um Ruhe bitten.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von uns beantragte Debatte unter dem Titel „Bündnis für Arbeit in Baden-Württemberg“ hat bereits Erfolg gehabt. Wir entnehmen heute der Presse, daß der Ministerpräsident dieses Landes nunmehr zu einem Bündnis für Arbeit in Baden-Württemberg eingeladen hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

„Besser spät als gar nicht“, könnte man dazu sagen. Aber ich finde es schon bemerkenswert, daß es die grüne Opposition ist, die einen schwarzen Ministerpräsidenten,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Auf die Sprünge hilft!)

der sich so gern als treusorgender Vater für die Landeskinder präsentiert, erst einmal zum Jagen tragen muß.

(Abg. Schrempp SPD: Aber schießen kann er trotzdem nicht!)

Da waren die bayerischen Kollegen, die ich ja ungern lobe, durchaus schneller.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein Bündnis für Arbeit nicht nur auf der Bundesebene, wir brauchen ein

Bündnis für Arbeit auch in Baden-Württemberg, weil auch hier die Politik nicht tatenlos zusehen kann, wie sich diese Gesellschaft zerteilt in Arbeitsplatzbesitzende und Arbeitslose.

Hier hat die Landespolitik einen Auftrag, und dieser Auftrag heißt nicht, meine Damen und Herren, Arbeitslose zu stigmatisieren, wie das nicht nur die FDP, sondern auch die CDU so gerne tut.

(Abg. Deuschle REP: Aha! Ihr nicht?)

Denn bei über 10 % Arbeitslosen bundesweit und bei einer registrierten Arbeitslosenquote von über 7 % in Baden-Württemberg sind nicht diejenigen, die keinen Arbeitsplatz finden, faul, sondern da gibt es eben zuwenig bezahlte Arbeit.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

Deswegen geht es auch nicht darum, meine Damen und Herren, daß die Politik sich vorbehaltlos die Position der Arbeitgeberverbände zu eigen macht, die zuviel auf die Kostenfragen schauen und sich zuwenig mit der Suche nach neuen Produkten und neuen Produktionsverfahren beschäftigen.

Ein Bündnis für Arbeit in Baden-Württemberg muß zweierlei leisten: erstens durch ökologischen Strukturwandel neue Beschäftigungsfelder erschließen

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

und zweitens die vorhandene bezahlte Arbeit auf mehr Schultern umverteilen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das ist zuwenig!)

Ich komme zum ersten Punkt, meine Damen und Herren. Der ökologische Strukturwandel braucht politische Rahmenbedingungen. Wenn der Wirtschaftsminister dieses Landes — er ist ja leider nicht da —

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hervorragend vertreten durch Staatssekretär Brechtken!)

zu einer Gemeinschaftsinitiative „Umwelt, Auto, Verkehr“ einladen will, dann ist dies lobenswert. Aber er sollte nicht vergessen, daß dazu auch ein entsprechendes Preissignal gehört. Ohne eine Erhöhung der Mineralölsteuer, für die sich das Land einsetzen muß, meine Damen und Herren, wird es das Dreiliterauto nicht geben, wird es keine Umorientierung der Autokonzerne auf umweltgerechte Verkehrssysteme geben. Wir brauchen deswegen die Ökosteuer.

Schließlich, um ein zweites Beispiel zu nennen, muß das Land ökologisch orientierte Technologien fördern. Wir wissen alle, Baden-Württemberg ist ein Land für die Sonne, aber die Nutzung der Sonnenenergie findet hier keine Unterstützung. Die Photovoltaik, die dazugehörige Technik, wird im Land nicht einmal hergestellt; der einzige Hersteller hat vor kurzem das Land verlassen. Eine Energiewende aber, meine Damen und Herren, würde ein enormes Beschäftigungspotential für das Handwerk, für Ingenieure und Ingenieurinnen bieten. Wir brauchen dazu eine ökologisch orientierte Wirtschaftsförderung in diesem Land, und wir

(Birgitt Bender)

brauchen auf Bundesebene eine Energiesteuer, die die entsprechende Umorientierung fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Bündnis für Arbeit, meine Damen und Herren, wird letztlich nur erfolgreich sein, wenn es auch ein Bündnis für umweltgerechtes Wirtschaften ist. Und dazu sollte die Landespolitik beitragen.

Ich komme zu dem zweiten Punkt, der Umverteilung der vorhandenen bezahlten Arbeit. Das verlangt zunächst Überstundenabbau zugunsten von Neueinstellungen. Die IG Metall im Land hat errechnet, daß allein in der Metallindustrie des Landes Baden-Württemberg 1 681 000 Stunden pro Woche an Überstunden geleistet werden. Wenn man dies umrechnet, kommt man zu der Erkenntnis, daß ein Drittel dieser Überstunden, wenn sie abgebaut werden, sofort in neue Arbeitsplätze umgesetzt werden kann und ein weiteres Drittel mit Zeitverzögerung. Dies führt, meine Damen und Herren, zu einem Volumen von 32 000 Arbeitsplätzen. Es muß doch unser aller Anliegen sein, daß dieses Arbeitsplatzvolumen ausgeschöpft wird. Hier sind die Arbeitgeber in der Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Dr. Puchta SPD)

Weiterhin, meine Damen und Herren, heißt Umverteilung von Arbeit, daß wir neue Teilzeitmuster nach dem Vorbild des VW-Modells brauchen. Wenn volle Arbeit für alle nicht geht, muß weniger Arbeit für viele gehen. In diese vielen möchte ich ausschließlich die Frauen einschließen. Es gibt bereits Tarifverträge, die in die Richtung des VW-Modells gehen. Die Politik hat vor allem die Verantwortung für die Rahmenbedingungen. Da geht es nicht nur um neue Lösungen für den Vorruhestand, sondern da geht es auch darum, daß Menschen, die auf Teile von Arbeitszeit und Lohn zugunsten von Arbeitsplatzsicherung und der Schaffung weiterer Arbeitsplätze verzichten, und zwar möglichst in kollektiv abgesicherten Formen, den Schritt nicht mit Altersarmut bezahlen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

Eine steuerfinanzierte Mindestsicherung in der Rentenversicherung wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung, meine Damen und Herren, und das sollte ein Thema in diesem Haus sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig würde eine Orientierung an diesen neuen Arbeitszeitmustern bedeuten, daß es in den Betrieben eine neue Arbeitszeitkultur gibt, eine Kultur, die nicht mehr von der umfassenden Verfügbarkeit des Menschen, in der Regel des Mannes, am Arbeitsplatz ausgeht, sondern auch berücksichtigt, daß viele Menschen familiäre Pflichten haben. Warum soll es eigentlich nur heißen?: „Samstags gehört Papi mir!“ Der Papi gehört auch an einem anderen Tag in die Familie.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Montags, dienstags, mittwochs, donnerstags, freitags, samstags, sonntags!)

Meine Damen und Herren und Herr Kollege Repnik, für solche Rahmenbedingungen trägt die Politik auch in Baden-Württemberg Verantwortung.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Und wer soll dann arbeiten gehen? Dann machen wir eine Grundrente!)

Ich würde empfehlen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, anstatt den heldenhaften Einsatz gegen die Dienstwagensteuer weiterzuverfolgen. Bei dieser Steuer geht es um nichts anderes als darum, daß die bisherige Steuerhinterziehung in Sachen Dienstwagen nicht mehr stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Weyrosta SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Repnik.

(Abg. Weyrosta SPD: Die Wunderwaffe der CDU! — Abg. Schöttle CDU: Vati, mach mal Pause!)

Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muß schon sehr viel Selbstvertrauen haben, um zu glauben, daß eine Aktuelle Debatte, die von den Grünen beantragt oder bestellt worden ist, unseren Ministerpräsidenten dazu bringt, endlich aktiv zu werden.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

In Baden-Württemberg ist in dieser Hinsicht nicht nur vom Ministerpräsidenten, sondern auch vom Wirtschaftsminister einiges gemacht worden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wo ist er denn?)

Dazu haben wir die Grünen mit Sicherheit nicht als Ideengeber gebraucht.

Nur einen Punkt zu Ihrer angesprochenen Energiesteuer, Frau Bender: Man kann die Wirtschaft mit vielem kaputt machen, aber man macht sie mit Sicherheit kaputt, wenn man eine Energiesteuer einführt und mit dem Benzinpreis auf 5 DM pro Liter hochgeht. Damit ist in der Tat alles kaputt. Mit Sicherheit wird damit — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Repnik im Bundestag sieht das anders! Repnik, Bundestag, CDU!)

— Mein Bruder hat mit Sicherheit mit keinem Wort davon gesprochen, daß man den Benzinpreis auf 5 DM hochsetzen soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Kuhn GRÜNE: Aber er hat einen Ökosteuer-Vorschlag in Bonn gemacht! — Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ich fasse mich kurz.

In der Gesprächsrunde — — Wir wollen jetzt zum Thema reden. Zum Thema haben wir übrigens von den Grünen nichts gehört. Es gab keinen vernünftigen Vorschlag zum Bündnis für Arbeit — überhaupt nichts! —,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wo waren Sie denn?)

(Dr. Reppnik)

sondern Sie haben die Debatte von gestern nur aufleben lassen. Aber Sie haben nichts Konkretes gebracht.

Ich möchte versuchen, zwei, drei konkrete Dinge zu bringen, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Waren Sie draußen?)

— Nein, es war nichts konkret.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Entschuldigung!)

In der Gesprächsrunde beim Bundeskanzler zur Zukunftssicherung und für mehr Beschäftigung haben sich — und das finde ich positiv — Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung das gemeinsame Ziel gesetzt, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland zu halbieren. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, hält dies für realistisch, und ich hoffe, wir können auf diesem Weg voranschreiten.

(Abg. Zeller SPD: Heute werden die neuesten Zahlen bekanntgegeben!)

Neu ist daran, daß endlich Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Politik gemeinsam arbeiten. Notwendig ist hier ein entschlossenes Handeln im Rahmen eines Gesamtkonzepts, das vor allem unter den Gesichtspunkten Lohn-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik gesehen werden muß. Insofern müssen wir dieses Bündnis für Arbeit auch in Baden-Württemberg so betrachten.

Staat, Gewerkschaften und Wirtschaft müssen hierfür in den jeweiligen Verantwortungsbereichen ihr Handeln an dem Ziel einer höheren Beschäftigung ausrichten. Die CDU im Landtag von Baden-Württemberg hält dieses Bündnis für Arbeit zur Standortsicherung für einen geeigneten Ansatz, um Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

Allerdings: Wer den Menschen einredet, daß es ein Patentrezept gibt, mit dem man von heute auf morgen die Probleme lösen kann, der täuscht und betrügt sie. Wer diesen Eindruck erweckt, verschließt sich dem Zugang zu wichtigen Problemen und tieferen Ursachen dieser Probleme. Ich meine, es gibt auch für die Politik keine Alternative zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts auf allen Ebenen. Wenn wir die Staatsquote senken wollen, müssen wir also auch an die Steuer- und Abgabenquote denken. Daran führt kein Weg vorbei.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nicht nur daran denken, abbauen!)

— Nicht nur daran denken, abbauen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Machen!)

umbauen, machen, aber nicht immer dann, wenn Vorschläge kommen, gleich schreien, das sei unsozial, das gehe nicht, sei ein Abkassiermodell — Thema Maurer —, wenn es um Gesundheitsreform geht. Oder ich erwähne Lafontaine, der immer nur fordert, aber nie bereit ist, zu sagen, wo in der Tat umgebaut oder abgebaut werden soll.

(Abg. Goll SPD: Aber nicht nur bei den Kleinen!)

— Ach, hören Sie mir doch mit diesem Blödsinn auf: „immer nur bei den Kleinen“! Hören Sie doch mit diesem Blödsinn auf!

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Gaßmann: Wen trifft denn die Senkung des Arbeitslosengeldes? — Abg. Deuschle REP: Ist die SPD keine Arbeiterpartei mehr?)

Die Politik darf nicht nur — —

(Anhaltende Zurufe)

— Wenn ich weiter so Politik betreibe, immer nur fordere, man müsse abbauen und umbauen, aber wenn man konkrete Vorschläge macht, immer nur sage:

(Abg. Dr. Puchta SPD: Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe! — Zuruf von der SPD: Halsabschneider!)

„Da und dort geht es nicht“, wenn ich nicht den Mut habe, wirklich etwas zu verändern, dann brauche ich mich nicht zu wundern, wenn wir nie etwas verändern, sondern wenn dieser Sozialstaat irgendwann einmal an die Wand fährt und kaputtgeht.

(Beifall des Abg. Fleischer CDU — Abg. Bloemcke CDU: Richtig! — Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Deswegen: Die Politik darf nicht nur von Gewerkschaften und Arbeitgebern einfordern, sondern wir müssen auch selbst unsere Hausaufgaben machen. Deswegen ist es wichtig: Wir müssen unseren Sozialstaat umbauen, sozialverträglich umbauen, nicht abkassieren, aber umbauen.

(Abg. Wettstein SPD: Sie bauen doch ab! Das ist doch das Problem! — Abg. Deuschle REP: Weil Sie die Zuwanderung nicht stoppen! — Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Sie reden immer nur von Kürzungen! — Weitere Zurufe)

— Also, jetzt kommt er mit den Zuwanderern, und er kommt mit der Sozialkomponente. Also, Leute, das ist doch keine Diskussion mehr. Wir müssen uns doch ernsthaft darüber unterhalten, wie wir den Sozialstaat sozialverträglich machen können. Deswegen sehe ich eine gewisse Chance auch darin,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Dann müssen Sie die Abrisbirne wieder einpacken!)

daß wir als Politiker unsere Aufgabe erfüllen. Diese Aufgabe heißt: Staatsquote zurückfahren, Lohnnebenkosten senken.

Sie fordern immer nur von den Arbeitgebern, die anderen von den Gewerkschaften, aber kein Politiker ist bereit, Maßnahmen zu ergreifen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Erhöhung der Sozialbeiträge! — Abg. Kuhn GRÜNE: Glauben Sie das, was in der CDU-Zeitschrift steht?)

Das 50-Punkte-Programm der Bundesregierung ist ein richtiger Weg.

(Zuruf des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

(Dr. Repnik)

Wir brauchen unter anderem auch flexible Arbeitszeiten.

(Zuruf von der SPD: Papier ist geduldig!)

Ich freue mich über eine Zeitungsmeldung von heute. Ich habe die „Stuttgarter Zeitung“ von heute dabei.

(Abg. Sieber CDU: Schon wieder „Stuttgarter Zeitung“!)

Dort heißt es, daß die Firma Porsche mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung über flexible Arbeitszeiten und den Abbau von Überstunden getroffen hat, und dort gilt im Prinzip schon die flexible Wochenarbeitszeit. Sie ist bei gleichem Tarif sehr flexibel. Und die Firma verpflichtet sich, dann auch keine Leute zu entlassen.

Frau Bender, in Deutschland, auch in Baden-Württemberg herrscht kein Mangel an Arbeit, sondern ein Mangel an Nachfrage nach Arbeit zu den Preisen, die wir bräuchten.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Deswegen werden wir nicht umhinkommen, gerade auch die Kosten, die wir als Politiker zu verantworten haben, zu senken. Lassen Sie uns gemeinsam an diese Arbeit herangehen. Ich meine, dieses Bündnis für Arbeit ist der richtige Ansatz.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wir sollten den Gewerkschaften und den Arbeitgebern die Hand reichen und da weiterarbeiten. Aber wir dürfen uns als Politiker — nur, weil es vielleicht unpopulär ist — nicht davon verabschieden und nicht so weit kommen, daß wir unsere Hausaufgaben nicht machen, das heißt, Lohnnebenkosten und Abgaben zu senken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren am heutigen Tag das Thema „Bündnis für Arbeit“, am selben Tag, an dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, verkündet hat, daß wir gegenwärtig 4,16 Millionen registrierte Arbeitslose haben. Das ist ein trauriger Nachkriegsrekord, meine Damen und Herren. Leider trifft das zu, was man im Wahlkampfmaterial der CDU nachlesen kann. Darin ist ein Druckfehler enthalten, aber er trifft leider die Wahrheit. Da heißt es: „CDU-Politik bedeutet Entlassungen für die Wirtschaft.“

(Heiterkeit bei der SPD — Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur diesen traurigen Rekord, sondern — das wurde schon gestern dargestellt — wir haben auch den höchsten Schuldenstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet auch, daß zum Beispiel eine Politik des Deficit-spending überhaupt nicht mehr in die Diskussion kommen kann. Keynes hat in dieser Situation keine Chance. Schuld daran ist ganz klar die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, insbesondere Herr Rexrodt,

(Abg. Sieber CDU: Mein Gott, mein Gott!)

der die ganzen Jahre hindurch auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft vertraut hat und nun von Klaus Zwickel von der Industriegewerkschaft Metall aufgeweckt werden mußte, damit hier überhaupt etwas geschieht.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Übernehmen Sie sich nicht! — Abg. Dr. Repnik CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Wettstein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Repnik?

**Abg. Wettstein SPD:** Am Ende meiner Rede, ja.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Guckt kaum über das Pult und spuckt schon solche Töne! Das ist ja unglaublich! — Gegenruf des Abg. Weyrosta SPD)

Damit überhaupt etwas geschieht, mußte die Gewerkschaft hier Vorschläge machen und vorpreschen. Nun kam es zur Kanzlerrunde. Die Kanzlerrunde hat ja nur Absichtserklärungen gebracht. Das, was als Karikatur im „Mannheimer Morgen“ veröffentlicht wurde, trifft den Kern der Sache, daß nämlich im Grunde genommen nur das Bauschild angebracht worden ist, aber mit dem Bau selber muß erst noch angefangen werden.

Dies hat man von seiten der Bundesregierung offenbar im Blickfeld gehabt, als man das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vorgelegt hat. Meine Damen und Herren, das ist ein wohlklingender Titel für etwas, was nicht viel enthält. Wenn man der Bundesregierung überhaupt ein Lob spenden muß, dann im Hinblick auf die Semantik. Darin ist sie großartig.

(Abg. Bloemecke CDU: Das haben wir von der SPD gelernt!)

Sie verpackt die größten Sauereien in positiv klingende Worte. Alles, was man der Bevölkerung aufbürden will, heißt neuerdings „Reformen“.

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

Darin ist sie groß, aber da hört es auch schon auf.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jetzt kommen Sie zur Sache!)

— Herr Kollege Döring,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Bitte, Herr Kollege!)

ich komme sehr wohl zur Sache.

Im Jahr 1994, als das Superwahljahr war, hat man überall verkündet: „Jetzt kommt der Aufschwung“, und hat den Leuten weisgemacht: „Mit diesem Aufschwung sind alle Probleme am Arbeitsmarkt dahin.“ Deswegen haben Sie doch auch wieder die Wahlen gewonnen, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Wettstein, Herr Abg. Dr. Repnik fragt, ob Sie nun eine Frage von ihm beantworten.

**Abg. Wettstein SPD:** Nein. Am Ende meiner Rede, Herr Präsident.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Jetzt, vor den drei Landtagswahlen, macht man in Aktionismus. Herbert Mai von der ÖTV hat ja erklärt, daß durch diesen Aktionismus auch die Gefahr besteht, daß das Bündnis für Arbeit nicht zustande kommt. Das, was nun als Konzept vorgelegt worden ist, ist in Panik zusammengeschustert. Wichtige Bereiche fehlen darin. Ich möchte nur einige Beispiele nennen, meine Damen und Herren.

Erstens einmal ist nichts dazu gesagt, wie man der D-Mark-Aufwertung und der Überbewertung der D-Mark begegnen will.

(Abg. Sieber CDU: Mit der Einführung des Euro!  
– Gegenruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Herr Kollege Kurz hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß die D-Mark-Überbewertung zur Zeit das größte Problem für die Wirtschaft und für unseren Export ist.

Zweitens: Es ist nicht davon die Rede, daß man die Körperschaftsteuer senken will. Wirtschaftsminister Spöri hat schon vor einem Jahr deutlich gemacht, wie man das aufkommensneutral gestalten kann.

Drittens: Es ist überhaupt nicht vom ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft die Rede. Man hat einfach noch nicht begriffen, daß auf Dauer sichere Arbeitsplätze nur dort vorhanden sind, wo umweltfreundlich produziert wird.

Viertens: Es ist auch noch nicht einmal von einer Energiesteuer die Rede, mit Hilfe derer man beispielsweise auch die Lohnnebenkosten senken könnte, indem man von diesem Topf Geld in die Versicherungsträger, in die gesetzlichen Krankenkassen, in die gesetzlichen Rentenkassen und in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung überführt.

Meine Damen und Herren, was die Nebenkosten anbelangt, ist man auch nicht bereit, die Lasten der deutschen Einigung bei den Rentenversicherungsträgern, bei den Krankenversicherungsträgern und auch bei der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Die Bundesregierung ist nicht bereit, die Kosten zu senken, um dadurch den Standort Deutschland zu stärken.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Lohnnebenkosten wird wiederum nur die altbekannte Umverteilungsmasche von unten nach oben in Gang gesetzt. Hier laufen wir, wenn wir der Bundesregierung folgen, Gefahr, daß der innere Frieden gefährdet wird. Meine Damen und Herren, wir haben bisher einen großen Standortvorteil durch den sozialen Frieden.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

Die Bundesregierung ist dabei, diesen Standortvorteil zu verringern und zu vernichten.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Wettstein, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

**Abg. Wettstein SPD:** Jawohl.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herrn Abg. Wieser hat er eine Zwischenfrage gestattet, Ihnen, Herr Abg. Repnik, noch nicht.

**Abg. Wieser CDU:** Herr Kollege Wettstein,

(Abg. Weyrosta SPD: Wieser will den Repnik fragen!)

können Sie ein Beispiel nennen – –

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Natürlich! – Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD)

– Herr Geisel, Sie haben gestern Ihren Auftritt gehabt. Wiederholen Sie den bitte jetzt nicht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Präsident, jetzt können Sie verstehen, warum ich Zwischenfragen erst am Ende zulasse.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

**Abg. Wieser CDU:** Ich habe zwei Fragen. Können Sie mir ein Beispiel dafür nennen

(Abg. Weimer SPD: Nehmen Sie einmal die Hand aus der Tasche!)

– danke schön –, daß Steuererhöhungen zu mehr Arbeitsplätzen geführt haben?

(Abg. Weyrosta SPD: Können Sie mir ein Beispiel dafür nennen, daß Steuersenkungen Arbeitsplätze geschaffen haben?)

Zweitens: Wenn Sie sagen, die sachfremden Leistungen sollen aus der Rentenkasse heraus, ...

(Unruhe)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

**Abg. Wieser CDU:** ... müssen Sie sehen, daß 90 % in die Rentenkasse einbezahlen ...

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Wieser CDU:** ... und 100 % Steuern bezahlen. Dieselben zahlen dann die Belastungen.

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Kollege Wieser, erstens habe ich mich nie für Steuererhöhungen ausgesprochen. Im Gegenteil, ich verurteile, daß in einer Zeit, in der ein ganz leichter Aufschwung da war, die Bundesregierung Steuererhöhungen und Abgabenerhöhungen durchgeführt hat. Damit hat sie dazu beigetragen, die Binnenkonjunktur kaputtzumachen. Dadurch ist diese Konjunktur gebremst worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Wettstein)

Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß wir, wenn wir eine Energiesteuer erheben wollen, dieses Geld nicht zur Sanierung des Haushalts haben wollen, sondern es wieder zurückgeben möchten. Es ist ein ganz großer Unterschied, ob wir Steuern erhöhen, um den Haushalt zu sanieren, um zum Beispiel den Konvergenzkriterien gerecht zu werden, oder ob wir das Geld wieder zurückgeben, um beispielsweise Lohnnebenkosten zu senken.

Nun komme ich zum zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Kollege Wieser. Es geht doch nicht darum, daß dies nun ganz andere finanzieren, sondern es geht darum, daß es ein großer Unterschied ist,

(Abg. Wieser CDU: Ja, ja!)

ob die Sozialleistungen beispielsweise, wie in Dänemark, von der Steuer bezahlt werden und deshalb bei den Lohnkosten nicht erscheinen oder ob wir hohe Lohnnebenkosten haben, die von vornherein Investoren aus dem Ausland abschrecken. Das ist der Knackpunkt, Herr Kollege Wieser.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Weimer SPD: So ist es!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Gestatten Sie noch die Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Repnik? Dann ist Ihre Redezeit aber zu Ende, Herr Kollege.

**Abg. Wettstein SPD:** Ich gestatte noch alle möglichen Zwischenfragen.

**Abg. Dr. Repnik CDU:** Ich mache es relativ kurz. Herr Kollege Wettstein, wir sind wahrscheinlich der gemeinsamen Meinung, daß man dieses Thema auch im Wahlkampf mit sehr viel Sachlichkeit behandeln sollte. Mir wurde jetzt gesagt, daß die SPD plakatiert —

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Dr. Repnik CDU:** Ja, ich komme dazu.

Die SPD plakatiert: CDU, Aufschwung versprochen, Ergebnis: 4 Millionen Arbeitslose.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe mit großer Sorge, daß in Baden-Württemberg die Arbeitslosigkeit proportional stärker gestiegen ist ...

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Dr. Repnik CDU:** ... — kommt sofort — als in anderen Bundesländern. Wir sind aber trotzdem noch besser als andere Bundesländer.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Dr. Repnik CDU:** Meine Frage ist, wenn wir das in den Wahlkampf hineintragen, ...

**Präsident Dr. Hopmeier:** Frage!

**Abg. Dr. Repnik CDU:** ... nachdem in den letzten vier Jahren der SPD-Minister Spöri dafür Verantwortung getragen hat: Halten Sie den Minister Spöri für einen Versager?

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als hier in diesem Hause der damalige Ministerpräsident Späth gesagt hat: Wir brauchen, um die Arbeitslosenzahlen herunterzubringen, keine neuen Beschäftigungsprogramme, sondern wir brauchen eine neue Bundesregierung. Er hat damals die Ablösung der Regierung Schmidt gemeint. Der damalige Oppositionsführer Kohl hat Helmut Schmidt vorgehalten: „Jeder einzelne Arbeitslose, Herr Bundeskanzler, ist ein Arbeitsloser von Ihnen.“ Die CDU ist 1983 im Bundestagswahlkampf mit der Parole angetreten: Wir bringen die Arbeitslosenzahlen herunter, und wir bringen die Schulden herunter.

(Abg. Kurz CDU: Das war noch bis 1990 der Fall, Herr Kollege!)

Natürlich werden wir dann in einer Zeit, in der Bilanz gemacht wird, nämlich vor Wahlen, darauf hinweisen müssen, daß die CDU genau das Gegenteil von dem gebracht hat, was sie versprochen hat.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern)

Die Arbeitslosenzahlen und die Schuldenlast sind auf eine ungeheure Rekordhöhe angestiegen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

— Herr Kollege Drautz, es in der Tat so, daß einem bei diesen Zahlen fast die Stimme versagt. Sie haben das richtig herausgehört.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Wettstein, darf ich Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen. Sie haben die Redezeit um 100 % überschritten.

**Abg. Wettstein SPD:** Ich kriege ja Fragen gestellt, die ausführliche Antworten erfordern.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Repnik hat zurückgezogen!)

Herr Repnik wollte unbedingt noch wissen, ob für die Arbeitslosenzahlen Herr Spöri zuständig sei. Herr Kollege Repnik, wir haben gestern deutlich dargestellt, daß zum Beispiel von den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland nahezu die Hälfte nach Baden-Württemberg geht. Das haben wir dargestellt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Donnerwetter! Das muß man auch einmal sagen!)

Wir haben auch deutlich dargestellt, daß Baden-Württemberg wesentlich besser dasteht als die übrigen Bundesländer. Das ist in der Tat das Verdienst von Dieter Spöri.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Und von Herrn Wettstein!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Bundestag dürfen nun auch wir uns hier auf Antrag der Grünen, die am wenigstens davon verstehen, im Zusammenwirken mit der SPD, die nach ihrer Regierungsübernahme im Bund 1972 die Fundamente zu dem gelegt hat, was uns heute beschäftigt, aus wahltaktischen Profilierungsgründen mit einem Thema beschäftigen, das aufgrund seiner fundamentalen Relevanz für die Zukunft unseres Landes viel zu wichtig ist, als daß damit wie bisher Spiegelfechtereien betrieben werden dürften.

Die Hiobsbotschaften über Personalabbau und Anstieg der Arbeitslosenzahlen häufen sich, was jeder in den Medien, aber auch bei den Menschen direkt vor Ort erfahren kann. Sie werden ja mit Sicherheit die heute bekanntgegebenen aktuellen Arbeitslosenzahlen zur Kenntnis genommen haben. Im Januar dieses Jahres liegt die offizielle Zahl der Arbeitslosen bundesweit bei über 4 Millionen, in Baden-Württemberg bei rund 360 000.

(Abg. Kurz CDU, Abg. Oettinger CDU und Abg. Dr. Döring FDP/DVP unterhalten sich miteinander.)

— Das ist eventuell auch für Herrn Oettinger interessant, damit er sich hier vielleicht wirklich mit den Problemen der Bürger beschäftigt.

Ich sage: Vier Jahre große Koalition von CDU und SPD hier in Baden-Württemberg sind genug

(Abg. Sieber CDU: Sind genug! Wo er recht hat, hat er recht!)

— das ist richtig — und haben zu einer Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen geführt.

(Beifall bei den Republikanern — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Deuschle REP:** Rechnen wir nun hypothetisch diejenigen dazu, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben, diejenigen, die durch Umschulungen verdeckte Arbeitslose sind, sowie letztendlich auch noch diejenigen, die gar nicht erst erfaßt werden, weil sie seit ihrer Zuwanderung nach Deutschland nie in die Verlegenheit kamen, hier zu arbeiten, dann haben wir keine Arbeitslosigkeit von nur 4 Millionen, sondern eine von annähernd 8 Millionen. Das bedeutet, daß in unserem Land fast jeder fünfte ohne Arbeit ist. Das ist nicht nur unsozial, das ist inhuman.

(Beifall bei den Republikanern)

Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß wir nicht erst in eine Katastrophe hineinschlittern, sondern uns längst in ihr befinden.

Der Anteil der Exportwirtschaft am deutschen Sozialprodukt schrumpfte seit 1990 von 31 auf 20 %. Auch hier ist die Tendenz stark fallend. Deutschland droht die Deindustrialisierung. „Die Jobs wandern aus“, so der „Spiegel“ vor kurzem.

Seit 1991 sind allein in Westdeutschland rund 1,4 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen, davon 1,2 Millionen in der Industrie. Was das allein für baden-württembergische Arbeitsplätze bedeutet, läßt sich nur in sechsstelligen Zahlen ausdrücken. Aber das Problem besteht ja in Gesamtdeutschland.

In den letzten zehn Jahren ließ sich jedes siebte deutsche Kleinunternehmen auch im Ausland nieder, wohlgermerkt: Kleinunternehmen, nicht einmal „global players“.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das war doch gestern!)

Allein zwischen 1992 und 1994 stiegen die deutschen Direktinvestitionen im Ausland auf 66 Milliarden DM, wogegen es nur 14 Milliarden DM ausländische Direktinvestitionen im Bundesgebiet gab.

Diese negative Zahl ist das eigentliche Problem, nicht der Kapitaltransfer an sich. Herr Staatssekretär, nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis. Hinter diesen Zahlen verstecken sich die fehlenden Arbeitsplätze.

Dann kommen diejenigen Politiker, die das Staatsschiff auf Grund gefahren haben, die Parteien, Politiker und Gewerkschaften, setzen sich medienwirksam zusammen, gießen alten Wein in alte Schläuche und preisen das Ganze unter dem Titel „Bündnis für Arbeit“ an, nicht um damit die Probleme zu lösen, sondern um ihre Verantwortungs- und Kompetenzlosigkeit zu kaschieren.

Im Wirtschaftskommentar der FAZ vom vergangenen Donnerstag findet sich die Aufforderung, keiner solle sich als sozialer Störenfried beschimpfen lassen, nur weil er sich der Verführung zum Konsens widersetzt. Das nehmen wir uns zu Herzen. Wenn der Konsens der an der Katastrophe Verantwortlichen lediglich in der Übereinstimmung besteht, die Augen vor der Realität zu verschließen und weiterzuwurschteln wie bisher, dann ist es sogar unsere Pflicht als Republikaner, uns diesem Konsens zu widersetzen.

(Beifall bei den Republikanern)

Kommen wir zum eigentlichen Problem. Das eigentliche Problem ist, daß Kanzler, Ministerpräsidenten, Parteien und Gewerkschaften immer noch versuchen, ein nationales Bündnis für Arbeit zu schließen, für das durch ihre eigene Politik längst jede Geschäftsgrundlage verlorengegangen ist. Der Landesvorsitzende des DGB, Herr Pommerenke, hat so nebenher ausgesprochen, was er und seine Damen und Herren eigentlich nicht wahrhaben wollen: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen in der globalen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Das ist es, meine Damen und Herren: die Internationalisierung der Wirtschaft, die Nomadisierung der Arbeit und der Arbeitskräfte, die Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen und vor deren Konsequenzen Sie kapitulieren.

Ihnen von den Grünen, die Sie diese Debatte vom Zaun gebrochen haben, kann ich nur empfehlen, die Feststellung von Joschka Fischer zur Kenntnis zu nehmen, daß der Globalismus die Grundlagen sozialer Demokratie zur Disposition stellt.

Im zweiten Teil werde ich noch einige Vorschläge zur Änderung dieser miserablen Situation machen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Döring.

(Abg. Weyrosta SPD: Der redet zu jedem Tagesordnungspunkt!)

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Zu jedem zweiten.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte die Debatte, die von den Grünen beantragt wurde, für berechtigt und notwendig. Ich denke, daß auch schon etwas ein Stück weit auf den Weg gebracht worden ist, wenn wir lesen, daß es auch im Land Baden-Württemberg ein Bündnis für Arbeit geben soll.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aber mühevoll!)

— Da haben Sie recht...

Aber wenn wir von einem Bündnis für Arbeit sprechen, verehrter Herr Kollege Wettstein, dann muß man, denke ich, auch im Vorfeld den Umgang ein bißchen anders machen.

(Abg. Weimer SPD: Ach, das war's!)

In ein solches Bündnis für Arbeit sollten, meine ich, auch alle Parteien und Fraktionen einbezogen werden. Wenn man im Vorfeld aufeinander losrast und die einen rufen: „Soziale Kälte“, die anderen: „Voodoo economics“, dann hat das keinen Wert. Entweder versuchen wir es im Konsens, oder wir lassen es bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU — Abg. Wettstein SPD: Wir müssen doch die Dinge beim Namen nennen!)

Ich meine, das Bündnis für Arbeit ist notwendig. Es muß auch im Land kommen. Ich möchte aber gern haben, daß wir dem Bündnis für Arbeit ein Bündnis für Bildung, Ausbildung und Qualifikation voranstellen oder auch zur Seite stellen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter — —

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Das muß dringend mit eingebaut werden, weil ich es sonst für unerträglich hielte, wenn ich mir die Situation an den Schulen und an den Hochschulen, die auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, ansehe. Das heißt, es muß ein Bündnis für Bildung und ein Bündnis für Ausbildung geben. Denn die Ausbildungssituation in unserem Land — die aktuellen Zahlen sprechen da eine eindeutige Sprache — ist ebenfalls alarmierend. Da reicht es auch nicht aus, einmal an einem Nachmittag zusammenzukommen und zu sagen: „Jetzt sind wir dazu einmal zusammengesessen und haben uns darum bemüht, daß auch dieses Thema aufgegriffen wird.“

Vielmehr muß da mehr geschehen, damit wir den jungen Menschen Perspektiven für ihren Lebensweg geben können. Deswegen muß das Bündnis für Arbeit auf den Bereich der Bildung, der Ausbildung und der Lehrstellen erweitert werden.

Meine Damen und Herren, es ist auch richtig angesprochen worden, daß wir in neue Produkte hineingehen müssen. Ich

halte es für dringend notwendig, daß wir auf dem Gebiet der Umwelttechnologie wesentlich mehr oder noch mehr tun als bisher. Baden-Württemberg tut hier — das muß man anerkennen — einiges. Wir haben in den vergangenen Jahren gesehen, daß dies der einzige Bereich ist, in dem wir noch echte Wachstumsraten, was die Zahl der Arbeitsplätze angeht, verzeichnen konnten. Deswegen muß Umwelttechnologie ein besonderer Schwerpunktbereich zur Sicherung von Arbeitsplätzen gerade bei uns in Baden-Württemberg sein.

Es geht aber, wenn Sie, Frau Bender, eine Forderung erheben, auch darum, die Gegenforderung aufzunehmen und hierzu genauso gesprächsbereit zu sein.

Ich will von den Punkten, die Sie angesprochen haben, einen aufgreifen: Abbau der Überstundenzahl und Einfließenlassen in mehr neue Beschäftigungsverhältnisse. Dazu sage ich „ja“, wenn Sie zusätzlich auch zu der Flexibilität bereit sind, zu sagen: Wir müssen die befristeten Arbeitsverhältnisse zeitlich ausdehnen, und es muß auch möglich sein, solche Verhältnisse mehrfach hintereinander zu machen. Das halte ich dann auch für notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es kann nicht sein — das hat uns am Anfang auch ein bißchen am Vorschlag von Herrn Zwickel gestört —, daß man auf der einen Seite eine Vielzahl

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

von Forderungen erhebt und auf der anderen Seite nicht dazu bereit ist, Flexibilität mitzubringen, die angeboten werden muß, um so etwas zu bekommen. Ich meine auch, daß man das, was die Überstunden angeht, in die Diskussion einbringen muß.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Ein Verbot von Überstunden haben Sie heute zum Glück nicht gefordert. Das wäre völlig daneben gewesen. Aber mehr Überstunden bei ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen sind zu akzeptieren, dies jedoch, wie gesagt, über den Weg, daß die befristeten Arbeitsverhältnisse mehr zum Tragen kommen können als gegenwärtig.

Natürlich gehört dazu, daß wir uns Gedanken darüber machen, wie wir von den Lohnnebenkosten etwas herunterkommen. Da haben Sie, Herr Kollege Wettstein, zu Recht angemahnt, die versicherungsfremden Leistungen herauszunehmen. Wenn dies ein Einstieg dahin wäre — dringend notwendig; ist zu Recht angemahnt —, sage ich von unserer Seite aus, daß da etwas passieren muß. Der Einwand und der Vorwurf sind sicher berechtigt.

Lassen Sie mich noch einmal auf zwei alte Forderungen verweisen. Da erwarte ich auch, daß Sie die Bereitschaft mitbringen, sie mitzutragen. Was hat man uns diffamiert, als wir gesagt haben, wir wollten in Privathaushalten neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen! Man hat uns damit überzogen: „Jetzt kommen die für ihre 'Pfeffersäcke' mit dem Dienstmädchenprivileg daher.“ Heute ist Allgemeingut, daß man sagt,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

(Dr. Döring)

daß da Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen entstehen können. Selbst die Freunde von Ihnen sagen dies mittlerweile. Das bedeutet, die Vorschläge kann man nicht von vornherein mit dem Totschlagsargument, das wir in Deutschland haben — „unsozial“ —, wegmachen. Vielmehr ist man offen für neue Anregungen.

Ein konkretes Beispiel ist also — vor Jahren gefordert; wir wurden massiv mit Schimpf und Schande überzogen, heute Allgemeingut —, daß wir Hunderttausende von neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Deutschland schaffen könnten. Also auch da nicht länger reden, sondern machen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

endlich auf den Weg bringen, damit dies auch tatsächlich passiert.

Wir müssen auch die Bereitschaft aufbringen, über die Kostensituation zu diskutieren, und dürfen nicht sagen: Ihr beschäftigt euch immer nur mit der Kostensituation. Sie müssen sich doch nur die Beispiele anschauen, die wir hier im Land selbst gehabt haben — mehrfach angesprochen —, warum Swatch bzw. Smart nicht bei uns produziert werden. Das ist doch klar. Das ist eine Frage der Arbeitszeit — dort 300 Stunden mehr im Jahr als bei uns. Das ist auch eine Frage der Flexibilität der Arbeitszeit und eine Frage der Maschinenlaufzeiten. Das alles sind Themen, die Sie einbringen müssen. Dazu zählt auch die Lohnfortzahlung; denn eine Lohnfortzahlung, wie wir sie hier haben, gibt es nirgendwo mehr sonst auf der Welt.

Diese Themen müssen in aller Offenheit genauso in das Verhandlungspaket hinein wie die Themen, die Sie berechtigterweise einbringen. Dann kann so ein Bündnis für Arbeit auch Erfolg haben, und dann hoffe ich auch, daß wir tatsächlich das Ziel, das uns alle am meisten umtreiben muß, erreichen können, nämlich daß wir bei uns Arbeitsplätze sichern und möglichst viele neue schaffen.

Für die Betroffenen und deren persönliches Umfeld gibt es nichts Schlimmeres als Arbeitslosigkeit. Deswegen sage ich: Wir bemühen uns mit unseren Vorschlägen, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß wir Beschäftigung sichern können. Es gibt nichts Sozialeres, als sich darum zu bemühen, daß mit diesen Rahmenbedingungen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Wenn Sie bereit sind, dies mit anzuerkennen und in das Verhandlungspaket hineinzunehmen, dann kann das Bündnis für Arbeit auch tatsächlich Erfolg zeitigen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium.

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl der Arbeitslosen auf der Grundlage der heute veröffentlichten Zahlen sind genannt worden: in Baden-Württemberg 360 000 und im Bund 4,16 Millionen. In Baden-Württemberg haben wir eine geringere Steigerung als im Bund. Dies kann uns zwar nicht beruhigen, zeigt aber eine gewisse Verbesserung gerade in unseren Kernbranchen.

Dennoch haben wir hier gemeinsam die Aufgabe, unsere Beiträge in der Landespolitik zu einem Bündnis für Arbeit zu leisten, und zwar in der Tat — Herr Kollege Döring, da stimme ich Ihnen ja zu — auf allen Ebenen. Allerdings — das will ich hinzufügen — bin ich froh, daß der Vorsitzende der IG Metall, Zwickel, hier Bewegung in die Landschaft gebracht hat.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Der hat es abgelehnt!)

Herr Kollege Dr. Döring, wenn Sie einmal Ihre eigene Rede zum Thema Bündnis für Arbeit nachlesen — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ja! Sehr gut!)

Das ist das Erstaunliche an Ihnen. Wenn Sie hier sagen, Sie hätten gestern die Rede gelesen, heute aber eine solche Rede halten, dann muß ich sagen: Sie sind ein Weltmeister des Verdrängens. Damals haben Sie nämlich in erheblichem Umfang gegen das Bündnis für Arbeit polemisiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Im übrigen — das darf ich auch einmal sagen —: Ich habe ein Gespräch mit Ihrem Wirtschaftsminister gehabt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wer ist das gerade?)

als damals Dieter Spöri die ersten dialogorientierten Veranstaltungen durchgeführt hat. Er hat mich in übelster Weise beschimpft,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Kann ich mir nicht vorstellen!)

das sei Dirigismus, aus ordnungspolitischen Gründen sei dies abzulehnen etc.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Rexrodt hat noch nie jemanden beschimpft!)

Also, da haben Sie dazugelernt. Sie haben aber selbst gesagt, wir seien dankbar für jeden reuigen Sünder, der den Weg der Vernunft mitgehe.

(Abg. Weyrosta SPD: Aber das Klassenziel erreicht er trotzdem nicht! — Unruhe)

Noch einen ersten Punkt, und zwar an Ihre Adresse, Herr Kollege Döring: Im Deutschen Bundestag werden ja heute der Jahreswirtschaftsbericht und das 50-Punkte-Programm der Bundesregierung behandelt. Unser Wirtschaftsminister wird übrigens in diese Debatte in Bonn eingreifen; deswegen ist er heute nicht da.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Oil!)

Darin sind ungefähr 20 Vorschläge enthalten, deren Realisierung Kosten in Höhe von mehr als 20 Milliarden DM verursachen würde, aber ein Deckungsvorschlag wird nicht gemacht. Wir haben ja gestern über die Frage diskutiert, was das für Auswirkungen haben wird, ob hier vor den Wahlen ein Programm verkündet wird, für das wir erst nach den Wahlen die Finanzierungsquittung bekommen werden. Sie als in Bonn Regierende müssen, wenn Sie dort Beiträge leisten, dafür sorgen, daß die Finanzierung sorgfältig sicher-

(Staatssekretär Brechtken)

gestellt wird. Wir hier in Baden-Württemberg haben genau dies in diesen vier Jahren erreicht; wir haben unsere Programme und unsere Schwerpunkte jeweils solide finanziert. Dies fehlt im Bund, und Sie sollten zu einer Änderung beitragen.

Übrigens, weil vorhin jemand — ich meine, Sie, Frau Kollegin Bender, waren es — die Frage der Dienstwagen angesprochen hat: Sie sollten das nicht unterschätzen. Im Jahressteuergesetz ist nämlich bestimmt, daß etwa die Einprozentregelung auch für den gebrauchten Wagen nach dem Listenpreis des entsprechenden Neuwagens gilt. Dies wird in erheblichem Umfang unsere Automobilstruktur treffen. Im übrigen halte ich eine solche Regelung auch für verfassungswidrig. Da gäbe es schon eine Menge Implikationen, auch in der Frage der Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze.

Nehmen Sie die Reisekostengeschichte, die bei uns in Baden-Württemberg 200 zusätzliche Bedienstete erfordern würde, wenn man sie durchsetzen würde. Deshalb haben wir zu Recht, wie ich meine, eine Bundesratsinitiative verabschiedet, um dies zu korrigieren.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Bitte schön, Frau Kollegin.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Birgitt Bender?

**Staatssekretär Brechtken:** Aber gern.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie haben sie gestattet. Bitte, Frau Abg. Bender.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, daß auch bereits bisher die private Nutzung von Dienstwagen der Steuerpflicht unterliegt, daß nur häufig dieser geldwerte Vorteil in der Steuererklärung nicht angegeben wird, mithin eine Steuerhinterziehung stattfindet?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Oi, oi! — Unruhe)

**Staatssekretär Brechtken:** Nein, liebe Frau Kollegin Bender, da irren Sie sich. Es war bisher schon steuerpflichtig, und es gab bisher bereits eine Pauschalregelung. Wir wenden uns aber gegen die Form der Veränderung, die eben insbesondere unseren Automobilstandort trifft. Deswegen sind wir für eine Veränderung. Wir sind ja nicht gegen die Besteuerung. Es ist ja unstrittig, daß der private Nutzungsanteil als einkommensgleicher Vorteil versteuert werden muß. Also darüber sind wir uns einig. Es geht nur um die Methode und um die Form. Diese müssen wir im Interesse unseres Wirtschaftsstandorts korrigieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu den Handlungsfeldern der Landespolitik einige wenige Punkte sagen. Es geht nicht um die Frage des Diskutierens, sondern es geht um das Handeln, und zwar das entschlossene Handeln im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Erster Punkt: Wir helfen unseren Betrieben mit einer Liquiditätshilfe. Das halte ich für einen ganz wichtigen Beitrag.

Wir haben sehr viele Firmen und ein gutes Konzept, wir haben Aufträge und eine Zukunftsmöglichkeit. Aber durch drei, vier schlechte Jahre sind alle stillen Reserven aufgezehrt worden. Es ist also keine Liquidität da. Und hier müssen wir helfen. Wenn die Banken im Risiko bleiben, sind wir bereit, über Landesbürgschaften auch ein Stück weit Risiken abzusichern, um Arbeitsplätze in den Betrieben, die eine Zukunftschance haben, zu erhalten. Immerhin haben wir in den letzten vier Jahren 200 000 Arbeitsplätze mit diesem Instrument gesichert und über die Runden gebracht. Das war ein wichtiger Beitrag. Überlegen Sie einmal, welche Arbeitslosigkeit wir heute hätten, wenn wir dieses Instrument nicht entschlossen genutzt hätten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Zweites Stichwort: Wir müssen dafür sorgen, daß die vorhandene Produktionsstruktur gestützt wird. Das halte ich für einen ganz zentralen Punkt; denn wir haben drei Kernbranchen: Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Diese Kernbranchen sind in Baden-Württemberg in besonderer Weise geballt; das heißt, Baden-Württemberg hat in der Bundesrepublik den höchsten Anteil an diesen drei Kernbranchen. Deshalb müssen wir diese Branchen in ihrer Konkurrenzfähigkeit stützen, damit Arbeit in diesen Bereichen erhalten bleibt. Und das machen wir mit einer konsequenten Technologiepolitik; denn dort werden wir tatsächlich nur mit effektiver Produktion und damit durch eine Kostensenkung die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Das machen wir.

Das Land Baden-Württemberg ist das Land mit der höchsten anwendungsorientierten Forschung. Baden-Württemberg ist das Land mit der besten Infrastruktur auf diesem Gebiet, und wir haben einen Technologietransfer mit der Steinbeis-Stiftung. Das sind Ansatzpunkte, die wir konsequent nutzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen Satz hinzufügen, weil mich das schon ein bißchen umtreibt. Es gibt nämlich Leute, die vertreten die Theorie — übrigens nicht ganz unbekannt Leute in diesem Land —, wir würden hier Forschung betreiben, würden hier Headquarters einrichten, und wir würden dort produzieren, wo von den Kosten her der jeweils billigste Standort ist. Aber diese Strategie wird schiefgehen.

(Beifall des Abg. Wettstein SPD)

Wer keinen Produktionsstandort mehr hat, hat morgen auch keine Forschung mehr. Und wer keine Forschung betreibt, wird morgen keine Produktion mehr haben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! — Abg. Straub CDU: Wir verstehen uns!)

Diesen Zusammenhang müssen wir erhalten. Im übrigen gibt es auch keine Dienstleistungsgesellschaft ohne eine Produktion, weil die Kaufkraft, die in die Dienstleistung fließt, erwirtschaftet werden muß. Deshalb muß der Produktionsstandort Baden-Württemberg gepflegt und gesichert werden. Das ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

(Staatssekretär Brechtken)

Drittes Stichwort: Wenn man im Bereich der eigenen Produktion Rückgänge hat und wenn durch den internationalen Konkurrenzdruck angesichts der Globalisierung Arbeit verlorengeht, dann müssen wir den Versuch machen, in neue Märkte vorzustoßen, das heißt, unsere Absatzmärkte zu vergrößern und zu verbreitern. Daraus erklären sich unsere außenwirtschaftlichen Anstrengungen. Deshalb das Deutsche Haus in Singapur, um unseren Mittelständlern den Zugang zu diesem Markt zu verschaffen. Deshalb auch Wirtschaftsdelegationsreisen und Messebeteiligungen,

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

um vor allem auf den asiatischen Wachstumsmärkten unsere Chancen zu vergrößern. Das sage ich noch einmal, damit es in die Köpfe geht. Von allem, was wir produzieren, geht ein Drittel in den Export, vom Gesamtexport gehen zwei Drittel in europäische Länder, einiges geht in den Dollarraum, und nur 10 bis 14 % — das ist je nach Bundesland verschieden — gehen nach Asien, in die eigentlichen Wachstumsmärkte. Deshalb müssen wir auf diesen Märkten stärker präsent werden, um unsere Arbeit zu erhalten, weil sich dort Absatzmöglichkeiten bieten.

Viertes Stichwort: Neue Technologien. Ich sage ganz bewußt: Wer Arbeit schaffen will, muß in neue technologische Bereiche vorstoßen. Dazu möchte ich vier Stichworte nennen.

Das erste: Biotechnologie. Das nenne ich ganz bewußt. Da müssen wir auch unsere Mentalitäten ändern. Biotechnologie ist eben nicht die Gentomate und schon gar nicht die Manipulation an der Gensubstanz der Menschen. Das ist nicht das Problem.

(Beifall der Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Brinkmann SPD)

Das Problem der Gentomate regelt sich durch eine Auszeichnungspflicht, die wir endlich einführen müssen. Und da wird dann der Verbraucher entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Gentechnologie ist eine Produktionstechnik der Zukunft, die wir dringend brauchen.

Wir brauchen die Informationstechnologie, weil sie künftig die Produktionslandschaft in Baden-Württemberg beherrschen wird. Deshalb müssen wir etwa die Biotechnologie ausbauen, zum Beispiel durch Biotechnologieparks, die wir jetzt einrichten, womit wir hier einen Ansatzpunkt haben. Wir haben die beste Forschung auf der Welt. Wir haben zu wenig Produktion, und die müssen wir stützen. Deshalb unsere informationstechnischen Innovationen mit dem Multimediaprojekt. Auch Herr Oettinger wird es nicht schaffen, das Projekt kaputtzureden, denn wir brauchen dieses Projekt als eine wichtige Einrichtung, um gewisse Dinge zu testen.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

— Darüber unterhalten Sie sich mit ihm selber.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Was dilettantisch aufgebaut worden ist, kann kaputtgehen!)

Das dritte: Die Mikrosystemtechnik ist eine große Chance für unser Land. Jetzt sage ich das in Ihre Richtung, Herr Kollege Repnik: Sprechen Sie einmal mit Ihrem Bruder, der kann dann vielleicht mit dem Forschungsminister reden. Wir brauchen dringend die Strahlenquelle in Karlsruhe, um unseren dortigen Mikrosystemtechnikstandort zu sichern.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: So ist es! Genau!)

Da sind wir uns in der Sache einig. Wir haben die erforderlichen Mittel ja in den Landeshaushalt eingestellt.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Jahrelang verzögern sie das in Bonn!)

Aber jetzt muß der Bund — —

(Zuruf von den Republikanern)

— Mit der Mikrosystemtechnik hat der keine Probleme, lieber Kollege.

(Abg. Seimetz CDU: Da hat er keine Ahnung! — Abg. Weimer SPD zu den Republikanern: Eine Wunschvorstellung! Sie haben halt kein Thema mehr! Das ist Ihr Problem!)

Nun will ich das Stichwort Umwelttechnologie aufgreifen. Ich stimme dem voll zu, was Sie, Frau Kollegin Bender, gesagt haben. Nur bitte ich jetzt einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß in Baden-Württemberg hier konsequent gehandelt worden ist. Wir haben in den vergangenen vier Jahren, wenn man alles zusammennimmt, was umweltrelevant ist, 300 Millionen DM investiert. Wir haben dabei auch Markteinführungen vorgenommen. Wir sind das einzige Bundesland in der Bundesrepublik, das vier Jahre lang ein Breitenprogramm für alternative und regenerative Energien durchgeführt und durchfinanziert hat. Wir haben keine großen Sprüche gemacht. Wir haben nicht Anträge entgegengenommen und im Juli den Leuten verkündet: Es geht nichts mehr; wir können nichts mehr entgegennehmen. Wir haben vier Jahre lang durchfinanziert und haben die Mittel mit viel Mühe in den Haushalten umgeschichtet. Wir haben in vielen Bereichen Verbundprojekte gefördert. Wir haben neue Innovationen in diesem Bereich vorangetrieben. Baden-Württemberg hat heute im Vergleich der alten Bundesländer 16 % Anteil an der Gesamtproduktion, und im umwelttechnologischen Bereich haben wir 25 % Produktionsanteil. Dies ist auch ein Erfolg unserer Politik. In der Tat, wir müssen, weil ich auch ungeheure Exportchancen gerade in diesem Bereich sehe, dies nutzen, um unsere Arbeitsplätze hier zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Deshalb ist die Umwelttechnologie von zentraler Bedeutung.

Die Existenzgründungen will ich als fünften Punkt ansprechen. Ich glaube, da sind wir uns einig: immerhin 13 500 Existenzgründungen in den letzten vier Jahren; der Arbeitsplatzeffekt, wenn man die Zuwachsraten normal rechnet: immerhin 100 000 Arbeitsplätze in diesem Land. Ich glaube, dies war ein wichtiger Beitrag.

Sechster Punkt, und ich nenne den ganz bewußt, weil er gelegentlich auch Kontroversen hervorruft: Wir müssen in diesem Land dafür sorgen, daß die Infrastruktur stimmt. Sie stimmt nämlich seit der Öffnung nach Osten nicht mehr. Wir sind in Gefahr, in den Verkehrsschatten zu kommen,

(Staatssekretär Brechtken)

was die Infrastruktur angeht. Wir brauchen endlich vernünftige Verbindungen nach Osten sowohl im Schienenbereich wie durch Verbesserung des vorhandenen Straßennetzes.

(Abg. Scheuermann CDU: Die gibt es aber mit den Grünen nicht!)

— Bitte?

(Abg. Scheuermann CDU: Die kriegen Sie mit den Grünen nicht!)

— Ach, lieber Herr Kollege. Bei Ihnen habe ich die Hoffnung auch noch nicht aufgegeben, daß das Argument zählt und das vernünftige Argument sich durchsetzt. Da habe ich Hoffnungen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Lesen Sie einmal die Koalitionsvereinbarung von Nordrhein-Westfalen! Johannes Rau hat im letzten Juni auch so gesprochen!)

— Eben.

(Abg. Kuhn GRÜNE zu Abg. Scheuermann CDU: Früher haben Sie immer gesagt, wir sollten nach Osten gehen! — Glocke des Präsidenten)

Die Infrastruktur ist so wichtig, weil dieses Land mit seiner Kernregion zunehmend in den Schatten kommt. Da hat es übrigens Nordbaden wesentlich besser, weil Nordbaden viel stärker in die neu entwickelten Achsen eingebunden ist.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Wie ist das mit dem Fliegen?)

— Liebe Frau Kollegin, da haben wir eine Entscheidung in der Koalition getroffen, wenn Sie den Flughafen Söllingen meinen sollten, was ich aufgrund Ihrer regionalen Zugehörigkeit vermute. Aber das viel Wichtigere war der Ausbau des Flughafens Stuttgart in der Mitte des Landes, um diesen endlich in den internationalen Flugverkehr einzubinden.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das haben wir doch mitbeschlossen und durchgeführt.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Wir kämpfen seit zehn Jahren! — Abg. Haasis CDU: Das ist kein gutes Beispiel! — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

— Mir brauchen Sie da nichts zu erzählen.

Jetzt kommt noch ein siebter Punkt, der mir wichtig ist. Da sollten wir bitte auch nicht drum herumreden. Wir haben im internationalen Vergleich ein Kostenproblem. Dieses Kostenproblem müssen wir ernst nehmen. Nur muß man bei diesem Kostenproblem den richtigen Ansatzpunkt finden. Es sind nicht die bei uns ausbezahlten Löhne, die das Problem darstellen, denn diese kann man gar nicht senken. Wir werden kein Billiglohnland; da sind wir uns alle einig. Das Problem sind die Lohnnebenkosten.

(Abg. Dr. Repnik CDU: So!)

Jetzt will ich etwas zu denjenigen sagen, die hier vorhin skeptische Äußerungen gemacht haben. Es ist schon richtig:

Wenn man eine Ökosteuer-Reformdiskussion führt, muß man sie im Zusammenhang mit den Lohnnebenkosten führen. Es ist das Grundproblem der Finanzierung in unserer Volkswirtschaft, daß wir das Sozialversicherungssystem ausschließlich auf den Faktor Arbeit beziehen und nicht auf den Faktor Konsum, wie es andere Länder machen. Diesen Webfehler müssen wir verändern. Wir müssen auch etwas am Steuersystem ändern. Da gibt es Vorschläge, die wir gemeinsam erarbeitet haben, und ich meine, diese sollten wir verwirklichen.

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich das Thema Flexibilität. Auch dazu, Herr Kollege Döring: Es geht nicht um die individuelle Arbeitszeit. Wer meint, heute eine Diskussion über die Erhöhung der individuellen Arbeitszeit führen zu müssen — — Es gibt ja welche, die sagen: 40 Stunden, dann ist alles wieder in Ordnung. Das wäre völlig falsch. Wir müssen bei Verringerung der individuellen Arbeitszeit die Maschinenlaufzeiten mit dem entsprechenden Verteilungseffekt erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, wir brauchen flexiblere Arbeitsformen, um hier den Kapitaleinsatz günstiger zu machen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

**Staatssekretär Brechtken:** Meine Damen und Herren, es gibt konkrete Ansatzpunkte, wo das Land handeln kann. Ich meine, es war richtig, daß Minister Spöri seit 1992 genau das macht, was jetzt andere unter dem Motto „Bündnis für Arbeit“ nachvollziehen, nämlich die am Wirtschaftsprozeß Handelnden an einen Tisch zu holen

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

und konkrete Absprachen zu treffen. Dies muß unser Ziel sein. Ich meine, wir haben hier im Land entschlossen gehandelt. Wir werden aber auch weiterhin unsere Beiträge zum Bündnis für Arbeit durch Handeln innerhalb der Landespolitik leisten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Fleischer CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema, das heute hier angesprochen worden ist, hätte es durchaus verdient, ein Stückchen ernster genommen zu werden. Ich meine jetzt nicht die Weltökonominnen Bender und Wettstein,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Jetzt fängt er schon wieder an! — Zuruf des Abg. Weimer SPD)

die zum Teil haarscharf am Problem vorbeigeredet haben.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Wettstein SPD: Sie wollten doch etwas Ernsthaftes sagen!)

— Es geht schon wieder los. Immer dort, wo es nicht stimmt, geht es los. Das ist völlig klar.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Was Herr Brechtken gesagt hat, trifft in weitesten Bereichen völlig zu.

(Abg. Fleischer CDU: Jawohl!)

Es ist das, was die Koalition hier darzustellen versucht hat. Das Problem ist — und da wird mir Herr Brechtken recht geben —, daß alles staatliche Ergänzungsprogramme sind, die aber das Grundproblem der Wirtschaft nicht lösen können.

(Abg. Dr. Repnik CDU: So ist es!)

Wir können unterstützende Maßnahmen bei der Existenzgründung machen. Wir können unterstützende Maßnahmen bei Liquiditätshilfen machen, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir können aber das Grundproblem, um das es geht,

(Abg. Krieg GRÜNE: Kapitalismus! — Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Können Sie das mal erklären?)

mit diesen staatlichen Ergänzungsprogrammen letzten Endes nicht lösen.

Ich habe gesagt, daß beinahe alles, was Herr Brechtken gesagt hat, richtig war. Ich mache nur folgenden Vorbehalt: Daß wir auf neue Technologien setzen müssen, wie Herr Brechtken gesagt hat, ist völlig richtig. Wir haben es in dieser Bundesrepublik Deutschland immerhin gepackt, daß in der Kernenergie nichts mehr läuft, daß 50 000 Arbeitsplätze im Bereich der Kernenergieforschung beseitigt worden sind, daß wir heute mit den Energieversorgungsunternehmen Forschungsprojekte in Frankreich fördern, um Produkte zu gegebener Zeit teuer zurückzukaufen. Herr Brechtken hat die Genforschung und die Bioforschung angesprochen, wo wir heute Weltspitzenleistungen in Baden-Württemberg haben. Wenn sich aber überall dort, wo etwas im Versuchsfeld gemacht wird, eine Bürgerinitiative bildet — deshalb habe ich vorhin den Zwischenruf gemacht: „Meistens ein Abgeordneter von den Grünen oder den Roten vornedran, der diese Pflanzen ausreißt“ —, dann ist das, was wir machen, allerdings relativ falsch investiert,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

wenn die Arbeitsplätze nachher nach Japan und nach Amerika gehen.

Da ich einmal etwas davon gelesen habe, daß Sie, Herr Brinkmann, auch die Führung bei einem solchen Unterfangen übernommen haben, habe ich vorhin diesen Zwischenruf gemacht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

— Ich sage nur, weshalb ich vorhin den Zwischenruf gemacht habe.

(Unruhe und Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Wettstein und Brinkmann)

— Ich will damit nur sagen, daß Herr Spöri und Herr Brechtken bei Ihnen nicht mehrheitsfähig sind.

(Zustimmung bei der CDU — Abg. Brinkmann SPD: Sie sollten sich angewöhnen, sachlich zu reden!)

— Ja, ja. — Das will ich damit zum Ausdruck bringen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist nicht wahr!)

— Der ist nicht mehrheitsfähig.

Und wenn Herr Brechtken sagt, er brauche hier eine Infrastruktur,

(Abg. Drexler SPD: Sie waren doch nicht im Untersuchungsausschuß! Sie haben keine Ahnung!)

dann soll er mal zu den Grünen hinschauen, die den ganzen Straßenbau auf Null fahren wollen. Das ist einfach die Wahrheit.

(Abg. Weimer SPD: Sind Sie denn mehrheitsfähig? — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Da Sie die Wahrheit nicht gerne hören — ich stelle ja immer wieder fest, daß Sie die Wahrheit nicht gerne hören —,

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Sie fahren doch auf Null zurück! So ein Quatsch!)

meinen Sie, die Wahrheit entweder mit den Republikanern herstellen oder durch Phonstärke ersetzen zu können.

(Abg. Wettstein SPD: Denen stehen Sie geistig näher als wir!)

Wir haben heute vom Landesarbeitsamt die Nachricht bekommen, daß die Arbeitslosenquote weiter gestiegen ist. Das müßte uns alle in der Richtung nachdenklich machen, wo die Ursachen hierfür liegen.

Wenn ich diese Nachricht, die heute vom Landesarbeitsamt herausgegeben worden ist, durchlese, so finde ich da zwei Punkte, die zwar natürlich nur ein Detail sind, aber schon ein Stück Aufschluß geben.

(Abg. Drexler SPD: Wer regiert eigentlich seit 13 Jahren?)

Darin wird gesagt, daß ein Teil der Erhöhung der Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen ist, daß wegen der Diskussion um den Vorruhestand sowohl Personalchefs als auch Betriebsräte und ältere Beschäftigte noch schnell von der Möglichkeit, in den Vorruhestand zu gehen, Gebrauch gemacht haben.

An einer anderen Stelle steht: Die Landwirtschaft meldet den Bedarf von rund 6 000 Kräften für das Frühjahr und den Sommer, er wird aber fast ausschließlich nur mit Bewerbern aus den Ostblockstaaten befriedigt werden können. Das ist der zweite Punkt.

Damit bin ich bei dem, was ich eigentlich sagen wollte: Ein Detailpunkt ist, daß der Vorruhestand künftig nicht mehr so wie bisher wird gefahren werden können.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Zweitens: Arbeit ist genug vorhanden, nur ist sie nicht mehr bezahlbar, weil die Zumutbarkeitsschwelle im Bereich der Arbeitslosenversicherung zu hoch gelegt ist.

Wenn Sie die Dinge ganz nüchtern betrachten, ist das so. Wenn Sie mit Wirtschaftsleuten sprechen — das weiß Herr Brechtken genauso gut wie ich —, dann hören Sie, daß die insbesondere bei internationalen Verflechtungen ein Computerdigramm machen müssen. In diesem Computerdigramm sind die positiven und die negativen Standortmerkmale enthalten. Zu den Standortvorteilen gehört, daß es bei uns erfindungsreiche Unternehmer gibt, daß es sehr gut ausgebildete Facharbeiter gibt. Ein positiver Faktor ist auch der soziale Frieden.

(Abg. Weyrosta SPD: Ja!)

— Ja, ich sage ganz bewußt: Das ist auch der soziale Frieden.

(Abg. Wettstein SPD: Genau, jawohl, sehr richtig!)

Negativfaktoren sind die Lohnkosten, wobei diese feinsinnige Unterscheidung, Herr Wettstein, in Lohnkosten und Lohnzusatzkosten bei denen nicht gemacht wird, weil das für sie einfach Lohnkosten sind. Sie machen nicht die Aufteilung in Lohnkosten und Lohnzusatzkosten.

(Abg. Wettstein SPD: Ja! Und wenn man die Lohnzusatzkosten runterbringt, bringt man auch die Lohnkosten runter!)

Der nächste Negativfaktor ist die Steuerlast, wobei bei denen kaum berücksichtigt wird, daß durch Abschreibungen und dergleichen mehr eine Fülle von Entlastungsmöglichkeiten besteht. Es wird immer nur der Spitzensteuersatz genommen.

Das sind die entscheidenden Faktoren, weshalb in Deutschland eben nicht mehr investiert wird.

Schauen Sie, man kann über alles streiten, nur nicht über Zahlen. Die Zahlen besagen eben, daß in den letzten fünf Jahren 200 Milliarden DM von hier im Ausland investiert worden sind — 200 Milliarden! —.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

daß in derselben Zeit aber nur 20 Milliarden DM hier in Deutschland investiert worden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Aus diesen Investitionsströmen wird doch deutlich, daß der Standort Deutschland eben gewaltig gelitten hat.

(Abg. Deuschle REP: Genau das sagen wir!)

Dazu will ich Ihnen einfach ein paar Zahlen nennen. Wir haben Arbeitskosten von 44 DM je geleistete Arbeitsstunde — doppelt so teuer wie Großbritannien, um die Hälfte teurer als die USA, um ein Viertel teurer als Japan. Das kann auch durch den Fleiß und die Produktivität der Arbeitskräfte bei uns nicht ausgeglichen werden.

Wochenarbeitszeit: Bei uns 37 Stunden, in Japan und in den USA sowie in allen wichtigen europäischen Konkurrenzlän-

dern 40 Stunden. Erforderlich wäre, daß bei uns eine flexiblere Betriebsarbeitszeit eingeführt würde. Urlaubs- und Feiertage: bei uns 39, in den USA 23, in Japan 25. Jahres-Soll-Arbeitszeit: bei uns 1 620 Stunden, in den USA 1 896 Stunden, in Japan 1 880 Stunden. Gesamtsteuerlast für die Unternehmen bei uns 62,3 %, in den USA 45 %, in Großbritannien 33 %. Eigenkapitalquote: bei uns 22 %, in Holland 40 %, in den USA und in Großbritannien 36 %. Dann kommt noch dazu, was ich gestern gesagt habe, daß wir die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner haben.

Diese Zahlen müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie diese Zahlen zur Kenntnis nehmen, dann ist auch völlig klar, wo die Probleme liegen:

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Sie liegen darin, daß die Lohnzusatzkosten gesenkt werden müssen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: So ist es! — Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Da sind zum großen Teil die Tarifparteien gefordert. Deshalb ist das Bündnis für Arbeit sinnvoll,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber auch die Politik! — Abg. Walter GRÜNE: Ihr ändert nie etwas!)

weil nur über Tarifverträge 55 % der gesamten Lohnnebenkosten beeinflußt werden können. Nur 45 % sind staatlich, 55 % sind über Tarifverträge festgelegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Und das bedeutet eben eine gewisse Mäßigung im Bereich der Gehaltsentwicklung,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

die nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen bei einer Arbeitslosigkeit von 8 % erheblich unter dem Produktivitätszuwachs liegen muß.

Ein weiterer Punkt ist: In den Tarifverträgen müssen flexiblere Regelungen vereinbart werden können. Wer die Wirklichkeit anschaut, der sieht doch, daß dort, wo eigentlich etwas geschieht, dies in den Betrieben geschieht und daß dort eine Flexibilität vorgegeben sein muß, damit in den Betrieben das getan werden kann, was notwendig ist. Das gilt insbesondere auch in dem Bereich, der derzeit im Mittelpunkt der Diskussion steht, daß Überstunden abgebaut und dafür Neueinstellungen vorgenommen werden. Das kann nicht von den Verbänden vorgegeben werden, das kann nicht in Tarifverträgen festgeschrieben werden. Das kann letzten Endes nur vor Ort gemacht werden.

Jetzt komme ich zur Sozialversicherung und zur Rentenversicherung. Ich finde, derzeit ist es das Schlimmste, daß man nun versucht, die älteren Leute in bezug auf ihre Renten zu verunsichern.

(Abg. Deuschle REP: Der Herr Blüm war das!)

Die Renten sind staatlich abgesichert. Deshalb sind sie auch sicher. Das Problem liegt ganz woanders. Es liegt nämlich da, daß man im Bereich der Renten bestimmte Dinge bis

(Minister Mayer-Vorfelder)

hin zu Fragen der Renten für Spätaussiedler nicht mehr über die Rentenkasse laufen lassen kann,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Weimer SPD — Abg. Dr. Repnik CDU und Abg. Weimer SPD: So ist es! — Abg. Deuschle REP: Richtig! — Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Aha! Das ist doch eine Erkenntnis!)

weil sonst die Rentenkasse zu arg beansprucht wird. Das gilt genauso für Fremdenten und dergleichen mehr. Deshalb muß in diesem Bereich umgedacht werden.

Auch im Bereich der Frühverrentung muß umgedacht werden. Deshalb habe ich das vorhin gesagt. Es kann nicht gehen, daß die Großunternehmen ihre personellen Probleme zu Lasten der Rentenkasse lösen,

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

weil die Rentenkasse das nicht verkraften kann.

(Beifall bei den Republikanern sowie der Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Weimer SPD)

Im letzten Jahr sind allein hierfür 60 Milliarden DM in Anspruch genommen worden.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge muß die Selbstbeteiligung erhöht werden,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

weil es anders nicht mehr geht, weil das System sonst zusammenbricht. Man wird jetzt in der Krankenversicherung erneut über die Karenztage nachdenken müssen. Die Sozialpolitiker haben früher immer nach Schweden geschaut. Das war das Eldorado. Die haben den Wagen an die Wand gefahren. Dann haben sie die Karenztage eingeführt. Daraufhin ist der Krankenstand um 70 % zurückgegangen.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Wenn Sie 100 als Basiseinheit für den Krankenstand pro Woche nehmen, dann haben Sie einen Krankenstand von 36 % am Montag und 36 % am Freitag und von 28 % in der Zeit von Dienstag bis Donnerstag.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das glaubt doch nicht der Nikolaus, daß die Viren besonders am Montag und am Freitag schwirren und sich zwischen Dienstag und Donnerstag ermüdet niedersinken lassen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD — Abg. Wettstein SPD: Sie wollten doch ernsthaft reden!)

Das heißt, der Mitnahmeeffekt ist ungeheuer groß.

Jetzt will ich aber etwas sagen, was ich neulich — —

(Zurufe)

— Ja. Ich will jetzt etwas sagen. — Wenn so etwas wie die Karenztage kommt, dann kommen Sie sofort mit Schlagworten wie „soziale Kälte“ und was weiß ich alles. In Wirklichkeit müßten Sie einmal an den Bürger, an den Arbeit-

nehmer herangehen. Ich habe Norbert Blüm gesagt: Biete einmal zwei Tarife an,

(Abg. Haasis CDU: Richtig!)

einen mit Karenztagen und einen ohne Karenztage.

(Sehr gut! und Beifall des Abg. Haasis CDU)

Dann werden Sie sehen, wie viele Arbeitnehmer, wenn sie pro Jahr 3 000 bis 4 000 DM weniger zahlen müssen, die billigere Versicherung mit Karenztagen nehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Das ist vollkommen logisch. Wir müssen uns da von diesem Streit über die Aussage „Karenztage ja!“ lösen, bei dem wir sofort aneinander geraten. Es ist doch ein Witz, daß wir wegen eines Urlaubs- oder eines Karenztages den ganzen Zirkus, ob Pfingstmontag oder Buß- und Betttag, hier aufgeführt haben

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner — Zurufe von den GRÜNEN)

— jetzt lassen Sie mich den Satz zu Ende sagen —, daß wir hier einen Zirkus veranstaltet haben, wo wir ehrlich über die Feiertage diskutiert haben, in Wirklichkeit aber eine Diskussion über den Freizeitwert an Pfingsten und am Buß- und Betttag dahinterstand. Das ist doch vollkommen klar. Wenn es nur noch um den Freizeitwert geht, ist es viel ehrlicher zu sagen: Wir nehmen zur Absicherung solcher Dinge einen Urlaubs- oder einen Karenztage.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Glocke des Präsidenten)

Deswegen bin ich der Meinung, daß man diese Diskussion ehrlich führen soll.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wettstein?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ja, selbstverständlich.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön.

Abg. Wettstein SPD: Herr Minister, wenn Sie denjenigen, die krank sind, unterschwellig unterstellen, daß sie nicht krank seien und daß sie, wenn Karenztage eingeführt wären — —

(Widerspruch bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte stellen Sie eine Frage, Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Was ist denn das anderes, als daß hier unterstellt wird, wenn man Karenztage einführe, könnten diejenigen, die krank feierten, nicht mehr krank feiern? Wenn Sie darin den Schlüssel für die private Wirtschaft sehen, frage ich Sie, wie es kommt, daß im Bereich des öffentlichen Dienstes, auch bei den Beamten, die Krankheitsquote größer als in der freien Wirtschaft ist, wo es die Karenztage geben soll.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Minister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ich bin kein Beamtenrechtsspezialist. Ich habe auch überhaupt nichts dagegen, wenn im Beamtenbereich eine parallele Regelung gemacht wird. Dagegen habe ich überhaupt nichts.

Das Grundproblem, Herr Wettstein, ist — und Ihre Fragestellung zeigt mir schon, daß Sie davon wieder ablenken wollen; meine Großmutter hat zu mir einmal gesagt: „Was nichts kostet, ist nichts wert“; und das stimmt —: Wenn du zu Lasten der Solidargemeinschaft alles kostenlos abnehmen kannst, ist der Mitnahmeeffekt ungeheuer groß. So sind die Menschen gebaut. Deshalb muß man einmal etwas weiter nach vorne denken und andere Lösungsmöglichkeiten andeuten, bei denen man diesen Streit vermeidet, bei dem sofort beide Volksparteien in die Gräben gehen und sich wechselseitig bekämpfen. Man sollte unterschiedliche Tarife anbieten, wie man sie in der Privatversicherung hat.

Noch ein letztes Wort zu den ganzen Steuern, die auch wieder angesprochen worden sind, beispielsweise die Ökosteuer. Ich habe es schon so oft gesagt, aber es wird nicht zur Kenntnis genommen, oder es wird nicht verinnerlicht: Sie können unsere Stromprobleme nicht mit Windenergie oder mit der Verfeuerung von ein wenig Biomasse lösen. Die Grünen kommen damit sowieso langsam schon in Schwierigkeiten, weil durch die vielen Windmühlen schon viel zuviel Landschaft verunstaltet wurde. Schauen Sie einmal an die Nordseestrände. Dort sagt der BUND, der sonst Arm in Arm mit Ihnen schreitet, daß es so nicht weitergehen könne, weil die Landschaft total verändert werde.

Selbst wenn Sie Photovoltaik und Solarenergie, Biomasse und Wind zusammennehmen, haben Sie 5 bis 8% der Grundenergie. Den Rest des Energiebedarfs müssen Sie irgendwie aufbringen.

(Abg. Krieg GRÜNE: Dann können Sie nicht rechnen!)

Sie können mir nicht deutlich machen, daß die Kernenergie, die bestimmt keinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat, schädlicher sein soll als die Verfeuerung von Steinkohle. Das können Sie mir nicht klarmachen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollten die Ökosteuer erheben — das ist doch der Grundansatz —, um die Lohnzusatzkosten zu senken, ist das in der gesamtwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Betrachtung ein großer Unsinn, weil Sie auf der einen Seite Entlastung geben und auf der anderen Seite die Belastung über die Steuern wieder aufdrücken.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das nennt man aufkommensneutral!)

Wenn Sie das, was ich eingangs gesagt habe, zur Kenntnis genommen haben, müssen Sie die Steuerlastquote senken und nicht nach oben fahren. Das ist das, was seitens der CDU gefordert wird.

Wo ich sogar teilweise mit Herrn Spöri einen Konsens hatte

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

— ja, gestern hat er das noch einmal bestätigt —, ist, daß wir die Gewerkekapitalsteuer und die betriebliche Vermögensteuer abschaffen müssen, weil sie ertragsunabhängige

Steuern sind. Wir müssen die Gewerbebeertragsteuer nach unten fahren und für die Kommunen als Ersatz einen Anteil an der Umsatzsteuer erhalten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha! — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn wir die Steuerlastquote senken — es wird immer gefragt, wo der volle Ausgleich sei —, kommen wir an der weiteren Konsolidierung der Haushalte nicht vorbei. Und wenn man an der Konsolidierung nicht vorbeikommt, muß man den Leuten langsam verdeutlichen, daß nicht jeder Anspruch gegen diesen Staat gerichtet werden kann. Deshalb ist das, was die Grünen machen, Steinzeit, wenn sie so tun, als wäre die Welt wie gestern und könnten weiter Wohltaten verteilt werden.

Um was es da geht — und das ist letzten Endes die Frage des Bündnisses für Arbeit — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie langweilen die eigenen Anhänger!)

— Herr Kuhn, ich habe Ihnen gestern gesagt, daß Sie im Wirtschaftsbereich nicht satisfaktionsfähig sind.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie werden durch Wiederholungen nicht besser!)

Das Entscheidende ist, daß wir geeignete Wege finden.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Man kann über das Bündnis für Arbeit streiten, aber im Bündnis für Arbeit ist zumindest eines deutlich geworden: daß auch die Gewerkschaften erkennen, daß die Beschäftigung etwas mit der Lohnhöhe zu tun hat. Das ist ein Riesenschritt dorthin, wo letzten Endes die Lösungen liegen werden: entweder in der Senkung der Lohnzusatzkosten oder in der Senkung der Steuerlastquote. Beides wird erforderlich sein, aber ohne eine Gegenfinanzierung über Ökosteuern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, mir liegen in der zweiten Runde fünf Wortmeldungen vor.

(Lebhafte Unruhe im ganzen Haus)

An sich sind von der Gesamtrededzeit nur noch 12 Minuten übrig. Ich möchte aber von § 83 a Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung Gebrauch machen, wo es heißt:

Der Präsident kann die Redezeiten der Fraktionen verlängern, wenn die Regierungsvertreter die für die Fraktionen festgelegte Redezeit erheblich überschreiten.

Die Regierung hat 35 Minuten gesprochen. Deshalb würde ich vorschlagen, daß den Fraktionen in der zweiten Runde jeweils noch eine Redezeit von 5 Minuten zugebilligt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind.

Das Wort hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Mayer-Vorfelder, Sie sind ja für grobe Klötze bekannt. Wenn ich das jetzt einmal abziehe, muß ich sogar bei Ihnen gewisse Einsichten feststellen. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Ich finde es bemerkenswert und sehr zu begrüßen, daß auch Sie mittlerweile einsehen, daß die Belastung der Rentenkasse mit versicherungsfremden Leistungen, die als Leistungen gewiß berechnet sind, aber nicht zu Lasten allein der Beitragszahler und -zahlerinnen, aufhören muß. Sie haben als Beispiel die Fremdreten genannt. Wir wissen, daß beispielsweise alle Rentner in Ostdeutschland ihre Rente aus der hiesigen Rentenkasse erhalten, nicht aus Steuermitteln. Hier besteht dringender Reformbedarf. Wenn das Ihre Parteifreunde in Bonn auch einsehen, dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Sie haben auch den Vorruhestand angesprochen. Den hat Ihr Parteifreund Blüm eingeführt, und dann hat er sich gewundert, daß er so massenhaft genutzt wird und dadurch die Rentenkasse zusammenbricht. Nun zeigt sich da gewiß auch Reformbedarf, nur kann die Reform — und ich hoffe, das sehen auch Sie ein, Herr Minister — nicht darin liegen, daß man den Vorruhestand ersatzlos abschafft. Die Alternative kann nicht zwischen der Entlassung älterer Beschäftigter und der Entlassung junger Leute liegen. Es muß gleitende Modelle des Ausstiegs ebenso wie des Einstiegs geben, die sozialpolitisch, das heißt auch rentenmäßig, flankiert werden. Es muß nicht so sein, daß sich die Betriebe 90 % dieser Kosten aus öffentlichen Mitteln bezahlen lassen. Eine erhöhte Beteiligung der Betriebe scheint mir da schon angemessen.

Es geht auch darum, daß schon allein aus humanen Gesichtspunkten Menschen, die noch nicht weit jenseits der 50 sind — ich nehme an, das können Sie in Ihrer Generation nachvollziehen, Herr Mayer-Vorfelder —, nicht von einem Tag auf den anderen auf die Straße gestellt und zum alten Eisen gezählt werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Dem Mayer-Vorfelder kann das schon passieren!)

Ältere Beschäftigte können sehr wohl bei reduzierter Arbeitszeit sinnvolle Aufgaben im Betrieb wahrnehmen.

Dann haben Sie, Herr Mayer-Vorfelder, wieder die ganze Liste der Folterinstrumente aufgezählt.

Von der Gentechnik will ich jetzt gar nicht groß reden. Wir brauchen hier nicht über die Sicherheitsprobleme der Gentechnik zu debattieren. Aber vielleicht interessiert Sie einfach ein ökonomisches Argument, Herr Mayer-Vorfelder. Das Arbeitsplatzpotential der Gentechnik wird von Leuten wie Ihnen weit überschätzt. Was ist denn bisher passiert? Aus dem Bundeshaushalt sind jährlich 450 Millionen DM an Steuermitteln als Subvention in die Gentechnologie geflossen. Was ist damit bewirkt worden? In Deutschland gerade einmal 35 000 Arbeitsplätze. Das ist eine außerordentlich unökonomische und teure Art der Technologieförderung. Da gibt es bessere Alternativen, Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Schöttle CDU)

Ich stimme Ihnen zu, Herr Staatssekretär Brechtken, wenn Sie sagen: Technologieförderung ist wichtig, weil Baden-Württemberg auch als Produktionsstandort erhalten und ausgebaut werden muß.

(Abg. Schöttle CDU: Aha! Gilt das auch für die Genforschung auf den Maisäckern?)

Das heißt aber eben auch — um auf das Beispiel Sonnenenergie zurückzukommen —, daß das Land dafür sorgen muß, daß Solartechnik in Baden-Württemberg produziert und eben nicht nur auf die Dächer geschraubt wird.

Jetzt noch ein Wort zum Krankenstand, Herr Mayer-Vorfelder. Es hört sich ja immer schön an, wenn Abgeordnete oder Minister hier stehen und sagen: „Das ist doch ganz entsetzlich. Wenn die Leute so viel krank sind, dann muß man sie bestrafen. Gibt man ihnen weniger Geld, dann regelt sich das alles.“

Zwei Argumente dazu. Das eine: Wenn wir uns einig sind, daß es einer Modernisierung der Wirtschaft bedarf — und ich sage: im Sinne eines ökologischen Strukturwandels —, dann sollten wir doch alle wissen, daß für eine solche Modernisierung Beschäftigte mit hoher Entscheidungsverantwortung notwendig sind und nicht Leute, die Angst haben, die sich ducken, die nur Rädchen im Getriebe sein wollen. Aber nichts anderes bewirkt Ihre Diskussion über den hohen Krankenstand.

Es sei auch daran erinnert, Herr Minister, daß es bezüglich des Krankenstands solche Betriebe und solche gibt. Es gibt welche, bei denen der Krankenstand sehr hoch ist, und es gibt beispielsweise die Firma IBM.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt zuhören!)

der es gelungen ist, den Krankenstand unter 3 % zu drücken.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Und wie? Sie sehen es in einem Artikel der „Heilbronner Stimme“ mit der Überschrift „Das Betriebsklima beeinflusst den Krankenstand“. Ich weiß nicht, Herr Mayer-Vorfelder, ob Sie für die Frage des Betriebsklimas überhaupt zugänglich sind. Wahrscheinlich wissen Sie gar nicht, was das ist.

(Beifall bei den GRÜNEN — Unruhe bei der CDU)

Aber lassen Sie es mich Ihnen erzählen: Wie hat die Firma IBM es erreicht, die Fehlzeiten zu mindern? Nicht indem sie die große Knute geschwungen und gesagt hat: weniger Geld, wir entlassen euch und sonstwas. Sie hat vielmehr die Führungsqualitäten der Vorgesetzten ausgebaut, sie setzt auf regelmäßige Gespräche der Personalabteilung mit allen Mitarbeitern, auf kurze Beschwerdewege und — das füge ich hinzu — last, not least auf gutes Kantinenessen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Vielleicht kann auch ein Minister, Herr Mayer-Vorfelder, davon etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber kurz!)

**Abg. Kurz CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Wettstein, an sich hatte ich nicht vor, an das Rednerpult zu treten. Aber nachdem Sie vorhin in Ihrer Darlegung so einseitig Schuldzuweisungen vorgenommen haben, gilt es doch, die Dinge wieder etwas richtigzustellen.

(Abg. Wettstein SPD: Ich habe doch Sie zitiert!)

Ich möchte darauf verweisen, daß die Regierung Schmidt mit einem hohen Schuldenstand und mit einer gewaltigen Arbeitslosigkeit die Regierung übergeben hat,

(Abg. Walter GRÜNE: Sie sollen über die Zukunft diskutieren und nicht ständig über die Vergangenheit!)

ohne daß etwas eingetreten gewesen wäre, womit wir uns heute zu beschäftigen haben, nämlich daß eine deutsche Einheit zu verkraften ist.

(Abg. Köder SPD: Das ist eine Dauerausrede von euch!)

— Das ist keine Dauerausrede. Denken Sie doch einmal darüber nach. Der Kollege Mayer-Vorfelder hat gestern die Zahl genannt: 850 Milliarden DM Transferleistungen.

(Abg. Walter GRÜNE: Baden-Württemberg war schon verschuldet, bevor die kam, unter Lothar Späth!)

Man muß doch sehen, welche Leistungskraft und Effizienz unsere Volkswirtschaft hat, um diese Aufgaben überhaupt zu erbringen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Die Regierungen Kohl haben von 1982 bis 1992 zusätzlich 3 Millionen versicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Bundesrepublik geschaffen. Dies muß auch in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Sieber CDU: Mit der FDP!)

Was eingetreten ist, darüber sind wir doch alle froh. Aber wir müssen uns doch zu dem bekennen, was die deutsche Einheit jetzt von uns verlangt. Es ist ja nicht die deutsche Einheit, sondern es sind 40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wie war das? — Abg. Walter GRÜNE: Wir haben es nicht verstanden!)

— beim Sozialismus komme ich fast ein bißchen ins Schlingern —, die wir zu verkraften haben. Wir bekennen uns zu dieser Verantwortung, und wir müssen diese großartige Aufgabe, die die Geschichte uns beschert hat, gemeinsam mit großer Hoffnung bewältigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Die Strukturen haben sich verändert; das ist klar. Die Grenzen gingen auf. Wir haben heute nicht nur Wettbewerb zwischen Waren und Gütern. Vielmehr entsteht auch ein Wettbewerb direkt bezüglich der Arbeitskraft. Die Niedriglohnländer liegen nicht mehr 7 000 km entfernt, sondern sie schließen direkt an unsere Grenzen an.

(Abg. Sieber CDU: Vor der Haustür!)

Die Bundesregierung bemüht sich ja, wieder einigermaßen gerechte Strukturen zu schaffen. Ich erinnere nur an das Entsendegesetz, das die Bundesregierung aufgriff und durchzusetzen versuchte. Ich bedaure, daß dies an den Strategen des Deutschen Industrie- und Handelstags scheitert.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Nein, das ist vor dreieinhalb Jahren verabschiedet worden!)

— Verabschiedet und nicht vorangekommen. Da muß man auch an die Verantwortlichkeit derjenigen appellieren, die hier Gesetze, die bei uns sozialen Frieden erhalten könnten, blockieren.

Meine Damen, meine Herren, liebe Frau Kollegin Bender, ich habe vor zwei Jahren in anderer Eigenschaft schon ein Gutachten bezüglich der sachfremden Leistungen innerhalb unserer sozialen Sicherungssysteme eingeleitet. Aber man darf nicht völlig darüber hinweggehen, daß der Bund gegenwärtig 76 Milliarden DM an Ausgleich einbringt.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Sicherlich sind die 50 Milliarden DM, die jetzt noch in der Diskussion stehen, auch zu bedenken. Wir müssen unsere Lohnnebenkosten ganz deutlich nach unten bringen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wie?)

Der Faktor Arbeit ist zu stark belastet. — Ja, gut: Wie?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wir haben einen Vorschlag gemacht! — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich würde Ihnen, Herr Kuhn, empfehlen, sich einmal das 50-Punkte-Programm der Bundesregierung zu Gemüte zu führen. Da steht sehr viel darüber drin. Es sind erste Ansätze dafür vorhanden.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wer hindert Sie? — Zurufe von den GRÜNEN, u. a. Abg. Walter: Von vorgestern! — Glocke des Präsidenten)

— Herr Drexler, jetzt möchte ich Ihnen einmal eines sagen: Alle großen Gesetze der Vorsorge, auch der Konsens bei der Rentenfinanzierung im Jahr 1994,

(Abg. Drexler SPD: Das hat doch damit nichts zu tun!)

kamen mit großer Übereinstimmung aller im Bundestag vertretenen Fraktionen zustande.

(Beifall der Abg. Ströbele CDU und Dr. Döring FDP/DVP)

(Kurz)

Insofern können Sie sich jetzt hier nicht außerhalb der Verantwortung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben eine gemeinsame Aufgabe, wir haben eine Solidargemeinschaft, und wir müssen auch sehen, daß wir sozial verträglich die Lasten umbuchen auf die allgemeinen Haushalte.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Dann machen Sie es doch! — Gegenrufe von der CDU — Glocke des Präsidenten)

Ich habe vorhin von den gewaltigen Aufgaben durch die deutsche Einheit bzw. diese 40jährige Mißwirtschaft gesprochen.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat doch damit nichts zu tun!)

Wenn Sie andere Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen, wird die Bundesregierung morgen entscheiden, daß alle versicherungsfremden Leistungen aus der Beitragsumlage genommen werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

— Die Bundesregierung macht sehr viel. Sie ist auf dem richtigen Weg.

(Abg. Wintruff SPD: Entscheidungsunfähig! — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Nur: Wer hier meint, einseitige Schuldzuweisungen vornehmen zu müssen, befindet sich auf dem Holzweg und gefährdet letztlich den sozialen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Zurufe der Abg. Drexler und Wintruff SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kurz hat sich gerade wieder als „Sandmännchen“ betätigt, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

(Abg. Sieber CDU: Der Charme der Fakten hat gesprochen, Herr Kollege!)

Ich möchte feststellen, Herr Kollege: Es gab unter der Regierung Kohl keinen Zeitpunkt, zu dem das, was bei Regierungsantritt versprochen worden ist — daß die Arbeitslosenzahlen und die Schuldenlast unter der Regierung Schmidt gedrückt würden —, eingetreten wäre.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es gab keinen Zeitpunkt, zu dem das der Fall war,

(Abg. Sieber CDU: Das ist doch ein Witz! Das ist frei erfunden! — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

und vor der Wiedervereinigung waren sowohl die Arbeitslosenzahl als auch die Schuldenlast enorm gestiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Wintruff SPD: Jawohl! — Abg. Sieber CDU: Was war mit der Staatsquote, Herr Kollege?)

Wenn Sie nun alles auf die Lasten durch die Wiedervereinigung schieben: In der Tat, wir haben seit der Wiedervereinigung von den alten Bundesländern — —

(Abg. Bloemecke CDU: Das waren Ihre Genossen mit Ihrem Gedankengut! — Glocke des Präsidenten)

— Also, Herr Kollege Bloemecke, daß das unsere Genossen waren, ist eine unverschämte Unterstellung.

(Zuruf des Abg. Bloemecke CDU)

Das ist eine unverschämte Unterstellung! Wenn ich genauso zurückschlagen wollte wie Sie, müßte ich sagen, Herr Kollege Mayer-Vorfelder stehe den Republikanern nahe. Das will ich Ihnen nur sagen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD — Lebhaftige Unruhe)

Ich stelle hier fest, daß 1 000 Milliarden DM — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich streiten wollen, streiten Sie sich außerhalb des Saales! Das Wort hat Herr Abg. Wettstein.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Abbrechen!)

Abg. Wettstein SPD: Ich stelle hier fest, daß seit der Wiedervereinigung 1 000 Milliarden DM von den alten Bundesländern und den Versicherungsträgern in die neuen Bundesländer transferiert worden sind — 1 000 Milliarden DM! —, und zwar für eine Wiedervereinigung, die angeblich nichts kosten sollte.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Jetzt komme ich zum Kollegen Döring. Der Kollege Döring hat gesagt, in Privathaushalten könnten sehr viele versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die SPD habe sich bisher aber immer widersetzt. Herr Kollege Döring, es ist ja nicht so, daß wir uns der Schaffung von versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen widersetzen würden. Wir haben uns bisher vielmehr dem widersetzt, daß Reiche, die sich Haushälterinnen oder Dienstmädchen leisten, dies von der Steuer absetzen können.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das ist ungerecht, Herr Kollege Scheuermann.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU — Abg. Drexler SPD: Extrem ungerecht!)

Nur: Durch den Gang der Ereignisse, dadurch, daß die Bundesregierung immer alles hat laufen lassen und Herr Rexrodt seine Probleme immer nur darin sah — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

(Wettstein)

Das ist der, der Wirtschaftsminister auf Abruf ist. Herr Rexrodt hat seine größte Aufgabe in der Deregulierung gesehen. Da hat er wiederum die größten Aufgaben in der Änderung des Ladenschlußgesetzes und des Rabattgesetzes gesehen. So ist es doch gelaufen. Deshalb, weil man ansonsten nichts getan hat, sind doch die Arbeitslosenzahlen immer weiter gestiegen. Herr Kollege Döring, unter diesem Druck der hohen Arbeitslosenzahlen sind wir natürlich immer wieder in die Lage versetzt, daß wir auch Ungerechtigkeiten zustimmen müssen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Das ist doch das Problem.

Das ist ja nicht ohne Strategie bei Ihnen. Ich lese zum Beispiel im Aktionsprogramm der Bundesregierung, daß das, was Herr Döring hier dargestellt hat, unter Punkt 22 aufgeführt ist. Unter Punkt 23 — direkt dahinter — wird gefordert, daß die Förderung der Vermögensbildung auf diejenigen, die als Verheiratete bis zu 100 000 DM verdienen, ausgedehnt wird. Meine Damen und Herren, das hat mit Beschäftigung und mit Arbeitsplätzen überhaupt nichts zu tun. Das hat einzig und allein den Sinn, die Klientel der in Agonie befindlichen FDP zu bedienen. Das ist die Strategie, die dahintersteht.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

(Abg. Walter GRÜNE: Der Wirtschaftsexperte!)

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich prophezeie Ihnen heute,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

daß die mageren Ergebnisse des Bündnisses für Arbeit beim Bundeskanzler ganz sicher nicht dazu führen werden, das Problem der Arbeitslosigkeit auch nur annähernd zu lösen. Man hat sich nämlich vor den wirklichen Problemen — wie auch bei der heutigen Debatte — gedrückt

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

und noch nicht zur Kenntnis genommen, daß die Zeiten der alten Bundesrepublik — ich möchte sagen: der etwas biedermeyerischen Bundesrepublik —

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

seit dem Jahr 1989 endgültig zu Ende sind, meine Damen und Herren.

Wir müssen nämlich auch gewisse Tabus ansprechen, wenn wir eine grundlegende Besserung erreichen wollen. Wir können — und das sage ich Ihnen ganz offen — in Zukunft nicht mehr wie bisher unser Geld in alle Welt verteilen. Das geht nicht mehr!

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Heiler SPD:  
Jawohl! Jetzt sind Sie beim Thema! — Unruhe)

— Genau das ist das Thema.

Es darf zum Beispiel nicht mehr sein, daß Deutschland — und das habe ich gestern schon gesagt — das Zwölfwache der Zahlungen von Frankreich an die EU aufbringt. 1996

sind dies immerhin netto — ich sage es noch einmal, und zwar so lange, bis Sie es einmal begreifen — über 21 Milliarden DM, und bis 1999 sollen diese Nettozahlungen auf 45 Milliarden DM wachsen, und dies in einer Zeit, in der wir praktisch jede Mark für die neuen Länder brauchen.

(Abg. Dr. Weingärtner SPD: Furchtbar!)

— Natürlich, Herr Kollege Weingärtner, ist es furchtbar, daß wir so viel an die EU zahlen. Da kann ich Ihnen nur zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Weiter muß die schädliche Debatte um die Abschaffung unserer D-Mark in einer Volksabstimmung endgültig entschieden werden. Die Bürger und nicht Politiker wie Sie zum Beispiel sollen darüber entscheiden, ob unsere D-Mark erhalten werden soll oder nicht.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Eine weitere uferlose Debatte schädigt den Arbeitsplatz Deutschland, meine Damen und Herren.

Ferner schädigt die von Ihnen zu verantwortende Politik der unkontrollierten Einwanderung seit Mitte/Ende der achtziger Jahre

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf von der SPD: Ha, ha!)

massiv unsere wirtschaftlichen Grundlagen. Der Landkreistag Baden-Württemberg hat erst in diesen Tagen, am 1. Februar, in einer Mitteilung gesagt, daß die erhobene Kreisumlage nicht mehr die Sozialausgaben decke und daß jeder Baden-Württemberger mit 433 DM pro Jahr für Sozialausgaben belastet sei. Der Präsident des Landkreistags, Kollege Dr. Maus von der CDU, also kein Republikaner,

(Zuruf von der SPD: Was?)

nannte als Ursache unter anderem die hohen Aufwendungen für Asylberechtigte, abgelehnte oder geduldete Asylbewerber und für Bürgerkriegsflüchtlinge. Das sagt Ihnen auch jeder Landrat bei jeder Debatte um den Kreishaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn mit den Bürgerkriegsflüchtlingen machen?)

Ist es denn länger vertretbar,

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Was haben Sie jetzt vor?)

daß laut Statistischem Bundesamt vom Dezember 1995 bei einem Anteil von nur 8 % an der Gesamtbevölkerung nicht-deutsche Staatsangehörige 36 % der Sozialhilfeleistungen kassieren? Wie wollen Sie das den deutschen Bürgern klar machen und vor ihnen verantworten?

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Was machen Sie denn jetzt? Vorschlag! Vorschlag!)

(Deuschle)

Wenn man nun davon ausgeht, daß sich bei den seit Jahrzehnten hier lebenden Gastarbeitern der Anteil an den Sozialhilfeausgaben von dem der deutschen Bevölkerung kaum unterscheidet, so zeigt das in aller Deutlichkeit die Folgen ihrer unverantwortlichen Zuwanderungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Was ist mit den Aussiedlern? Wollen Sie die auch aussperren? Machen Sie einen Vorschlag!)

Wenn man gestern in den „Stuttgarter Nachrichten“ lesen mußte, daß die Bundesregierung bis zum Jahre 2010 von einer weiteren Zuwanderung von 6,2 Millionen Menschen ausgehe und deshalb neue Wohnungen bauen lassen wolle, dann kann man nur den Kommentar von Wolfgang Molitor unterstützen, der sagt — ich zitiere —:

Für das zu erwartende Millionenheer der Zuwanderer gibt es auf absehbare Zeit weder Arbeit noch Wohnungen.

(Abg. Drexler SPD: Wer wandert denn gerade zu?)

Sie, meine Damen und Herren von den Altparteien, haben bisher eine Politik unter dem Motto vertreten: Arbeitsplätze gehen, Zuwanderer kommen. Wir Republikaner fordern Sie nochmals auf, von solch einer unverantwortlichen Politik endlich Abschied zu nehmen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Drexler SPD: Kein Vorschlag, nichts!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorredner hat sich gerade als ein ganz übler und hundsgemeiner Hetzer erwiesen.

(Lachen bei den Republikanern — Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nichts Neues!)

Ein ganz übler Hetzer. Zu dem, was Sie im Zusammenhang mit der EU gesagt haben, gibt es eine Berechnung aus dem Hause von Finanzminister Mayer-Vorfelder, wie es sich in Baden-Württemberg bezüglich der Leistungen für die EU verhält, wie sich das für Baden-Württemberg sehr positiv rechnet. Und Sie stehen hier im baden-württembergischen Landtag hin und wollen das niedermachen. Das ist eine üble Hetze, meine Herren, was Sie hier abziehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Deuschle REP: Stimmt doch!)

Sie sind hier in einer Debatte im baden-württembergischen Landtag, in der es im Zusammenhang mit der EU um Baden-Württemberg geht, nicht auf das eingegangen, was dankenswerterweise aus dem Finanzministerium an Berechnungen gekommen ist: wie es sich damit verhält, was an Anzahlungen rausgeht und wie dann Baden-Württemberg davon profitiert. Darauf sind Sie nicht eingegangen, weil das nicht in Ihre Hetzparolen passen würde. Deswegen wollen Sie das nicht wahrhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD — Abg. Meyer CDU: Sehr richtig! — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Döring, ich muß Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Krisch zulassen.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein. Es wird dann nur noch schlimmer.

(Unruhe)

Herr Wettstein, Ihre Ausführungen waren, zumindest was den ersten Teil der Regierung Mitte der achtziger Jahre betrifft, schlicht und einfach falsch.

(Abg. Wettstein SPD: Nein!)

— Doch. — Es sind im Zeitraum Mitte bis Ende der achtziger Jahre bis zur Wende 3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Da kann man sich hier nicht hinstellen und sagen, nichts von allen Ankündigungen sei eingehalten worden.

(Abg. Wettstein SPD: Es geht doch um die Zahl der Arbeitslosen, Herr Döring!)

Vielmehr sind sie bis zur Einheit Punkt für Punkt eingehalten worden.

(Abg. Wettstein SPD: Wann war die Zahl der Arbeitslosen geringer?)

Wenn in diesem Haus genauso wie im Bundestag Leute von Ihnen die Verschuldung von anderen beklagen, obwohl der größte Schuldenmacher im Saarland sitzt, der 8 Milliarden DM und somit so viel wie niemand anders in den alten Ländern bekommt, um seinen maroden Haushalt in Ordnung zu halten, wenn Sie sich hier hinstellen und mit dem Finger auf andere zeigen, dann ist das eine Dreistigkeit. Sie müssen mal zusehen, daß der seinen Saftladen in Ordnung bringt. Da wäre genug zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

8 Milliarden DM in vier Jahren muß er aus der Bundeskasse bekommen, weil er nach Feststellung des Bundesrechnungshofs seinen Laden längst an die Wand gefahren hat. Das müssen Sie dann auch sehen.

(Abg. Wintruff SPD: Haben Sie schon mal etwas von Kohle und Stahl gehört? — Abg. Weyrosta SPD: Das ist nicht seriös, was Sie hier machen!)

Was ist denn da eine Ungerechtigkeit? Was ist denn das für eine Argumentation bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die wir in privaten Haushalten schaffen wollen? Da stellt sich der Mann hin und sagt, das sei eine große Ungerechtigkeit. Was ist denn daran ungerecht, wenn wir Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen schaffen? Was ist denn daran ungerecht?

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN — Abg. Drexler SPD: Ihr zahlt doch keine Steuern und keine Versicherung! — Weitere Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Abg. Deuschle REP: Eine persönliche Erklärung!)

— Sie möchten eine persönliche Erklärung abgeben. Wenn Sie sich an die Regeln der persönlichen Erklärung halten, dann haben Sie das Wort, Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, Herr Abg. Dr. Döring hat gerade eine Bezeichnung — „hundsgemeiner Hetzer“ — verwandt, die eigentlich parlamentarisch nicht zulässig ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bei Ihnen paßt sie! — Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das bestimmen wir, was zulässig ist! — Abg. Pfister FDP/DVP: Bei Ihnen paßt sie! Das ist noch gelinde formuliert!)

Ich hätte eigentlich gedacht, daß Sie als Präsident dies zurückweisen und in aller Form rügen. Ich muß zur Kenntnis nehmen, daß Sie als Präsident nicht gerecht urteilen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Präsident ist in Ordnung! Nur Sie taugen nichts!)

und in diesem Maße hier beleidigende Aussagen zulassen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Deuschle, ich darf Sie darauf hinweisen, daß es im Ermessen des amtierenden Präsidenten liegt, ob er einen Ordnungsruf erteilt oder nicht.

(Abg. Deuschle REP: Genau deshalb!)

Ich weise Ihren Vorwurf, ich würde hier ungerecht handeln, entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Wie ich gehört habe, sind die Fraktionen übereingekommen, in Abänderung der Tagesordnung die Punkte 8 und 9 noch vor der Mittagspause zu erledigen. Es handelt sich hier um zwei Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache in Zweiter Beratung zu verabschieden sind. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, dann bin ich bereit, insoweit die Tagesordnung zu ändern. — Ich sehe keinen Widerspruch.

Deshalb rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestfunk — Drucksache 11/6893**

Meine Damen und Herren, da zu dem Gesetzentwurf erst vorgestern anläßlich der Ersten Beratung gesprochen worden ist, war das Präsidium der Auffassung, daß heute bei der Zweiten Beratung auf eine Allgemeine Aussprache verzichtet werden kann.

Eine Ausschlußberatung hat nicht stattgefunden, so daß die Vorlage der Landesregierung unsere Abstimmungsgrundlage bildet.

Ich rufe auf

§ 1

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 1 ist angenommen.

§ 2

regelt das Inkrafttreten. Ich glaube, hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den Südwestfunk“. — Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das Gesetz ist mehrheitlich angenommen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zu dem Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen — Drucksache 11/7085**

Meine Damen und Herren, auch hier war das Präsidium der Auffassung, daß auf eine Aussprache verzichtet werden kann, nachdem zu dem Gesetzentwurf erst vorgestern gesprochen worden ist. Eine Ausschlußberatung hat in diesem Fall nicht stattgefunden, so daß die Vorlage der Regierung, Drucksache 11/7085, die Abstimmungsgrundlage bildet.

Ich rufe auf

§ 1

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

§ 2

§ 2 betrifft das Inkrafttreten. Ich kann wohl auch hierzu ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. — Dies ist der Fall. § 2 ist zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“.

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basellandschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen“. — Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle die einstimmige Annahme des Gesetzes fest.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Nach der Mittagspause wird unserer Geschäftsordnung entsprechend zunächst Punkt 4 der Tagesordnung — Fragestunde — aufgerufen. Dann folgt der noch nicht erledigte Tagesordnungspunkt 3.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.47 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.00 Uhr)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

**Fragestunde — Drucksache 11/7088**

Als erstes kommen wir zur

**Mündlichen Anfrage des Abg. Claus Weyrosta SPD — Neubewertung bautechnischer Zustände von Kanalsystemen, Stahlbeton-Brückenbauten und -Fahrbahndecken**

Der Fragesteller hat sich mit einer schriftlichen Beantwortung dieser Frage einverstanden erklärt. Herzlichen Dank.

\*

**Mündliche Anfrage des Abg. Claus Weyrosta SPD — Neubewertung bautechnischer Zustände von Kanalsystemen, Stahlbeton-Brückenbauten und -Fahrbahndecken**

a) Will die Landesregierung eine Neubewertung der bautechnischen Zustände von Kanalsystemen, Brückenbauten

und Fahrbahndecken im Lande erneut vornehmen lassen, und wie will sie den Umwelteinflüssen begegnen, die diese Bauten in zum Teil marode Zustände versetzt haben?

b) Teilt die Landesregierung die Auffassung, daß milliardenschwere Gesamtsanierungsprogramme in den nächsten Jahren die öffentlichen Haushalte belasten werden, und hat sie Vorstellungen, wie die notwendigen Finanzmittel in welchen Zeiträumen in Baden-Württemberg aufgebracht werden können?

### Schriftliche Antwort des Verkehrsministeriums

Zu Frage a):

**Kanalsysteme:** Die Kommunen sind nach der Eigenkontrollverordnung vom 9. August 1989 verpflichtet, ihre Kanalnetze alle zehn Jahre auf ihren baulichen Zustand und ihre Dichtigkeit hin zu überprüfen. Seit Einführung der Verordnung wurden 54 % der Kanäle im Land untersucht. Die bei den Untersuchungen festgestellten Mängel sind überwiegend auf eine mangelhafte Bauausführung zurückzuführen. Umwelteinflüsse können als Schadensursache weitgehend ausgeschlossen werden.

**Straßenbrücken:** Die Brücken unterliegen einer laufenden Beobachtung und werden alle sechs Jahre einer eingehenden Hauptprüfung unterzogen. Dadurch werden rechtzeitig Mängel und beginnende Schäden festgestellt, die durch ihre unverzügliche Beseitigung Sicherheitsprobleme gar nicht erst aufkommen lassen. Als hauptsächliche Ursachen für die Schäden an Brücken sind der natürliche Alterungsprozeß, die zunehmende Verkehrsbelastung, Bauausführungsmängel, Anprallschäden durch abirrende Fahrzeuge und Tausaltschäden zu nennen. Schäden infolge sonstiger Umwelteinflüsse spielen eine untergeordnete Rolle.

**Fahrbahndecken:** Fahrbahndecken unterliegen ebenfalls einer laufenden Beobachtung hinsichtlich ihres verkehrssicheren Zustands. Dabei festgestellte Mängel, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, werden umgehend beseitigt. In den letzten drei Jahren wurde das Straßennetz im Land komplett auf seinen Zustand hin erfaßt. Dabei ging es neben der Erhaltung der Verkehrssicherheit auch um die Frage der Substanzerhaltung. Die festgestellten Mängel sind bei der Asphaltbauweise im wesentlichen Spurrinnen, die den Wasserabfluß von der Fahrbahn behindern, und bei der Betonbauweise Kantenab- und Plattenbrüche. Umwelteinflüsse spielen bei der Verschlechterung des Straßenzustands eine untergeordnete Rolle, wenn man von den Nachteilen der letzten heißen Sommer im Hinblick auf die Standfestigkeit des Asphalts absieht.

Zu Frage b):

**Kanalsysteme:** Die Kommunen können die Kosten für die Sanierung über die Abwassergebühren auf die Nutzer umlegen. Auf eine diesbezügliche Umfrage des Umweltministeriums geben die Gemeinden an, daß für die Aufwendungen zur Erhaltung der Kanalnetze künftig Gebührenerhöhungen zwischen 1 DM und 2 DM/cbm zu erwarten sind.

**Brücken:** Für die Bundesfern- und Landesstraßenbrücken liegen Prognosen vor, in denen der Mittelbedarf für eine nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführte

Brückenerhaltung aufgezeigt ist. Für die Erhaltung der Bundesfernstraßenbrücken wird in den nächsten Jahren von einem durchschnittlichen Aufwand von 60 Millionen DM pro Jahr und für die Erhaltung der in der Altersstruktur ungünstigeren Landesstraßenbrücken von einem durchschnittlichen Aufwand von 15 Millionen DM pro Jahr auszugehen sein.

**Fahrbahndecken:** Für die Durchführung von Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen zur Erhaltung des Autobahnnetzes des Landes sind jährlich etwa 80 Millionen DM erforderlich. Die Erhaltung der Bundesstraßen erfordert einen jährlichen Aufwand von etwa 60 Millionen DM. Für die Erhaltung der Landesstraßen standen in den letzten Jahren 50 bis 60 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung. Diese Mittel reichten bei der fortgeschrittenen Altersstruktur des Landesstraßennetzes nur für notdürftige Reparaturen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit. Nach einer in Auftrag gegebenen Ermittlung des Finanzbedarfs (einschließlich des Nachholbedarfs) wären in den nächsten Jahren 175 Millionen DM pro Jahr erforderlich, um das Landesstraßennetz auf einen modernen Standard (ohne Ausbau) zu bringen.

Die Erhaltung der Brücken und Straßen muß sich zwangsläufig im Rahmen der allgemein für den Straßenbau im Staatshaushaltsplan zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bewegen. Damit können derzeit jedoch nur die notwendigsten Reparaturmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit durchgeführt werden. Die notwendigen Mittel für Maßnahmen im Sinne einer vorausschauenden und volkswirtschaftlich vernünftigen Substanzerhaltung stehen mit den derzeitigen Zuweisungen nicht annähernd zur Verfügung. Bei einer länger anhaltenden gravierenden Unterfinanzierung des Erhaltungsbereichs ist mit zunehmenden grundhaften Schäden am Straßennetz zu rechnen.

\*

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Als zweites kommt die

Mündliche Anfrage des Abg. Claus Weyrosta  
SPD — Sicherung von Kernkraftanlagen gegen Flugzeugabstürze

Bitte, Herr Abg. Weyrosta, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Weyrosta SPD:** Ich frage die Landesregierung:

- Welche Kernkraftanlagen in Baden-Württemberg sind gegen Flugzeugabstürze schwerlastiger Luftfahrzeuge (z. B. Transall, Jumbo, Phantom u. a.) gesichert?
- Sind bei nichtgesicherten Kernkraftanlagen alle Anforderungen des Gesetzes zur friedlichen Nutzung der Kernkraft erfüllt, oder muß das bestehende Gesetz präzisiert werden?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Reinelt vom Umweltministerium das Wort.

**Staatssekretär Reinelt:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Weyrosta wie folgt:

Zu Frage a: Alle Kernkraftanlagen in Baden-Württemberg wurden entsprechend den zum Zeitpunkt ihrer Errichtung jeweils geltenden Anforderungen gebaut. Der Schutzzustand der einzelnen Anlagen ist in einem Gutachten der Technischen Überwachungs-Vereine Baden und Stuttgart vom Januar 1989 dargelegt. Dieses auch heute noch gültige Gutachten ist im Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion vom 5. Juli 1988, Drucksache 10/186, erstellt worden und mit Schreiben des Umweltministeriums vom 27. Februar 1989 über die Landtagsverwaltung den Fraktionen zugegangen. Falls gewünscht, kann das Umweltministerium den Fraktionen noch einmal ein Exemplar dieses Gutachtens zukommen lassen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was ist denn das für eine Antwort?)

— Ich bin ja noch nicht fertig, Herr Bütikofer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ach so!)

Zusammenfassend kommt dieses Gutachten zu folgender Aussage:

Beim Kernkraftwerk Obrigheim sind alle sicherheitstechnisch wichtigen Gebäude so dimensioniert, daß sie zumindest den Lastannahmen für einen Starfighterabsturz standhalten.

Beim Kernkraftwerk Philippsburg I wurde durch das nachträglich errichtete unabhängige Sabotage- und Störfallschutzsystem eine Redundanz zum Betriebs-, Wartungs- und Schaltanlagegebäude und zum Notstromdieselgebäude geschaffen, so daß deren Ausfall abgedeckt ist. Damit reduziert sich der hinsichtlich Flugzeugabsturz relevante Bereich auf das Reaktorgebäude, das nur im unteren Bereich durch vorgelagerte Gebäude einen Teilschutz gegen Flugzeugabsturz aufweist.

Das Kernkraftwerk Neckarwestheim I hält den Lastannahmen eines Starfighterabsturzes stand.

Die beiden zuletzt errichteten Anlagen Kernkraftwerk Philippsburg II und Kernkraftwerk Neckarwestheim II sind voll entsprechend den auch heute noch geltenden Lastannahmen gegen den Aufprall eines Phantom-Jägers ausgelegt.

Was die Aufprallwahrscheinlichkeit von zivilen Großflugzeugen anbetrifft, so wird diese nach statistischen Erhebungen generell geringer als die von Militärflugzeugen bewertet. Über Flugbewegungen von Transall-Militärmaschinen über Baden-Württemberg liegen der Landesregierung keine Informationen vor, sie dürften jedoch im Vergleich zu denen von zivilen Großflugzeugen selten sein.

Zu Frage b: Wegen der sehr geringen Aufprallwahrscheinlichkeit eines schnellen schweren Flugzeugs auf sicherheitstechnisch wichtige Gebäude eines Kernkraftwerks werden, soweit dem Umweltministerium bekannt, außer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz weltweit nirgends Kernkraftwerke gegen Flugzeugabsturz ausgelegt.

Auch in Deutschland ist der Lastfall Flugzeugabsturz kein Auslegungstörfall im Sinne des § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung. Gleichwohl wurden erstmals ab Anfang der siebziger Jahre zur weiteren Minderung des verbleiben-

(Staatssekretär Reinelt)

den Restrisikos neue Kernkraftwerke zunächst gegen den Aufprall eines Starfighters, ab 1974 gegen die erhöhten Lasten eines Phantom-Jägers geschützt errichtet.

Maßgeblich für den nach dem Atomgesetz erforderlichen Schutzzustand ist die zum Zeitpunkt der Erteilung der Errichtungsgenehmigung jeweils geltende, nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden. Dementsprechend wurden die baden-württembergischen Kernkraftwerke gebaut. Nach geltendem Atomrecht genießen erteilte Genehmigungen Bestandsschutz und kann eine spätere Erhöhung des genehmigten Schutzzustands nur bei Auftreten eines neuen, nicht akzeptablen Risiko- bzw. Gefahrenpotentials gefordert werden. Davon kann jedoch bei den genannten Aufprallwahrscheinlichkeiten nach herrschender Rechtsauffassung nicht ausgegangen werden.

Weiter gehende Nachrüstpflichten setzen eine entsprechende Novellierung des Atomgesetzes voraus.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Weyrosta.

**Abg. Weyrosta SPD:** Herr Staatssekretär, eine Frage muß ich mir zusätzlich gestatten: Warum haben Sie das Kernkraftprojekt Obrigheim in Ihrer Antwort ausgelassen?

Zweitens, und das wäre die eigentliche Frage: Sind durch die technische Qualität des Hochleistungsflugzeugs Starfighter nicht alle anderen vorher erteilten Genehmigungen deswegen außer Kraft zu setzen, weil wir es hier mit einem ganz neuen Schadensprojekt zu tun haben? Es ist unverständlich, daß man sich auf die Statistik zurückzieht und die Unwahrscheinlichkeit beschwört.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Herr Abg. Weyrosta, ich habe Obrigheim ausdrücklich erwähnt.

(Abg. Weyrosta SPD: Dann habe ich es akustisch nicht vernommen! Ich werde es nachlesen!)

— Bitte. Ich habe das Kernkraftwerk Obrigheim an erster Stelle genannt und gesagt, gegen den Fall eines — —

(Abg. Weyrosta SPD: Ich habe sowieso Hörschwierigkeiten, weil das Mikrofon sehr leise gesteuert ist!)

— Ich werde Ihnen die Antwort nachher auch — —

(Übersteuerung der Lautsprecheranlage — Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Die zweite Frage, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Sie wissen, Herr Abg. Weyrosta, daß das in der Tat auch diskutiert wird. Es ist mir aber jetzt im Augenblick keine politische Initiative auf Bundesebene in der Richtung bekannt. Ich will Ihre Frage so beantworten: Die Nachrüstung von Altanlagen gegen den Absturz schwerlastiger Flugzeuge kann nach dem bestehenden Atomgesetz nicht verlangt werden. Ich habe das ausgeführt.

Sie gehen ja jetzt in die Richtung einer Änderung des Gesetzes. Dazu ist folgendes auszuführen: Eine Gesetzesände-

rung, die die Sicherung von Altanlagen gegen den Absturz schwerlastiger Flugzeuge vorsieht, hätte in vielen Fällen wegen technischer, jedenfalls aber wegen wirtschaftlicher Undurchführbarkeit der Nachrüstung faktisch das Betriebsende der Anlagen zur Folge.

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist beabsichtigt mit der Frage!)

— Ja. Ich habe es jetzt nur noch einmal ausdrücklich gesagt.  
— Rechtlich wiese eine solche Regelung eine vom Bundesverfassungsgericht so bezeichnete tatbestandliche Rückknüpfung auf, das heißt, sie beinhaltet die Neuregelung eines bereits einmal staatlicherseits beurteilten Regelungsgegenstands. Eine solche Gesetzesänderung ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Voraussetzung für die Verfassungsgemäßheit wäre allerdings eine umfassende Abwägung der widerstreitenden Interessen und Grundrechte. Die Betreiber könnten sich auf die Grundrechte aus den Artikeln 12 und 14 des Grundgesetzes sowie die aus dem Rechtsstaatslichkeitsprinzip abgeleiteten Grundsätze des Vertrauensschutzes und der Verhältnismäßigkeit berufen. In Anbetracht der sehr geringen Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes dürfte den verfassungsrechtlichen Erfordernissen nur genügt sein, wenn der Grundrechtseingriff durch eine Entschädigungsregelung kompensiert würde.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Weyrosta, Sie haben noch eine zweite Zusatzfrage. Die anderen Fragesteller sind bereit, Herrn Abg. Weyrosta noch die zweite Frage stellen zu lassen. — Bitte.

**Abg. Weyrosta SPD:** Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß, selbst wenn man beim Reaktor Philippsburg I technisch nachrüsten wollte, die jetzt vorhandene Betonkuppel nicht einmal als Schalung des aufzubringenden Betons zu benutzen wäre, weil dann die Tragkraft dieser Kuppel überfordert wäre?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Herr Abg. Weyrosta, hier bin ich Ihnen als Architekt natürlich unterlegen. Wenn Sie eine genaue Antwort haben möchten, gebe ich Sie Ihnen gerne schriftlich.

**Abg. Weyrosta SPD:** Ich danke für die Korrespondenz.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Die Antwort wird schriftlich gegeben.

Ich habe drei weitere Zusatzfragen. Zunächst Herr Abg. Krieg.

**Abg. Krieg GRÜNE:** Gibt es in unseren Atomkraftwerken ein betriebliches Verbesserungsvorschlagswesen? Bekommen Sie diese Verbesserungsvorschläge auch auf den Tisch? Wie viele sind es ungefähr im Jahr?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Wie viele das im Jahr sind, kann ich aus dem Stand heraus nicht sagen. Selbstverständlich werden die bestehenden Kernkraftwerke dauernd auch auf neuere technische Erkenntnisse hin nachgerüstet.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Den anderen Punkt würden Sie Herrn Kollegen Krieg auch noch schriftlich beantworten.

**Staatssekretär Reinelt:** Die Zahl kann ich ihm schriftlich geben.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Die Antwort erhalten Sie schriftlich.

Nun Herr Abg. Dr. Scharf zu einer Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Scharf FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, welche Auswirkungen würde es haben, wenn der höchst unwahrscheinliche, aber dennoch mögliche Fall einträte, daß ein Phantom-Jäger senkrecht auf die Kuppel des Kernkraftwerks Obrigheim, das ja nicht absturzgesichert ist, auftreffen würde? Würde dieser Phantom-Jäger diese äußere Schutzhülle durchschlagen? Würde er noch weitere Schutzhüllen erreichen? Was sind die Folgen? Wäre damit zu rechnen, daß durch den Aufprall eines Phantom-Jägers auf dieses Kernkraftwerk eine Kernschmelze ausgelöst werden könnte?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Ich habe ja ausgeführt, daß die neueren Kernkraftwerke gegen den Absturz eines Phantom-Jägers gesichert sind.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Es geht um ein ungesichertes!)

— Ja. — Im Falle eines gegen einen Phantom-Absturz nicht gesicherten Kernkraftwerks wäre hier natürlich mit dem größten Risiko zu rechnen.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Was heißt das? Der Phantom-Jäger durchschlägt nach Untersuchungen, die die Japaner durchgeführt haben, noch nicht einmal die äußere Kuppel! Das Kernkraftwerk würde dann automatisch abschalten! Es käme nicht zu einer Kernschmelze und nicht zu einer radioaktiven Verseuchung! Das ist nämlich die Frage! — Abg. Zeller SPD: Das kann er doch nicht voraussagen!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär. Bitte keine Zwiesgespräche.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Das ist hier die Frage! — Abg. Drexler SPD: Wissen Sie die Antwort schon? — Abg. Drautz FDP/DVP: Der Drexler! — Gegenruf des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir müssen hier ein bißchen Ordnung haben. Sie haben eine konkrete Frage gestellt, deren Antwort Ihnen offensichtlich schon bekannt war, Herr Kollege Scharf. Die Aussage des Herrn Staatssekretärs lag etwas anders. Möchten Sie noch eine Zusatzfrage stellen?

**Abg. Dr. Scharf FDP/DVP:** Ja.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte.

**Abg. Dr. Scharf FDP/DVP:** Sie sagten, es würde gravierende Auswirkungen haben.

(Abg. Zeller SPD: Frage!)

Was verstehen Sie darunter?...

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Sie haben im Grunde genommen den Fall geschildert, bei dem ein Flugzeug gegen ein nicht gesichertes Kernkraftwerk mit der größtmöglichen Wirkung aufschlägt. Das würde bedeuten, daß Radioaktivität freigesetzt würde, die zu den schlimmsten Folgen führen würde.

(Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Wodurch? — Abg. Dr. Caroli SPD: Durch das Austreten! — Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Nächste Zusatzfrage, Herr Abg. Bütikofer.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Nein, Herr Präsident, ich verzichte lieber.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie verzichten. Dann sind keine weiteren Zusatzfragen angemeldet. Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Dieter Puchta SPD — Verkauf der Neckar AG

Herr Abg. Dr. Puchta, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Ich frage die Landesregierung:

- Lagen dem Finanzministerium — gegebenenfalls wann und zu welchen Konditionen — neben dem Angebot des Erwerbers weitere Angebote zum Kauf der Neckar AG vor?
- Trifft es zu, daß ein Konzessionsdarlehen von 300 Millionen DM besteht, und welche Rolle hat dieses Konzessionsdarlehen bei der Berechnung des Kaufpreises gespielt?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Baumhauer vom Finanzministerium das Wort.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Puchta wie folgt:

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Dr. Puchta!)

— Professor Dr. Puchta.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hauptsache, die Antwort ist gut!)

Wenn es der Sache dienlich ist, sind wir bei Titeln nicht kleinlich.

Zu Frage a: Dem Land liegt seit 14. Dezember 1995 aus dem Kreis der Wasserkraftbetreiber ein Angebot vor, die Anteile an der Neckar AG vorbehaltlich einer näheren Überprüfung für 160 Millionen DM zu erwerben. Im weiteren Verlauf hat sich dann herausgestellt, daß nur noch 10 %

(Staatssekretär Baumhauer)

der Aktien der Neckar AG zum Preis von 16 Millionen DM erworben werden sollten. Die restlichen 90 % sollten in einem Zeitraum von bis zu einem Jahr abgenommen werden, um sie bei befreundeten mittelständischen Adressen weiter plazieren zu können.

Später wurde dann noch eine Liste mit 38 Adressen von vermeintlichen Beteiligungsinteressenten aus dem ganzen Bundesgebiet vorgelegt. Die Palette der Berufsbezeichnungen reicht vom Rechtsanwalt über den Architekt und Steuerberater bis zum Zahnarzt. Auch wurde angekündigt, bis Ende Januar 1996 ein vollständiges Übernahmekonzept vorlegen zu können.

Von einem schlüssigen Angebot kann bei diesem Sachverhalt nach unserer Einschätzung keine Rede sein.

Zu Frage b: Die Aktionäre Bund und Land Baden-Württemberg haben bei der Neckar AG eine Doppelstellung. Zum einen stehen ihnen Gesellschafterrechte zu, zum anderen haben sie schuldrechtliche Ansprüche gegen die Neckar AG auf Rückzahlung der in früheren Jahren an die Neckar AG gegebenen Konzessionsdarlehen. Die Aktionäre Bund und Land Baden-Württemberg haben der Neckar AG für den Bau der Wasserstraße bedingt rückzahlbare zinslose Darlehen zur Verfügung gestellt, die sogenannten Konzessionsdarlehen. Ihr Stand war zum 31. Dezember 1995 nominal rund 300 Millionen DM. Diese Darlehen müssen aus den Überschüssen der Neckar AG zurückgezahlt werden. Dies wird nach den Berechnungen des Bewertungsgutachtens bis zum Jahre 2023 der Fall sein. Erst nach Tilgung aller bestehenden Konzessionsdarlehen im Jahre 2023 können Ausschüttungen an die Gesellschafter erfolgen.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß den eigentlichen Wert die Konzessionsdarlehen darstellen, die Bund und Land gegeben haben. Der Wert der reinen Geschäftsanteile ist demgegenüber nur sehr gering. Dementsprechend ergibt sich aus dem Bewertungsgutachten der C & L TREUHAND DEUTSCHE REVISION und der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, also von zwei renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, daß der Wert der Anteile an der Neckar AG lediglich 15,4 Millionen DM und der Barwert der nominal 300 Millionen DM betragenden Konzessionsdarlehen 106,92 Millionen DM beträgt. Zusammen beziffern die Gutachter den Wert der Neckar AG mit 122,4 Millionen DM.

Wie Sie wissen, Herr Professor Dr. Puchta, wurde die Veräußerung der Konzessionsdarlehen am 30. November 1995 im Finanzausschuß im Rahmen der Beratung des Antrags des Finanzministeriums behandelt. Der Herr Finanzminister hat dies im Finanzausschuß vertreten. Die Einnahmen aus der Veräußerung der Konzessionsdarlehen waren auch bereits im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1995/96 veranschlagt. Wie Sie wissen, beträgt der Veräußerungserlös, den Bund und Land für die Anteile und die Konzessionsdarlehen erhalten, 138,3 Millionen DM. Er liegt demnach also um 16 Millionen DM über dem Wert, den die Gutachter ermittelt haben.

Trotz dieses erfreulichen Ergebnisses stand für die Landesregierung — und das ist entscheidend — nicht in erster Linie das Erzielen von Einnahmen im Vordergrund. Die Landesregierung betreibt eine aktive Beteiligungspolitik, das

heißt, sie versucht, ihren Beteiligungsbesitz im Interesse des Landes einzusetzen. Es war von Anfang an ein erklärtes Ziel des Landes, die Neckar AG an ein baden-württembergisches Erwerberkonsortium unter Führung von Badenwerk und EVS zu veräußern, um dadurch ein positives Signal für die künftige Neuordnung der Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg zu setzen und ein weiteres Band zwischen den Unternehmen zu schaffen.

Dieses Ziel hat die Landesregierung erreicht. Ein weiterer Baustein, die Fusion von EVS und Badenwerk, ist gesetzt. Die Veräußerung der Anteile der Neckar AG an ein baden-württembergisches Erwerberkonsortium unter der unternehmerischen Führung der Badenwerk AG und der Energieversorgung AG ist aus der Sicht der Landesregierung ein bedeutender strukturpolitischer Erfolg.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Staatssekretär, warum haben Sie auf eine Ausschreibung verzichtet, und warum haben Sie nach dem Bekanntwerden des weiteren Angebots nicht nachträglich wenigstens den Finanzausschuß und/oder den Landtag davon unterrichtet?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Baumhauer: Nach den Haushaltsgrundsätzen und dem Haushaltsrecht ist eine Ausschreibung nicht vorgesehen. Wir machen das auch nicht. Man macht das beim Erwerb und in anderem Zusammenhang, aber bei der Abgabe von Landesbeteiligungen sind Ausschreibungen nicht üblich. Wir führen derzeit ja eine Reihe solcher Verhandlungen.

Im Beteiligungsbericht der Bundesregierung von 1994 hat der Bund seine Absicht einer Veräußerung kundgetan. Dies ist öffentlich dargelegt. Deshalb war das natürlich auch bekannt. Es ist kein Geheimnis, sondern ich sagte Ihnen ja bereits, daß wir eine baden-württembergische Lösung wollten — zu der stehe ich — und daß das Angebot von 160 Millionen DM, das uns im nachhinein bekanntgeworden ist, nicht den Ansprüchen Rechnung trägt, die wir haben müssen, um eine gute Lösung bei der Veräußerung der Neckar AG zu haben.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zusatzfrage, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Staatssekretär, wie können Sie erklären, daß Sie den Finanzausschuß bei der Befassung mit diesem Verkauf zumindest nicht über die unter a vorgetragenen Sachverhalte informiert haben?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Baumhauer: Herr Kollege Bütikofer, wir haben, wie das bei der Größenordnung, die der Verkaufserlös ausmacht, notwendig ist, den Finanzausschuß informiert. Ich sagte Ihnen ja bereits — und Sie wissen es vielleicht, ich weiß nicht, ob Sie dabei waren, aber ich vermute es —, daß der Finanzminister im Finanzausschuß Rede und Antwort gestanden hat und daß es dann mit großer Mehrheit — ich glaube, die FDP/DVP hat aus einem anderen Grund nicht zugestimmt

(Abg. Dr. Puchta SPD: Vier haben sich der Stimme enthalten!)

(Staatssekretär Baumhauer)

oder sich der Stimme enthalten — zu einer positiven Beschlüßfassung kam. Im Finanzausschuß sind sicherlich alle Fragen beantwortet worden, die gestellt wurden.

Wir haben in einem ausführlichen Bericht an den Landtag bzw. den Finanzausschuß unsere Veräußerungsabsichten, die wir ja nur zusammen mit dem Bund verwirklichen können — oder der Bund nur mit uns —, dargelegt. Es lag dann an den Kollegen, zu fragen oder nicht zu fragen. Wie ich dem Protokoll entnehme, sind einige Fragen gestellt worden. Sie haben dazu geführt, daß es zu einer positiven Beschlüßfassung kam.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Sind Sie bereit, mir zuzugestehen, daß die von Ihnen jetzt vorgetragene, meines Erachtens wesentliche Information, daß das Land gar kein Interesse daran hatte, jemand anderen als EVS und Badenwerk überhaupt als Geschäftspartner zu haben, dem Finanzausschuß vorenthalten wurde? Glauben Sie nicht, daß es die Pflicht der Landesregierung wäre, eine solche Information von sich aus mitzuteilen? Gehen Sie denn davon aus, daß man bei solchen Absichten der Landesregierung, einen Wettbewerb gar nicht zuzulassen, selbst wenn er existiert, sondern von vornherein einem Monopolisten den Zuschlag geben zu wollen, das als Abgeordneter unterstellen und nachfragen muß, damit man die Information bekommt? Ist das Ihr Verständnis von Information des Landtags?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Kollege Bütikofer, ich bin absolut nicht Ihrer Meinung. Das Interesse des Landes, Strukturpolitik zu machen, trifft sich mit den wirtschaftlichen Interessen. Ich habe Ihnen die Zahlen vorgetragen, die der Bewertung zugrunde liegen. Wir haben einen Verkaufserlös erzielt, der über der Bewertung liegt.

Dann ist noch zu berücksichtigen, daß die Konzessionsdarlehen bis zum Jahr 2023 zurückbezahlt werden müssen. Insofern ist nach Einschätzung des Finanzministeriums ein wirtschaftliches Ergebnis erzielt worden, das sich mit den Interessen des Landes deckt, nämlich eine baden-württembergische Lösung vorzutragen. Insoweit befindet sich das, was wir Ihnen vorgetragen haben, in Übereinstimmung mit unseren Haushaltsgrundsätzen. Wir müssen nämlich den Wert erlösen. Den haben wir erlöst. Wir haben darüber hinaus noch einen Mehrwert erzielt. Insoweit konnten wir Ihnen das guten Gewissens vortragen.

Die vielen anderen Bedingungen, die bei unseren Verhandlungen eine Rolle gespielt haben, passen in dieses Konzept hinein. Es liegt ja dann bei Ihnen, uns zu fragen, wenn Sie darüber hinausgehende Interessen haben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: In Zukunft kann ich davon ausgehen: Sie führen uns zunächst einmal hinter's Licht, es sei denn, wir stellen Ihnen genau die Fragen, die Sie zu vermeiden suchen!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das ist ein Zwischenruf gewesen. Eine Zusatzfrage kann er nicht mehr stellen.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Bütikofer, das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

— Herr Zeller, Sie waren bei den Verhandlungen im Finanzausschuß meistens nicht dabei.

(Abg. Zeller SPD: Aber ich habe Ihnen zugehört!)

Im Finanzausschuß herrschen eine absolute Offenheit und eine absolut transparente Darstellung der Geschäfte, die wir machen. Wir verschweigen nichts; da kommt alles auf den Tisch. Im vorliegenden Fall war es genauso.

(Abg. Bebbler SPD: Wieso werden Sie nicht rot, wenn Sie das sagen?)

Deshalb glaube ich, daß die Entscheidungen, die der Finanzausschuß und das Plenum getroffen haben, Herr Kollege Bebbler, hundertprozentig in Ordnung sind.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Gustav-Adolf Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie die Aussage der Arbeitsgemeinschaft „Wasserkraftwerke“, daß die Art der Abwicklung mehr als bedenklich erscheine, da dadurch erneut der Eindruck entstehe, daß Politik und Energie scheinbar miteinander verbunden seien und daß die wiederkehrende Beteuerung, man wolle den Mittelstand stärken, nichts als inhaltlose Lippenbekenntnisse darstellten?

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Das ist die Auffassung des Verbands der Kleinwasserkraftwerke. Wir verhandeln mit ihnen. Ich habe mit ihnen ja auch immer wieder als Staatssekretär im Umweltministerium zu tun gehabt.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Das sind die Auffassungen.

Im übrigen bin ich, wie Sie, Herr Kollege Weyrosta, wissen, ein großer Anhänger der Kleinwasserkraftwerke.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich habe nicht soviel gemerkt! — Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Hier sind viele Initiativen unter dem Namen Baumhauer gelaufen, darf ich zum Abschluß meiner parlamentarischen Tätigkeit feststellen — mit Unterstützung des Kollegen Weyrosta.

Insoweit, Herr Kollege Haas, muß ich sagen, daß die Auffassungen in der Beurteilung auseinandergehen. Ich habe Ihnen dargelegt: Wir brauchen einen Partner, der uns die Gewähr dafür bietet, daß diese Dinge strukturpolitisch, aber auch ökonomisch oder finanziell, wenn Sie dies so gesehen haben wollen, erfüllt werden.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Es haben sich noch drei Fragesteller gemeldet. Nach den betreffenden Zusatzfragen werde ich diese Mündliche Anfrage allerdings abschließen, denn es sind noch eine Reihe weiterer Mündlicher Anfragen vorhanden. Diese Fragesteller haben auch das Recht, Antworten zu erhalten.

Der nächste Fragesteller ist Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Staatssekretär, über welchen Zeitraum liefen die Verhandlungen des Landes in Sachen Neckar AG mit der EVS und dem Badenwerk, und welchen Zeitraum haben Sie im Vergleich dazu der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraft eingeräumt, um das Kaufangebot und eine solide Finanzierung anzubieten und damit auf andere Weise eine baden-württembergische Lösung, die Sie ja anstreben, zu ermöglichen?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Kollege Dr. Witzel, ich kenne die Vorwürfe auch, wir hätten dem Konsortium einen zu kurzen Zeitraum eingeräumt. Aber ich habe Ihnen ja auch vorgetragen, daß hier zunächst einmal nur von 10 % die Rede war. Über den Rest will man mit den anderen — insgesamt 38; das müssen Sie einmal sehen — Zeichnern noch verhandeln. Deshalb ist dies für uns nicht damit vergleichbar, wie wir es jetzt gemacht haben. Wir haben die Verhandlungen im wesentlichen 1995 durchgeführt.

Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, daß 1994 für die Interessenten klar war, daß die Neckar AG zur Disposition steht, und daß im Beteiligungsbericht der Bundesregierung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden ist, so daß ich mich ein bißchen wundern muß, daß am Schluß, nachdem wir bereits im Landtag — im Finanzausschuß und im Plenum — entschieden hatten, noch einmal das Angebot von 160 Millionen DM auf den Tisch geblättert worden ist, ohne daß dies im einzelnen durch Bürgschaften und durch Banken dann auch verifiziert worden ist.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Haben Sie — —)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Entschuldigung, Sie haben zwei Fragen gestellt. Ich kann Ihnen leider keine mehr zubilligen.

Zusatzfrage, Herr Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Staatssekretär, halten Sie es eigentlich für exemplarisch für die angestrebte Neuordnung der Landesbeteiligungen an Unternehmen, daß hier ein Landesunternehmen an ein anderes Landesunternehmen verkauft wird?

Meine zweite Frage lautet: Wer hat das Land im Aufsichtsrat der Neckar AG bisher vertreten?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Im Aufsichtsrat der Neckar AG war ein Mitarbeiter des Finanzministeriums, der in der Zwischenzeit pensioniert ist, Mitglied, oder ist jetzt noch Mitglied.

(Abg. Zeller SPD: Wer war das? — Gegenruf des Abg. Weyrosta SPD: Er kann doch nicht alles wissen!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Die erste Frage ist noch offen, Herr Staatssekretär. Die lautete, ob es sinnvoll sei, Landesvermögen — —

(Abg. Brinkmann SPD: War das ein In-sich-Geschäft? Finanzministerium hier, Finanzministerium da?)

**Staatssekretär Baumhauer:** Das Finanzministerium ist im Aufsichtsrat von Badenwerk, EVS und von Unternehmen mit Landesbeteiligungen. Wir halten die Regelung für die Neckar AG für eine sinnvolle Lösung — ich habe Ihnen das schon einmal gesagt —, die im strukturpolitischen Interesse des Landes liegt. Ich bin überzeugt davon, daß, wenn man sich mit den Gegebenheiten, den finanziellen Randbedingungen befaßt, man ein potentes Unternehmen braucht, um dies durchsetzen zu können. Denn in nächster Zeit sind ja überhaupt keine Gewinne zu erzielen. Es sind vielmehr die Konzessionsdarlehen zurückzuzahlen. Insofern kommt es natürlich darauf an, daß hier ein Unternehmen mit hineingeht, das auch über die erforderlichen finanziellen Möglichkeiten verfügt. Insofern sind wir recht froh über die Lösung, die wir zusammen mit dem Bund gefunden haben.

(Abg. Bebbler SPD: Ist das eine Neuordnung der Landesbeteiligungen?)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Nächste Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann.

**Abg. Gaßmann SPD:** Ist das die Neuordnung der Landesbeteiligungen?

**Staatssekretär Baumhauer:** Wir machen Neuordnungen der Landesbeteiligungen, wobei jede Landesbeteiligung ihre Ergebnisse oder ihre Entscheidungen braucht. Sie können das doch jetzt nicht so verallgemeinern. Sie müssen mich auf das einzelne Unternehmen abfragen. Im vorliegenden Fall war das in Ordnung. Ich habe es dargelegt. Wir haben es im Finanzausschuß dargelegt. Sie haben es im Landtag einstimmig beschlossen. Darüber, daß mehrere Unternehmen — da sind ja außer EVS und Badenwerk noch weitere mit dabei — dabei waren, sind wir froh. Es sind ja auch Unternehmen abgesprungen, weil diese Dinge eben so sind, daß keine Gewinne erzielt worden sind.

Wenn man sich das einmal richtig vor Augen führt, dann kann man nur froh und dankbar dafür sein, daß eine solche Lösung zu realisieren war.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Letzte Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann. — Ich habe vorhin gesagt, daß wir auch die anderen Mündlichen Anfragen berücksichtigen müssen. Ich bitte dafür um Verständnis. — Bitte.

**Abg. Gaßmann SPD:** Herr Staatssekretär, sicher ist Ihnen noch Ihr ehemaliger mittelstandspolitischer Sprecher und das Exmitglied des Landtags, Herr Eisele, bekannt. Wie beurteilen Sie dessen Äußerung, die ich jetzt zitieren möchte?:

24 Großwasserkraftwerke am Neckar werden zum Discountpreis von 138 Millionen DM an das Energiekon-

(Gaßmann)

sortium verkauft. Nach einer schriftlichen Erklärung des Bonner Verkehrsministeriums erfaßt dieser Verkaufspreis nur 10 % des echten Wertes.

Zweite Frage, Herr Staatssekretär: Welche möglichen Interessenkollisionen bestehen Ihrer Ansicht nach zwischen dem Herrn Finanzminister Mayer-Vorfelder in seiner Eigenschaft als Verkäufer und Herrn Finanzminister Mayer-Vorfelder in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Badenwerk AG und damit als Käufer?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Zu Ihrer ersten Feststellung: Ich teile die Meinung des ehemaligen Landtagskollegen Eisele nicht. Ich habe Ihnen ja unseren Standpunkt dargelegt. Der mag sich von dem unterscheiden, wie Herr Eisele dies einschätzt.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Zu Ihrer zweiten Frage, ob es hier Interessenkollisionen gibt: Diese Frage möchte ich verneinen. An der Neckar AG ist der Bund zu zwei Dritteln beteiligt; wir sind zu einem Drittel beteiligt. Ich sagte Ihnen, daß einer unserer Mitarbeiter im Aufsichtsrat der Neckar AG war und wohl noch ist und daß wir da keine Interessenkollisionen sehen.

Wir sind der Meinung — ich wiederhole mich jetzt —, daß dies eine gute Lösung ist, und zwar aus den Gründen finanzieller und strukturpolitischer Art, die ich Ihnen dargelegt habe. Ich habe Ihnen auch gesagt, daß wir im Gegenteil darin einen weiteren Schritt in Richtung Fusion von EVS und Badenwerk sehen, den wir qua Landesregierung und auch mit Unterstützung des Parlaments zur Zeit betreiben.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Bloemecke CDU — Private Pflegedienste

Herr Abg. Bloemecke, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Bloemecke CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Sind der Landesregierung die Ergebnisse der Arbeiten des „Wandsbeker Kreises“, dem sieben Professoren der Universität der Bundeswehr Hamburg angehören, daß die Bereitstellung sozialer Dienste durch die Wohlfahrtsverbände unnötig hohe volkswirtschaftliche Kosten verursacht, bekannt, und liegen der Landesregierung für das Land Baden-Württemberg ähnliche Ergebnisse vor?
- b) Wie begründet die Landesregierung ihr Stimmverhalten im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundesrates, in dem sie die geplante Änderung des § 10 BSHG „Verhältnis zu Wohlfahrt und zu anderen Trägern“ abgelehnt hat?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Weinmann das Wort.

**Staatssekretär Weinmann:** Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und verehrte Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Bloemecke wie folgt:

Zu a: Der Landesregierung sind die in der Mündlichen Anfrage genannten Ergebnisse des „Wandsbeker Kreises“ aus Presseveröffentlichungen bekannt. Im sogenannten „Wandsbeker Kreis“ haben sich Professoren der Volkswirtschaft der Universität der Bundeswehr in Hamburg zusammengeschlossen und nehmen in unregelmäßigen Abständen zu volkswirtschaftlichen Fragen, vorwiegend bis jetzt allerdings aus dem Bereich der Bundeswehr, Stellung. Einzelheiten der Untersuchung des „Wandsbeker Kreises“ sind der Landesregierung nicht bekannt.

Die Landesregierung nimmt die Ergebnisse solcher Untersuchungen wie auch die in den Medien und in der Öffentlichkeit geäußerten massiven Angriffe und die Kritik an der Arbeit der freien Wohlfahrtspflege sehr ernst, bedauert aber gleichzeitig, daß die Kritiker der freien Wohlfahrtspflege in ihren Vorwürfen die Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände sowie den volkswirtschaftlichen und den humanen Wert ihrer Arbeit nie in ihrer Gesamtheit betrachten, sondern in aller Regel von einzelnen im einen oder anderen Fall durchaus, Herr Kollege Bloemecke, kritikwürdigen Punkten Schlüsse auf den Gesamtzustand oder ein Gesamtverhalten der freien Wohlfahrtspflege insgesamt ziehen.

Die Landesregierung verfolgt seit vielen Jahren das Ziel, die Dienste der freigemeinnützigen Träger — soweit dies möglich ist — unabhängig von staatlichen Subventionen und auf dem freien Markt konkurrenzfähig zu machen. Sie unterstützt überall dort, wo dies sinnvoll ist, eine enge Kooperation zwischen freigemeinnützigen Diensten und privatgewerblichen Anbietern.

Zu b: In § 10 Abs. 2 BSHG ist geregelt, daß die Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung des Gesetzes mit den Kirchen und den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten und dabei deren Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung der Aufgaben achten sollen. Die jetzt vom Bund vorgesehene Ausdehnung des § 10 Abs. 2 BSHG würde die Sozialhilfeträger verpflichten, mit den Verbänden anderer Träger, nämlich mit den Interessenvertretungen der privatgewerblichen Anbieter von sozialen Dienstleistungen, vergleichbar eng zusammenzuarbeiten wie mit den Kirchen und der freien Wohlfahrtspflege, obwohl sich diese, Herr Kollege Bloemecke, ausgehend von der marktwirtschaftlichen Zielsetzung, mit Fragen der öffentlichen Fürsorge nur insoweit befassen, als dies für ihren Geschäftsbetrieb auch notwendig ist. Das ist eigentlich auch verständlich.

Die Landesregierung hält eine umfassende Beteiligung der nur sektoral arbeitenden privatgewerblichen Anbieter bei der Durchführung der Sozialhilfe wie etwa bei der Erarbeitung der Sozialhilferichtlinien, der Beteiligung als sozial erfahrene Personen in Widerspruchsausschüssen und bei der Festsetzung der Regelsätze für die laufende Hilfe zum Lebensun-

(Staatssekretär Weinmann)

terhalt und eine darauf gerichtete Gleichstellung mit der freien Wohlfahrtspflege in § 10 BSHG nicht für sinnvoll. Dies war die Meinung, die die Vertreter der Landesregierung in dem von Ihnen genannten Ausschuss geäußert haben.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, halten Sie demnach die Kritik des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Pforzheim für weit überzogen, oder sind Sie der Auffassung, daß er in wesentlichen Teilen recht hat?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Weinmann:** Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Pforzheim hat natürlich in vielen Dingen recht; aber in diesem speziellen Fall hat er nicht nur weit, sondern ganz gewaltig überzogen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist ein sozialer Reaktionär!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Bloemecke.

**Abg. Bloemecke CDU:** Herr Staatssekretär, darf ich dann davon ausgehen, daß das Sozialministerium von Baden-Württemberg nicht grundsätzlich die Arbeit der privaten Anbieter in diesem Bereich ablehnt, sondern als Wettbewerb begrüßt?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Weinmann:** Davon dürfen Sie in der Tat ausgehen. Wir haben in den letzten Jahren viele Zeichen dafür gesetzt, daß wir in dieser Richtung absolut offen sind. Die Herkunft des derzeitigen Staatssekretärs in diesem Ministerium sollte Ihnen eigentlich schon ausreichend klarmachen, daß ich kein gestörtes Verhältnis zu allen seriösen Anbietern auf dem freien Markt habe.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Letzte Zusatzfrage, Herr Abg. Seltenreich.

**Abg. Seltenreich SPD:** Zusatzfrage, und zwar ist immer noch die freie Wohlfahrtspflege in der Bundesverfassung und in der Landesverfassung verankert.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär. — Das war wohl eine Feststellung, oder eine Frage?

**Abg. Seltenreich SPD:** Eine Frage!

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das war keine Frage!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das war in dem Sinne keine Frage.

**Staatssekretär Weinmann:** Aber nachdem es eine Feststellung war und der Kollege Seltenreich ja in diesen Dingen grundsätzlich mit dem Arbeits- und Sozialministerium übereinstimmt, gehe ich davon aus, daß ich das, was in dieser Frage zum Ausdruck gebracht wurde, auch wenn ich es nicht ganz mitbekommen habe, auf jeden Fall teilen kann.

(Heiterkeit bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Keine weiteren Fragen? — Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Richard Drautz FDP/DVP — Erfolg und Fortschritte bei der AK-Sanierung

(Abg. Weyrosta SPD: AK IX!)

Herr Abg. Drautz, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

a) Wie ist der Stand bei der AK-Sanierung,

(Abg. Scheuermann CDU: Was heißt denn das auf deutsch? — Abg. Dr. Caroli SPD: Welchen Arbeitskreis meint er? — Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Welchen Arbeitskreis meint er denn?)

welche Erfolge konnten erzielt werden, und trifft es zu, daß es zwischenzeitlich zu erheblichen Reinfektionen, wenn ja, in welchen Gebieten, gekommen ist?

b) Mit welchen Problemen beim Export von Ferkeln ist zukünftig zu rechnen, wenn das Ziel, AK-freie Regionen zu erhalten, nicht erreicht wird, und ist die Landesregierung im Interesse der heimischen Ferkelzüchter bereit, den Vollzug der Sanierung restriktiv durchzuführen?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Reddemann vom Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das hat er vor vier Jahren schon einmal gefragt! — Abg. Scheuermann CDU: Vor vier Jahren ist das hier schon einmal behandelt worden!)

**Staatssekretär Reddemann:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordnetenkollegen Drautz wie folgt:

Zunächst einmal stelle ich fest, daß diese AK-Bezeichnung nichts mit den Arbeitskreisen des Landtags zu tun hat,

(Heiterkeit — Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Atomkraft vielleicht noch!)

sondern AK ist die Abkürzung für Aujeszky'sche Krankheit bei Schweinen, bei Zuchtsauen, eine Viruserkrankung. Diese wird in Baden-Württemberg seit dem 1. Januar 1995 mit einem staatlich verordneten Verfahren bekämpft. Die Sanierung der Schweinebestände mit AK wird von allen Beteiligten mit großem Nachdruck betrieben.

Seit Beginn des Verfahrens hat die Zahl der AK-freien Betriebe kontinuierlich zugenommen. Durch Ausmerzen von Reagenten hat gleichzeitig die Zahl der nicht AK-freien Bestände kontinuierlich abgenommen. Daraus wird der Fortschritt bei der Bekämpfung dieser Krankheit deutlich.

(Staatssekretär Reddemann)

Am 1. Januar 1995 waren 5 602 Betriebe untersucht. Von diesen 5 602 Betrieben waren 677, das heißt 12,09 %, nicht AK-frei.

Am 1. Januar 1996 waren 11 149 Betriebe untersucht, davon rund 90 % aller Zuchtsauenbetriebe. Von diesen 11 149 Betrieben waren lediglich noch 195 nicht AK-frei; das sind 1,75 %.

Im Juni 1995 wurde das baden-württembergische Sanierungsprogramm mit Entscheidung der EG-Kommission vom 7. Juni 1995 genehmigt. Gleichzeitig wurden zusätzliche Garantien beim innergemeinschaftlichen Verbringen von Schweinen nach Baden-Württemberg von seiten der Europäischen Union festgelegt, um die bereits erzielten Fortschritte abzusichern und einen erfolgreichen Abschluß dieses Programms zu gewährleisten.

Rückschläge bei der Sanierung kommen gelegentlich vor. Die Zahl der neu- und reinfizierten Betriebe im gesamten Verfahren beläuft sich auf ungefähr 90. Dabei sind auch die Betriebe berücksichtigt, die seit dem 1. März 1993 das freiwillige Sanierungsverfahren in Anspruch genommen haben. Um hier Härtefälle auszugleichen, hat die Tierseuchenkasse Baden-Württemberg für reinfizierte Betriebe und seit dem 19. Dezember 1995 auch für neuinfizierte Betriebe, das heißt für Betriebe, die im freiwilligen Verfahren oder im Pflichtverfahren AK-frei waren und danach infiziert wurden, eine Beihilfe in Höhe von 100 DM je ausgemerztes Zuchtschwein ausgebracht.

Die Antwort auf Ihre Frage unter b: Das Ministerium Ländlicher Raum ist überzeugt, daß die Aujeszky'sche Krankheit in Baden-Württemberg getilgt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden das Land Baden-Württemberg und die Tierseuchenkasse Baden-Württemberg auch in Zukunft die folgenden Kosten tragen: alle Kosten bei der Blutentnahme, die Untersuchungskosten bei den staatlichen tierärztlichen Untersuchungsämtern, die Impfstoffkosten und die Bestandsgebühr bei der Impfung. Lediglich die Gebühr für die Impfvorrichtung muß der Tierbesitzer tragen. Weiter überwachen die Landratsämter — Veterinärämter — die Einhaltung der Sanierungspläne für die im Sanierungsverfahren befindlichen Betriebe.

AK-freie Mitgliedsstaaten und Regionen sind neben Dänemark, Finnland, verschiedenen Departements in Frankreich und dem Vereinigten Königreich — ausgenommen Nordirland — die Bundesländer Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Der innergemeinschaftliche Handel von Schweinen in diesen Mitgliedsstaaten ist insoweit reglementiert, als von seiten der EU ebenfalls zusätzliche Garantien hinsichtlich der AK festgelegt wurden. Beispielsweise dürfen Zuchtschweine nur aus Beständen stammen, in denen nicht geimpft wird. Sie müssen vor dem Verbringen 30 Tage in Quarantäne sein und mit negativem Ergebnis auf Antikörper gegen AK untersucht worden sein. Nutzschweine dürfen ebenfalls nicht geimpft werden. Die Herkunftsbestände müssen AK-frei sein. Sobald Baden-Württemberg von seiten der EU als AK-frei anerkannt ist, müssen diese zusätzlichen Garantien vor dem Verbringen von Schweinen aus Baden-Württemberg in diese Mitgliedsstaaten nicht mehr amtstierärztlich bescheinigt werden.

Soweit, Herr Präsident, die Antwort auf diese Mündliche Anfrage.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, ich frage Sie, ob ein Importverbot für Rindfleisch aus Großbritannien in Baden-Württemberg eh nicht kontrollierbar ist.

Meine zweite Zusatzfrage: Ist das Herkunfts- und Qualitätszeichen für Agrarprodukte aus Baden-Württemberg nicht der beste Verbraucherschutz?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reddemann:** Die lückenlose Kontrolle von möglicherweise aus Großbritannien importiertem Rindfleisch hält die Landesregierung für nicht durchführbar. Wir sind der Meinung, daß der Verbraucher einen umfangreichen Verbraucherschutz beanspruchen kann.

Deshalb — das auf Ihre zweite Frage, Herr Abg. Drautz — werden wir das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg insbesondere bei Rindfleisch weiter forcieren. Wir halten die Kenntlichmachung für den besten Verbraucherschutz, nicht nur bei Rindfleisch, sondern auch bei den übrigen hervorragenden Produkten aus Baden-Württemberg. Denn wir haben ja bekanntlich in unserem Land Baden-Württemberg bisher keinen BSE-Fall gehabt und hoffen auch, daß wir weiterhin von Rinderwahnsinn verschont bleiben. Es ist also unser Ziel, dieses Herkunfts- und Qualitätszeichen weiter voranzubringen, um somit einen umfassenden Verbraucherschutz zu gewährleisten. Dies halten wir für sinnvoller als Importreglementierungen, die andere Bundesländer zur Zeit in Erwägung ziehen oder beschlossen haben, und auch für wirksamer.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Krieg.

**Abg. Krieg GRÜNE:** Haben Sie neben der Tötung von Schweinen und der Impfung noch eine dritte Möglichkeit, die Reinfektion zu verhindern?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reddemann:** Wir müssen natürlich alles tun, damit keine Schweine aus infizierten Gebieten zu uns importiert werden. Das ist eine der wichtigsten Maßnahmen. Sie haben aber auch aus meiner Antwort ersehen können, daß die Europäische Union streng darauf achtet, daß nicht geimpft, sondern saniert wird; denn mit dem Impfen haben Sie nicht die Garantie, daß sich diese Krankheit nicht weiter verbreitet. Deshalb muß weiterhin konsequent saniert und müssen befallene Bestände beseitigt werden.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lothar König  
REP — Logopädie-Unterricht an Sonder-/  
Förderschulen

Bitte, Herr Abg. König, Sie haben das Wort.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wurde der Logopädie-Unterricht generell an allen Sonder- und Förderschulen im Land oder nur an einzelnen Schulen wie zum Beispiel der Förderschule in Bad Teinach-Zavelstein, Ortsteil Sommenhardt, gestrichen, und aus welchen Gründen geschah dies?

b) Ist es richtig, daß die von dieser Streichung betroffenen Schüler nunmehr von privaten Logopäden betreut werden müssen, und, wenn ja, wer trägt die Kosten dafür?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle vom Ministerium für Kultus und Sport das Wort.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Abg. Mühlbeyer CDU: Kurz machen! — Abg. Scheuermann CDU: Mach es kurz!)

Ihre Mündliche Anfrage, Herr Kollege König, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Ich muß zunächst einmal Begriffe klären.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Oh!)

Logopädie-Unterricht gibt es weder am Sonderschultyp Förderschule noch an irgendeiner anderen Sonderschule. Die Logopädie gehört in den Bereich der medizinischen Heil- und Hilfsberufe. Sie ist deshalb kein sonderpädagogisches und schulisches Angebot, sondern eine medizinische Leistung.

Es gibt aber natürlich an unseren Sonderschulen Schüler, die im Bereich der Sprache einen Förderbedarf haben. Deshalb gehören Angebote entsprechender sonderpädagogischer Maßnahmen und insbesondere sprachheilpädagogische Angebote zur Aufgabe der Sonderschule. Diesem generellen Auftrag kommen unsere Schulen auch im ganzen Land nach.

Es gibt im Einzelfall einen sehr starken Bedarf an Deputatsstunden für Kleingruppen und für Angebote gegenüber einzelnen Schülern. Diese können wir aber nicht in vollem Umfang erfüllen, weil das bei der knappen Lehrerversorgung an den Sonderschulen nicht möglich ist.

Jetzt zur Situation an der Schule, die Sie ansprechen, der Sonderschule in Bad Teinach.

In Bad Teinach hat sich die Lehrerversorgung zu Beginn des Schuljahrs — Stichtag 11. Oktober 1995 — wie folgt dargestellt: Die Schule hat ein Gesamtoll von 501 Lehrerstunden und ein Ist von 477, also eine Lücke. Nachdem wir zunächst einmal den Grundbedarf abgesichert haben, mußten wir im Bereich dieser sprachheilpädagogischen Maßnahmen reduzieren. Inzwischen kam der Beschluß für den Feuerwehrfonds in Höhe von 10 Millionen DM. Das hat vielen Schulen in unserem Land geholfen, auch der Sonderschule in Bad Teinach. Zum Stand 2. Februar ist die Lehrerversorgung an dieser Schule wie folgt: ein Lehrer-Ist-Stundenstand von 509 Stunden und ein Soll von 501 Stunden,

(Abg. König REP: Ein Plus von 8 Stunden! — Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

also sogar ein Plus von 8 Stunden. Damit können wir wieder differenziert sprachheilpädagogische Förderungen anbieten. Ich denke, daß dieser Schule — so, wie vielen anderen Schulen im Land — mit den 10 Millionen DM aus dem Feuerwehrfonds sehr intensiv geholfen werden konnte.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Gut!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Keine weiteren Zusatzfragen? — Dann ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Winfried Scheuermann CDU — Versuch Kalte Rotte, Heilbronn

Bitte, Herr Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann CDU:** Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

a) Trifft es zu, daß sich die veranschlagten Kosten von 41 Millionen DM auf über 60 Millionen DM erhöht haben und keine Gewähr dafür besteht, daß es dabei bleibt, und was hat die Steigerung verursacht?

b) Ist der Versuch angesichts zahlreicher bereits laufender Anlagen in ganz Deutschland und dem Verbundvorhaben des Bundesforschungsministeriums unter Federführung der Universität Potsdam mit 12 Einzelprojekten sachlich und finanziell noch zu rechtfertigen?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Reinelt vom Umweltministerium.

**Staatssekretär Reinelt:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Scheuermann wie folgt:

Zu a: Das von der Landesregierung initiierte Pilotprojekt sieht drei unterschiedliche biologisch-mechanische Restmüllbehandlungsverfahren mit jeweiligen Versuchsdeponieabschnitten vor. Die Stadt Heilbronn hatte schon vor Beginn der Suche des Landes nach einem kommunalen Träger für das Pilotprojekt beschlossen, eine Biomüllvergärungsanlage und eine Grünabfallkompostierungsanlage zu errichten.

Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Studie ergab, daß sich das städtische Vorhaben und das geplante Pilotprojekt in idealer Weise ergänzen würden. Voraussetzung hierfür war jedoch, daß die Versuchsanlage und die dazugehörigen Gebäude so konzipiert werden, daß sie auch nach Versuchsabschluß weiter nutzbar sind. Die hierfür erforderlichen Investitionskosten bezifferte die Studie mit 41 Millionen DM. Der Heilbronner Gemeinderat hat dieses Konzept im Oktober 1993 beschlossen.

Im Oktober 1994 hat die Stadt Heilbronn dann zusammen mit den übrigen Kreisen der Region Franken ein Abfallentsorgungskonzept beschlossen, das eine kreisindividuelle biologisch-mechanische Vorbehandlung und anschließend eine

(Staatssekretär Reinelt)

gemeinsame thermische Behandlung des Restmülls vorsieht. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Heilbronn das Anlagenkonzept für das Pilotprojekt einschließlich der Biomüll- und Grünabfallbehandlung so erweitert, daß damit schon wesentliche Teile der ersten Stufe des neuen Entsorgungskonzepts verwirklicht werden können.

Der Heilbronner Gemeinderat hat diesem Vorhaben, das Investitionen in Höhe von 60 Millionen DM erfordert, im Februar 1995 zugestimmt. Aufgrund der inzwischen eingeholten Angebote für die Verfahrenstechnik und einer detaillierten Kostenberechnung für den Hoch- und Tiefbau zeichnet sich ab, daß dieser Kostenansatz Bestand hat.

Es ist somit festzustellen, daß, sofern überhaupt von Kostensteigerungen zu sprechen ist, diese nicht auf das eigentliche Pilotprojekt, sondern auf sinnvolle und erforderliche Ergänzungen der abfallwirtschaftlichen Zielsetzung der Stadt Heilbronn zu beziehen sind. Diese Ergänzungen beruhen auf entsprechenden Beschlüssen des Heilbronner Gemeinderats.

Zu b: Das Umweltministerium Baden-Württemberg verfügt über einen sehr guten Überblick über die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf dem Gebiet der kalten Restmüllbehandlung.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Die Einzelprojekte des von der Universität Potsdam zu koordinierenden Verbundvorhabens des Bundesforschungsministeriums sind dem Umweltministerium bekannt. Drei der vier wissenschaftlichen Hauptberater dieses Verbundvorhabens, Herr Abg. Scheuermann, gehören zum wissenschaftlichen Betreuungsteam für das Heilbronner Pilotprojekt. Das Heilbronner Vorhaben wurde dem Projektrat des Verbundvorhabens vorgestellt und hat dort ein positives Echo gefunden.

Ich könnte Ihnen jetzt die einzelnen Gründe dafür aufzählen. Ich nehme an, Herr Präsident, daß ich das dann natürlich auch auf Zusatzfragen noch machen kann. Es ist sehr positiv bewertet worden.

In einem Schreiben der Universität Potsdam, welches wir heute bekommen haben, ist noch einmal ausführlich dargelegt, wie wichtig das Pilotprojekt von Heilbronn für Erkenntnisse in bezug auf „kalte“ Verfahren ist. Herr Abg. Scheuermann, zur Abkürzung der Antwort kann ich Ihnen das Schreiben der Universität Potsdam gern zur Verfügung stellen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Mir liegen jetzt fünf Wortmeldungen für Zusatzfragen vor. Obwohl die Zeit eigentlich abgelaufen ist, möchte ich diese noch abwickeln. Ich bitte aber um kurze, präzise Fragen und Antworten.

Als erster Herr Abg. Drautz.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Lieber die nächste Frage!  
Die ist viel spannender!)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, trifft es zu, daß infolge komplizierter Massenströme in der geplanten Pilotanlage Anlagenteile für verschiedene Prozeßstufen herangezogen werden müssen und damit einerseits die Anlage

komplizierter und teurer im Unterhalt sein wird, andererseits die Gefahr besteht,

(Zuruf von der SPD: Das ist keine Zusatzfrage! Das ist vorformuliert! — Abg. Walter GRÜNE: Das kann man nicht zulassen! — Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das müssen Sie schriftlich beantworten!  
— Unruhe)

daß der Gärtnerkompost aus dem ersten Verfahrensstrang durch Restmüllrückstände auch aus den drei anderen Verfahren verunreinigt wird?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Staatssekretär, können Sie diese Frage kurz beantworten?

**Staatssekretär Reinelt:** Ja. Ich kann mit Nein beantworten, daß dieses Projekt aus technischen Gründen in Frage gestellt wurde. Im übrigen können Sie doch von mir nicht verlangen, daß ich hier schon Erkenntnisse, die wir aus diesem Versuch gewinnen wollen, festlegen könnte.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gute Antwort!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Trifft es zu, daß ein konkretes wissenschaftliches Projekt beim BMFT erst beantragt werden kann, wenn die Anlage in Betrieb gegangen ist?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Dazu, Herr Abg. Kiel, sagt die Universität Potsdam, die den Verbund betreut: „Formal bestand aber das Problem, daß ein konkretes wissenschaftliches Projekt erst dann beantragt werden kann, wenn zumindest der Anlagenbau beauftragt ist.“

(Abg. Drexler SPD: Es muß erst beauftragt sein!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Herbricht.

**Abg. Herbricht REP:** Herr Staatssekretär, könnten Sie sich vorstellen, daß sich, wenn der veranschlagte Kostenrahmen wider Erwarten überschritten wird, die Landesregierung an dem Projekt finanziell beteiligt?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Ich habe vorhin ausgeführt, daß wir davon ausgehen, daß dieser Kostenansatz Bestand haben wird. Es ist eine pure Selbstverständlichkeit, daß das Land weiter mit der Stadt im Gespräch bleiben wird.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Zusatzfrage, Herr Abg. Mühlbeyer.

**Abg. Mühlbeyer CDU:** Herr Staatssekretär, konkret: Wenn das Projekt mehr als 60 Millionen DM kostet, ist dann das Land bereit, sich an den Mehrkosten zu beteiligen?

Zweite Frage: Was geschieht in Heilbronn substantiell, was nicht durch das Verbundprojekt oder durch bereits abgewickelte Versuche abgedeckt ist?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Zunächst einmal kann ich ein Ergebnis doch nicht vorwegnehmen. Ich sage noch einmal: Wir gehen davon aus, daß die jetzt veranschlagten Kosten Bestand haben werden, wobei das vom Land initiierte Pilotprojekt keinen Einfluß auf diese höhere Summe hat. Das habe ich ausgeführt.

Zum anderen, Herr Abgeordneter, muß ich eben doch ausführen, was das Projekt in Heilbronn von dem unterscheidet, was anderenorts gemacht wird. Ich kann es abkürzen, indem ich aus dem Schreiben der Universität Potsdam, das Sie vielleicht mehr als meine Ausführungen überzeugt, zitiere. Es wird hier folgendes ausgeführt:

Allerdings besteht — wie für ein derart komplexes Forschungsfeld nicht anders zu erwarten — noch ein weiterer Klärungsbedarf. Vor allem sind die anaeroben Verfahrensstufen noch unterrepräsentiert, Kombinationen mehrerer Behandlungsverfahren untereinander sind im Vorhaben zu wenig vertreten, und insbesondere fehlt die Möglichkeit, die zu erwartenden Ergebnisse unter Praxisbedingungen zu verifizieren. Dafür wären Versuchsanlagen nötig, die über eine große Palette von Forschungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten verfügen und sämtliche wissenschaftlichen Fragestellungen auf einer Anlage an einem Standort mit sämtlichen möglichen Verfahrensvarianten zu bearbeiten gestatteten. Diese Aufgaben können von den derzeit schon arbeitenden oder unmittelbar vor Beginn des Betriebs stehenden Produktionsanlagen, wie Quarzbiehl oder Horm,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

die übrigens beide am Verbundvorhaben beteiligt sind, nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden.

Dann heißt es weiter:

Aus unserer Einschätzung des Forschungsvorhabens der Stadt Heilbronn und des Umweltministeriums des Landes Baden-Württemberg wäre dafür die vorgesehene Anlage Heilbronn besonders geeignet. Für diese Beurteilung ist ausschlaggebend, daß es sich bei der Anlage Heilbronn um die einzige tatsächliche Forschungsanlage im großtechnischen Maßstab handeln würde. Sie würde die ein- und mehrstufige Vergärung und die Rotte beinhalten, Kombinationen der Behandlungsverfahren ermöglichen und zugleich mit einer Versuchsdeponie gekoppelt sein, wobei die praktisch sehr bedeutungsvolle Wechselwirkung zwischen Vorbehandlung und Ablagerung zumindest für den vorgesehenen Vorhabenszeitraum festgestellt und Aussagen zur Eignung spezifischer Ablagerungsparameter getroffen werden könnten.

Usw. usf. Das ist ein einziger Begründungskatalog für die wissenschaftliche Notwendigkeit des Pilotprojekts in Heilbronn.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Letzte Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Scharf.

**Abg. Dr. Scharf FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, gibt es jetzt schon quantitative und qualitative Untersuchungen über die bei der kalten Rotte auftretenden Emissionen? Genauer gefragt: Welche gasförmigen Emissionen in Form von Methan, CO<sub>2</sub>, Ammoniak, Schwefelwasserstoff, aber auch von SO<sub>2</sub>

und NO<sub>x</sub> treten bei der kalten Rotte auf, und in welcher Weise und in welchem Umfang beeinträchtigen diese Emissionen die Umwelt? Oder, wenn nein, ist das Teil dieses Forschungsprogramms?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Reinelt:** Wenn Sie Wert darauf legen, Herr Abg. Scharf, zu erfahren, was in dem Bereich schon erforscht worden ist, können Sie das von uns schriftlich bekommen. Ich sage noch einmal: Dadurch wird ja der Forschungsbedarf über das Pilotprojekt in Heilbronn überhaupt nicht in Frage gestellt. Wir brauchen Erkenntnisse, um die Existenzberechtigung kalter Verfahren gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt nachweisen zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Der Herr Staatssekretär hat in Aussicht gestellt, daß die offenen Fragen schriftlich beantwortet werden.

Damit ist die Fragestunde — —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!)

— Zur Geschäftsordnung, bitte.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, da dies heute mit Sicherheit die letzte Fragestunde ist, die Sie als Präsident leiten, und da es wahrscheinlich auch die letzte Fragestunde des Kollegen Kiel ist,

(Heiterkeit im ganzen Haus)

möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht die letzte ausgedruckte Frage, die Frage des Kollegen Kiel, ausnahmsweise noch zulassen könnten, wenn wir zusagen, daß wir keine Zusatzfragen stellen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich muß dazu folgendes sagen: Ich habe mich an die Geschäftsordnung zu halten. Ich habe hier keine Gnade gegenüber denjenigen walten zu lassen, die ausscheiden. Ich muß auf die Zeit achten. Deshalb muß ich den Herrn Kollegen Kiel bitten, mit der schriftlichen Beantwortung seiner Frage einverstanden zu sein.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Buh! Wir stimmen ab, Herr Präsident! — Unruhe)

— Nein, darüber gibt es keine Abstimmung. Die Fragestunde ist beendet.

\*

**Mündliche Anfrage des Abg. Friedrich-Wilhelm Kiel FDP/DVP — Stellenbesetzung im Finanzministerium**

- Trifft es zu, daß die Landesregierung beabsichtigt, die Stelle des Leiters der Staatlichen Hochbauverwaltung im Finanzministerium mit einem Juristen aus dem Staatsministerium zu besetzen?
- Wenn ihr bekannt ist, daß es sich dabei um die Stelle des höchsten Baubeamten des Landes handelt, die aus sachlichen und fachlichen Gründen bisher stets mit einem Architekten besetzt gewesen ist, aus welchen Gründen will sie dann mit dieser langen Tradition brechen?

### Schriftliche Antwort des Finanzministeriums

Zu Frage a: Der Dienstposten wird frühestens ab 1. April 1996 frei. Er wird vom Finanzministerium zur Besetzung ausgeschrieben. Anschließend wird die Entscheidung des Ministerrats eingeholt werden.

Zu Frage b: Auswahlkriterien für die Besetzung von Dienstposten sind nach den Vorgaben des Landesbeamtengesetzes Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Bewerber. Langjähriges Verwaltungshandeln („Tradition“) war und ist kein Entscheidungskriterium für die gebotene Bestenauslese.

\*

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

(Anhaltende Unruhe)

— Ich bitte Sie, sich wieder zu beruhigen.

Wir kommen zurück zu Tagesordnungspunkt 3:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung — Situation und Perspektiven des Einzelhandels in Baden-Württemberg — Drucksachen 11/6151, 11/6749**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Redezeit für die Besprechung der Großen Anfrage 5 Minuten je Fraktion. Außerdem soll die anfragende Fraktion ein Schlußwort von 5 Minuten haben.

Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Oettinger, Sie haben das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit der Großen Anfrage, die die CDU-Fraktion im Herbst letzten Jahres eingebracht hat, und mit der Antwort der Landesregierung wollen wir Fakten erheben, die wir für die künftige Arbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik zugunsten des Einzelhandels zugrunde legen können.

Der Einzelhandel hat eine in den Schlagzeilen der Öffentlichkeit gegenüber seiner wahren Funktion oftmals unterschätzte Bedeutung als Arbeitsplatzgeber, als Ausbildungsfaktor

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

und als Strukturbestandteil der Gesellschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Ich will eingangs sagen, daß wir nach den Erhebungen, die der Antwort der Regierung zugrunde liegen, in wichtigen Bereichen noch von einem intakten und flächendeckenden Einzelhandel in Baden-Württemberg ausgehen können. Aber die Bereiche Lebensmittel und Multimedia sowie Unterhaltungselektronik zeigen auf, wohin der Trend geht, wenn man nicht strukturpolitisch dagegenhält.

Baden-Württemberg ist noch nicht das Land der Ketten, Baden-Württemberg ist noch nicht das Land der Filialisten,

(Abg. Walter GRÜNE: Aber ihr schafft's noch, wenn ihr so weitermacht!)

Baden-Württemberg ist noch nicht das Land des Einkaufs auf der grünen Wiese.

(Abg. Drexler SPD: An der Tankstelle!)

Deswegen wollen wir, indem wir uns unserer begrenzten Einflußmöglichkeiten bewußt sind, indem wir wissen, daß in der Marktwirtschaft durch die Politik nur der Rahmen vorgegeben wird,

(Abg. Schmiedel SPD: Aber der richtig!)

indem wir wissen, daß andere handelnde Ebenen, wie der Bund und die kommunale Selbstverwaltung, eine wichtige Rolle spielen, die klare Aussage treffen, daß wir die bestehende Struktur im Bereich des Handels in Baden-Württemberg erhalten und weiterentwickeln wollen, daß wir alles tun möchten, damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Krieg und Bütikofer GRÜNE)

Ich sehe hier übrigens, vielleicht auch in einer versöhnlichen Aussage zu den Beratungen der letzten drei Tage, eine breite Gemeinsamkeit im Landtag, die nachher durch die Redner der anderen Fraktionen ergänzend aufgezeigt werden kann.

Baden-Württemberg ist noch in starkem Maß geprägt von intakten Marktplätzen in vielen Städten und Gemeinden, in Mittelzentren und Kleinzentren, geprägt davon, daß nicht alles in den Ballungsraum fließt, und geprägt davon, daß Familienbetriebe ein Angebot machen, das leistungsfähig in Beratung und Serviceleistung und konkurrenzfähig auch im Preis ist.

Deswegen sollen diese Große Anfrage und die Aussprache heute im Landtag auch eine Bresche dafür schlagen, daß wir beim Verbraucher Bewußtsein entwickeln, wie er — der und die Verbraucher — den Markt prägt und welchen Markt und welches Angebot Verbraucher morgen und übermorgen in Baden-Württemberg erhalten.

Vorhin war vom Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg die Rede. So, wie die Verbraucherkette vom Landwirt in der Region über die Mühle und den Schlachthof in der Region zum Metzger- und Bäckermeister am Ort eine Rolle spielt, ist auch der Verbraucher ein Hauptfaktor und unser Partner, wenn es gelingen soll, den Familienbetrieb im Einzelhandel für die Mehrzahl der Branchen in Baden-Württemberg, und das flächendeckend, zu erhalten.

Ich sehe vier Faktoren. Der erste Faktor ist die Steuer- und Abgabenlast. Wenn wir mit Abschluß des Geschäftsjahrs 1995 feststellen müssen, daß wir im dritten Jahr in der Flaute sind — 1993, 1994 und 1995 keine Zuwachsraten im Umsatz, stagnierender oder sinkender Umsatz in der Mehrzahl der Branchenangebote und damit stagnierender oder längst aufgezehrter Ertrag für die Unternehmen —, dann müssen wir wissen, daß dies mit dem verfügbaren Einkom-

(Oettinger)

men zusammenhängt, mit dem Nettoeinkommen im Haushalt, mit dem, was nach Abgaben, Gebühren und Steuern bleibt, mit dem, was für den Konsum im Inland bleibt.

Deswegen ist mit Sicherheit der Einstieg in den Ausstieg aus dem Solidaritätszuschlag ein signifikantes Zeichen dafür, daß wir, die Politik, Land, Kommunen und Bund, dem Bürger, dem Haushalt, dem Verbraucher wieder mehr zur freien Entscheidung überlassen müssen, daß wir die Staatsquote senken müssen und daß die Nettoeinkommensquote allein die Grundlage dafür ist, daß Verbraucher wieder Vertrauen haben, sich den Konsum gestatten und sich die Konsumgüter erlauben, die wir benötigen, um den Einzelhandel in Baden-Württemberg zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Walter GRÜNE: Schon wieder bei mir abgeschrieben!)

Ich sage es pauschal: Ich glaube, daß die beste Unternehmensteuersenkung für den Einzelhandel nicht primär Gewerbesteuer- und betriebliche Vermögensteuer heißt, sondern Entlastung des Haushalts, des Arbeitnehmereinkommens, des Verbrauchereinkommens, und daß deswegen die beste Unternehmensteuersenkung die Senkung des Solidaritätszuschlags und damit mittelfristig die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuerquote ist.

Zweitens: Wir machen uns Sorgen um die Eigenkapitalausstattung des Einzelhandels. Meine Damen und Herren, niemand ist so schwer in der Lage, an Eigenkapital zu kommen, wie der Familienbetrieb in der Rechtsform der KG, der OHG oder im einzelbetrieblichen Unternehmerverhältnis. Der Großbetrieb, die Kette der Multis, ist auf dem Aktienmarkt und kann sich von dort neues Kapital besorgen. Man braucht neues Kapital, um zu investieren, um in guter Geschäftslage modern aktiv zu sein.

Deswegen schlagen wir ganz konkret vor und bitten die Landesregierung, dazu ein Modellvorhaben aufzulegen: Wir wollen über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, unterstützt von den Banken in Baden-Württemberg, einen Beteiligungsfonds gründen, damit wir aus der Unterkapitalisierung des Einzelhandels in Baden-Württemberg herauskommen und damit auch Drittkapital dann zur Verfügung steht, wenn Investitionen in das Geschäft, in den Laden und in die Erweiterung notwendig sind.

Drittens zum Thema 590-DM-Arbeitsverhältnisse: Die Interessen stoßen sich im Raum. Aber hier gebe ich denen recht, die sagen: Das 590-DM-Arbeitsverhältnis liegt im Interesse der teilzeitbeschäftigten Menschen und der Arbeitgeber, die Teilzeitbeschäftigung anbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sagt das der Blüm auch?)

Die Rechnung, daß man aus fünf 590-DM-Arbeitsverhältnissen ein volles Arbeitsverhältnis machen könnte, ist eine Milchmädchenrechnung. Wer fünfmal 590 DM streicht, schafft keinen Arbeitsplatz.

(Abg. Deuschle REP: Genau! Richtig!)

Deswegen glaube ich, es dient der Flexibilität der Wirtschaft, es dient vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nur mehrere Stunden in der Woche tätig sein wollen,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

und es dient gerade dem Einzelhandel mit einer Ladenöffnungszeit von 60 oder 70 Stunden in der Woche, mit diesem Beschäftigungsverhältnis

(Abg. Wettstein SPD: Den großen Kaufhäusern dient es!)

anzubieten, was an Arbeitsplätzen ansonsten nicht angeboten würde. Wir tragen deshalb den von der FDP/DVP eingebrachten Antrag in diesem Fall ohne jede Berührungsangst mit, weil er seit jeher unserer Haltung entspricht.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Nagel?

**Abg. Oettinger CDU:** Natürlich; heute auch bei ihm die letzte Zwischenfrage.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Nagel.

**Abg. Nagel SPD:** Herr Kollege Oettinger, ist Ihnen bekannt, daß die Entwicklung, die Sie eben bei den Kräften in 590-DM-Arbeitsverhältnissen aufgezeichnet haben, nicht zutrifft, sondern daß Unternehmen auch in diesem Land Vollzeit-arbeitsplätze in 590-DM-Arbeitsplätze umwandeln und damit versicherungspflichtige Arbeitsplätze verlorengehen und durch nichtversicherungspflichtige 590-DM-Arbeitsverhältnisse ersetzt werden?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Lieber Herr Kollege Nagel, wenn ich Ihnen widerspreche, dann nicht deshalb, weil exakt dies auf jedem Flugblatt des DGB steht, sondern deswegen, weil dies beim Einzelhandel nicht zutrifft. Ich kann für manchen Industriebetrieb nicht ausschließen, daß Sie mit Ihrer Behauptung recht haben. Ich schließe es deswegen bewußt nicht aus. Aber wir reden heute nicht über — —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Gehen Sie einmal in den Kaufhof oder zu Horten nach Heidelberg!)

— Herr Kollege Bütikofer, Sie wollen sich doch heute in Ruhe in den Ruhestand verabschieden. Deswegen ist Erregung bei Ihnen mit Sicherheit fehl am Platz. Sie haben Ihren letzten Tag im Landtag.

(Abg. Drexler SPD: Bei Ihnen weiß man auch nicht, ob Sie wiederkommen! — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Ich rate Ihnen, Gelassenheit zu üben und sich auf das Leben nach der Parlamentszeit vorzubereiten.

Nein, es geht nicht um den Industriebetrieb und nicht um die großen Ketten, es geht nicht um die Konzerne. Ich möchte behaupten, daß die 590-DM-Verträge gerade im mittelständischen Einzelhandel nicht dadurch geschaffen werden, daß ein Arbeitsplatz gestrichen wird und fünf Zeit-

(Oettinger)

verträge aufgelegt werden. Vielmehr gilt im Einzelhandel: Entweder bestehen 590-DM-Beschäftigungsverhältnisse, oder es bestehen keine Beschäftigungsverhältnisse.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Deswegen halten wir zum Erhalt von flexiblen Ladenöffnungszeiten, zum Erhalt von flexibler Beratung im Geschäft das 590-DM-Beschäftigungsverhältnis aufrecht.

Letzter Punkt — ich bin am Ende meiner Redezeit —: Thema Ladenschluß. Die Parteien der großen Koalition haben hier gemeinsame Auffassungen. Wir meinen, daß gerade beim Ladenschluß die große Gefahr besteht, daß der, der ordoliberalisiert, die Struktur zerstört.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wettstein SPD: Sagen Sie das weiter nach Bonn!)

— Ich sage das hier öffentlich und auch in Bonn: Wer der reinen Lehre recht gibt, vernichtet unsere Struktur. Deswegen sind wir außerordentlich dankbar, daß Ministerpräsident Erwin Teufel schon vor einigen Wochen öffentlich und gegenüber den mittelständischen Einzelhändlern erklärt hat: Baden-Württemberg steht, wenn die CDU hier Verantwortung trägt, für eine Liberalisierung des Ladenschlusses, wie es Rexrodt will, nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU — Abg. Drexler SPD: Aber in Bonn macht ihr es! — Abg. Schmiedel SPD: Was macht denn der Kohl? Das ist ja unglaublich! — Unruhe)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Weyrosta.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Ich darf doch um Ruhe bitten!

**Abg. Weyrosta SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man in diesem Parlament seine letzte Rede halten will.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

dann hat man sich mit dem Thema zu beschäftigen, das die Tagesordnung bestimmt und das der Antragsteller fixiert.

(Heiterkeit)

Die Situation um den baden-württembergischen Einzelhandel ist dramatisch, die Sache ist heiß, es brennt seit langem. Seit 1985 haben wir uns, habe ich mich immer wieder, zuletzt 1992, mit den politischen Aspekten der Entwicklung des Einzelhandels beschäftigt. Nun könnte ich weit ausholen, die Tiefen und Untiefen des Strukturwandels ausloten und Verbindungen zum Wandel gesellschaftlicher Strukturen herstellen. Doch die zur Verfügung stehende Redezeit kann nicht politischen Bekenntnissen gewidmet sein, sondern nur der Diskussion der Frage, wie es weitergeht, und der Diskussion der Frage, was die Politik tun kann und ob der selbständige Einzelhändler überhaupt noch eine Chance in dieser Gesellschaft hat.

Eigentlich hat es die Politik seit Beginn der Diskussion nicht vermocht, aus den stets treffenden Analysen griffige Konse-

quenzen zu ziehen. Die Ausdünnung der Versorgung im ländlichen Raum, die Zersiedelung der Landschaft, die Entwertung innerstädtischer Gebiete, auch die Entstehung von Gegenkonzentrationen und Gegenmacht auf der Stufe der Konsumgüterproduktion stellen uns vor die Frage, ob und, wenn ja, wie Kapitalmacht und Leistung sowie Marktwirtschaft überhaupt noch voneinander zu unterscheiden sind.

Dabei haben uns in der Vergangenheit die Landes-, die Regional- und Bauleitplanung, das Planungsrecht und die städtebauliche Entwicklung kaum helfen können. Nein, nein, meine Damen und Herren, die Zahl der Unternehmen im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art sank von 1985 bis 1993 um mehr als 30 %. Im Bundesgebiet sollen bis zum Jahr 2000 noch weitere 25 000 Existenzen verschwinden, sagen die Statistiker und Prognostiker. Die Probleme der wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs verschärfen sich unaufhörlich. Der Wettbewerb ist unerbittlich, und — das sage ich den Chefstrategen neuer Technologien wie Multimedia — Teleshopping wird die Geschwindigkeit beschleunigen. Mit dem Selbstbedingungsprinzip hat es dereinst begonnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Jede Medaille hat ihre zwei Seiten. Der Wettbewerb ist unerbittlich. Die Zahl der Beschäftigten sinkt, die Umsatzeinbußen bereiten Sorge, die Preisschlachten sind in vollem Gange.

Die schwierige finanzielle Situation in den Einzelhandelsunternehmen, die schlechte Ertragslage und die daraus resultierende unzureichende Eigenkapitalbildung stellen die Zeichen auf Sturm, meine ich. Wir haben keine Zeit mehr. Die Risikokapitalversorgung findet nur in Sonntagsreden statt, Herr Kollege Oettinger. Denn die gierigen Giganten stehen längst auf der Matte. Die 20 größten Unternehmen — das bezieht sich auch auf Baden-Württemberg — machen bereits — man höre und staune — 70 % des gesamten Umsatzes.

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Da können Sie nicht davon reden, daß wir noch ein Stück heile Welt in Baden-Württemberg hätten.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern sowie des Abg. Walter GRÜNE)

Marktbeherrschung ist programmiert, und die Crux liegt vor allem im Einkauf. Die Großen bestimmen das Preisgefüge, und die Kleinen müssen teuer einkaufen. Sie kaufen so teuer ein, daß sie nicht einmal die Preise unterbieten können, die die Großen an ihren Regalen hängen haben. Auf der Strecke bleiben die Käufer, die Alten, Gebrechlichen und Armen, die ihre natürliche Mobilität verloren haben. Wir alle, Herr Kollege Oettinger, lieben kleine Läden, o ja. Aber die meisten kaufen bei Discontnern. Die Motorisierung hat das Käuferverhalten stark geprägt. Die großen Wocheneinkäufe erfolgen in den Märkten, und den „Vergeßlichkeitsbedarf“, die Brezel um die Ecke, holt man sich dann in den kleinen Einkaufsstätten vor Ort. Aber davon können die nicht leben. Das muß festgestellt werden.

Ein Stück Kultur geht in den Dörfern und Städten verloren. Der Rückzug von Bankenfilialen und Postagenturen tut ein

(Weyrosta)

übriges. Im Lebensmitteleinzelhandel herrscht das Gesetz des Dschungels, und Eurobehörden denken heute schon über die Aufhebung der Ladenschlußzeiten nach. Deswegen bin ich dankbar, Herr Kollege Oettinger, daß es zwischen den beiden großen, regierungstragenden Fraktionen möglich war, den heutigen Antrag einzubringen. Ich meine, um das auch gegenüber Bonn deutlich zu dokumentieren, müßten wir darüber namentlich abstimmen, damit ein klares Signal von diesem Landtag in die Öffentlichkeit geht.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Republikanern — Abg. Walter GRÜNE: Und wer zahlt die Renten?)

Die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten wäre der Todesstoß für die mittelständische Einzelhandelsstruktur.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Irrtum!)

Für das Personal und die Eigentümerfamilien wären die Folgen kaum zu übersehen.

Die Landesregierung muß über den Bundesrat die Verabschiedung eines solchen Gesetzentwurfs der Bundesregierung verhindern. Das werden wir durch diesen Antrag nachher dokumentieren.

Die prognostizierten Mehrumsätze bei erweiterten Ladenschlußzeiten müßten mit wesentlich höheren Personal- und Sachkosten erkaufte werden.

Ich möchte auch zu den 590-DM-Arbeitsplätzen etwas sagen. Kein vernünftiger Mensch in der Bundesrepublik wird sich gegen Teilzeitarbeitsplätze wehren können. Lassen wir sie, wenn sie schon mit „590 DM“ überschrieben sind. Aber, Herr Kollege Oettinger, es ist unerträglich, außer acht zu lassen, daß genau die Leute, die mit 590-DM-Arbeitsplätzen ihr Leben fristen werden, nachher der Sozialhilfe der Kommunen zum Opfer fallen und daß die Sozialkosten in diesem Lande stark steigen werden, weil die Sozialbeiträge für diese Arbeitsplätze nicht geleistet werden. Das müssen Sie auch sehen.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern — Abg. Rapp REP: So ist es!)

Ein spezielles Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Sonntagsbrötchen.

(Abg. Rapp REP: Richtig!)

Hier haben wir nur zwei Möglichkeiten.

Erstens: Wir decken den Bedarf künftig über Tankstellen und Lebensmittelshops, und die Bäckereien gehen hops. Da die Tankstellen gerade dabei sind, Gaststättenkonzessionen zu beantragen, für die sie ihre technischen Einrichtungen so gemacht haben, daß sie die Konzession auch erhalten, kann ich nur „gute Nacht, Einzelhandel“ sagen. Dann haben künftig die Tankstellen das Sagen, und sie werden die Kultur des Verkaufens und Shopping aus Freude an den Straßen der Republik anbieten. Das kann doch nicht der Sinn des Verhaltens und die Auffassung unserer mittelständischen Politik sein.

Zweitens — und das aus Notwehr, aber auch aus Überzeugung —: Wir erlauben den Bäckern, am Sonntag drei Stunden lang Brötchen zu backen und zu verkaufen, und schränken den Verkauf an Tankstellen ein.

(Beifall auf der Zuhörertribüne — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Entschuldigung, ich muß jetzt darauf hinweisen, daß Beifallskundgebungen auf der Tribüne nicht erlaubt sind.

Abg. Weyrosta SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das tun die Bäcker nicht aus Jux und Tollerei, sondern sie tun es aus Existenzsorgen, die sie wegen der Tankstellen in den letzten Wochen und Monaten entwickelt haben. Und das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern)

Wir reden von Chancengleichheit, und bei einem so einfachen speziellen Fall kneifen wir und wollen nicht deutlich sagen, was wir vom Gesetzgeber erwarten. Die Rechtsprechung, meine sehr verehrten Damen und Herren, läßt den Backwarenverkauf — Reisebedarf genannt — nur als Zubehör — hören Sie zu — in Verbindung mit Betriebsstoffen oder Ersatzteilen zu. So sagt es das Gesetz.

(Abg. Walter GRÜNE: Deswegen verkaufen die soviel Öl an den Tankstellen!)

Das Sozialministerium traut sich eine strenge Kontrolle zu, an die aber keiner glaubt. Wie ist das auch zu kontrollieren? Wir können keine Aufsichtskräfte in die Tankstellenbetriebe stellen, die gucken, was da am Sonntagmorgen geschieht.

(Abg. Walter GRÜNE: Da hat er recht, der Mann!)

Also muß der Bonner Gesetzgeber von der unerträglichen Situation überzeugt werden. Den Bäckern sind — Wettbewerbsgleichheit — gleiche Chancen einzuräumen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Ich weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ich hier nicht falsch verstanden werde: Das können auch Signale in die falsche Richtung werden. Da können sich auch Schleusen öffnen, die dann um die Ecke von hinten durch die Brust ins Auge führen. Praktisch können dadurch Ladenschlußzeiten liberalisiert werden.

Aber eines möchte ich ganz deutlich sagen: Das ist nur zu verhindern, wenn den Tankstellenbesitzern und vor allem den großen Ölmonopolen das Handwerk gelegt wird. Anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen muß die FDP wissen, was sie macht, ob sie der Totengräber des mittelständischen Einzelhandels werden will.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Der Landtag — ich komme zum Schluß — muß sich für folgende —

(Weyrosta)

(Abg. Drautz FDP/DVP: Zum Abschied hätten wir eine bessere Rede erwartet!)

— Herr Kollege, ich habe Ihnen vorhin mit Genuß zugehört. Tun Sie das bei mir auch.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ohne Genuß!)

Der nächste Landtag muß sich für folgende Grundsätze stark machen:

Erstens: Erhaltung der höheren deutschen Standards und Wettbewerbsrechte im gemeinsamen Euromarkt unter gleichzeitiger Qualifizierung der eigenen Vorschriften.

Zweitens: Konsequenter Anwendung der Kartell- und Wettbewerbsbestimmungen in Baden-Württemberg auch im kommunalen Bereich.

Drittens: Finanzielle Förderung und Förderung von Kooperationen, Einkaufsverbänden, käufergenossenschaftlichen Organisationen, damit gegen die großen Unternehmen, die den Markt über den Großhandel beherrschen, Front gemacht werden kann.

Viertens: Verstärkte Zinssubventionen für Existenzgründungen durch junge Einzelhandelsinhaber usw.

Zuviel stünde auf dem Spiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, als daß man die Nahversorgung der Bevölkerung einfach aufgeben könnte...

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt noch viel zu tun. So werden Sie es mir nicht übelnehmen, daß ich darüber zornig bin, als Ihr amtierender Alterspräsident schon so alt zu sein, obwohl es für alte Haudegen über 70 im dritten Leben und für Schlachtrösser auch noch neue Aufgaben gibt, und darauf freue ich mich.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Alter Jusol)

Neben Wolfgang Daffinger verschwindet nun der letzte Angehörige einer Generation, die keine Jugend hatte, denn Krieg und Nachkriegszeit hatten dies nicht zugelassen — übrigens eine Biographie, um die wir nicht zu beneiden sind, aber wir wurden dadurch geprägt,

(Abg. Meyer CDU: So ist es!)

und deswegen muß man uns die eine oder andere Grundhaltung nachsehen, die wir aus dieser Erfahrung gewonnen haben, nicht nur nachsehen, sondern vielleicht sogar nachspüren.

Vergessen Sie die Vision von einer besseren Welt nicht. Die Jugend wartet auf Ihre Utopien.

Jetzt kommt kein Ritual der Empfehlungen und kein Abgesang. Ich sage nach 29 Parlamentsjahren allen Dank: denen in den blauen Anzügen und im Keller — sie seien zuerst genannt — und denen in den oberen Etagen, Dank für die Zuwendung, die ich erfahren durfte. Sie werden mir alle fehlen — die einen mehr, die anderen weniger.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Also kein Ritual und keine Empfehlung für die 12. Wahlperiode, vor allem Ihnen gegenüber nicht, Herr Oettinger. Aber dienen Sie. Dienen Sie allen Menschen, besonders den geplagten und beladenen, im schönen Baden-Württemberg. Bitte nicht rasten und auch nicht rosten, sondern zukünftig vielleicht noch ein wenig „weyrostet“.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich habe bei Herrn Abg. Weyrosta die Redezeit großzügig ausgelegt.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Ich glaube, das hat er nach 29 Parlamentsjahren verdient.

(Abg. Haasis CDU: Richtig! — Beifall)

Das Wort hat Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Abnehmende Kaufkraft, bedingt durch zu hohe Abgaben an den Staat, hat auch für den Einzelhandel harte Konsequenzen. Solidaritätszuschlag, höhere Sozialabgaben, höhere Gebühren für Müll und Wasser, mehr Miete bei stagnierenden, nein, bei sinkenden Realeinkommen schmälern die Kaufkraft des Bürgers.

Die Bürger unseres Landes sind, wenn sie ihren Lebensstandard behalten wollen, darauf angewiesen, dort einzukaufen, wo sie es am billigsten können. Das ist leider so, und leider ist es auch so, daß dabei der Fachhandel mit seinem geschulten Fachpersonal auf der Verliererseite steht. Wir alle sollten jedoch unsere Kaufgewohnheiten überdenken. Wir sollten nicht nur an den Preis denken, den wir für einen Artikel bezahlen, sondern wir sollten auch daran denken, daß irgendwann das, was wir heute kaufen, vielleicht repariert werden muß. Wir sollten vielleicht daran denken, daß die Brötchen auch schmecken sollen. Und wir sollten auch daran denken, daß wir unseren Mittelstand in diesem Land erhalten; denn es gibt Beispiele dafür, was passiert, wenn es einmal so weit ist, daß große Monopolisten den Markt in der Hand haben. In den letzten Wochen hat uns Telekom wieder das beste Beispiel geliefert, wie es ist, wenn es nur einen gibt, der eine bestimmte Leistung liefern kann. Dies wurde uns Bürgern gegenüber rigoros ausgenutzt.

Meine Damen und Herren, als ich vorhin die Rede des Abg. Oettinger gehört habe, habe ich mich gefragt, wo er lebt und wo ich lebe. Es tut mir leid, Herr Oettinger, diese heile Welt, die Sie erleben, habe ich noch nie erlebt. Ich habe das noch nie erlebt. Denken Sie doch einmal allein an die Situation der Drogerien, die es in diesem Land gab. Heute gibt es Drogeriemärkte. Dort wird der Lohn gedrückt. Dort müssen die Leute unter Tarif arbeiten. Aber Sie sagen, die Welt sei heil.

(Abg. Oettinger CDU: Das sagt doch keiner!)

der Fachhandel funktioniere. Wo leben Sie denn, Herr Oettinger? Wo leben Sie denn wirklich?

(Abg. Haasis CDU: Er hat offenbar nicht zugehört!)

(Rapp)

Denken Sie einmal an die Media-Märkte, die überall entstehen,

(Abg. Oettinger CDU: Habe ich doch gesagt!)

und denken Sie an die Elektrofachgeschäfte, die überall zu machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Denken Sie doch einmal daran. Dann können Sie doch nicht davon reden, daß der Mittelstand noch gesund sei.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU — Abg. Haasis CDU:  
Nicht zugehört! Ohren aufmachen!)

Der Mittelstand ist gestraft, er ist geprügelt in diesem Bereich.

Das nächste ist die für den Einzelhandel schädliche Diskussion wegen der Öffnungszeiten. Da lassen sich ein paar Berufstheoretiker, die sonst nichts zu tun haben, etwas einfällen und kommen auf die Idee: Längere Öffnungszeiten, mehr Umsatz. Wie sich das rechnet, weiß ich nicht. Wenn die Läden länger geöffnet sind, habe ich mit Sicherheit nicht mehr Geld in der Tasche, um einkaufen zu können, meine Damen und Herren.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es, wenn man es nicht kapiert!)

Ein Einzelhändler hat sein Geschäft in der Woche durchschnittlich 60 Stunden lang geöffnet.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Bitte?)

60 Stunden haben wir Verkaufszeiten in den Läden. Und dann behauptet zum Beispiel Herr Döring, der heute auch noch seine Abschiedsgala geben will,

(Heiterkeit — Abg. Drautz FDP/DVP: Da sind Sie gerade dabei!)

dies genüge bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit eines Arbeitnehmers von 35 bis 40 Stunden in der Woche nicht. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Ich bin ja kein Sozialfall. Aber wenn Sie mir noch zehn Stunden mehr geben, um einzukaufen, habe ich das Geld gar nicht, daß ich das machen kann. Und so wie mir geht es doch den meisten, Herr Döring.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

So geht es doch den meisten.

Ich sage Ihnen aber eines: In den Chefetagen der Großkonzerne gibt es heute schon Jubelstunden. Die jublieren schon dem Tag entgegen, an dem die längeren Ladenöffnungszeiten kommen; denn dann haben sie auf bequemste Art und Weise die Kleinen vollends vom Markt gedrückt,

(Beifall bei den Republikanern)

die Kleinen, die heute schon oft an der Grenze der Selbstausbeutung leben und für die natürlich in Ihrer Politik kein Verständnis zu finden ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ein Blödsinn!)

Wir stimmen dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/7117, vorbehaltlos zu. Er entspricht auch unserer Meinung. Und wir stimmen mit etwas Bauchweh dem Antrag Drucksache 11/7123 — wenn ich mich nicht täusche, ist er von der FDP/DVP — mit der Einschränkung zu, daß es uns große Sorge bereitet, daß viele reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse aufgelöst und in 590-DM-Arbeitsverhältnisse umgeleitet werden.

Aber ich sage Ihnen noch eines: Ganze gesund gewachsene Strukturen sind dabei, kaputtzugehen. Die Politik ist daran nicht ganz unschuldig. Man kann nicht immer darüber schimpfen und sagen: „Ja, das mit den Großen ist alles so schlimm“; denn es sind doch die Oberbürgermeister, hauptsächlich von der CDU, die denen die Grundstücke verkaufen, weil sie die Gewerbesteuer wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch das Problem dabei. Das müssen Sie doch auch einmal einsehen.

Dann reden wir von den Sonntagsbrötchen. Die Sonntagsbrötchen sind längst kein Thema mehr. Heute ist bei den Herrschaften Siebentageweche. Wo bekommen sie denn die Teiglinge her? Der deutsche Bäcker darf sie ja nicht einmal mehr richten. Die Teiglinge werden irgendwo im Ostblock eingekauft.

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr backt kleine Brötchen!)

Dort sind sie recht billig. Hier werden sie nur noch gebräunt. Die Spanne, die dazwischensteckt, streicht irgendein großer Mineralölkonzern ein. Er kann von dem, was dabei herauskommt, wirklich recht gut leben. Denken Sie, meine Damen und Herren, bei Ihrer Arbeit auch daran. Wir hatten im Wirtschaftsausschuß in der letzten Woche auf jeden Fall volle Übereinstimmung, was dieses Problem angeht. Es war schade, Herr Döring, daß Sie im Wahlkampf waren. Wir haben in dieser Zeit etwas gearbeitet und sind zu einem Ergebnis gekommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht erst seit der Antwort der Landesregierung auf die uns vorliegende Große Anfrage ist uns allen hoffentlich klar, daß die Situation des Einzelhandels alles andere als rosig ist. Insbesondere der Fach- und Familienbetrieb wird es immer schwerer haben, sich am Markt zu behaupten. Der Anteil der kleinen Unternehmen am gesamten Einzelhandelsumsatz ist gravierend zurückgegangen. Insbesondere im Lebensmittelbereich gibt es eine Konzentration, die vor einiger Zeit kaum jemand für möglich gehalten hätte und die wir nicht gutheißen können.

Einhergehend mit dieser Entwicklung müssen wir feststellen, daß im Einzelhandel

(Walter)

(Abg. Drautz FDP/DVP: Und das Ladenschlußgesetz!)

— Kollege Drautz, Sie sind ja auch so eine Art Einzelhandel —

(Abg. Alfred Haas CDU: Gemischtwarenhandel!)

immer weniger ausgebildet wird und der Trend zu ungeschützten Arbeitsverhältnissen weiter anhält. Das ist ein Trend, meine Damen und Herren, der dazu führt, daß die Beratung oft nicht mehr dem Niveau entspricht, das wir vom Fachhandel gewohnt sind.

(Abg. Rapp REP: So ist es!)

Außerdem ist besonders im ländlichen Raum die Versorgung mit Lebensmitteln nicht immer ausreichend gewährleistet, von anderen Produkten ganz zu schweigen. Kollege Weyrosta hat zu Recht darauf hingewiesen.

An dieser Stelle — auch nach dem, was wir gerade wieder gehört haben — sei einmal deutlich gesagt, daß es ohne die ausländischen Klein Händler nicht nur in der Fläche,

(Abg. Rapp REP: Das hat doch kein Mensch gesagt!)

sondern auch in den Rändern der Zentren oft noch schlechter aussehen würde. Besonders im ländlichen Raum ist es dringend erforderlich, daß wir noch mehr Nachbarschaftsläden fördern als bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir stehen in einer entscheidenden Situation. Entweder sind wir nun bereit, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, daß der Einzelhandel wieder eine Chance hat, oder aber der Konzentrationsprozeß geht mit all den unangenehmen Begleiterscheinungen, die wir immer beklagen, weiter. Und da, Herr Kollege Oettinger, ist vor allem auch die CDU gefordert, die sich nun kurz vor der Wahl publikumswirksam als Interessenvertreter des Mittelstands empfiehlt,

(Abg. Oettinger CDU: O Meister!)

die aber in der Realität immer dann, wenn es zum Schwur kommt, diese Interessen anderen unterordnet.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Ankündigungen ernst nehmen, wenn es sich dabei nicht um Krokodilstränen handelt,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Mein lieber Scholli!)

dann muß es in Ihrer Partei zum Allgemeingut werden, daß der unsägliche Trend auf die grüne Wiese gestoppt wird. So schön, wie Sie, Herr Kollege Oettinger, das geschildert haben, ist es auch in Baden-Württemberg in diesem Bezug leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Denn immer dann, meine Damen und Herren, wenn draußen in einer Kommune über ein Zentrum auf der grünen

Wiese abgestimmt wird, steht die CDU in der ersten Reihe der Befürworter.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig! — Abg. Rapp REP: Richtig! Das heißt man dann Innovation! — Abg. Drautz FDP/DVP: Genau so ist es!)

Genau dies aber, meine Damen und Herren und Herr Oettinger, macht den Einzelhandel vollends kaputt.

So soll nun neben dem Breuningerland im Kreis Ludwigsburg ein weiteres Einkaufszentrum mit mehr Verkaufsfläche entstehen, als bisher in der gesamten Ludwigsburger Innenstadt vorhanden ist.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Hört, hört!)

Welche negativen Auswirkungen ein solches Zentrum auf den Einzelhandel in Ludwigsburg haben wird, brauche ich hier nicht weiter zu schildern.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Unterstützt wird diese Ansiedlung insbesondere von der CDU, aber auch von der SPD, beispielsweise von dem Kollegen Schmiedel.

(Abg. Trageiser REP: Was? — Lebhaftige Zurufe von der FDP/DVP)

Solange dies vor Ort der Fall ist, nützt es den Einzelhändlern wenig, wenn Sie ihnen hier Ihre Unterstützung versprechen.

(Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Schmiedel SPD: Jetzt sind wir aber enttäuscht!)

Gleichzeitig müssen wir uns überlegen, wie wir unsere Innenstädte wieder attraktiver machen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Abg. Walter GRÜNE:** Nein. Die Streitigkeiten über dieses Thema haben wir bei jeder Podiumsdiskussion. Ich weiß jetzt, was da kommt.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt spricht er einen an, und dann läßt er keine Frage zu! Was ist das für ein parlamentarischer Stil?)

Auch hier, Kollege Schmiedel, sind selbstverständlich die Kommunen gefordert, wenn es darum geht — ich habe es gerade gesagt — —

(Lebhaftige Unruhe bei der SPD)

— Also, bevor ihr jetzt nervös werdet, lasse ich die Frage des Kollegen Schmiedel zu.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt sitzt er!)

— Er kann die Frage doch vom Platz aus stellen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Also, Herr Abg. Schmiedel, eine Zwischenfrage.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Kollege Walter, wenn Ihnen der Herr Präsident noch ein bißchen zusätzliche Zeit einräumt,

(Abg. Walter GRÜNE: Das macht er gerne!)

sind Sie dann in der Lage, dem Hohen Haus Ihr Konzept zu erklären, das aufzeigt, wie man Ikea-Möbel im Laden um die Ecke vertreibt?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das wollen wir jetzt nicht hören!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Kollege Schmiedel, das ist genau Ihre verkürzte Sichtweise. Es geht nicht nur um Ikea, es geht um sehr viele Märkte. Vor allem geht es auch um die Frage, warum ein Möbelhaus, das sich nach außen noch als Möbelhaus verkauft, mittlerweile zirka 80 % seines Umsatzes mit anderen Dingen macht. Das ist eben die Frage, die den Einzelhandel interessiert.

(Beifall bei den GRÜNEN, der FDP/DVP und den Republikanern – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Ich habe schon gesagt: Wir müssen uns überlegen, wie die Innenstädte wieder attraktiver werden. Auch hier, Kollege Schmiedel, sind die Kommunen gefordert. Denn manche in den sechziger und siebziger Jahren entstandene Fußgängerzone wirkt in ihrem Äußeren eher abstoßend als anziehend. Die Innenstädte zu verschönern und sie attraktiver zu machen kostet natürlich Geld. Derzeit haben wir leider die Situation, daß der Bund und auch das Land viele Kosten auf die Kommunen abwälzen und die dann wiederum kein Geld für Investitionen haben. Deshalb sind wir auch hier im Land gefordert, den Kommunen zukünftig wieder mehr Spielraum zu geben.

Aber – das soll nicht verhehlt werden – auch der Einzelhandel ist gefordert. Wir leben bekanntermaßen in einer Erlebnisgesellschaft. Die Einzelhändler müssen sich daher überlegen, wie sie gemeinsam dafür sorgen können, daß Einkaufen in den Innenstädten wieder mehr Menschen anzieht. Gute Ware allein zieht den Kunden heute nicht mehr an. Deswegen nur ein Stichwort: beispielsweise Breuningerland. Dort gibt es eine Kinderbetreuung. Deswegen gehen viele Mütter dort einkaufen. Hier muß sich der Einzelhandel in der Innenstadt auch etwas überlegen.

(Zurufe der Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Drexler SPD)

Grundvoraussetzung aber ist, Kollege Drexler, daß die Leute Geld im Portemonnaie haben. Der Kollege Oettinger hat es vorhin gesagt. Was mich nur wundert, Herr Kollege, ist: Sie reden, speziell in den letzten Tagen, zu jedem Thema hier, als wären Sie die Opposition in Bonn und die Opposition in Stuttgart.

(Abg. Rapp REP: Da hat er recht!)

Hier regieren Sie 40 Jahre, in Bonn 13 Jahre. Ändern Sie doch all die Dinge einmal, die Sie immer beklagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Republikanern sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich noch zu einem letzten Punkt.

(Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

Aufgrund der kurzen Redezeit – ich fasse mich jetzt kurz, Herr Präsident –, . . . . .

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Darum darf ich bitten.

**Abg. Walter GRÜNE:** . . . komme ich nun noch zum Thema Ladenschluß. Dazu habe ich hier jetzt sechs Pressemitteilungen der FDP aus den letzten anderthalb Jahren mit sechs verschiedenen Meinungen.

(Zurufe der Abg. Oettinger CDU und Göschel SPD)

So, meine Damen und Herren, geht die FDP mit dem Einzelhandel um. Ich kann das leider hier nicht im einzelnen vortragen. Aber die schönste und die beste der Pressemitteilungen war die erste. Da hat der Kollege Döring nämlich verkündet: „Es bringt überhaupt nichts für den Einzelhandel, weder mehr Beschäftigte noch mehr Umsatz.“ Ich meine, dabei sollten Sie auch bleiben, Herr Döring.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Oettinger CDU: Hört, hört! – Abg. Krisch REP: Das ist ja von gestern!)

Jetzt, meine Damen und Herren, noch der allerletzte Punkt. Dabei geht es um die Bäckereien. Hier, Herr Kollege Döring, ist Handlungsbedarf angesagt. Denn während Sie über die Köpfe der Betroffenen hinweg – so machen Sie anscheinend Wirtschaftspolitik – in Bonn den Ladenschluß einfach kippen wollen, wird hier von den Betroffenen gefordert, endlich etwas zu tun.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das wollen wir ja!)

Es ist völlig klar, Herr Kollege Döring – so hat es auch Herr Weyrosta gesagt –, daß wir die Tankstellen nicht jeden Tag kontrollieren können. Jeder Betrieb in Baden-Württemberg kommt alle acht Jahre dran. Da ist es klar, daß wir den Bäckern endlich das Recht einräumen müssen, sonntags zu backen, und daß dies schnell gehen muß, so daß wir das jetzt unabhängig vom Ladenschluß entscheiden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Na also! Da brauchen Sie doch mich nicht zu überzeugen! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Ja. Aber dann muß das abgeklärt werden.

Jetzt der allerletzte Satz, Herr Präsident: Was natürlich nicht geht – da ist die Landesregierung gefordert –, ist, daß Bäcker, die sich dem jetzigen Schwachsinn widersetzen, auch noch verfolgt werden. Herr Oettinger, rufen Sie doch einmal beim zuständigen Ministerium an, daß die Bäcker, die jetzt in Notwehr auch sonntags backen, nicht so behandelt werden, als wären sie Verbrecher.

(Abg. Rapp REP: Da hat er recht!)

In diesem Sinn hoffe ich, daß wir in der nächsten Legislaturperiode Einigkeit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall auf der Zuhörertribüne)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Abg. Dr. Döring das Wort erteile, darf ich den Herrn Gouverneur des Bundesstaates Amapá in Brasilien, Herrn Alberto Capiberibe, mit seiner Begleitung begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt hat Herr Abg. Dr. Döring das Wort.

(Abg. Schmiedel SPD: Was macht Herr Lässig da oben? — Gegenruf von der Zuhörertribüne: Teilnehmer! — Abg. Drexler SPD: Ein Landrat ist auch dabei! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Weyrosta hat sich mit seiner letzten Rede hier vom Landtag von Baden-Württemberg verabschiedet.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Sie auch!)

Ich bin mir sicher, der eine oder andere wird dies ganz freudig sehen, weil er keine Prügel mehr vom „Weyro“ bekommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Ich will Ihnen, lieber Herr Weyrosta, aber sagen: Ich habe Sie als einen harten, aber stets fairen, als einen unbequemen und gerade dadurch sehr sympathischen Menschen kennengelernt. Sie sind ein geradliniger, großer Parlamentarier. Am 15. März sagen wir uns, weil wir da Geburtstag haben, immer: „Fisch grüßt Fisch.“ Das gilt auch heute. Wir werden Sie vermissen, lieber Weyro.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Einzelhandel Probleme hat, ist von verschiedenen Vorrednern in aller Deutlichkeit aufgezeigt worden. Sie werden verstehen, daß wir darauf hinweisen, daß diese Probleme und die Tendenzen, die sich da entwickelt haben, alle mit dem geltenden Ladenschlußgesetz entstanden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich komme der Reihe nach zu den Punkten, die Kollege Oettinger angesprochen hat: Der private Konsum muß gesteigert werden — dankenswerterweise wird in der Antwort der Landesregierung darauf hingewiesen —: Jahressteuergesetz, höheres Kindergeld, Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer, Wegfall des bisher strompreisbelastenden Kohlepennings und Soli. Das sind alles Leistungen, die zusammen mit der FDP/DVP beschlossen worden sind und die dazu beigetragen haben, daß die Kaufkraft gestärkt wird, was für den Einzelhandel mit Abstand das Wichtigste ist. Darauf muß ebenfalls hingewiesen werden. Genau diesen Kurs der Steuer- und Abgabensenkung, um die Kaufkraft zu erhöhen, werden wir konsequent weiter fortsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nächster Punkt: Ich halte es schon für ein bißchen abenteuerlich, verehrter Herr Kollege Walter, wie Sie sich hier hingestellt und zum Retter des Einzelhandels aufgeschwungen haben.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Die Rede war aber überzeugend! — Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Den Verkehr flächendeckend heraus aus den Innenstädten zum Schaden des Facheinzelhandels — ein Vorschlag der Grünen. Ablehnung der 590-DM-Jobs und damit Verhinderung der Flexibilität — Vorschlag der Grünen zum Schaden des Einzelhandels, des Fachhandels. Nein zum Jahressteuergesetz — Forderung der Grünen. Ladendiebstähle nicht mehr weiter verfolgen — Forderung der Grünen. Durch die Bank Forderungen zum Schaden des Einzelhandels.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da haben Sie als letzter das Recht, sich hier hinzustellen und dicke Backen zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben eine ganze Reihe von weiteren Punkten. Die Liste ist noch nicht beendet, Sie aufgeregtes Hemd.

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr seid doch mittelstandsfeindlich! Das hat sich doch herumgesprochen!)

Wir lehnen die kommunale Verpackungsteuer ab. Sie wollen sie zu Lasten des Einzelhandels flächendeckend einführen. Das alles kommt von Ihnen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Dies alles sind Maßnahmen, die dem Einzelhandel schaden, die wir von seiten der FDP/DVP entschieden bekämpfen, weil wir dem Einzelhandel in seiner Struktur und in seiner Entwicklung zur Seite stehen und dafür Sorge tragen wollen, daß er eine gute Entwicklung hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Döring, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Nein. — Natürlich haben wir in der Diskussion um den Ladenschluß von unserer Seite aus — das ist ja zitiert worden; dazu stehe ich auch in vollem Umfang — hart gerungen. Wir haben gesagt gehabt, wir wollen nicht das, was ursprüngliches Ziel war, nämlich eine Rund-um-die-Uhr-Öffnung. Das haben wir abgelehnt und sind damit durchgekommen.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Wer wollte denn die Rund-um-die-Uhr-Öffnung?)

Wir haben auch die 22-Uhr-Forderung abgelehnt. Damit sind wir auch durchgekommen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE)

(Dr. Döring)

Jetzt sage ich hier für meine Fraktion: Wir sind auf den Kompromiß 20 Uhr gekommen. Mehr war von uns weder von der einen noch von der anderen Seite zu erreichen. Das bedeutet unter dem Strich aber auch, daß wir dazu dann auch stehen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE)

Wir haben für andere Lösungen gekämpft. Zu dem jetzigen Kompromiß stehen wir. Das ist der Unterschied zur CDU, verehrter Herr Kollege Oettinger.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Es geht nicht, am 18. Dezember im Bundeskabinett zuzustimmen, bei den 50 Punkten, die vor kurzem verabschiedet wurden, noch einmal zuzustimmen, aber jetzt hier vor der Landtagswahl dicke Backen zu machen und sagen:

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Wir werden beim Thema Einzelhandel die Retter der Nation sein.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Nein. — Sie haben bei beiden Punkten, als es um die Abstimmung ging, zugestimmt. Sie haben im Bundeskabinett zugestimmt, und Sie haben jetzt beim 50-Punkte-Programm genauso zugestimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Bütikofer GRÜNE: Der tut so, als rede er um sein Leben!)

Es paßt nicht, daß wir oben anders abstimmen als unten. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist bei der FDP/DVP gang und gäbe!)

Machen Sie dies doch einmal an einer Stelle deutlich. Das ist der Vorschlag, den wir gehabt haben und mit dem wir ein Stück weit gekommen sind.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Jetzt noch einmal, Herr Abg. Dr. Döring: Gestatten Sie keine Zwischenfragen? Herr Abg. Oettinger hat sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Das ist mir gerade egal. Ich werde den ganzen Tag lang keine Zwischenfragen gestatten.

(Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen mit dem, was wir angegangen haben, gerade durch Flexibilität auch Chancen eröffnen. Die Argumente kennen Sie doch: Kaufen Sie am Montag morgen um halb zehn eine Schrankwand?

(Abg. Kurz CDU: Das haben wir schon einmal gehört!)

Ich nicht. Kein Mensch, der vernünftig ist, macht dies. Gehen Sie morgens um halb neun zum Juwelier, um dort ein Präsent für Ihre Frau zu kaufen? Kein Mensch macht dies.

Machen Sie also ein Angebot zur Flexibilisierung, welches dem Verbraucher auch ein Stück entgegenkommt, ohne daß Sie die Gesamtöffnungszeiten verlängern. Ende der Durchsage. Am 25. März werden Sie zustimmen.

Nächster Punkt: Wir lassen nach wie vor zu — und da muß in der Tat endlich Bewegung hineinkommen, seit langem wissen wir es —, daß wir bei uns im Land flächendeckend Bäcker und Bäckereien haben, die natürlich die Nacht durch backen müssen, weil sie ihre Kunden bedienen wollen, und schon einrechnen, daß sie alle vier Wochen Strafe zahlen müssen. Was ist denn das für eine Situation!

Wer hat denn hier die Flexibilität verhindert? Ihr doch. Jetzt kommt ihr mit dicken Backen und schreit, ihr wärt schon lange dafür, daß man da etwas ändere. Kein Wort ist wahr. Ständig haben Sie verhindert, wenn wir gesagt haben, wir müßten hier Veränderungen vornehmen, wir wollten, daß in der Nacht gebacken werden könne, wir wollten, daß sonntags Verkaufsmöglichkeiten bestünden. Das habt ihr ständig abgelehnt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen, daß dies endlich kommt, weil der Zustand unerträglich ist, daß wir die in die Illegalität treiben und sie bewußt in der Illegalität arbeiten müssen, damit sie ihre Kunden bedienen können. Deswegen muß dies endlich und vorrangig geändert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen nicht länger zuschauen, wir wollen nicht länger eine Situation haben, wo der Bäckermeister Sonntag morgens sieht, daß die Tankstelle proppenvoll ist, nicht von Leuten, die dort tanken, sondern von Leuten, die dort Brötchen holen. Deswegen muß eine Änderung kommen. Dies ist — das ist gar keine Frage — flächendeckend für alle diejenigen zu erreichen, die dies wollen.

Dies muß auch für den Fachhandel möglich sein, der sieht, daß er bei größerer Flexibilität ganz selbstverständlich auch eine Chance hat.

All die anderen Punkte, die ich eingangs genannt habe, sind zur Sicherung des Fach- und Einzelhandels viel, viel wichtiger. Für die haben wir gekämpft, und Sie waren ständig dagegen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium.

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie vorab eine persönliche Bemerkung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es war für mich heute schon ein erstaunlicher Auftritt: zuerst der Kollege Weyrosta, der in der Politik immer geradli-

(Staatssekretär Brechtken)

nig seine Position vertreten hat, weder Freund noch Feind gekannt hat, sich übrigens auch viel Ärger eingehandelt hat, und jetzt am Ende der Debatte ein wendiger Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion, der sich nur dadurch retten kann, daß er keine Zwischenfragen zuläßt, weil sonst nämlich offenkundig geworden wäre, daß das, was er hier gesagt hat, so einfach nicht stimmt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CDU)

Sie haben sich hier hingestellt und den Eindruck erweckt, Sie wären es gewesen, die der CDU den Verzicht auf den größten Blödsinn beim Ladenschluß noch abgerungen hätten. Sie haben den Eindruck erweckt, als wären Sie in dieser Frage die Bremsen gewesen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wo? Reden Sie doch keinen solchen Unsinn! Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen!)

So haben Sie es hier gerade dargestellt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Den eigenen Leuten gegenüber habe ich es in aller Deutlichkeit gesagt!)

Lieber Herr Kollege Döring — ich sage das ganz bewußt —, das war der Unterschied des Politikansatzes: der Opportunismus auf der einen Seite und die mich durchaus gelegentlich auch ärgende Geradlinigkeit auf der anderen Seite. Das wollte ich einmal zum Ausdruck bringen und mich damit gleichzeitig beim Kollegen Weyrosta — wir haben ja schon in verschiedener Form zusammengearbeitet, ich auch als dein Mitarbeiter und sozusagen Untergebener — herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Zur Sache will ich hier folgendes festhalten:

Erstens — ich glaube, da sind wir uns alle einig —: Ein entscheidender Punkt, was den Einzelhandel angeht, ist die Frage der Kaufkraft. Das zentrale Problem ist der Rückgang der realen Einkommen der Bevölkerung, was in weiten Bereichen des Einzelhandels voll durchschlägt, weil das die Bereiche sind, wo der Mensch zuerst versucht einzusparen. Deshalb müssen wir die Massenkaukraft erhöhen, und deshalb ist die Diskussion über die Rückführung des Solidaritätszuschlags richtig. Aber, lieber Kollege Döring, auch an der Stelle: bitte solide finanziert und nicht mit einem Wechsel zu Lasten Dritter oder einem Wechsel auf die Zukunft nach den Wahlen mit einer entsprechenden Steuererhöhung. Dies ist der entscheidende Punkt.

(Beifall des Abg. Walter GRÜNE — Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Das zweite: Wir haben beim Einzelhandel einen gewaltigen Strukturwandel. Da stimme ich jetzt ausdrücklich dem Kollegen Störing, dem Kollegen Döring zu.

(Große Heiterkeit)

— Er hat ja gerade gesprochen; deshalb hat er mich gestört.  
— Sie haben ja völlig recht: Wir haben beim Einzelhandel, völlig unabhängig von der Frage des Ladenschlusses, eine

ziemlich deutlich spürbare Strukturveränderung. Im Bereich des Mehrsparteneinzelhandels etwa haben wir ein Drittel Rückgang. Die Zahlen sind in der Antwort auf die Große Anfrage ja sehr detailliert aufgeführt.

Aber — und jetzt kommt für mich die entscheidende Konsequenz — wenn dies so ist, dann muß die Politik dafür sorgen, daß sie nicht auch noch Elemente einführt, die diesen Strukturwandel beschleunigen und vorantreiben und sich zu Lasten der kleinen und mittelständischen Einzelhandelsbetriebe auswirken. Um diese Frage geht es. Ich kann doch nicht mit dem Verweis auf eine strukturelle Veränderung, die stattfindet, sagen: Ich muß in diesen Prozeß auch noch treibend und beschleunigend eingreifen. Dies ist die Frage, vor der wir stehen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wenn man etwas falsch gemacht hat, muß man es nicht weiter falsch machen!)

Stichwort eins: Rabattgesetz. Denken Sie doch einmal an das, was Sie da vorgeschlagen haben. Das waren doch auch Sie, die versucht haben, das in der Koalition durchzusetzen. Es gab ja einen entsprechenden Gesetzentwurf. Er ist aber an der Bundesratsmehrheit der SPD-regierten Länder gescheitert und Gott sei Dank bis heute nicht mehr aufgegriffen worden. Bei diesem Thema war ich ja auch mit vielen in der CDU, mit einer Minderheit innerhalb der CDU, einig. Sie hätten damit den Prozeß beschleunigt, und deshalb wäre das Gesetz falsch gewesen.

Zweites Stichwort: grüne Wiese. Ich kann mich noch daran erinnern: Der Kollege Kurz und der Kollege Weyrosta haben damals einen Antrag gestellt, als man bei der Novellierung des Landesplanungsgesetzes den Fehler gemacht hatte, die Frage der raumordnerischen Prüfung im Zusammenhang mit Einzelhandelsflächen auf der grünen Wiese rauszuschmeißen. Es ist dann im Gesetzgebungsverfahren durch eine Initiative der CDU und der SPD gelungen, dieses wieder hineinzunehmen. Dies sind Maßnahmen, bei denen auch die Kommune gefordert ist, in ihrer Bauleitplanung vor Ort dafür zu sorgen, daß der Einzelhandel im Ort eine Chance und auch Zukunftsmöglichkeiten hat.

Dies sind die Fragen, vor denen wir stehen. Aber es sind dann sehr häufig gerade Ihre Freunde, die in unseren Mittelstädten draußen sehr deutlich eine Expansion wollen.

Drittes Stichwort: Ladenschluß. Das Problem ist doch, daß Sie jetzt einen Vorschlag vorgelegt haben, der das Problem wirklich nicht löst und zu einer weiteren Beschleunigung des Strukturveränderungsprozesses führen wird. Sie haben die Familienbetriebe nicht berücksichtigt, Sie haben die Arbeitsverhältnisse nicht berücksichtigt. Sie haben auch die sogenannte Bäcker-Frage in diesem Gesetz nicht langfristig gelöst. Die Bäcker haben keine Wettbewerbsgleichheit. Wir werden die Probleme einer scheinbaren, kurzfristigen Lösung perpetuieren,

(Abg. Weyrosta SPD: Ja!)

weil dann die Konkurrenz an anderer Stelle kommen wird und wir die Diskussion dann wieder beginnen werden.

(Abg. Weyrosta SPD: So ist es!)

(Staatssekretär Brechtken)

Auch da haben Sie keine ausreichenden Lösungsansätze vortragen.

Deshalb kann dieser Gesetzentwurf — und es ist gut, daß dies die beiden Fraktionen klargemacht haben —, so, wie er vorliegt, nicht Gesetz werden. Dafür wird der Bundesrat mit großer Mehrheit sorgen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

Das erste und Entscheidende ist, daß wir den Konzentrationsprozeß durch unser Handeln nicht auch noch beschleunigen dürfen.

Lassen Sie mich auch persönlich ein deutliches Wort zum 590-DM-Gesetz sagen. Dazu liegt ja ein Antrag vor. Wir haben zwei Grundlinien, und beide — Entschuldigung — halte ich für falsch. Die eine Grundlinie haben Sie heute in Ihrem Antrag zum Ausdruck gebracht, Herr Döring, in dem sie fordern, die bisherige Form beizubehalten. Sie haben ausdrücklich „bisherige Form“ formuliert und haben damit gesagt: Es bleibt alles so, wie es ist, unverändert, Punkt.

Es gibt zugegebenermaßen in meiner Partei erhebliche Bestrebungen, die 590-DM-Arbeitsverhältnisse in vollem Umfang in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen. Ich halte beide Extrempositionen für falsch,

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE — Abg. Alfred Haas CDU: Ja!)

wohlgemerkt: beide.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sehr gut!)

Ich bin der Meinung, wir sollten einmal darüber nachdenken. Erstens brauchen wir eine einfache Art der Berechnung. Wenn wir einen Teil in die Sozialversicherung einbeziehen, dann muß im Hinblick auf die Frage der Umsetzbarkeit pauschaliert werden.

(Abg. Weyrosta SPD: Genau so ist es!)

Ich mache in diesem Bereich selber einiges an Gehaltsberechnungen. Es ist eine Katastrophe, was da läuft. Wir müssen also überlegen, ob wir nicht eine pauschale Einbeziehung parallel zur pauschalierten Besteuerung als eine Art Solidarbeitrag für das Sozialversicherungssystem machen.

Zweitens können wir diese Beschäftigungsmöglichkeit aber nicht ganz abschaffen, weil es bestimmte Bereiche gibt, sowohl von den Arbeitnehmern her wie von den Betrieben her, wo sie sinnvoll sind.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sportvereine!)

Aber ich greife gerne auf — und darüber sollten wir uns unterhalten, lieber Kollege —, was der Sozialflügel Ihrer Partei überlegt hat, indem er gesagt hat: Laßt uns doch einmal darüber nachdenken, diese Frage an die Lohnsumme in dem jeweiligen Betrieb zu knüpfen. Dabei soll eine bestimmte Grenze nicht überschritten werden, damit eben nicht das eintritt, was tatsächlich eintritt: daß ich abgesicherte Arbeitsplätze, wie es der Kollege Nagel in einer Zwischenfrage zum Ausdruck gebracht hat, in 590-DM-Verträge umwandle.

Das kann ich dadurch machen, daß ich sage: 590-DM-Arbeitsverhältnisse sind dann allenfalls ein Ergänzungsbereich zum Hauptbereich, der aber nach wie vor hauptamtlich mit voller Sozialversicherungspflicht geleistet werden muß. Wenn wir dann noch eine Pauschalierung im Sinne eines Solidarbeitrags einführen, wäre dies meiner Ansicht nach ein Weg, die berechtigten Interessen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer miteinander zu koppeln, ohne einen Marsch in die 590-DM-Verträge zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dies wären Ansätze, über die wir einmal offen diskutieren müßten. Deshalb halte ich beide Extrempositionen — die Position, zu 100 % alles hinein, wie ich sie zugegebenermaßen bei uns teilweise sehe, und Ihre Position, nichts zu verändern — für falsch.

(Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Lassen Sie mich noch ganz wenige Stichworte zu der Frage anführen: Wie helfen wir — —

(Abg. Kurz CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Zwischenfrage? Bitte schön, natürlich.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Kurz, zu einer Zwischenfrage.

Abg. Kurz CDU: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß es bezüglich der sogenannten 590-DM-Beschäftigungsverhältnisse nur eine einzige Beschäftigung geben darf, daß dies durch Meldung bei der gesetzlichen Krankenversicherung lückenlos geprüft wird . . .

Staatssekretär Brechtken: Das ist mir klar.

Abg. Kurz CDU: . . . und daß es bereits eine 20prozentige Pauschalierung gibt?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Brechtken: Nein, nein, Herr Kollege. Sie sprechen da etwas an. Mir ist das, im Gegensatz zu einem anderen Prominenten, den wir beide kennen und der gesagt hat, wir müßten die Meldepflicht einführen, bekannt gewesen. Sie ist längst eingeführt. Daß jemand beim zweiten Beschäftigungsverhältnis, wenn er damit die 590 DM überschreitet, für das gesamte sozialversicherungspflichtig wird, ist mir auch bekannt.

Das war aber nicht mein Ansatz. Mein Ansatz war nicht individuell auf den einzelnen Arbeitnehmer bezogen. Da ist es geregelt. Mein Ansatz war vielmehr individuell auf den Betrieb bezogen, und zwar im Sinne der Lohnsumme des Betriebs und der Frage, was ich mit diesen geringfügig Beschäftigten ergänzen kann. Das ist für mich der Punkt. Es geht mir darum, daß eben nicht die Umwandlung durchgeführt wird: Vollzeit weg und alles in 590-DM-Verträge hinein. Das findet draußen in der Wirtschaft nämlich im Gegensatz zu mancher Annahme tatsächlich statt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Trageiser REP)

(Staatssekretär Brechtken)

Aber wie können wir dem Einzelhandel helfen? Ich will noch einige ergänzende Bemerkungen machen.

Erstens: Kaufkraft — ich sage es noch einmal — halte ich für den entscheidenden Punkt.

Zweitens: Wir dürfen auch nicht in der Stadtsanierung nachlassen. Meine These lautet: Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir in unseren Innenstädten attraktive Möglichkeiten schaffen, wo Handel und Gewerbe ihre Chance haben.

Übrigens nicht so pauschal, Herr Kollege Döring. Herr Döring, gelegentlich ärgere ich mich auch über sie. Dann setzt man sich auseinander. Aber es ist abenteuerlich, die Geschichte so pauschal mit der Frage „Fußgängerzone“ und ähnlichem zu behandeln, wie Sie es gerade getan haben. Schauen Sie sich einmal die sorgfältigen Untersuchungen an,

(Zuruf des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

welche Kaufkraftveränderungen es im Zusammenhang mit einer vernünftigen, gut funktionierenden Fußgängerzone und der Frage der Strukturverbesserung gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es hat sich mittlerweile auch beim Einzelhandel herumgesprochen, daß dies, richtig gestaltet und richtig organisiert, durchaus auch mit ergänzenden Parkmöglichkeiten in der Peripherie, sehr wohl eine Chance ist.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Dritter Punkt: Eigenkapitalausstattung. Da stimme ich ausdrücklich zu. Wir haben in der Existenzgründungsinitiative ja jetzt auch ganz bewußt die Förderung stiller Beteiligungen der MBB vorgesehen. Ich bin sehr offen für Modelle dieser Art, daß wir da noch weiter gehen, um auch solchen Betrieben zu helfen. Wir haben ja in der Liquiditätshilfe solche Elemente. Dies müssen wir ausbauen. Wir haben gestern auch über die Frage des Risikokapitals diskutiert. Ich halte das für ein wichtiges Element.

Übrigens: Die Frage der steuerlichen Behandlung des nicht entnommenen Gewinns — als steuerliche Begünstigung — wäre auch ein entscheidender Punkt für die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung unserer Betriebe. Ich bin dafür, bei entsprechendem Ausgleich auch die Gewerbesteuer abzuschaffen, weil sie meiner Ansicht nach eine Substanzbesteuerung ist, die letztlich insbesondere den Mittelständler trifft. Deshalb muß man sie abschaffen.

Senkung der Lohnnebenkosten: Das ist ein Fördergesichtspunkt. Darüber haben wir gestern diskutiert. Dazu brauche ich wohl keine Ausführungen mehr zu machen. Ich halte diese Senkung der Lohnnebenkosten gerade auch für den Einzelhandel für wichtig, weil dann auch manche Verlagerung in Richtung 590-DM-Arbeitsverhältnisse nicht vollzogen wird.

Ich bin für den Ausbau der Existenzsicherung, aber ich glaube, da gibt es auch einen Konsens.

Ich bin auch dafür — das ist heute noch gar nicht angesprochen worden; das halte ich für einen wichtigen Beitrag; wir müssen dafür sorgen, daß dies im Landeshaushalt finanziell

ermöglicht wird —, daß die Betriebsberatung für den Einzelhandel über den Einzelhandelsverband, den wir ja teilweise finanzieren, erhalten bleibt. Ich meine sogar, sie sollte ausgebaut werden. Da sollten wir bei den nächsten Haushaltsberatungen miteinander Lösungen suchen, damit diese Betriebsberatung ausgebaut werden kann.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Ja, ich schaue jetzt in diese Richtung; völlig klar. Aber letztlich muß das Gesamtparlament den Haushalt beschließen. — Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir dem Einzelhandel hier helfen.

Lassen Sie mich abschließen. Was ist das Ziel? Das will ich hier noch einmal ganz deutlich sagen, weil es meiner Ansicht nach in dieser holzschnittartigen Diskussion häufig zu kurz kommt. Das Grundproblem ist: Wir betrachten die Frage des Einzelhandels zum größten Teil unter dem Aspekt der stärken mobilen Mittelschichtgruppen, auch der jüngeren. Ich will aber — ich sage es einmal so deutlich — auch eine Versorgung im Einzelhandelsbereich haben, wenn ich älter und nicht mehr so mobil bin und die Versorgung im Nahbereich brauche. Dies ist nämlich auch Lebensqualität in unseren Städten.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß dies erhalten bleibt. Deshalb müssen wir alles vermeiden, was den Konzentrationsprozeß fördert. Deswegen haben wir eine etwas andere Position als Sie, lieber Herr Kollege Dr. Döring. Ich meine, Sie liegen da schief und marschieren in die falsche Richtung.

Es ist interessant: Es war Ihr Stammwählerpotential, es war Ihre Klientel. Sie sind dabei, sich von Ihren eigentlichen Wählergruppen zu entfernen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Walter und Dr. Witzel GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch bei weitem ausgeschöpft.

Wir haben jetzt noch über die beiden eingebrachten Anträge zu entscheiden. Da gibt es zunächst den Antrag Drucksache 11/7117; das ist ein Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD. Wenn ich den Kollegen Weyrosta richtig verstanden habe, hat er hierüber namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf zunächst der Form halber fragen, ob dieser Antrag auf namentliche Abstimmung die nötige Unterstützung findet.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Aber gerne!)

— Dies ist ganz offenkundig der Fall.

Dann haben wir über diesen Antrag namentlich abzustimmen. Wer also dem Antrag Drucksache 11/7117 zustimmen möchte,

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

der möge mit Ja antworten, wer ihn ablehnen möchte, mit Nein, und wer sich der Stimme enthalten möchte, der möge mit „Enthaltung“ antworten.

Meine Damen und Herren, nun noch die obligatorische Aufforderung, beim Namensaufruf Ruhe zu bewahren, damit die Antworten verstanden werden können. Ich darf Frau Abg. Bregenzer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben J.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 124 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 111 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 9 Abgeordnete;  
4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Antrag Drucksache 11/7117 angenommen.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Baumhauer, Bebber, Behringer, Birzele, Ingrid Blank, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Bühler, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Deuschle, Döpfer, Dreier, Drexler, Dr. Eckert, Gaßmann, Dr. Geisel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Heiler, Herbricht, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Jacobi, Keitel, Kielburger, Kiesecker, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, König, Krieg, Krisch, Kurz, Ursula Lazarus, Leicht, List, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Maus, Dr. Mauz, Meyer, Mogg, Mühlbeyer, Dr. Walter Müller, Nagel, Oettinger, Dr. Ohnewald, Dr. Puchta, Rapp, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Redling, Reimann, Reinelt, Dr. Reinhart, Remppel, Renz, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Salomon, Schaal, Schaufler, Scheffold, Scheuermann, Dr. Schlierer, Schmiedel, Monika Schnaitmann, Schöffler, Schöttle, Dr. Marianne Schultz-Hector, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Stächele, Gerhard Stolz, Stratt- haus, Straub, Teßmer, Tölg, Trageiser, Troll, von Trotha, Helga Ulmer, Christa Vosschulte, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Wilhelm, Brigitte Wimmer, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein haben gestimmt:

Amann, Dr. Döring, Drautz, Kiel, Kiesswetter, Pfister, Dr. Scharf, Schöning, Veigel.

Der Stimme enthalten haben sich:

Birgitt Bender, Eberhard Lorenz, Schneider, Ströbele.

\*

Zu einer Erklärung zur Abstimmung hat Frau Abg. Bender um das Wort gebeten. — Frau Abg. Bender, Sie haben das Wort.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mit „Enthaltung“ gestimmt und möchte das gern wie folgt erklären: Ich huldige mitnichten dem Deregulierungsfetischismus der FDP, bin aber der Meinung, daß eine Debatte über Auswege aus der Strukturkrise des klein- und mittelständischen Einzelhandels andere Antworten verlangt als die, zu sagen: „Hände weg vom Ladenschluß!“

(Beifall des Abg. Krieg GRÜNE — Zustimmung des Abg. Veigel FDP/DVP)

Die bestehende Ladenschlußregelung hat diese Strukturkrise nicht verhindert. Ich möchte deswegen, daß die Debatte weitergeführt wird, und habe mich deshalb der wahlkampforientierten Abstimmungsinszenierung verschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch zu befinden über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/7123.

Zur Geschäftsordnung.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Namentliche Abstimmung!)

— Auch insoweit wird namentliche Abstimmung beantragt. Ich muß fragen, ob der Antrag auch die notwendige Unterstützung findet.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Er hat tatsächlich die notwendige Unterstützung.

(Zurufe von den Republikanern: Mühsam! Gerade noch!)

Dann muß auch über diesen Antrag namentlich abgestimmt werden.

(Abg. Trageiser REP: Nachzählen!)

Meine Damen und Herren, auch hier gelten die Regeln.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Da sieht man, wie euch das trifft!)

— Wenn Sie etwas ruhiger geworden sind, werde ich die Regeln erklären.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge mit Ja antworten; wer den Antrag ablehnen will, möge mit Nein antworten, und wer sich enthalten will, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir die Abstimmung durchführen können.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben K. Ich darf Herrn Abg. Dr. Klunzinger bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, seien Sie bitte jetzt wieder ruhig.

(Namensaufruf)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 126 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 70 Abgeordnete gestimmt,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Republikaner)

mit Nein 52 Abgeordnete;

4 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Antrag angenommen.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Baumhauer, Behringer, Ingrid Blank, Bloemecke, Bühler, Deuschle, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Dreier, Dr. Eckert, Herbricht, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Keitel, Kiel, Kiesswetter, Dr. Klunzinger, Köberle, König, Krisch, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Hans Lorenz, Dr. Maus, Dr. Mauz, Meyer, Ulrich Müller, Oettinger, Dr. Ohnewald, Pfister, Rapp, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Reimann, Dr. Reinhart, Rempfel, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Schaal, Dr. Scharf, Schaufler, Schefold, Scheuermann, Dr. Schlierer, Schneider, Schöning, Schöttle, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Stratthaus, Straub, Ströbele, Tölg, Trageiser, Troll, von Trotha, Veigel, Christa Vosschulte, Wieser, Wilhelm.

Mit Nein haben gestimmt:

Amann, Bebbler, Birgitt Bender, Birzele, Brechtken, Carla Bregenzler, Brinkmann, Buchter, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Drexler, Gaßmann, Dr. Geisel, Göschel, Goll, Gustav-Adolf Haas, Hackl, Heiler, Jacobi, Kielburger, Kiesecker, Birgit Kipfer, Köder, Krieg, Eberhard Lorenz, Maurer, Mogg, Dr. Walter Müller, Nagel, Redling, Reinelt, Renz, Dr. Salomon, Schmiedel, Monika Schnaitmann, Schöffler, Seltenreich, Gerhard Stolz, Teßmer, Helga Ulmer, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Wettstein, Weyrosta, Brigitte Wimmer, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Der Stimme enthalten haben sich:

Alfred Haas, Haasis, Hauk, Mühlbeyer,

\*

Meine Damen und Herren, eine Erklärung zur Abstimmung. Herr Abg. Maurer, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur feststellen, daß es nach den bewegten Worten, die wir gestern vom Kollegen Oettinger zum Verhältnis der demokratischen Parteien zu den Republikanern und vom Herrn Ministerpräsidenten unter dem Stichwort „Schöne Demokraten“ gehört haben, gerade eben eine Abstimmungsmehrheit von CDU, Republikanern und FDP/DVP gegeben hat.

(Abg. Döpper CDU und Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Ohne Absprache! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich will nur sagen: Die Abgründe der Heuchelei sind knietief.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Unruhe)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Drexler SPD: Schöne Demokraten! – Abg. Weimer SPD: Scheinheiliges Getue! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur feststellen, daß wir uns heute mit der Abstimmung dafür eingesetzt haben, daß die jetzige Rechtslage erhalten bleibt.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Abg. Trageiser REP: Und wir haben Ihnen geholfen!)

Wir meinen, daß sich die Rechtslage bewährt hat. Deswegen halten wir an ihr fest. Davon lassen wir uns durch gar nichts abbringen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunkts 3.

Tagesordnungspunkt 4 ist bereits erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 11. Dezember 1995 – Sechzehnter Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 11/6900, 11/7081**

Berichtersteller: Abg. Dr. Reinhart

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: In der Aussprache sollen die Fraktionen jeweils eine Redezeit von 5 Minuten haben, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns derzeit in einem Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft. Wir wissen, daß gerade auch in diesem Haus die „Enquetekommission Multimedia“ und Entwicklungen wie Datenautobahn und Internet Begriffe darstellen, die diese neue Entwicklung im Informationszeitalter belegen. Arbeitsplätze der Zukunft sollen entstehen. Gerade die Bereiche Telebanking, Teleshopping, Telearbeit sind Bereiche, in denen man Chancen sieht, was diesen Wandel angeht. Damit ist die Informations- und Kommunikationstechnologie eine Schlüsseltechno-

(Dr. Reinhart)

logie unserer Zeit. Sie birgt große Herausforderungen und Chancen, aber auch Risiken in der Zukunft.

Diese eben genannten Entwicklungen unterstreichen auch die zunehmende Bedeutung des Datenschutzes, der immer mehr mit diesen Informationstechnologien verbunden sein wird. Für den Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, den das Bundesverfassungsgericht damals in seinem großen Leitfälligkeit betont hat, steht in Baden-Württemberg ein Name – der Name einer Frau, die heute, wie manche Abgeordneten, das letzte Mal als Landesdatenschutzbeauftragte hier Platz genommen hat, nämlich Frau Ruth Leuze. Frau Leuze, Sie mußten als Datenschützerin oft unbequem sein. Sie sind damit stets im Spannungsfeld der inneren Sicherheit einerseits und des Datenschutzes andererseits gestanden. Sie haben sich für die Bürgerrechte und für den Datenschutz eingesetzt. Sie haben damit im Bewußtsein der Bevölkerung sicherlich dem Datenschutz einen Stellenwert vermittelt, der mit Ihrem Namen eng verbunden ist. Wenn heute Datenschutz kein Fremdwort mehr ist, so ist dies auf die sechzehnjährige Tätigkeit und damit auch auf die Tätigkeitsberichte der Landesdatenschutzbeauftragten zurückzuführen. Ich möchte Ihnen deshalb an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion unseren Dank und unsere Anerkennung für Ihre Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

– Herr Kollege Jacobi, gerade wenn man nach 16 Jahren dankt

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ein bißchen spät!)

und dann Bilanz zieht, dann würdigt und dann die Anerkennung ausspricht, ist dies wohl der richtige Zeitpunkt. Die 15 Jahre vorher haben wir in diesem Haus oft bewertet. Ich habe Frau Leuze, weil sie früher oft Streit mit den Innenministern hatte, auch im Ausschuß gesagt, es komme nicht immer etwas Besseres nach.

(Beifall des Abg. Döppel CDU)

Die Presse schreibt: Wir sind am Ende der Dienstreise Leuze angelangt; sie wurde in fast 16 Jahren in den Augen vieler Bürger zur Institution. Ich zitiere hier die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 19. Dezember, wo auch die Zusammenfassung dessen zu lesen ist, über was wir heute reden, nämlich den Sechzehnten Tätigkeitsbericht.

Viel Spektakuläres birgt er nicht. Die Brisanz ist damit nicht mehr in dem Ausmaß wie in früheren Tätigkeitsberichten vorhanden. Wir haben natürlich neue Entwicklungen. Diese neuen Entwicklungen zeigen wieder viele Einzelfälle auf, die dennoch gerügt worden sind.

So schildert der Bericht eine Vielzahl von Verstößen gegen den Datenschutz. Beispielsweise wird über Jugendliche aus Ostwürttemberg berichtet, die sich in Stuttgart an einem Wochenende an den Chaostagen beteiligen wollten und dann fotografiert und festgenommen wurden. Hier muß man aber auf der anderen Seite auch sehen, daß man zur Vermeidung – und das sei zugunsten des Herrn Innenministers gesagt –

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die wollten einkaufen gehen! Was erzählen Sie denn da?)

solcher Situationen, wie sie bei den Chaostagen in Hannover entstehen, in Stuttgart vorbeugen wollte. Insoweit ist dies ein typisches Beispiel für das erwähnte Spannungsfeld.

Es wird aber auch in bezug auf die Bewerbung eines jungen Mannes aus dem Schwarzwald, der als 13jähriger gemeinsam mit anderen strafunmündigen Kindern damals von fünf Autos der Marke Mercedes-Benz die Sterne entwendet hatte, wobei die Speicherung der Tat hätte längst gelöscht werden müssen, festgestellt und gerügt, daß diese Löschung nicht erfolgte.

Neun Jahre lang war ein Taxiunternehmer in der PAD, der polizeilichen Auskunftsdatei, gleich als vierfacher Straftäter gespeichert, ohne jemals wegen der vermerkten Delikte angeklagt oder gar verurteilt worden zu sein. Erst als ihm diese Delikte im Rahmen einer Verkehrskontrolle vorgehalten wurden, konnte er sich wehren. Sie wurden dann aufgrund der Intervention der Datenschützerin gelöscht.

Es gibt weitere Beispiele im Datenschutzbericht: Zweckentfremdung von Geschwindigkeitsmeßgeräten oder auch Probleme bei den Finanzämtern. Ein Dauerbrenner sind immer wieder Verstöße gegen den Datenschutz von Sozialämtern.

Ich möchte diese Fälle nur deshalb kurz ansprechen, weil wir natürlich eine Entwicklung haben, bei der im Tätigkeitsbericht dringlicher Bedarf gesehen wird, zum Beispiel bei der Entwicklung des Computernetzes, bei Internet, das weltweit mittlerweile 30 Millionen Teilnehmer hat. Man sieht die Gefahr, daß über die anfallenden Verbindungsdaten Persönlichkeitsprofile von Teilnehmern erstellt werden. Solche Informationen könnten für die Werbetreibenden zwar eine Goldgrube sein – in den USA haben sich bereits Unternehmen auf die Zusammenführung solcher Profile spezialisiert –, doch zeigen sich hier auch die Probleme, die damit verbunden sind. Ähnlich wie beim Einsatz von Chipkarten im Zahlungsverkehr, der elektronischen Geldbörse, wird hier in Zukunft ein neuer Bereich angesprochen sein, bei dem ebenfalls die Aufsichtsbehörden gefragt sind.

(Abg. Zeller SPD: Das steht doch alles im Bericht!)

– Sie haben im Bericht vielleicht auch die Vorgaben dafür, womit wir uns in Zukunft befassen müssen, Herr Kollege Zeller. Im Rahmen dieser Veränderungen der Informationstechnologie – deshalb spreche ich das an – werden nämlich auch auf die Gesetzgeber in Bund und Land neue Aufgaben, neue Herausforderungen zukommen. Herr Kollege Zeller, es ist guter Brauch, das Wesentliche dessen, was im Tätigkeitsbericht steht, zusammenzufassen; denn darüber reden wir heute. Sie wissen als Sonderschullehrer, daß man das Thema nicht verfehlen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, ich spreche diese Entwicklungen an, weil ich glaube, daß gerade die Frage des Datenschutzes, die neuen Informationstechnologien und der Begriff Multimedia heute nicht abschließend eingeschätzt werden können. Wir haben neue inhaltliche Ausgestaltungen der Informations- und Datenübertragung

(Dr. Reinhart)

gen, die in Zukunft beachtet werden müssen und die den Gesetzgeber herausfordern, darauf zu reagieren. Wir müssen prüfen, ob das geltende Datenschutzrecht ausreichend, um den neuen Medien und Telekommunikationsdiensten gerecht zu werden, oder ob wir neue Regelungen benötigen.

Meine Damen, meine Herren, ich habe gerade diesen Wandel und diese Veränderungen angesprochen. Ich möchte zum Schluß neben diesen aktuellen Herausforderungen, was den Einsatz von Chipkarten angeht, sagen: Die Frau Datenschutzbeauftragte war nicht Öl, sondern oft Sand im Getriebe. Sie hat sich — ich sage das, nachdem sie aus ihrem Amt ausscheidet — für den Datenschutz in Baden-Württemberg bleibende Verdienste erworben.

Daß wir heute keinen Nachfolger benennen, ist Übereinstimmung von zumindest vier Fraktionen hier gewesen. Ich denke, daß es deshalb sinnvoll war, zu vereinbaren, uns im Sommer über die Nachfolge zu unterhalten, denn wir wissen, daß es ansonsten rechtliche Risiken gegeben hätte.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Nein, nein!)

Sowohl FDP/DVP wie Republikaner haben selbst vorgeschlagen, die Bestellung zu verschieben. Die Grünen haben sich dahin gehend geäußert, daß — das wissen Sie — bei dem vorgeschlagenen Bewerber ein Rechtsrisiko bestehe.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Nur bei einem von dreien!  
Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Ich meine, man sollte es nicht auf das Risiko einer Konkurrentenklage ankommen lassen. Dieser Meinung hat sich die CDU angeschlossen. Ich erachte das für sachgerecht.

(Beifall des Abg. Deuschle REP — Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Reinhart, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Ich habe es gesehen: Meine Sprechzeit ist zu Ende.

Ich möchte bei diesem Sechzehnten Datenschutzbericht, dem letzten von Frau Dr. Leuze, festhalten: Wenn sich eine sechsstellige Zahl von öffentlich Bediensteten in diesem Land mit dem Datenschutz so vertraut gemacht hat, daß Datenschutz für sie kein Fremdwort mehr ist und daß wir keine spektakulären Fälle mehr feststellen konnten, spricht das sowohl für den Datenschutz wie auch für das wachsende Bewußtsein unserer öffentlich Bediensteten.

Ich danke allen, die an der Erstellung des Tätigkeitsberichts mitgewirkt haben.

Ich schlage vor, daß wir zustimmend Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebber.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dem Erfinder des Bebberrismus!)

**Abg. Bebber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich der Frau Datenschutzbeauftragten für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit danken. Dieser Dank gilt uneingeschränkt, auch wenn wir in zahlreichen Fällen in der Sache unterschiedlicher Auffassung waren. Das ändert nichts daran, daß wir die Arbeit, die die Frau Datenschutzbeauftragte geleistet hat, anerkennen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kurz CDU: Der Dank kommt aus vollem Herzen!)

Wir sehen einen Unterschied zwischen unserem Dank an die Frau Datenschutzbeauftragte und dem Dank, den die CDU-Fraktion ausgesprochen hat,

(Heiterkeit der Abg. Döpfer CDU und Hackl GRÜNE — Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist aber jetzt interessant!)

und zwar insofern, als die CDU-Fraktion zwar den Dank ausgesprochen hat, aber dem,

(Abg. Schöning FDP/DVP: Jetzt wird's schon kompliziert! — Abg. Hackl GRÜNE: Das kommt doch nie rüber!)

was wir an Stärkung für den Datenschutz tun wollten, angefangen von der obersten Landesbehörde über die Ausweitung des Kontrollrechts beim Datenschutz bis hin zu Schadensersatzregelungen, nicht zugestimmt hat, sondern diese Novellierung und Stärkung des Datenschutzes verhindert hat.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ihr könnt nachher bei der Sicherheitsüberprüfung etwas dafür tun! Ich bin gespannt!)

Wir haben nach dem jüngsten Datenschutzbericht festzustellen, daß es im Gegensatz zu vergangenen Zeiten keinen extrem schwerwiegenden Verstoß gibt und daß schon gar keine Skandale im Datenschutz festzuhalten sind. Das heißt, daß sich in der öffentlichen Verwaltung in bezug auf das Datenschutzbewußtsein durchaus etwas geändert hat.

Es gibt nach wie vor viele Verstöße. Es gibt viele Verstöße, die, weil nach der Beanstandung durch die Frau Datenschutzbeauftragte bei den Betroffenen auf Einsicht gestoßen, korrigiert worden sind. Es gibt einige Verstöße, bei denen unterschiedliche Rechtsauffassungen bestehen und wo bei den Betroffenen zum Teil keine Abhilfe geschaffen worden ist, weil sie eben nicht als Verstöße angesehen worden sind. Es gibt auch Verstöße — sehr viele Verstöße, wenn ich es richtig sehe —, die auf Unkenntnis oder auf Nachlässigkeit in der Verwaltung zurückzuführen sind.

Wir meinen deshalb, daß eigentlich gerade das, was wir bei der Novellierung unter anderem vorgeschlagen haben, nämlich eine Fachkraft, einen Beauftragten im öffentlichen Dienst bei den jeweiligen Behörden zur Kontrolle, zur Wahrung des Datenschutzes, notwendig wäre. Wir glauben, daß es einem Landesdatenschutzbeauftragten nicht möglich ist, in allen Verwaltungsbereichen die Verstöße permanent und wirksam aufzudecken und abzustellen. Deshalb meinen wir, es wäre richtig, eine Fachkraft in den einzelnen Behörden zu

(Bebber)

bestimmen, nicht neue Stellen zu schaffen, sondern entsprechend Fachkräfte auszubilden, die beratend und vorbeugend tätig sein können.

Trotz all dieser Feststellungen — keine Skandale, keine extrem schwerwiegenden Verstöße — soll keinesfalls der Eindruck erweckt werden, daß Datenschutz gewissermaßen das Ziel erreicht habe oder daß es für den Datenschutz keine Aufgabenbereiche mehr gebe. Im Gegenteil — der Kollege hat es bereits angesprochen —: Es gibt Entwicklungen im Land, die es im besonderen Maß notwendig machen, auf den Datenschutz zu achten, den Datenschutz zu stärken. Die Frau Datenschutzbeauftragte hat es mit „Neue Computerwelt“ überschrieben und dargestellt, was im einzelnen an Entwicklungen auf den Weg gebracht worden ist und auch noch kommen wird. Wir meinen, daß es für diese Bereiche in den nächsten Monaten verstärkt darauf ankommen wird, Datenschutz praktisch zu betreiben.

Wir halten es deshalb in diesem Zusammenhang für ausgesprochen bedauerlich, daß wir heute offensichtlich nicht dazu kommen werden, einen neuen Datenschutzbeauftragten zu wählen. Es grämt uns in diesem Zusammenhang nicht im Übermaß, daß die CDU-Landtagsfraktion den Ministerpräsidenten mit abgeschnittenen Hosen hat dastehen lassen.

(Heiterkeit des Abg. Gaßmann SPD — Abg. Sieber CDU: Was? — Abg. Alfred Haas CDU: Haben Sie ihn damit gesehen? Nein, kann nicht sein!)

Aber für den Datenschutz im Land hat es unseres Erachtens verheerende Folgen, daß die CDU aufgrund interner Querelen entscheidungsunfähig ist.

(Abg. Mogg SPD: So ist es! — Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

— Herr Haas, Sie sind immer gern am Maulen. Ich lese Ihnen einmal vor, was der Ministerpräsident Anfang Februar verlautbart hat:

Erwin Teufel unterstrich, er habe im Einvernehmen mit der CDU-Landtagsfraktion den Bewerber Schäfer uneingeschränkt akzeptiert.

Warum wählen wir den Mann heute nicht?

(Abg. Schneider CDU: Kennen Sie die Stellungnahme des Landespersonalausschusses? — Abg. Alfred Haas CDU: Personalrat!)

— Ich habe die Erklärung des Ministerpräsidenten vorgelesen.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Er hat erklärt, daß er mit der CDU-Fraktion einig sei.

(Abg. Sieber CDU: Lesen Sie einmal die Stellungnahme des Personalrats vor, wenn Sie schon so für Fairneß plädieren!)

— Sie haben die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er mit der CDU-Fraktion einig sei:

(Abg. Alfred Haas CDU: Entscheidet er allein?)

Bewerber Schäfer uneingeschränkt akzeptiert. Ich weiß nicht, wer die CDU-Fraktion ist, wenn er mit ihr einig war, wer denn hier sitzt oder wo diejenigen herumgeistern, die dagegen gestimmt haben. Weshalb können wir heute nicht wählen?

(Abg. Sieber CDU: Wir sind immer einig mit dem Ministerpräsidenten! — Abg. Schöttle CDU: Hört doch auf! — Heiterkeit)

Wenn Sie in der Fraktion Ihre Meinung geändert haben und Schäfer nicht mehr akzeptieren können: Da gab es zwei weitere Bewerber,

(Oh-Rufe von der CDU — Abg. Hackl GRÜNE: Sehr gut!)

unter anderem einen Bewerber, der als Datenschützer international anerkannt ist, der auch nach Ihrer Auffassung die Voraussetzungen erfüllt. Nun sagen Sie uns einmal, warum der Mann heute nicht gewählt wird, wenn Sie vom Bewerber Schäfer nachträglich abgerückt sind?

(Beifall der Abg. Zeller und Mogg SPD)

Wenn Sie erklären, daß es diesbezüglich Schwierigkeiten gebe, weil es kein Landsmann, kein Mann aus Baden-Württemberg sei, dann frage ich Sie: Warum haben Sie denn einen Bewerber namens Fischer ins Rennen geschickt, der von Geburt ein Münchener ist?

(Lachen bei Abgeordneten der Republikaner — Abg. Kurz CDU: Es geht doch um die richtige fachliche Auswahl! Es geht doch um die Kompetenz! — Abg. Stächele CDU: Ist das alles, was Sie zum Datenschutzbericht haben?)

Sie haben aus rein parteipolitischen Gründen die Wahl eines neuen Datenschutzbeauftragten verhindert,

(Beifall bei der SPD)

und Sie nehmen null Rücksicht darauf, ob das dem Datenschutz im Land guttut oder nicht.

(Abg. Stächele CDU: Nehmen Sie doch einmal zum Bericht Stellung! Das wäre viel gescheiter! — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Bebber SPD: Wir werden Ihnen mit Hilfe der Wähler die richtige Antwort geben.

(Beifall bei der SPD — Oh-Rufe von der CDU — Abg. Stächele CDU: Er hat nur Wahlkampf im Kopf!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß die zuletzt gehörten Bemerkungen über einen Bewerber aus München nicht auch noch als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit gewertet werden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(Dr. Schlierer)

Aber ich glaube, daß wir die Debatte heute zunächst einmal dazu nutzen sollten,

(Zuruf des Abg. Schöttle CDU)

der Frau Landesbeauftragten für den Datenschutz ausdrücklich nicht nur für ihre Arbeit im letzten Jahr, sondern auch für ihre engagierte und kompetente Arbeit und ihren Einsatz in den letzten 16 Jahren zu danken. Diesen Dank verbinden wir auch mit dem Dank an die Angehörigen der Dienststelle, die uns wieder diesen Bericht vorgelegt haben.

Wir bedauern, daß der letzte Abschnitt der Amtsführung von Frau Leuze von einigen unerquicklichen Begleiterscheinungen überschattet wurde. Der schon länger schwebende Konflikt mit dem Innenminister und das würdelose Hickhack um die Nachfolge — gerade haben wir noch einen Nachklang davon erlebt — haben dem Ansehen des Datenschutzes in Baden-Württemberg nicht nur nicht genützt, sondern sicher auch geschadet.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Schuld daran trifft nicht die Frau Datenschutzbeauftragte, sondern den Innenminister und die Koalitionsfraktionen. Der Scherbenhaufen, den die große Koalition hier hinterläßt, ist um so bedauerlicher, meine Damen und Herren, als Frau Leuze über viele Jahre hinweg dem Datenschutz in Baden-Württemberg zu hohem Ansehen verholfen hatte.

Ich will zu diesem Bericht und auch zur Tätigkeit von Frau Leuze folgendes sagen: Uns erscheint wichtig, daß auch dieser Bericht, wie schon die früheren, wichtige Hinweise auf künftig relevante Entwicklungen im Datenschutzbereich gegeben hat. Es ist vorhin schon auf die neue Qualität in der Kommunikation, die wir durch Datennetze — Internet und ähnliches — bekommen, aber selbstverständlich auch auf die neuen Möglichkeiten von Datensammlungen in vielen Bereichen, etwa im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich und in vielen anderen, hingewiesen worden. Hier ist es wichtig, daß das Bewußtsein für die Weiterentwicklung des Datenschutzrechts geschärft wird.

Zu den einzelnen Punkten des Sechzehnten Tätigkeitsberichts will ich nicht allzuviel sagen; wir nehmen gern von ihm und der Stellungnahme der Landesregierung Kenntnis.

Die Notwendigkeit des Datenschutzes werden wir übrigens wohl auch im Verlauf des nächsten Tagesordnungspunkts besprechen können. Es zeigt sich, daß es viele Punkte gibt, die den Datenschutz auch künftig wichtig und wahrscheinlich noch wichtiger als bisher machen werden.

Ich will noch etwas zu der Frage der Nachfolge von Frau Leuze und der Frage, wie wir das Amt des Datenschutzbeauftragten hier im Land zu behandeln haben, sagen. Nach unserer Ansicht war ein entscheidender Grund dafür, daß Frau Leuze für die dritte Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stand, das zerrüttete Vertrauensverhältnis zum derzeitigen Innenminister, dessen Verhalten gegenüber der ihm nachgeordneten Beauftragten für den Datenschutz indiskutabel genannt werden muß.

Selbstverständlich, Herr Innenminister, kann es einmal einen Dissens in der Sache geben. Wenn er aber so ausgefochten wird, wie wir es erlebt haben — einschließlich großer Pa-

pierberge, die man uns im Ständigen Ausschuß übergeben hat —, dann nimmt vor allem das Amt der Datenschutzbeauftragten Schaden, und dieser Schaden fällt dann auf den zuständigen Ressortminister zurück, auf eine Amtsführung, die in diesem Bereich von mangelnder Souveränität geprägt war.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wichtig ist natürlich auch, daß im Bereich des Innenministeriums manches im Zusammenhang mit dem Datenschutz widersprüchlich erscheint. Ich habe mir die Broschüre „Tätigkeitsbericht des Innenministeriums 1995“ noch einmal durchgelesen und bin auf manche wohlfeile Ausführung gestoßen. Da war die Rede davon, daß die Verbesserung des Datenschutzes davon abhängt, daß die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte informiert seien und diese Rechte auch selbstbewußt wahrnehmen. All dies, was dort an schönen Formulierungen zu finden ist, spricht Bände, steht aber auch in krassem Widerspruch zu dem, was wir hier in der Auseinandersetzung zwischen Innenminister und Datenschutzbeauftragter zur Kenntnis nehmen mußten.

Wichtig ist, daß Frau Leuze selbst auch in diesem Tätigkeitsbericht wieder einen Hinweis auf einen entscheidenden Punkt gegeben hat: 1980, im Jahr Ihres Amtsantritts, Frau Leuze, hatten Sie wegen der organisatorischen Zuordnung Ihres Amtes zum Innenministerium schon Zweifel, ob unter diesen Bedingungen die Wahrnehmung Ihrer Aufgabe gelingen würde. Viele Jahre ging das wohl, zwar mit Konflikten, aber doch in Kooperation mit dem jeweiligen Innenminister.

In den letzten vier Jahren haben wir sehen müssen, daß dies nicht mehr ging. Daraus ziehen wir einen Schluß: Wir sind der Überzeugung, daß mehr denn je zur Wahrung der Unabhängigkeit des Amtes des Landesdatenschutzbeauftragten dieses aus der Zuständigkeit des Innenministeriums herausgelöst werden muß und dem Landtag zugeordnet werden sollte.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir sagen dies auch im Blick auf die im Sommer anstehende Neubesetzung, für die wir den Wunsch äußern, daß es beim Verfahren kein Hin und Her und auch keine Beschädigung der Kandidaten gibt. Ich halte die Art und Weise, wie hier — auch aus den Reihen der CDU — in den vergangenen Tagen über Kandidaten hergezogen wurde, nicht für angemessen. Wir hoffen, daß die Neubesetzung mit einem neuen Status des oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz verbunden wird.

Wir nehmen Kenntnis von diesem Bericht und wünschen Ihnen, Frau Leuze, für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Datenschutz war in den letzten Jahren in guter Hand, die Daten waren es nicht. Diese Kritik ist gemünzt auf den Innenminister dieses Landes. Aber angesichts der Vorgänge in den letzten zwei Wochen bezieht

(Birgitt Bender)

sie sich um so schärfer auf den CDU-Fraktionsvorsitzenden Oettinger, der mit den ihm anvertrauten Bewerberdaten in absolut unverantwortlicher Weise umgegangen ist.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Es mag ja das Problem der CDU sein, wenn sich der CDU-Fraktionsvorsitzende gegen den vom eigenen Ministerpräsidenten akzeptierten Personalvorschlag stellt. Es ist aber nicht das Problem der CDU, wenn der Fraktionsvorsitzende nichts Besseres zu tun hat, als für die drei Bewerber, die vom Herrn Innenminister vorgeschlagen werden, öffentlich die Bezeichnung „zwei Nietens und eine halbe“ zu finden. So, meine Damen und Herren, zieht man Leute nicht durch den Dreck. Das ist keinem Bewerber zuzumuten. Ich finde, daß eine Entschuldigung das mindeste ist, was vom Fraktionsvorsitzenden der CDU zu verlangen ist, der es nicht einmal für nötig hält, dieser Debatte beizuwohnen,

(Abg. Trageiser REP: Der fehlt wie so oft!)

und zwar eine Entschuldigung nicht nur gegenüber den betroffenen Personen, sondern auch eine öffentliche Entschuldigung, weil die erwähnte Äußerung so in baden-württembergischen Zeitungen zu lesen war.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Schöning FDP/DVP — Abg. Kurz CDU: Es geht jetzt um den Tätigkeitsbericht und nicht um die neue Nominierung!)

Aber auch Sie, Herr Innenminister, müssen sich fragen lassen, ob Sie bei dem Versuch der Neubesetzung dieses Amtes politisch klug vorgegangen sind. Ich rede im Moment nicht über die Gründe, aus denen heraus Frau Leuze das Handtuch geworfen hat; darauf komme ich noch zu sprechen. Die Frage ist, ob es klug war, ohne eine Änderung der Institution der Datenschutzbeauftragten, für die ja sowohl Sie als auch wir und auch die FDP/DVP in diesem Parlament eintreten, kurz vor Toresschluß, nämlich kurz vor einer Landtagswahl, eine Entscheidung zu erzwingen, von der abzusehen war, daß sie in die Mühlen des Wahlkampfes gerät.

(Abg. Weimer SPD: Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun! — Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Man kann das ja präjudizieren!)

Und, Herr Birzele, gerade jemand, der sich so häufig auf Regeln beruft und die Erfahrung seiner sozialdemokratischen Kabinettskollegin vor Augen haben mußte, die eine Personalentscheidung traf, die nicht mit der Ausschreibung übereinstimmte, sollte sich vielleicht doch einen Kandidaten ausgucken, der auch die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Sie haben schon Ihren Teil zu dem beigetragen, woraus jetzt dieses Desaster entstanden ist.

(Abg. Weimer SPD: Das ist auch falsch!)

Nun wird die Wahl des oder der Datenschutzbeauftragten erst in der nächsten Legislaturperiode stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, daß sie mit einer neuen Fassung des Gesetzes, mit der Institution einer unabhängigen Landesbehörde und mit erweiterten Rechten verbunden wird. Wir hoffen, daß wir dafür die politische Mehrheit finden.

(Abg. Deuschle REP: Von uns auf jeden Fall!)

Aber, Herr Birzele, ich möchte noch etwas zu den letzten vier Jahren und damit auch zum Datenschutzbericht sagen. Die Daten waren bei Ihnen nicht in guten Händen; denn es waren Sie, der Herr Innenminister, der sich in der Regel nicht vor, sondern gegen den Datenschutz gestellt hat. Es ist nicht so sehr das Problem, meine Damen und Herren, daß Behörden, auch die dem Innenminister unterstellten Sicherheitsbehörden, gegen den Datenschutz verstoßen können, sondern die Frage ist, ob der Minister hier Abhilfe schafft.

In diesem Datenschutzbericht haben wir zahlreiche Probleme im Sozial- und Gesundheitsbereich aufgezeigt bekommen. Das Sozialministerium hat fast ausnahmslos den von Frau Dr. Leuze gemachten Beanstandungen abgeholfen und gesagt: Jawohl, wir wirken darauf hin, daß das anders gemacht wird.

Ganz anders Herr Innenminister Birzele. Fehlanzeige schon bei so banalen Sachen wie der, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Rechtsaufsichtsbehörde der Kommunen gegenüber der Initiative einer Bürgerin, die aus Sicherheitsgründen im Adreßbuch der Stadt nur mit dem abgekürzten Vornamen erscheinen will, einfach sagen: Ach, das ist zuviel Aufwand, und irgendwie geht das nicht. Sankt Bürokratius läßt grünen.

Viel schlimmer aber ist es, Herr Innenminister, daß Sie sich ohne Ausnahme jeweils vor die Polizei und den Verfassungsschutz, vor die Sicherheitsbehörden insgesamt stellen, egal, wie diese mit dem Datenschutz umgehen. Sie haben sich sogar die Altlasten Ihres Vorgängers — Stichwort: Verdeckte Ermittler in Tübingen — zu eigen gemacht. Und Sie haben weitere Aktionen gedeckt. Ich erinnere nur an den Teil des Datenschutzberichts, in dem von den Chaostagen die Rede ist. Der Kollege von der CDU-Fraktion hat es nicht richtig verstanden. Es ging nämlich gerade nicht um Jugendliche, die an diesen sogenannten Chaostagen teilnehmen wollten, sondern

(Abg. Hackl GRÜNE: Eben!)

es ging um Jungs und Mädels, die mal in Stuttgart — wir haben ja eben vom Einzelhandel gesprochen — an einem verkaufsoffenen Samstag einkaufen wollten und die dann, weil die Polizei diese Chaostage befürchtete, von der Polizei über mehrere Stunden festgehalten, fotografiert und, mit einem standardisierten Platzverweis ausgestattet, schließlich wieder heimgeschickt wurden. Die Frau Datenschutzbeauftragte hat dazu gesagt, sie könne nicht abschätzen, ob eine solche Aktion verhältnismäßig gewesen sei, weil die Polizeibehörden für ihr Verhalten keine auf diese Jugendlichen gemünzte Begründung, sondern nur eine Standardbegründung gegeben hätten. Was passiert dann in der Sitzung des Ständigen Ausschusses? Da sagt der Innenminister: Jetzt haben die Polizeibehörden aber eine andere Begründung gegeben; die haben gesagt, da sei eine größere Gruppe und eine kleinere gewesen und die eine habe sich von der anderen abgespalten. Es sei dahingestellt, ob diese Begründung tauglich wäre. Aber, Herr Innenminister, ich frage Sie: Wie soll eigentlich das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in den Rechtsstaat erhalten und womöglich gestärkt werden, wenn der Eindruck entstehen muß, daß die Polizei zuerst in die Bürgerrechte eingreift und sich hinterher dafür eine Begründung einfallen läßt?

... (Beifall bei den GRÜNEN)

(Birgitt Bender)

Es gibt auch andere Bereiche, Herr Birzele. Ich nenne als Dauerbrenner die Personenauskunftsdatei der Polizei. In jedem Datenschutzbericht kommt vor, daß dort zuviel, zu lang, zu wüst gespeichert wird und wurde, auch schon vor Ihrer Amtszeit. Aber das hat sich in Ihrer Amtszeit — und das ist der Punkt —, in der Amtszeit eines sozialdemokratischen Innenministers, nicht gebessert. Im Gegenteil, Sie treten jetzt ausdrücklich dafür ein, daß es auch eine Speicherung für den Fall geben darf, daß die Wiederholungsgefahr hinsichtlich eines Straftatverdachts gar nicht festgestellt ist, Sie wollen einen Prüffall einführen, wo jemand mal eben so auf ein Jahr im Polizeicomputer landet, ohne daß überhaupt die Wiederholungsgefahr festgestellt werden muß.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Frau Abg. Bender, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Birgitt Bender GRÜNE:** Ja, ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident.

Ich nenne dieses Prinzip, Herr Innenminister, „in dubio contra libertatem“.

(Abg. Weimer SPD: Was heißt das?)

Ich frage mich: Wie paßt dieses Prinzip zu einem sozialdemokratischen Innenminister? Zu einem Law-and-order-Mann wie dem CDU-Minister Schlee hat das vielleicht gepaßt, aber die Frage ist doch: Wie vertreten Sie das?

Sie müssen sich auch fragen lassen — ich sage das nur noch in wenigen Sätzen —, wie Sie mit Amt und Person der Datenschutzbeauftragten umgegangen sind.

(Abg. Dr. Caroli SPD: 3 Minuten über der Zeit!)

Man weiß, Souveränität im Umgang mit Kritik ist nicht Ihre Stärke.

(Lachen des Abg. Weimer SPD — Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist wohl wahr!)

Aber es ist erstmals vorgekommen, Herr Minister, daß ein Minister als der Dienstvorgesetzte der Datenschutzbeauftragten versucht hat, in dieses Amt hineinzuregieren. Ich nenne als Beispiel nur die Arbeitszeitregelung. Das war überflüssig wie ein Kropf. Alle Ihre Aktionen haben dazu beigetragen, eine hochkompetente und engagierte Datenschützerin dazu zu bringen, daß sie den Bettel hinwirft.

(Abg. Bebbler SPD: Wie sieht das aus? Kriegen wir jetzt eine Zeitgutschrift?)

Dafür tragen Sie die politische Verantwortung. Ich frage, Herr Innenminister, nicht nur: „Was ist daran demokratisch?“, sondern ich frage auch: „Was ist daran sozialdemokratisch?“

Abschließend möchte ich der Frau Leuze herzlich für die 16 Jahre ihrer Arbeit danken, ihr Anerkennung zollen und ihr für die Zukunft — ich hoffe, auch bei einer neuen beruflichen Aufgabe — alles Gute wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Berichtszeitraum des Sechzehnten Datenschutzberichts ist der ganz große Datenschutzskandal in der behördlichen Praxis ausgeblieben. Auch wenn es an sogenannten spektakulären Fällen mangelt, darf daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß nunmehr im behördlichen Alltag der datenschutzkonforme Umgang zur selbstverständlichen Übung gehört.

Auch im Jahr 1995 sind erhebliche Mängel beim Datenschutz aufgetreten. Der Bericht von Frau Dr. Leuze zeigt wiederum in einer Vielzahl von Einzelfällen, wie in nicht hinnehmbarer Weise das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Bürgers von den Behörden verletzt wird. Es gibt im Grunde keinen Verwaltungsbereich, der davon ausgenommen wäre. Mangelnde Sensibilität und eine gewisse Gleichgültigkeit beim Umgang mit den Daten der Bürger sind im behördlichen Alltag keine Seltenheit.

(Abg. Hackl GRÜNE: Und bei der FDP? Bei der FDP auch!)

Auch heute ist nach wie vor aktuell, was Frau Dr. Leuze vor vier Jahren in ihrem Zwölften Tätigkeitsbericht folgendermaßen formulierte: „Noch viel zu wenig ist das, was den Datenschutz eigentlich ausmacht, in das allgemeine Bewußtsein gerückt.“

Auch ihre damalige Feststellung, daß unsere Gesellschaft noch ein gutes Stück davon entfernt ist, den Datenschutz so zu begreifen und zu handhaben, wie es vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil formuliert wurde, nämlich als „elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens“, ist nach wie vor aktuell.

Meine Damen und Herren, bedauerlicherweise müssen wir heute aber auch feststellen, daß nicht nur unsere Gesellschaft Schwierigkeiten mit dem Datenschutz hat, sondern daß es auch Minister gibt, die sich auf diesem Gebiet zunehmend schwerer tun.

Tatsache ist, daß die Unabhängigkeit der Datenschutzkontrolle in dieser Legislaturperiode gefährdet war, weil sie durch einen Innenminister in Frage gestellt wurde. In bisher nie dagewesener Weise ist die Datenschutzbeauftragte den Angriffen eines Ministers ausgesetzt gewesen.

(Abg. Heiler SPD: Womit denn?)

Herr Birzele war sich nicht zu schade, in den letzten drei Jahren gewissermaßen zur Jagd auf Frau Leuze zu blasen, um sie schließlich zur Strecke zu bringen.

(Unruhe und Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Gaßmann)

Gewiß, Frau Dr. Leuze war unbequem. Ein Datenschutzbeauftragter, meine Damen und Herren, muß aber unbequem sein, sonst kann er seine Aufgaben nicht erfüllen. Das hätte der Innenminister eigentlich wissen müssen.

(Abg. Bebbler SPD: Wie sagte Döring? Sie blasen aber die Backen auf!)

(Kiesswetter)

Die ganze Auseinandersetzung zwischen ihm und der Datenschutzbeauftragten ist den Belangen des Datenschutzes abträglich gewesen. Es spricht schon Bände, wenn der Innenminister in dieser Auseinandersetzung zu seiner Rechtfertigung Schriftsätze vorlegt, die den Umfang von mehr als fünf Tätigkeitsberichten zum Datenschutz haben.

Aber nicht nur die Vorgehensweise des Innenministers hat den Belangen des Datenschutzes geschadet, sondern auch die Vorgänge der letzten Tage, soweit sie die Nachfolge von Frau Dr. Leuze betreffen, sind für den Datenschutz schädlich gewesen.

(Zustimmung des Abg. Kiel FDP/DVP)

Das unsägliche Hickhack, das hier veranstaltet wurde, ist alles anderes als ein Ruhmesblatt für die große Koalition.

(Abg. Schneider CDU: Für den Minister, nicht für die große Koalition!)

Die dafür Verantwortlichen sollten sich einmal kritisch fragen, inwieweit sie ihren politischen Verantwortungen noch nachgekommen sind.

Derartige Vorgänge, meine Damen und Herren, müssen in Zukunft ausgeschlossen werden. Sie zeigen einmal mehr, daß es allerhöchste Zeit ist, die Stellung des Datenschutzbeauftragten weiter zu stärken, damit er gegenüber der Regierung die notwendige Unabhängigkeit erhält.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Deshalb betone ich hier noch einmal ausdrücklich, daß die Datenschutzbehörde endlich zu einer obersten Landesbehörde aufgewertet werden muß, wie es von der FDP/DVP schon mehrfach in diesem Haus beantragt worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dem Datenschutz wieder den ihm gebührenden politischen Stellenwert einzuräumen. Datenschutz und seine Kontrolle sind keine leichten Aufgaben. Sie sind ein schwieriges Geschäft.

Ich möchte Frau Dr. Leuze an dieser Stelle ganz besonders danken, weil sie dieses Geschäft in einmaliger Weise ausgeübt hat. Ich sage Dank auch im Namen meiner Kollegen aus der FDP/DVP-Landtagsfraktion. In diesen Dank schließe ich auch die Mitarbeiter der Datenschutzbeauftragten ein.

Meine Damen und Herren, mit Frau Dr. Ruth Leuze verliert das Land Baden-Württemberg eine Datenschutzbeauftragte von Ausnahmeformat, deren Tätigkeit auf bundesweite Resonanz gestoßen ist. Ruth Leuze ist im Datenschutz zu einer Institution geworden. Sie wird ein Lücke hinterlassen, die nur schwer gefüllt werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

**Innenminister Birzele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst namens der Landesregierung Ihnen, Frau Dr. Leuze, der Landesbeauftragten für den Datenschutz, für Ihren Sechzehnten Tätigkeitsbericht danken.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Datenschutzbeauftragten, und mein Dank gilt den Mitarbeitern der Ressorts, insbesondere des Innenministeriums, die unter einem sehr erheblichen Zeitdruck die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Datenschutzbericht erarbeitet haben, so daß diese Diskussion heute noch möglich wurde.

Der Sechzehnte Tätigkeitsbericht der Datenschutzbeauftragten zeigt, daß der Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert erreicht hat. Dies gilt für die Landesverwaltung ebenso wie für die Kommunalverwaltungen; denn in diesem Tätigkeitsbericht sind erfreulicherweise keine grundlegenden strukturellen Verstöße oder Defizite angesprochen. Es geht vielmehr „nur noch“ um Einzelfälle, die sich nie völlig vermeiden lassen. Insoweit ist der Tätigkeitsbericht ein Dokument der datenschutzrechtlichen Normalität.

Ich will zunächst wenige Bemerkungen zum ersten Teil des Berichts machen.

Die dort gegen mich erhobenen Vorwürfe entsprechen nicht den Tatsachen. Zu diesen Vorwürfen habe ich in der Stellungnahme der Landesregierung Stellung bezogen.

Darüber hinaus hat das Innenministerium schon mit Bericht vom 15. September 1995 an den Ständigen Ausschuss des Landtags ausführlich zu den Vorwürfen Stellung genommen und sie in allen Punkten widerlegt. Mich wundert es sehr, Herr Abg. Kiesswetter, daß Sie eine ausführliche und detaillierte Stellungnahme mit zahlreichen Unterlagen, die vom Ständigen Ausschuss gewünscht war, heute kritisieren. Diese Stellungnahme hat es Ihnen ermöglicht, alles selbst zu entscheiden.

(Abg. Bebbler SPD: Im Ausschuss war er stumm wie ein Fisch! Keinen Ton hat er rausgekriegt!)

Sie haben vorhin keinen einzigen Punkt aufgegriffen, um auf diese Dinge dann wirklich einzugehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das war heute billiger Populismus!)

Meine Damen und Herren, ich habe mich, wie es meine Pflicht ist, für die Belange der Bediensteten des Landes und der Kommunen und der Dienststelle eingesetzt. Daraus resultierten einige Konflikte, so zum Beispiel der über die Einrichtung eines eigenen Personalrats bei der Dienststelle. Da sich die Bediensteten bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung gegen einen solchen Personalrat ausgesprochen haben, habe ich der Einrichtung eines eigenständigen Personalrats nicht zugestimmt. Das hat mir den Zorn von Frau Leuze zugezogen.

Aber ich sage Ihnen allen hier: Sie alle kannten dies, als wir das Landespersonalvertretungsgesetz beraten haben. Keine Fraktion dieses Hauses hat damals beantragt, einen eigenständigen Personalrat

(Abg. Weimer SPD: Aha! — Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Weil es da zu spät war!)

— aber überhaupt nicht — bei der Dienststelle einzurichten, der im übrigen, Frau Bender, nur aus einer Person bestan-

(Minister Birzele)

den hätte. Ob so etwas sinnvoll ist — einmal ganz unabhängig von anderen Fragen —, wage ich sehr zu bezweifeln.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist immer sinnvoll!)

Ich habe mich nachhaltig für eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes eingesetzt. Der Kollege Bebber hat die Positionen dargestellt. Ziel war unter anderem, die Position des Datenschutzes zu stärken und die Dienststelle der Landesbeauftragten für den Datenschutz zu einer obersten Landesbehörde aufzuwerten. Ziel war auch, vorzusehen, daß der Landtag die Datenschutzbeauftragte wählt und nicht die Regierung hierzu einen Vorschlag unterbreitet.

Ich habe mich noch im November mehrmals beim CDU-Fraktionsvorsitzenden darum bemüht, eine Stellungnahme dazu zu erhalten. Er hat sich aus geschwiegen. Um so mehr hat mich befremdet, daß er dann in einer Presseerklärung vom 18. Dezember gesagt hat — ich zitiere wörtlich —:

Zweitrangig, so pflichtete Oettinger den Aussagen von Frau Leuze bei, sei die Frage der organisatorischen Zuordnung der Behörde.

(Lachen bei der SPD — Abg. Zeller SPD: Wo ist denn der Fraktionsvorsitzende? — Abg. Bebber SPD: Der sitzt unter dem Tisch! — Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Der arbeitet! — Abg. Mühlbeyer CDU zur SPD: Wo ist denn eurer? — Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Mühlbeyer, ruhig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas zu der geäußerten Kritik sagen.

Frau Bender, Sie haben beanstandet, daß ich in die Dienststelle hineinregiert hätte, und haben als Beispiel die Arbeitszeitregelung genannt. Ich glaube, Sie haben die Stellungnahme nicht gelesen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Doch!)

Sonst hätten Sie daraus entnehmen können, daß es sich dabei um einen Konflikt zwischen dem Personalrat und der Datenschutzbeauftragten handelte, der ausschließlich darin bestand, daß der Personalrat Auskunft wünschte, warum die Arbeitszeitregelung bei der Dienststelle für den Datenschutz eine andere sein sollte als bei den anderen Ministerien des Landes. Ich habe mich da überhaupt nicht eingemischt, im Gegenteil. Ich habe bei einem Gespräch einmal den Versuch gemacht, den Personalratsvorsitzenden mit Frau Leuze an einem Tisch zusammenzuhaben. Der Versuch ist nicht erfolgreich gewesen.

Auf die übrigen Punkte, die Sie angesprochen haben — ich bestreite Ihnen überhaupt nicht die Berechtigung solcher Fragestellungen oder solcher Kritik —, gehe ich nachher noch im einzelnen ein.

Ich will nur etwas zu der globalen Kritik sagen, die geäußert worden ist, ohne sie in irgendeiner Hinsicht zu substantiieren. Wenn der Fraktionsvorsitzende Schlierer schon damals bei einer Pressemitteilung formulierte: „Wenn es um Machtausübung und Machterhalt geht, nimmt es der Innenminister mit dem Gesetz und den Schutzrechten der Bürger offenbar nicht sonderlich genau“, so hat mich das nicht weiter er-

staunt. Im Vergleich zu dem, was ich an Beleidigungen von dieser Seite einzustecken habe, ist das geradezu zurückhaltend.

(Abg. Bebber SPD: Das gereicht zur Ehre! — Abg. Dr. Schlierer REP: Jetzt haben Sie ja gerade vor Gericht eine richtige Lehre bekommen! „Landgericht Karlsruhe“ sage ich nur!)

Wenn der Abg. Kiesswetter dagegen sagt — und er hat heute im wesentlichen seine Rede auf eine frühere Pressemitteilung beschränkt —, ich hätte dem Land mit meiner „Jagd auf Frau Leuze“ Schaden zugefügt, ohne dann Punkte anzusprechen,

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Die sind bekannt!)

Herr Kiesswetter, dann ist das eine ganz miese Art des Vorgehens.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Die sind aber bekannt! — Abg. Bebber SPD: Ein Verleumder ist das!)

Der Gipfel der Heuchelei aber ist, wenn der CDU-Sprecher heute überhaupt keine Kritikpunkte bringt, aber der CDU-Fraktionsvorsitzende folgendes erklärt — ich zitiere aus einer Pressemitteilung —:

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber nicht heute!)

„Oettinger bedauerte . . .“ — Er hat es am 18. Dezember 1995 erklärt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das paßt ja nicht zusammen!)

— Ach, das paßt nicht zusammen?

(Unruhe)

Herr Abg. Haas, ich empfehle Ihnen, sich manchmal erst zu informieren, dann nachzudenken und dann zu reden und nicht immer die umgekehrte Reihenfolge einzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Abg. Alfred Haas CDU: Das käme Ihnen auch recht! — Abg. Mühlbeyer CDU: Der Herr Innenminister soll sich einmal daran erinnern, was er zum Datenschutz gesagt hat, bevor er Minister war! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich zitiere aus der Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion vom 18. Dezember 1995:

Oettinger bedauerte zugleich, daß der Innenminister in offensichtlich unzumutbarer Weise seine Dienstaufsicht zu Lasten des Datenschutzes und der Beauftragten geführt habe. „Wenn statt sachlicher und konstruktiver Auseinandersetzung hemmungslos Einflußnahme betrieben wird, nimmt der Datenschutz Schaden“, stellte der CDU-Politiker fest.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was ist daran falsch?)

(Minister Birzele)

Das ist der Gipfel der Heuchelei. Herr Oettinger hat sich in keinem einzigen Punkt jemals an mich gewandt und irgend etwas in dieser Hinsicht bei mir angemahnt oder vorgeschlagen.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD — Abg. Alfred Haas CDU: Das nützt ja gar nichts! — Weitere Zurufe)

Herr Oettinger ist ja leider nicht da.

(Abg. Zeller SPD: Wo ist er denn? — Gegenruf des Abg. Haasis CDU)

Aber er wäre doch einmal zu fragen, ob dies etwa darauf zurückzuführen ist, daß ich im Sommer 1992

(Abg. Zeller SPD: Der ist zu feige! Wo ist er denn?)

ungerechtfertigte Vorwürfe gegen den — Frau Bender, Sie haben es angesprochen — in der Amtszeit meines Vorgängers begonnenen und von mir beendeten Einsatz zweier Verdeckter Ermittler zurückgewiesen habe. Oder gab es etwa jemals Probleme bei der Stellungnahme der Landesregierung? Es gibt keinen Fall, in dem ich oder das Innenministerium ein anderes Ressort davon abgehalten hätte, den Begehren der Frau Datenschutzbeauftragten nachzukommen. Aber auch bei diesem Tätigkeitsbericht gibt es Fälle, in denen wir Ressorts gebeten haben, von ihrer ablehnenden Stellungnahme abzurücken — teilweise mit Erfolg.

Es gibt eine ganze Reihe von Gesetzen — Sie alle kennen sie —, bei denen es Konflikte darüber gab, ob und in welchem Umfang den Belangen des Datenschutzes entsprochen werden sollte. In keinem einzigen Fall hat sich die CDU für mehr Datenschutz eingesetzt.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, jawohl! — Abg. Bebber SPD: Genau so ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Frage der Nachfolge von Frau Dr. Leuze ist angesprochen worden. Lassen Sie mich auch dazu einige wenige Bemerkungen machen.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Landesregierung — nicht der Innenminister, sondern die Landesregierung — mit Zustimmung des Landtags nach dem gegenwärtigen Recht den Datenschutzbeauftragten bestellt. Das Innenministerium hat insoweit vorbereitende Tätigkeiten. Diese haben wir durchgeführt. Am 8. Januar hatte ich persönlich Gespräche mit einigen Bewerbern. Am 10. Januar — der Herr Fraktionsvorsitzende Oettinger wußte dies —

(Abg. Dr. Schlierer REP: Der ist immer noch nicht da! Wo ist er denn?)

habe ich den Ministerpräsidenten informiert. Das Staatsministerium hatte die vollständige Zusammenstellung der Bewerber. Ich habe dem Ministerpräsidenten gesagt, warum ich diese drei Bewerber für besonders qualifiziert halte. Ich habe dabei auch die jetzt sehr strittig gewordene Rechtsfrage ganz offen angesprochen.

Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 des Landesdatenschutzgesetzes muß der Landesdatenschutzbeauftragte — ich zitiere — „die

Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst“ haben. Der Landespersonalausschuß hat am 30. Oktober 1985 mit Beschluß Nummer 363/85 die Befähigung des Bewerbers Schäfer für den höheren Verwaltungsdienst festgestellt mit dem Zusatz — ich zitiere —: „auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung“.

(Abg. Schneider CDU: Das ist aber nicht Datenschutz!)

Ich habe schon damals und auch bei der Besprechung mit den Vertretern der Fraktionen in der letzten Woche ausgeführt: Weder die Gesetzesbegründung zum LDSG aus dem Jahr 1977 noch Kommentare zum LDSG geben Auslegungshinweise zum Begriff der „Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst“. Ich persönlich bin der Auffassung, daß insbesondere bei Zugrundelegung des Beschlusses des Landespersonalausschusses die Befähigung von Herrn Schäfer zum höheren Verwaltungsdienst im Sinne des LDSG gegeben ist.

(Abg. Stächele CDU: Ein lockerer Umgang mit dem Gesetz!)

Ich habe bei dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten die Rechtsfrage ganz deutlich dargestellt. Meine Herren Kollegen, soweit Sie Juristen sind, wissen Sie: Juristen sind doch in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Auch das Staatsministerium ist doch wohl in der Lage, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

(Abg. Stächele CDU: Aber nicht am Gesetz vorbei, Herr Minister!)

Ich räume ein, man kann unterschiedlicher Auffassung sein.

(Abg. Stächele CDU: Aber nicht am Gesetz vorbei!)

— Aber Herr Stächele, ich räume ein, man kann unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe am 10. Januar die Gesamtproblematik dargelegt. Dann ist es Pflicht eines jeden Beteiligten, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

(Zuruf des Abg. Stächele CDU)

— Herr Stächele, ich sage zusätzlich dazu, daß ich dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen habe, möglichst schnell ein Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden herbeizuführen, damit über die Gesamtsituation gesprochen werden kann. Der Ministerpräsident wollte, daß zunächst mit den Koalitionsfraktionen gesprochen wird. Ich habe die Aufgabe übernommen, Herrn Maurer und die SPD-Fraktion zu informieren; er hat die Aufgabe übernommen, Herrn Oettinger zu informieren. Offensichtlich gab es dann in der Folge schwerwiegende Kommunikationsprobleme.

Ich betone noch einmal: Nach meiner Überzeugung waren und sind alle drei von mir vorgeschlagenen hervorragend geeignete Persönlichkeiten. Nach der Entscheidung der CDU-Landtagsfraktion hieß es dann — ich zitiere —, „die CDU habe weiterhin rechtliche Bedenken gegen den Wunschkandidaten von SPD-Innenminister Frieder Birzele; das sagte ein Sprecher der dpa.“ Das ist schlicht so nicht richtig. Ich habe Herrn Schäfer nie zu meinem Wunschkandidaten erklärt, sondern — und ich zitiere hier aus der Pressemitteilung des Staatsministeriums, die der Kollege Bebber

(Minister Birzele)

vorhin angesprochen hat —: „Erwin Teufel unterstrich, er habe im Einvernehmen mit der CDU-Landtagsfraktion den Bewerber Schäfer uneingeschränkt akzeptiert.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist

(Abg. Bebber SPD: Teufels Wunschkandidat!)

der Ablauf. Noch bei der Besprechung der Vertreter der Fraktionen in der letzten Woche waren alle Fraktionen der Auffassung, daß es sinnvoll sei, in der heutigen Sitzung zu wählen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Erst hinterher — das ist das Recht jeder Fraktion, aber ich stelle dies fest — sind Einschränkungen gemacht worden.

Lassen Sie mich noch etwas dazu sagen, worauf Frau Bender ebenfalls hingewiesen hat: Es war völlig unverantwortlich, wie seitens der CDU-Fraktion die von mir vorgeschlagenen Bewerber in ehrverletzender Weise öffentlich niedergemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mit dieser widerwärtigen Vorgehensweise das Amt schwer beschädigt. Qualifizierte Bewerber werden sich künftig sehr sorgfältig überlegen, ob sie sich der Gefahr einer solchen Rufmordkampagne aussetzen sollen. Ich erwarte deshalb von Herrn Oettinger, daß er sich dafür in aller Form bei allen drei Bewerbern, bei Herrn Dr. Dix, bei Herrn Schäfer und bei Herrn Dr. Weichert, entschuldigt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Haasis CDU: Das stimmt nicht! Das stimmt gewiß nicht! — Abg. Köder SPD: Holen Sie den Oettinger einmal aus seinem Versteck heraus! Der soll hier einmal etwas sagen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nun auf die einzelnen Punkten im Datenschutzbericht eingehen, die kurz angesprochen wurden. Im Datenschutzbericht werden, was den Bereich der inneren Sicherheit betrifft, einige Vorgänge aus dem Innenministerium aufgegriffen, die bereits Gegenstand des letzten Datenschutzberichts waren. Ich nenne hier nur zwei Beispiele: Einsatz Verdeckter Ermittler, hier die Frage, ob es begrifflich unvermeidbare Betroffene gibt, und das Thema Verwendung von Daten aus Telefonüberwachungen zur Gefahrenabwehr.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der Bundesgerichtshof mit Beschluß vom Juni 1995 für den umgekehrten Fall entschieden hat, daß Erkenntnisse, die durch einen präventiven Lauschangriff — dies ist der Begriff, der im Leitsatz der Schriftleitung verwendet wurde — erlangt wurden, strafprozessual ohne weiteres verwendet werden können. Hieraus ergibt sich der Schluß: Der Bundesgerichtshof stellt für den von ihm entschiedenen Umnutzungsfall keine vergleichbar hohen Anforderungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Bender hat die Chaostage angesprochen. Die Stuttgarter Chaostage wurden im Datenschutzbericht auf acht Seiten abgehandelt. Am Schluß folgt die Feststellung, daß all dies — ich zitiere

— „keine Frage des Datenschutzes“ sei und daß sich für ihr Amt — ich zitiere — „andere Probleme“ stellten.

Ich sage ganz deutlich, Frau Bender, und habe dies auch im Ausschuß gesagt: Es ist hinterher praktisch nicht möglich, die Vorgänge im einzelnen hier aufzuarbeiten, insbesondere nicht im Zusammenhang mit dem Datenschutzbericht. Deswegen ist klar, daß solche Vorfälle zu untersuchen sind. Wenn es dabei zu rechtswidrigen Eingriffen gekommen ist, ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, hier die Ermittlungen zu betreiben.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Die Polizei ist in einer solchen Situation immer vor eine sehr schwierige Entscheidung gestellt. Kommt es dazu, daß, ex post betrachtet, gegebenenfalls ein solcher Zugriff unberechtigt war, dann werden ihr Vorwürfe gemacht. Kommt es dazu, daß sie nicht zugreift, und es gibt Zerstörungen, werden ihr ebenfalls Vorwürfe gemacht.

Damit will ich überhaupt nichts bagatellisieren, sondern nur darauf hinweisen: Solche Vorgänge müssen sehr sorgfältig untersucht werden. Aber es läßt sich daraus nicht der Schluß ziehen, die Polizei nähme den Datenschutz nicht ernst.

(Abg. Stächele CDU: Das ist richtig! Jawohl!)

Ein datenschutzrechtliches Problem gibt es bei diesen Chaostagen. Das ist die Tatsache, daß bei 220 der in der Störerdetei erfaßten Personen entgegen den datenschutzrechtlichen Bestimmungen nicht erkennbar war, warum sie gespeichert wurden, ob sie als Tatverdächtige, als Kontakt- oder Begleitpersonen oder als Zeugen gespeichert wurden. Der hierin von Frau Dr. Leuze zu Recht festgestellte Verstoß wurde von der Landespolizeidirektion Stuttgart II und dem Innenministerium ohne weiteres eingeräumt.

Nun haben Sie, Frau Kollegin Bender, noch den Fall der Bewerbung eines jungen Mannes angesprochen. Da der Tatzeitpunkt inzwischen bereits vier Jahre zurückliegt, ist klar, daß dem jetzt siebzehneinhalb Jahre alten Betroffenen der damalige Sachverhalt im Falle einer erneuten Bewerbung nicht mehr vorgehalten wird. Der Bewerber wird entsprechend informiert werden. Ich hatte Ihnen das im Ausschuß zugesagt.

Zu der Frage des Eintrags mit abgekürztem Vornamen: Sie haben das Problem ein bißchen zu kurz dargestellt. Ich habe nicht von Arbeitsüberlastung gesprochen oder bürokratische Argumente ins Feld geführt, sondern ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Kripo davor warnt, solche Eintragungen vorzunehmen, weil nach ihren Erfahrungen bei abgekürzten Vornamen hinterher besonders häufig Belästigungen stattfinden.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die Kripo ändert ihre Meinung alle paar Jahre!)

Was die Wiederholungsgefahr betrifft, so handelt es sich dabei um ein Thema, das parlamentarisch überhaupt noch nicht behandelt worden ist. Ich wollte, daß es parlamentarisch behandelt wird, aber der Koalitionspartner war leider nicht bereit, eine Änderung des Polizeigesetzes noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Ich habe immer dafür plädiert und habe dies auch bei früheren Diskussionen

(Minister Birzele)

deutlich gemacht: Es gibt selbstverständlich eine ganze Reihe von Konflikten zwischen Datenschutz einerseits und Sicherheitsinteressen andererseits, über die vernünftig entschieden werden muß. Ich plädiere dafür, daß über diese Konflikte bei entsprechenden Gesetzesnovellierungen parlamentarisch entschieden wird. Deshalb hatte ich unter anderem beabsichtigt, das Polizeigesetz des Landes dahin gehend zu novellieren, daß bei angenommener Wiederholungsgefahr ein Jahr lang gespeichert und dann automatisch gelöscht wird. Denn wenn wir die Zielsetzung haben, die Polizei bei Massenkriminalität von Nebenarbeiten zu entlasten, muß irgendein praktikables Verfahren gewählt werden, wie auf der einen Seite notwendige Speicherungen durchgeführt werden können und wie auf der anderen Seite auch dem Schutzinteresse der Betroffenen durch eine möglichst schnelle Löschung Rechnung getragen wird. Darüber kann man diskutieren. Man kann darüber diskutieren, welcher Zeitraum nötig ist. Ich wollte, daß darüber diskutiert und im Parlament entschieden wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz auf den dritten Teil des Tätigkeitsberichts eingehen.

Die erste Anmerkung betrifft die sogenannten Chipkarten. Für den Einsatz von Chipkarten im Gesundheitswesen ist der Bund aufgerufen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen einschließlich der erforderlichen spezifischen Datenschutzerfordernisse zu schaffen. Für den Einsatz von Chipkarten im Wirtschaftsleben wird das Innenministerium im Rahmen seiner Zuständigkeit als Datenschutzaufsichtsbehörde auf datenschutzgerechte Lösungen hinwirken. Das Innenministerium wird außerdem bei der im Zug der Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinien anstehenden Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes darauf drängen, daß für den Einsatz von Chipkarten angemessene Vorschriften im BDSG verankert werden.

Eine zweite Anmerkung, und zwar zu den Multimediadiensten. Nach meiner Auffassung müssen Nutzer von Multimediadiensten wirksam dagegen geschützt werden, daß ihre individuellen Nutzungs- und Lebensgewohnheiten analysiert und vermarktet werden. Für die Daten, die bei der Nutzung der Telekommunikationswege für Multimediadienste anfallen, müssen in der demnächst zu erlassenden Telekommunikations-Datenschutzverordnung wirksame Bestimmungen getroffen werden. Die Verordnung ist vom Bundeskabinett am 30. Januar 1996 beschlossen worden, wird demnächst dem Bundesrat zugeleitet werden und ist aus meiner Sicht ergänzungsbedürftig.

Für den Schutz der Nutzerdaten bei den Anbietern von Multimediadiensten muß im Rahmen der Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes gesorgt werden. Auch hier werden wir frühzeitig unsere Forderungen in die Diskussion einbringen und bei den Bundesratsberatungen weiterverfolgen.

Sobald geklärt ist, welche Multimediadienste unter das Medienrecht der Länder und damit in die Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen, wird auch zu prüfen sein, ob die datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesmediengesetzes für die Veranstalter und Anbieter solcher Dienstleistungen ausreichen. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern, Hamburg ausgenommen, sind in unserem Landesmediengesetz für die dem Medienrecht zuzuordnenden Multi-

mediadienste bereits differenzierte Datenschutzregelungen getroffen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu diesem Komplex abschließend sagen: Wir haben im Landtag eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, und zwar häufig nicht nur mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen, sondern, zum Beispiel beim Meldegesetz, auch mit der vollen Zustimmung der FDP/DVP und — bei einem Konfliktpunkt — mit der eingeschränkten der Grünen. Wir werden heute noch zur Verabschiedung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes kommen. All dies sind Gesetze, bei denen es auch um die richtige Abwägung von Datenschutz- und anderen Belangen geht. Deshalb plädiere ich dafür, daß in all diesen Fällen solche Konflikte nicht personalisiert, sondern hier im Parlament möglichst in Form von Gesetzesdiskussionen fair ausgetragen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Dr. Leuze hat angekündigt — und Sie wissen es —, daß sie sich nicht um eine weitere Amtsperiode bewirbt. Lassen Sie mich deshalb auch einige Worte zu ihrer Tätigkeit insgesamt sagen.

Frau Dr. Leuze hat sich in den 16 Jahren ihrer Tätigkeit große Verdienste um die Durchsetzung und Verbesserung des Datenschutzes in Baden-Württemberg erworben. Sie hat sich in den unterschiedlichsten Bereichen für eine Verbesserung des Datenschutzes der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Ich will einige Beispiele aufzählen.

Aus dem Ersten Tätigkeitsbericht 1980 sei die Forderung nach Einschränkung der Speicherung von Daten in der PAD der Polizei unter stärkerer Berücksichtigung der Erforderlichkeit erwähnt.

Aus dem Zweiten Tätigkeitsbericht 1981 nenne ich die datenschutzrechtliche Bewertung der Speicherung von Daten im psychiatrischen Fallregister des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim.

Im Dritten Tätigkeitsbericht 1982 wurden Vorschläge zur Änderung des LDSG unterbreitet.

Im Vierten Tätigkeitsbericht wies Frau Dr. Leuze auf Mängel der Volkszählung hin. Es gab die Hotelmeldeschein-Affäre und Vorschläge zum Krebsregister.

Im Fünften Tätigkeitsbericht wurde eine Auseinandersetzung um die vorgesehenen Abfragen aus dem Zentralen Verkehrsinformationssystem ZEVIS geführt.

Im Sechsten Tätigkeitsbericht hat sich Frau Dr. Leuze mit dem Landessystemkonzept auseinandergesetzt. Es ging unter anderem um Daten von Nachrüstungsgegnern, Stichwort Mutlangen.

Im Siebten Tätigkeitsbericht ging es um die Verwendung von Daten für die kriminologische Forschung.

Im Achten Tätigkeitsbericht stand die Volkszählung im Vordergrund und die Speicherung von Hinweisen auf Aids bei Polizei, Gesundheitsämtern und Strafvollzug.

Im Neunten Tätigkeitsbericht ging es um die Speicherung von Politikern in APIS, im Zehnten Tätigkeitsbericht um die

(Minister Birzele)

Speicherung zu vieler Daten im Ausländer- und Sozialbereich.

Vorschläge zur Novellierung des LDSG und des Polizeigesetzes sind im Elften Tätigkeitsbericht 1990 enthalten.

Im Zwölften Tätigkeitsbericht sind Forderungen zur Einschränkung der Speicherung von Daten im Strafvollzug und bei Gemeindesteuern und Abgaben zu erwähnen.

Im Dreizehnten Tätigkeitsbericht war Schwerpunkt der Einsatz Verdeckter Ermittler in Tübingen und die Speicherung bei Kraftfahrzeugzulassungsstellen.

Im Vierzehnten Tätigkeitsbericht 1993 ging es unter anderem um Speicherung von Daten einer ehemaligen Richterin in der DDR zu Zwecken der Spionageabwehr beim Landesamt für Verfassungsschutz. Kritisiert wurde die Speicherung zu vieler Daten im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Im Fünfzehnten Tätigkeitsbericht war ein besonderer Schwerpunkt die Speicherung von Daten zur Blutalkoholuntersuchung und zu deren wissenschaftlicher Auswertung.

Den Sechzehnten Tätigkeitsbericht haben wir gerade besprochen.

Diese Beispiele zeigen, welche Breite die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz aufweist.

Wenn es im Bereich der inneren Sicherheit zu Auseinandersetzungen kam, so liegt dies in der Natur der Sache. Gerade hier hat die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz aber wesentlich dazu beigetragen, das Bewußtsein für die Belange des Datenschutzes zu stärken und datenschutzrechtliche Verbesserungen durchzusetzen.

Zusammenfassend: Frau Dr. Leuze hat vieles bewegt. Dafür gebührt ihr unser Dank und vor allem der Dank der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch ausgeschöpft. Wir haben noch über die Beschlussempfehlung Drucksache 11/7081 – „Der Landtag wolle beschließen, von der Mitteilung der Landesbeauftragten für den Datenschutz . . . Kenntnis zu nehmen“ – zu befinden. – Ich kann sicher ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß dieser Beschlussempfehlung zugestimmt wird.

Ich erlaube mir, wohl auch im Namen aller Mitglieder dieses Hohen Hauses, Ihnen, Frau Dr. Leuze, nachdem es Ihr letzter Datenschutzbericht ist, unseren herzlichen Dank für Ihre verantwortungsvolle, verdienstvolle und mutige Arbeit zum Ausdruck zu bringen und für die Zukunft alles Gute zu wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** unserer Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Sicherheitsüberprüfung aus Gründen des Heimsschutzes (Landessicherheitsüberprüfungsgesetz – LSÜG) – Drucksache 11/6870**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 11/7052**

Berichterstatte: Abg. Veigel

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache zu Beginn der Zweiten Beratung hat das Präsidium eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgesetzt, wobei ich betonen darf: Diese 5 Minuten müssen nicht ausgeschöpft werden.

(Abg. List CDU: Sehr gut, Herr Präsident!)

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Maus das Wort.

**Abg. Dr. Maus CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Herr Präsident und auch die Kolleginnen und Kollegen Kürze anmahnen. Dies ist angesichts der Tageszeit, aber auch angesichts der Kompliziertheit des Gesetzes sinnvoll. Für all diejenigen, die in den Entwurf geschaut haben, wird das sicher verständlich sein. Ich will mich deshalb auf wenige Bemerkungen beschränken und verweise insbesondere auf den ausführlichen Bericht, für den ich sehr danke.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Bitte, bitte!)

Das Gesetz regelt einen Stoff, der bisher zwar auch normativ geregelt war, aber eine Stufe unter einem Gesetz, nämlich in einer Rechtsverordnung. Die Höherzonung des Rechtsschutzes ist vernünftig. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Wir normieren damit einen sehr empfindlichen Tatbestand, der in der Vergangenheit oft in der politischen Kritik stand. Ich will nur das Wort „Radikalenerlaß“ nennen. Man wird davon nicht mehr reden können, und man wird davon auch nicht mehr reden müssen.

Zweiter Punkt, den ich ansprechen will: Es ist außerordentlich vernünftig, dies so zu regeln und zum Ausdruck zu bringen, wie es geschehen ist, daß nämlich ein Bekenntnis abgelegt wird dafür, daß Sicherheitsüberprüfungen auch künftig notwendig sind. Diese Sicherheitsüberprüfungen für den öffentlichen Dienst stehen heute unter einem etwas anderen Aspekt. Es geht nicht mehr so sehr um Links- oder Rechtsradikale – dies auch; ich möchte das ausdrücklich unterstreichen –, aber die Notwendigkeit der Überprüfung ergibt sich vor allem aus den anderen Formen der Kriminalität. Ich nenne das organisierte Verbrechen, und ich nenne natürlich auch die Spionage, vor allem die Wirtschaftsspionage.

(Abg. Hackl GRÜNE: Wo haben Sie Ihren Schlapphut, Herr Dr. Maus?)

– Bitte?

(Abg. Hackl GRÜNE: Wo haben Sie Ihren Schlapphut?)

– Ich brauche ihn nicht. Ich besitze keinen. Den überlasse ich Ihnen, Herr Hackl.

(Dr. Maus)

(Abg. Veigel FDP/DVP zu Abg. Hackl GRÜNE:  
Spione haben keinen Schlapphut!)

Also, meine Damen und Herren, ich meine, dies ist ein wichtiges Anliegen, das das Gesetz abdeckt.

Zum dritten Bereich, den ich nur andeuten will: Ich freue mich sehr, daß die Landesregierung im Gesetzeswortlaut und in der Begründung sehr deutlich das Bekenntnis zum Ausdruck bringt, daß Zuverlässigkeit und Verfassungstreue Prinzipien des öffentlichen Dienstes sind und sein müssen. Dieses Bekenntnis ist notwendig und gilt.

Vierter Punkt: Dieses Gesetz regelt, sage ich einmal, „nur“ den personellen Geheimschutz, aber dies ist sinnvoll. Der materielle muß Spezialgesetzen vorbehalten bleiben.

Ich meine, daß wir — fünftens — dem Datenschutz — ich will nicht mehr die ganze Diskussion von vorhin karikieren oder wiederholen — in diesem Gesetz sehr ausreichend Rechnung getragen haben.

(Abg. Hackl GRÜNE: Da dreht sich aber die Frau  
Leuze im Grab rum, wenn sie das hört!)

— Richtig. Deshalb habe ich zunächst dort hingeschaut. Deshalb habe ich auch von „karikieren“ gesprochen.

Ich glaube nicht, daß sie sich im Grabe herumdreht, Herr Kollege Hackl. Sie hat in drei Punkten noch Vorschläge gemacht, und Sie greifen sie wenigstens in einem Punkt auf. Ich teile weder die Auffassung der Frau Datenschutzbeauftragten noch Ihre Auffassung, sondern ich meine, daß hier durchaus dem Datenschutz in einem sehr großen Maß Rechnung getragen worden ist. Ich will das jetzt nicht im einzelnen ausführen, aber folgendes bemerken: In einem einzigen Punkt habe ich sogar Bedenken, daß wir den Datenschutz überzogen haben. Wenn wir nämlich einem abgelehnten Bewerber hinterher noch Einsicht in die Akte gewähren, auch dann, wenn er möglicherweise — —

(Abg. Hackl GRÜNE: Er hat doch gar keine Ein-  
sichtsrechte! Das stimmt doch gar nicht! Sie haben  
das Gesetz gar nicht gelesen! — Abg. Pfister FDP/  
DVP zu Abg. Hackl GRÜNE: Ruhig bleiben!)

— Herr Hackl, kommen Sie.

Meine Damen und Herren, ich will nur sagen: An diesem Punkt ist der Datenschutz an der äußersten Grenze tangiert, aber wir tragen das mit.

Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, meine ich, daß wir mit diesem Gesetz einen Schritt in eine moderne Sicherheitsüberprüfung getan haben, den wir auch gern mitgehen.

Es ist heute üblich — ich bewundere es, wie es Herr Weyrosta getan hat; so werde ich es sicher nicht können —, daß diejenigen, die aus dem Landtag ausscheiden und zum letzten Mal hier sprechen, sich sozusagen verabschieden. Ich will das nicht so ganz tun, weil ich ja auch in anderen Funktionen dem Gesetzgeber noch treu sein werde. Ich behalte ja meinen Beruf noch bei.

(Lachen der Abg. Birgitt Bender und Hackl  
GRÜNE)

Ich werde sehr genau beobachten, was der Gesetzgeber hier tut und was er mir dann in die Verwaltung gibt. Insofern habe ich keinen so großen Schritt zu machen.

Ich möchte hier aber nach 24 Jahren Mitgliedschaft vor allem den Freunden danken, die mit mir 17 Jahre lang im Innenausschuß gewirkt haben. Ich habe das noch einmal überlegt und bin ganz erschrocken, daß es 17 Jahre waren, in denen ich den Vorsitz des Innenausschusses hatte. Wenn man zurückdenkt, weiß man gar nicht, wann man die Arbeit alle bewältigt hat. Ich konnte es nur, weil ich eine hervorragende Stenografin hatte. Ich möchte der Frau Schneider posthum sozusagen ganz herzlich danken. Gott sei Dank hatten wir die Gelegenheit, ihr das zu Lebzeiten öfters zu sagen. Auch Herr Kretzler ist leider nicht mehr unter uns. Auch ihm haben wir bei der Beerdigung gedankt. Er war ein hervorragender Mitarbeiter, dem ich viel zu verdanken habe. Ich meine das ganz ernst, meine Damen und Herren. Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen, die mir in den 17 Jahren in der Verhandlungsführung gefolgt sind, auch den Herren Innenministern, die ich erlebt habe. Es waren nur sechs. Wir haben sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet.

Wenn ich am Schluß trotzdem noch einen Wunsch äußern darf, dann deshalb, weil ich zweimal in den 24 Jahren Mitglied von interfraktionellen Kommissionen war, die sich mit der Geschäftsordnung beschäftigt haben. Wir haben uns immer wieder Gedanken gemacht, wie man die Arbeit dieses Parlaments effizienter gestalten könnte. Einiges ist ja auch umgesetzt worden. Aber meine Wunschvorstellung für diejenigen, die die nächsten fünf Jahre hier arbeiten werden, wäre schon, daß man einiges noch einmal überlegt, zum Beispiel, ob Anträge, die in den Ausschüssen eingehend beraten worden sind, hier noch einmal behandelt werden müssen, wie es heute gleich wieder geschehen wird. Ich glaube, das ist überdenkenswert. Das müßte nicht sein, und ein Verzicht auf die Wiederholung würde auch die Arbeit der Ausschüsse aufwerten.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das kann man gut  
sagen, wenn man eine Mehrheit hat!)

Ich komme gleich zum zweiten Vorschlag, Frau Kollegin Bender. Wir sollten die Art, wie heute, gestern und vorgestern das Recht auf namentliche Abstimmung ausgeübt wurde, auch überdenken — oder Sie müssen das überdenken. Es hat mal einer gesagt, es schärfe das Gewissen, wenn man hier namentlich abstimmen müsse.

(Zuruf von der CDU: Das war Rudolf Schieler!)

— Ja. Aber ich glaube, Rudolf Schieler würde das heute so nicht mehr sagen; denn ich glaube nicht, daß eine namentliche Abstimmung das Gewissen schärft. Ich meine eher, daß es die Parlamentsarbeit an der einen oder anderen Stelle für den Bürger und den Zuhörer sogar unverständlich macht.

Ich meine auch, daß Sie über die Möglichkeit der Kleinen Anfragen noch einmal nachdenken sollten; denn diese Flut kann keiner bewältigen. Jeder, der ehrlich ist, gibt das zu. Da müssen Sie noch einmal die alten Vorschläge holen, die wir dazu schon gemacht haben, wie man Kleine Anfragen einschränkt, ohne das Recht der Opposition und des Abgeordneten zu beschneiden.

(Dr. Maus)

Am Schluß, meine Damen und Herren, meine ich, Sie sollten in den nächsten fünf Jahren oder zu Beginn der nächsten Legislaturperiode auch noch einmal überdenken, wie das mit den Aktuellen Debatten ist. Die Aktuelle Debatte muß sein, und sie ist ein hervorragendes Instrument des Parlaments. Aber ob man dann eine zweite, eine dritte oder möglicherweise noch eine vierte Runde machen muß, das möchte ich doch zu überdenken geben. Bringen Sie doch bitte die Größe auf, in einer Stunde zu enden und dann auch einmal ein Argument konträr stehenzulassen. Nicht jedes Argument muß in einer zweiten und dritten Runde zerredet werden. Der Bürger hat doch auch dann Achtung vor den Abgeordneten, wenn unterschiedliche Positionen dargestellt sind und auch einmal stehenbleiben. Bekennen wir uns doch zur Vielfalt der Demokratie — hier Opposition und Regierung —, es muß nicht alles bis zum Ende ausdiskutiert sein.

(Abg. Weyrosta SPD: Einverstanden, wenn die Minister auch nur 5 Minuten reden dürfen! — Beifall im ganzen Haus)

— Richtig, jawohl, wunderbar, Herr Weyrosta. Das ist mein letzter Punkt. Ich habe auch eine Bitte an die Minister. Das ist ein bißchen eine Anmaßung, wenn ein Abgeordneter dies tut, aber ich möchte das auch nicht als Forderung erheben. Eine reine Bitte möchte ich an die Herren Minister richten: Sie sollen bitte nicht alles vorlesen, was ihnen kluge Beamte aufschreiben, und sie sollen sich dann bitte auch an die Redezeiten halten. Dann kann man nämlich auch in einer Aktuellen Stunde wirklich Politik machen. Das geht wesentlich besser als mit namentlichen Abstimmungen.

Ich wünsche allen, die weiter Mitglied des Landtags sein werden, eine gute Gesundheit, viel Kraft und Freude bei der Arbeit, von deren Schwere ich mich 24 Jahre lang überzeugt habe.

(Beifall im ganzen Haus)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Auch hier habe ich die Redezeit großzügig ausgelegt. Ich glaube, auch der Herr Kollege Dr. Maus hat das verdient.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN  
— Abg. Weyrosta SPD: Da muß man sich die Redezeit „verdienen“! Habt ihr gehört?)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heiler.

**Abg. Heiler SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mag ja sein, daß der Verrat von Staatsgeheimnissen, die Anbahnungsversuche fremder Geheimdienste und Stasi-Machenschaften der verblichenen DDR im Vergleich zu den Zeiten des kalten Krieges zurückgegangen und damit diese potentiellen Gefahren ungleich geringer geworden sind.

(Abg. Hackl GRÜNE: Besonders von seiten der DDR!)

Insoweit nehme ich Bezug auf einen Artikel in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. Januar 1996. Ich zitiere, Herr Kollege Dr. Maus, aus diesem Artikel:

Selbst CDU-Leute gestehen, das Gesetz sei total abseitig und von minimaler praktischer Bedeutung.

So das Zitat aus der „Stuttgarter Zeitung“. Vielleicht sollte man einmal nachprüfen, ob das wirklich gesagt wurde.

Ich meine, wir befinden uns nach wie vor in einem überaus sensiblen Bereich. Es gibt selbstverständlich geheimzuhaltende Informationen, die man vor der Kenntnisnahme durch unbefugte Personen bewahren muß. Wenn es heute vielleicht nicht mehr überwiegend böse Geheimdienste und Agenten sind, vor denen sich der Staat schützen muß, so sind es nicht minder große Gefahren — Herr Dr. Maus, ich stimme Ihnen zu —, insbesondere im Bereich der gesamten organisierten Kriminalität. Es gibt ja sichere Erkenntnisse darüber, daß es gerade aus diesem Kreis gewaltige Anstrengungen gibt, in den öffentlichen Bereich einzudringen. Allein schon deshalb ist es notwendig, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die staatlichen Belange angemessen und verhältnismäßig geschützt werden können.

Unter dieser Voraussetzung begrüßen wir den vorliegenden Gesetzentwurf, der ein richtiger Schritt hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit ist. Was bisher schon gängige Praxis war, denn die Sicherheitsüberprüfung ist ja nichts Neues — Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß das in einer Verordnung, in Verwaltungsvorschriften geregelt ist —, wird jetzt in einem Gesetz geregelt, wodurch mehr Rechtssicherheit und mehr Transparenz erreicht wird.

Man könnte sicherlich über den einen oder anderen Punkt, vielleicht sogar über viele Punkte in diesem Gesetz streiten, zum Beispiel darüber, weshalb Landräte und Bürgermeister, nicht aber Abgeordnete und Richter sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen müssen. Man kann sicherlich auch problematisieren, inwieweit das informationelle Selbstbestimmungsrecht es rechtfertigt, dem Betroffenen grundsätzlich kein Einsichtsrecht in seine eigene Sicherheitsakte zu gewähren.

(Abg. Hackl GRÜNE: Eben!)

Gerade zum letzten Punkt, Herr Hackl, hätten wir uns in der SPD-Fraktion durchaus vorstellen können, daß bei bestimmten Situationen, bei bestimmten Sachverhalten unter eingeschränkten Voraussetzungen ein beschränktes Einsichtsrecht möglich gemacht werden sollte.

(Abg. Hackl GRÜNE: Deswegen habt ihr ja auch im Innenausschuß dagegen gestimmt!)

Aber unser Noch-Koalitionspartner hat sich dem leider verschlossen. Wir möchten diese späte Stunde am letzten Plenartag nicht dazu nutzen, darüber jetzt noch einen großen Koalitionsstreit zu entfachen. Dieser Punkt, muß ich ehrlich sagen, ist uns nicht wichtig genug, deswegen dieses Gesetz scheitern zu lassen; denn die Alternative wäre dann die, überhaupt kein Gesetz zu machen, und das wäre sicherlich die schlechtere Alternative. Aber vielleicht ändern sich ja die Verhältnisse. Dann haben wir das Thema demnächst wieder auf der Tagesordnung.

(Abg. Dr. Maus CDU: In vier Jahren!)

(Heiler)

Wir werden daher, weil wir den Gesamtkomplex sehr ernst nehmen und weil wir eine gesetzliche Regelung für notwendig erachten, dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Abg. Hackl GRÜNE: Aber nicht so lang reden!)

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf soll dem seit langem anstehenden Regelungsbedarf einer allseits anerkannt komplexen Materie entsprochen werden. Wir Republikaner halten ein Gesetz über die Sicherheitsüberprüfung aus Gründen des Geheimschutzes für geboten. Nicht zuletzt macht die Rechtsentwicklung im Bereich des Datenschutzes es erforderlich, daß sachnotwendige Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht, so wie es das Bundesverfassungsgericht ausgelegt hat, auf bereichsspezifischen und normenklaren Bestimmungen beruhen. So weit deckt sich unsere Auffassung mit der Auffassung der Landesregierung.

Allerdings muß ich bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu einem Landessicherheitsüberprüfungsgesetz sagen: Dieser von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf hat seine versteckten Pferdefüße. Ich will Ihnen, Herr Innenminister Birzele, auch gleich sagen, was wir Republikaner monieren.

Wir sehen unsere großen Vorbehalte gegen diesen Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung durch die in den Stellungnahmen bzw. Äußerungen des Städtetags und der Landesbeauftragten für den Datenschutz mitgeteilten Bedenken und Besorgnisse bestätigt.

(Abg. Hackl GRÜNE: Und was hat Herr Wilhelm im Ausschuß gemacht? — Gegenruf des Abg. Veigel FDP/DVP: Nichts! — Abg. Hackl GRÜNE: Nichts, null! Das ist immer das gleiche Spiel!)

Erstens: In § 2 Abs. 3 sind von der Sicherheitsüberprüfung ausgenommen Landtagsabgeordnete und Richter, aber auch Regierungsmitglieder. Letztere haben, glaube ich, doch den höchsten Geheimhaltungsgrad in Händen, und dort erfolgt keine Überprüfung.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Gerade dort wäre es notwendig, die persönliche Sicherheitsüberprüfung vorzunehmen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Denen erzählt man auch nicht alles!)

Zweitens — und da schließen wir uns der Meinung des Städtetags an —: Wir haben hier wieder ein Gesetz, das Kosten verursacht. Wie der Städtetag, so bezweifeln auch wir, daß eine angemessene Kosten-Nutzen-Relation besteht.

Meine Damen und Herren, die jüngst bekanntgewordenen Versuche

(Abg. Haasis CDU: Das Gesetz wird auch nicht besser, wenn einer lange schwätzt!)

des politischen Mißbrauchs von Verfassungsschutz und polizeilichem Staatsschutz beim Einsatz von Verdeckten Ermittlern lassen § 11 Abs. 3 in neuem Licht erscheinen; denn dieser Absatz sagt doch nichts anderes aus, als daß Lücken im Landessicherheitsüberprüfungsgesetz zunächst durch die einschlägige Regelung des Landesverfassungsschutzgesetzes ausgefüllt werden, und zwar im Bereich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz regt deshalb auch an, § 11 Abs. 3 ersatzlos zu streichen. Dem können wir uns nur anschließen; denn wir sehen hier bereichsübergreifende Zusammenhänge mit dem vorliegenden Sicherheitsüberprüfungsgesetzentwurf.

Weiter stimmen auch die in den §§ 5 und 13 des Gesetzes — um nur einmal diese beispielhaft herauszugreifen — gebrauchten Formulierungen, die die Sicherheitsprüfung und die Sicherheitsrisiken betreffen, bedenklich. Zum einen enthält dieses Gesetz dort die Pflicht zur Selbstoffenbarung bei Zugehörigkeit zu sogenannten verfassungsfeindlichen Organisationen. Wer daran glaubt, daß dies in der Praxis funktioniert, lebt auf einem anderen Stern.

(Abg. Hackl GRÜNE: Da spricht einer mit Erfahrung! — Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Zum anderen enthält dieses Gesetz aber auch die „Gummi-bestimmung“ über Zweifel am Bekenntnis der betreffenden Person zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bzw. hinsichtlich des „jederzeitigen Eintretens für deren Erhalt“.

Meine Damen und Herren, derartige der Bewertung nach parteipolitischen Opportunitäten eines jeweiligen Innenministers unterfallende Formulierungen lehnen wir ab. Für mich persönlich ergibt sich daraus als Folgerung, daß ich befürchten muß, daß dieses Sicherheitsüberprüfungsgesetz im Sinne des seinerzeitigen sogenannten Radikalenerlasses — sagen wir einmal — zweckentfremdet werden könnte.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. König REP:** Jawohl, Herr Präsident.

Aus diesen Bedenken heraus, Herr Kollege Hackl, hat sich unser Abstimmungsverhalten heute gegenüber dem im Innenausschuß erheblich geändert.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Heiler SPD — Abg. Veigel FDP/DVP: Oje, oje, oje!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hackl.

(Abg. Heiler SPD: Denk aber an die 5 Minuten Redezeit!)

**Abg. Hackl GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kurz zu meinem Vorredner: Das war wieder einmal die Variante Wolf im Schafspelz, die Herr Kollege König soeben hier vorgeführt hat.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

(Hackl)

Ich hätte mich gefreut, wenn der Kollege im Innenausschuß auch einmal eine solche inhaltliche Auseinandersetzung gesucht und dort nicht allem zugestimmt hätte. Er hat heute einen „180-Grad-Purzelbaum“ rückwärts vorgeführt,

(Zuruf von den Republikanern: Das gibt es!)

indem er eine ganz andere Rede gehalten hat. Das ist eine sehr, sehr merkwürdige parlamentarische Übung, die Sie hier vorführen. Das spiegelt sich in Ihrem gesamten parlamentarischen Wirken hier wider. Ich denke, das ist das letzte Mal, daß wir das hier erleben müssen.

Meine Damen und Herren, das uns vorliegende Landessicherheitsüberprüfungsgesetz, das die Überprüfung öffentlich Bediensteter regelt, wenn diese Zugang zu geheimen Informationen haben, mag trotz anderslautender Meinungen notwendig sein, zumindest aus Gründen der Anpassung an den Bund und die anderen Bundesländer. Überzogen ist es aber in jedem Fall.

Wenn man diesen Gesetzentwurf ernst nimmt, muß die Bedrohungslage dieses Landes und seiner Städte und Gemeinden ungeheuerlich sein. Man könnte meinen, Spione und Dunkelmänner, besonders aus dem ehemaligen Ostblock und aus mafiotischen Organisationen, versuchen in Scharen, bundesrepublikanische Behörden zu unterwandern, um in den Besitz der begehrten streng geheimen Unterlagen zu kommen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Schreckliche Vorstellung!)

Wenn man Herrn Maus und Herrn Heiler zugehört hat, könnte man den Eindruck bekommen, daß im Staatsministerium der Stein der Weisen der Verwaltungsreform und im Finanzministerium der Schatz der Nibelungen vor feindlichen Zugriffen geschützt werden müßte.

(Abg. Dr. Maus CDU: Wollen Sie jetzt eine Märchenstunde einführen?)

Daß bei einer derartigen „Bedrohungslage“ Betroffenenrechte und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung leicht auf der Strecke bleiben, liegt auf der Hand. Und dies, meine Damen und Herren, ist so bei diesem Gesetz.

Meine Damen und Herren, viele dieser Bestimmungen gehen weit über das entsprechende Bundesgesetz hinaus. Ich nenne drei Beispiele:

Erstens: Anstatt die Sicherheitsüberprüfung in diesem Gesetz abschließend zu regeln, wie dies bei bereichsspezifischen Regelungen eigentlich üblich ist, enthält das Gesetz ein Schlupfloch, um auf das viel umfassendere Landesverfassungsschutzgesetz zurückgreifen zu können. Bis heute hat der Innenminister keine schlüssigen Gründe dafür liefern können.

(Abg. Dr. Maus CDU: Natürlich!)

Angebliche Lücken sehe ich jedenfalls eher in der Argumentation des Innenministeriums. Dazu kann ich nur sagen: Wer Schlupflöcher schafft, ohne sie begründen zu können, der schafft berechtigtes Mißtrauen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Dr. Maus CDU: Da haben Sie im Ausschuß nicht zugehört!)

— Ich habe sehr wohl zugehört, Herr Maus.

(Abg. Dr. Maus CDU: Dann haben Sie den Bericht nicht gelesen!)

Zweitens ist die Datensammelleidenschaft oder besser die Datensammelwut dieser Landesregierung weitaus größer als im Bund. Beispielsweise werden im Bund bei der sogenannten einfachen Sicherheitsüberprüfung keine Daten über Ausbildungs- und Weiterbildungszeiten erhoben, im Land allerdings sehr wohl.

Drittens: Schließlich hat der Betroffene bei uns kein Einsichtsrecht in seine Sicherheitsakte, was scheinheilig mit dem Verweis auf bundesrechtliche Rahmenbestimmungen begründet wird. Komisch nur, daß sowohl der Bund als auch das Land Nordrhein-Westfalen ein entsprechendes Einsichtsrecht kennen.

Wie kommt es nun zu einem solch engstirnigen Gesetzentwurf? Nach den Ausschußberatungen zu urteilen — Herr Maus hat es vorhin noch einmal bestätigt —, liegt dies vor allem an der CDU. Herr Maus will die Sicherheitsüberprüfungen möglichst im Halbdunkeln halten und stellt in den Ausschußberatungen und auch heute hier sogar die Anhörungsrechte für die Betroffenen zur Disposition.

(Abg. Dr. Maus CDU: Wir machen ein Gesetz, weil es halbdunkel ist?)

Für ihn ist dieses Gesetz noch viel zu liberal. Herr Maus teilt offensichtlich die zweifelhafte Vorliebe seines Bonner Kollegen Schmidbauer für im Halbdunkeln arbeitende Geheimdienste, auf deren Erkenntnissen ja die Sicherheitsüberprüfungen im wesentlichen bauen.

(Abg. Dr. Maus CDU: Ich glaube nicht mehr an Märchen!)

Dazu kann ich nur sagen: Zu Schmidbauer, der in Bonn in Anspielung auf James Bond inzwischen „008“ genannt wird, hat sich in Baden-Württemberg jetzt Maus, allerdings hier mit der Nummer „009“, gesellt.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

Pikant dabei, daß so deutlich wurde, daß Bundesinnenminister Kanther mit seinem Bundesgesetz in Baden-Württemberg Gefahr liefe, wegen Linksabweichung ausgeschlossen zu werden.

Meine Damen und Herren, um die Mängel des Gesetzes zu korrigieren, wollen wir mit Änderungsanträgen deshalb erreichen, daß erstens der Rückgriff auf das Landesverfassungsschutzgesetz verhindert wird, daß zweitens die Datensammelwut eingeschränkt wird, daß drittens das Akteneinsichtsrecht des Betroffenen in seine Sicherheitsakte gesichert wird und daß sich viertens ein Betroffener gegen böswillige Verleumdungen und grob fahrlässige Falschbeschuldigungen wehren kann.

Meine Damen und Herren, böswillige Denunzianten sollen in Baden-Württemberg keinen Quellenschutz bekommen.

(Hackl)

(Beifall bei den GRÜNEN, des Abg. Dr. Eckert  
REP und des Abg. Amann (fraktionslos))

Nur wenn diese Mindeststandards gesichert sind, genügt dieses Gesetz nach unserer Auffassung dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Keine freie Fahrt für Schlapphüte, sondern der berechtigte Schutz der Betroffenen muß die Grundlinie für dieses Gesetz sein.

Ich bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Hackl hat uns ein sehr farbiges Szenario vorgetragen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Märchenstunde! — Abg.  
Dr. Maus CDU: Ein Märchenszenario!)

Märchenstunde: Schatz der Nibelungen, Sagenstunde — sagen wir einmal so —, halbdunkel, Schlapphüte. Er denkt dabei wohl an früher, an gewisse Beamte, die mit Schlapphüten und Ledermänteln hinter jeder Tür gestanden sind und die Leute reihenweise verhaftet haben. Gott sei Dank ist diese Zeit vorbei, ist passé, richtig.

(Abg. Hackl GRÜNE: Die Ironie in meiner Rede  
haben Sie nicht bemerkt?)

— Ich ironisiere auch, Herr Kollege Hackl. — Aber, meine Damen und Herren, wir sollten die ganze Geschichte hier eigentlich ziemlich sachlich abhandeln.

(Abg. Heiler SPD: Genau! — Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Die Zielsetzung des Gesetzentwurfs ist klar definiert: Sicherung von geheimzuhaltenden Informationen (VS-Sachen) vor der Kenntnisnahme durch Unbefugte. Die Aktualität dieses Themas zwingt uns förmlich, diese Materie in ein Gesetz umzugießen. Bisher war das nämlich ausschließlich in Verwaltungsvorschriften geregelt.

(Abg. Heiler SPD: So ist es!)

Gerade aus Gründen des Datenschutzes und unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten ist es dringend geboten, die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die Zugang zu VS-Sachen haben, gesetzlich zu regeln.

Der Gesetzentwurf ist, wie bereits mehrmals dargelegt, sehr umfangreich. Er wurde aber im Innenausschuß eigentlich so gründlich diskutiert, wie es möglich war. Unserer Ansicht nach — auch nach Ansicht der Liberalen — sind Sicherheitsüberprüfungen mehr denn je notwendig,

(Abg. Hackl GRÜNE: Die sind auch nicht mehr  
das, was sie einmal waren, die Liberalen!)

allerdings mit der entsprechenden Sensibilität. Schlapphüte haben da nichts zu suchen, Herr Hackl.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das macht aber der Verfassungsschutz in der Regel! — Gegenruf des Abg.  
König REP: Gerade der macht es, genau!)

War es früher das Ziel, rechts- oder linksradikale Kräfte von den Verwaltungen fernzuhalten, so ist es heute — das wissen wir alle — das international organisierte Verbrechen. Die Begründung zitiert hier den Nahen Osten, die osteuropäischen Länder, illegale Beschaffung von Informationen.

In § 2 ist geregelt, daß die Sicherheitsüberprüfung der schriftlichen Zustimmung der betroffenen Personen bedarf. Dies entspricht durchaus unseren rechtspolitischen Vorstellungen.

Herr Kollege Hackl und Herr Dr. Maus, das Gesetz stellt auch die Prävention in den Vordergrund. Das erscheint uns sinnvoll: Zuerst heißt es Schaden verhüten, bevor Schaden eintritt.

(Abg. Hackl GRÜNE: Deswegen seid ihr auch für  
den großen Lauschangriff!)

Nun komme ich zur Überprüfung der Bürgermeister und Beigeordneten. Auch das sind Beamte wie alle anderen,

(Abg. List CDU: Nicht ganz wie jeder andere!)

und sie haben sich dieser Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Warum allerdings die Abgeordneten von einer solchen Sicherheitsüberprüfung ausgeschlossen sind, das wage ich zu fragen. Darauf habe ich keine Antwort.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

— Ja. Ich bin ja noch ein Neuling. Ich kann das doch fragen.

Wie gesagt: Das vorliegende Gesetz soll präventiv wirken. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß der ganz überwiegende Teil unseres öffentlichen Dienstes grundsätzlich verfassungstreu ist. Die Fraktion der FDP/DVP stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zu.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und List CDU  
— Abg. Dr. Maus CDU: Sehr gut, Ewald!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister, wenn er es will.

(Heiterkeit — Abg. Rückert CDU: Wenn er es will!  
Das war gut! — Weitere Zurufe)

Bitte, Herr Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser freundlichen Einladung, das Wort zu ergreifen, kann ich der Versuchung nicht widerstehen, doch einige Bemerkungen zu machen.

(Abg. Dr. Maus CDU: Das war zu befürchten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf, der bei der ersten Lesung ohne Aussprache an den Innenausschuß überwiesen wurde, hat zum Ziel, die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die Zugang zu geheimzuhaltenden Informationen erhalten sollen, auf eine ge-

(Minister Birzele)

setzliche Grundlage zu stellen. Bislang ist die Sicherheitsüberprüfung ausschließlich in Verwaltungsvorschriften geregelt. Dies ist nicht ausreichend.

Der Bund und die Länder sind sich darüber einig darüber, daß der Bereich Sicherheitsüberprüfung aus Geheimschutzgründen insbesondere unter Datenschutzaspekten sowie unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten in einem Gesetz zu regeln ist. Deshalb, meine Damen und Herren, insbesondere von den Republikanern: Erwecken Sie doch nicht den Eindruck, als ob mit diesem Sicherheitsüberprüfungsgesetz eine zusätzliche Überprüfung gefordert würde.

Der Gesetzentwurf lehnt sich eng an das Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes vom 20. April 1994 an. Abweichungen gegenüber dem Bundesgesetz gehen vor allem auf die Berücksichtigung landesspezifischer Besonderheiten zurück. Die weitgehende Orientierung am Bundesgesetz ist schon deshalb notwendig, um bundesweit einen einheitlichen Sicherheitsstandard sowie einen reibungslosen Verschlusssachenverkehr zu gewährleisten. Deshalb mußte vor einer landesrechtlichen Regelung das Bundesrecht abgewartet werden. Baden-Württemberg wird nun nach Nordrhein-Westfalen das zweite Bundesland sein, das ein Landessicherheitsüberprüfungsgesetz vorweisen kann.

In diesem Gesetz wird zunächst festgelegt, daß eine Person, die von einer öffentlichen Stelle des Landes mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden soll, zuvor einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen ist. Sinn der Überprüfung ist, Sicherheitsrisiken auszuschließen.

Meine Damen und Herren, da muß ich ganz deutlich sagen: Solche Risiken gibt es leider auch heute noch. Wer dies nicht glaubt, der soll sich nur einmal vergegenwärtigen, was der frühere Chef des russischen Nachrichtendienstes, der heutige Außenminister, Primakov, im Dezember 1995 dazu ausgeführt hat, insbesondere im Hinblick auf die Osterweiterung der NATO etc.

Schwerpunkte des Gesetzes sind Regelungen zu folgenden Fragen: Wann ist eine Sicherheitsüberprüfung aus Geheimschutzgründen erforderlich? Welche Art der Sicherheitsüberprüfung ist, abgestuft nach dem Geheimhaltungsgrad der Verschlusssachen, erforderlich? Wann liegt ein Sicherheitsrisiko vor? Welche Rechte und Pflichten haben die überprüfte Person und der gegebenenfalls in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehende Ehegatte oder Lebenspartner? Welche Rechte und Pflichten haben die Stelle, die die Sicherheitsüberprüfung durchführt, und das Landesamt für Verfassungsschutz als mitwirkende Behörde, gerade auch hinsichtlich der Datenerhebung und Datenverarbeitung?

Meine Damen und Herren, erwähnt sei, daß sich der Städtetag kritisch mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt und sich gegen die Sicherheitsüberprüfung von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern gewandt hat. Die Einbeziehung von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in das System der Sicherheitsüberprüfungen ist aber notwendig.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes die Vorstellung zugrunde liegt, daß in der Bundesrepublik ein zumindest in den Grundzügen einheitliches und effektives System gesetzlicher

Regelungen zum Schutz vor Geheimnisverrat geschaffen wird.

Es handelt sich bei der Sicherheitsüberprüfung von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern auch um nichts Neues. Die bisherige Praxis wird vielmehr fortgeführt. Auch das Sicherheitsüberprüfungsgesetz von Nordrhein-Westfalen sieht keine materiellen Sonderregelungen für den kommunalen Bereich vor.

Nachzutragen bleibt zu diesem Punkt insbesondere, daß der Gemeindetag keine Einwendungen erhoben hat.

Wenn Sie, Herr Abg. König, auf den § 2 Abs. 3 verwiesen haben, habe ich den Einwand nicht ganz verstanden. Wollen Sie, daß Abgeordnete überprüft werden, oder wollen Sie, daß überhaupt niemand überprüft wird? Sagen Sie dies bitte.

(Abg. König REP: Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Bei letzteren halte ich es für ganz dringend notwendig, wegen des Geheimhaltungsgrades!)

— Abgeordnete und Regierungsmitglieder. Das ist deshalb hochinteressant, weil Sie sich dann im folgenden, Herr Abg. König, wieder vehement mit entsprechenden Hinweisen gegen Überprüfungen ausgesprochen haben.

(Abg. König REP: Wenn schon, denn schon!)

Ich möchte in dem Zusammenhang nur auf eines hinweisen: Nicht alle Abgeordneten werden mit sicherheitsrelevanten Angelegenheiten betraut.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die Fraktionen in den Parlamenten haben ein Verfahren entwickelt, wie in besonders sicherheitsrelevanten Bereichen verfahren wird, damit gewährleistet ist, daß die Personen, die damit betraut werden, entsprechende Zuverlässigkeit aufweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben vorhin den Wunsch geäußert, daß sich die Regierung an die Redezeit hält. Ich sehe, 5 Minuten sind vorbei. Ich möchte diesem Wunsch entsprechen.

Ich verweise darauf, daß zu den Argumenten des Kollegen Hackl im Ausschuß ausführlich Stellung genommen wurde. Ich möchte nur kurz zwei Anmerkungen machen. In der Ziffer 1 Ihres Antrags verkennen Sie die Problematik, die Sie mit Ihrem Zusatz regeln wollen. Wenn die Behörde erkennt, daß ein Betroffener bewußt wahrheitswidrig oder leichtfertig falsch belastet wird, darf sie diesen Inhalt doch gar nicht zum Gegenstand einer Anhörung machen.

(Abg. Dr. Maus CDU: Wenn sie es erkennt!)

Zu Ziffer 4: Ihre Behauptung, Nordrhein-Westfalen habe eine entsprechende Vorschrift, ist unrichtig.

(Abg. Hackl GRÜNE: Da geht es um das Nachhinein! Das stimmt nicht! Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Innenausschusses zuzustimmen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Maus, so schnell fruchten Ihre Appelle.

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen nunmehr in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Der Innenausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7052, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 11/6870, unverändert zuzustimmen. Den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE werde ich bei dem angesprochenen Paragraphen aufrufen.

Ich rufe auf

#### Erster Abschnitt

##### Allgemeine Vorschriften

Kann ich hier die §§ 1 bis 5 zusammen aufrufen?

(Abg. König REP: Nein!)

— Wollen Sie, daß über jeden Paragraphen einzeln abgestimmt wird?

(Abg. König REP: Sie können die §§ 2 bis 5 zusammen aufrufen! Bei § 1 wollen wir zustimmen, nachher wollen wir ablehnen!)

— Gut, wenn Sie das wünschen. Dann ist

#### § 1

##### Zweck und Anwendungsbereich des Gesetzes

aufgerufen. Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung und einer Gegenstimme ist § 1 angenommen.

Ich rufe die

#### §§ 2 bis 5

auf. Wer den §§ 2 bis 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist diesen Paragraphen zugestimmt.

Ich rufe

#### § 6

##### Rechte der betroffenen Person

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7106 Ziffer 1, auf, der in § 6 Abs. 1 Satz 3 eine andere Fassung begehrt.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die ablehnenden Stimmen waren die Mehrheit. Damit ist die Ziffer 1 des Antrags Drucksache 11/7106 abgelehnt.

Ich lasse über § 6 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. —

Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 6 ist in der Fassung der Beschlußvorlage angenommen.

Ich rufe auf

#### Zweiter Abschnitt

##### Überprüfungsarten und Durchführungsmaßnahmen

Kann ich hier die

#### §§ 7 bis 10

zusammen aufrufen? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Sie sind aufgerufen. Wer den §§ 7 bis 10 zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Diesen Paragraphen ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe

#### § 11

##### Datenerhebung, Befugnisse der mitwirkenden Behörde

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7106 Ziffer 2, auf, wonach Absatz 3 gestrichen werden soll.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die ablehnenden Stimmen waren die Mehrheit. Deshalb ist auch die Ziffer 2 des Antrags Drucksache 11/7106 abgelehnt.

Ich lasse über § 11 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 11 ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe

#### § 12

##### Maßnahmen bei einzelnen Überprüfungsarten

auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 12 ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Dritter Abschnitt

##### Verfahren

#### § 13

##### Sicherheitserklärung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7106 Ziffer 3, vor. Über diesen Änderungsantrag lasse ich abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch diese Ziffer ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich lasse über § 13 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 13 ist bei etlichen Gegenstimmen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich die

§§ 14 bis 18

zusammen aufrufen? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich lasse über diese Paragraphen abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Den Paragraphen ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Vierter Abschnitt

Akten über die Sicherheitsüberprüfung; Datenverarbeitung

Kann ich über die

§§ 19 bis 23

gemeinsam abstimmen lassen? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es wird also über die §§ 19 bis 23 abgestimmt. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Diesen Paragraphen ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe

§ 24

Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten

und dazu den Änderungsantrag Drucksache 11/7106 Ziffer 4 auf.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Hackl.

**Abg. Hackl GRÜNE:** Keine namentliche Abstimmung. Der Änderungsantrag erhält aus gesetzestechnischen Gründen noch einen zusätzlichen Satz. Er lautet: „§ 19 Abs. 3 steht dem nicht entgegen.“

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie haben es gehört: § 19 Abs. 6 stehe dem nicht entgegen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Absatz 3!)

In dieser veränderten Form lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch nachdem dieser Satz angefügt worden ist, hat der Antrag keine Mehrheit gefunden. Deshalb ist auch die Ziffer 4 des Antrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 24 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist § 24 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich über den Fünften Abschnitt — das sind die §§ 25 bis 32 — zusammen abstimmen lassen? —

(Abg. Dr. Maus CDU: Natürlich!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe auf

Fünfter Abschnitt

Sonderregelungen bei Sicherheitsüberprüfungen für nicht-öffentliche Stellen

Wer diesem Abschnitt mit den

§§ 25 bis 32

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist dem Fünften Abschnitt zugestimmt.

Jetzt kommt der Sechste Abschnitt. Kann ich die §§ 33 bis 36 zusammen aufrufen? —

(Abg. Dr. Maus CDU: Natürlich!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich rufe auf

Sechster Abschnitt

Reisebeschränkungen, Sicherheitsüberprüfungen auf Antrag ausländischer Dienststellen und Schlußvorschriften

Wer dem Sechsten Abschnitt mit den

§§ 33 bis 36

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist den §§ 33 bis 36 zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Sicherheitsüberprüfung aus Gründen des Geheimnisses (Landessicherheitsüberprüfungsgesetz — LSÜG)“. — Das Haus stimmt der Überschrift zu.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Jawohl!)

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. —

(Abg. Weyrosta SPD: Sich ganz zu erheben!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist das Gesetz mehrheitlich angenommen.

(Abg. Zeller SPD: Bei einer Stimmenthaltung! Büttkofer hat sich enthalten!)

Nun hat Herr Abg. Wilhelm für eine Erklärung zur Abstimmung ums Wort gebeten. Herr Abg. Wilhelm, Sie haben das Wort.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe im Innenausschuß für diesen Gesetzentwurf gestimmt, und ich habe konsequenterweise auch heute dafür gestimmt, weil, Herr Hackl, dies bei uns möglich ist. Bei den Republikanern ist es möglich, kontrovers abzustimmen.

(Abg. Haasis CDU: A wa! — Abg. Walter GRÜNE: Super!)

Eines aber mache ich nicht, Herr Hackl: Ich werde meiner Partei und meiner Fraktion nicht in den Rücken fallen.

(Abg. Zeller SPD: Persönliche Erklärung!)

Ihr Beispiel vom Wolf im Schafspelz, mit dem Sie meinen Parteifreund König bedacht haben,

(Abg. Zeller SPD: Keine Sachdebatte!)

Herr Hackl, das war der klassische Knieschuß.

(Glocke des Präsidenten)

Nachdem der „Wolf im Schafspelz“ Ihre Positionen übernommen hat, nehme ich zur Kenntnis, daß Sie sich selber als Schaf bezeichnen.

(Beifall des Abg. Trageiser REP — Abg. Zeller SPD: Jesses! — Abg. Hackl GRÜNE: Ich bin beeindruckt!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes — Drucksache 11/6874**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses — Drucksache 11/7114**

Berichterstatter: Abg. Haasis

Meine Damen und Herren, der Innenausschuß hat beschlossen, daß im Plenum über seine Beratungen mündlich kurz berichtet wird. Ich erteile deshalb Herrn Abg. Haasis für die mündliche Berichterstattung das Wort.

(Abg. Zeller SPD: Was? Geht es ums Sparkassengesetz?)

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem kein schriftlicher Bericht vorliegt, gebe ich einen mündlichen Bericht.

Im Innenausschuß gab es gestern zunächst eine öffentliche Anhörung und dann in der Mittagspause der Plenarsitzung eine nichtöffentliche Beratung. Dabei wurde sehr intensiv über § 11 des Gesetzes diskutiert, und zwar darüber, ob kraft Gesetzes eine Dienstpflicht eingeführt werden soll oder nicht.

Ein Abgeordneter der CDU erklärte, daß sich die CDU eine Lösung vorstellen könne, wie sie vom Gemeindetag vorgeschlagen wurde. Danach soll im Gesetz eine Dienstpflicht festgelegt werden. Alles Nähere — Ausnahmen, Befreiungen — solle von den Gemeinden in Satzungen bestimmt werden. Dieser Meinung hat sich der Abgeordnete der FDP/DVP im Ausschuß angeschlossen.

(Abg. Wintruff SPD: Wer sind die Herren?)

— Der Abgeordnete.

(Abg. Wintruff SPD: Wir wollen Namen! — Abg. Sieber CDU: Höchst vertraulich!)

— Die Berichte aus den Sitzungen werden hier immer in dieser Form weitergegeben, Herr Kollege — falls Sie das in den letzten vier Jahren nie gelesen haben —, und ohne Namensangabe.

Ein Abgeordneter der SPD hat die gegenteilige Meinung vertreten. Er meinte, es gäbe einen größeren Handlungsspielraum für die Gemeinden, wenn auch die Frage der Dienstpflicht voll in die Satzungshoheit der Kommunen gestellt würde.

(Abg. Zeller SPD: Sehr vernünftig!)

Der Ausschuß hat dem vorgelegten Gesetzentwurf bei zwei Enthaltungen, den Enthaltungen eines Abgeordneten der FDP/DVP und eines Abgeordneten der CDU, zugestimmt.

Zu Nummer 7 des Gesetzentwurfs — § 36, Ersatzleistung für Einsätze der Feuerwehr bei Kraftfahrzeugen — gab es ebenfalls eine sehr lange Diskussion. Ein Abgeordneter der CDU hat begründet, weshalb sich seine Fraktion gegen diese Formulierung ausspricht. Er hat sich dabei vor allem auch auf das tags zuvor durchgeführte Gespräch mit den Feuerwehren und die Anhörung, die in der Vormittagsitzung des Ausschusses stattgefunden hat, bezogen. Ich gehe davon aus, daß das von den Fraktionen bei der Aussprache nachher noch dargelegt wird, so daß ich im Bericht darauf verzichten kann.

Zu Nummer 7 lagen der Änderungsantrag Nr. 1 der Republikaner und der Änderungsantrag Nr. 3 der CDU und der SPD vor. Beide Anträge begehrt, diese Gesetzesbestimmung zu streichen, so daß keine Kostenersatzpflicht eingeführt wird.

Alle Abgeordneten waren damit einverstanden, daß über die Anträge gemeinsam abgestimmt wird. Bei einer Neinstimme des Abgeordneten der Grünen wurde diese Gesetzesbestimmung gestrichen.

Der Änderungsantrag der Grünen, der begehrt, die Kostenersatzpflicht durch eine Soll- statt einer Kann-Bestimmung zu verschärfen, hat eine Ja-Stimme gefunden.

(Haasis)

Im übrigen wurde der Gesetzentwurf vom Ausschuß mit der Bitte um Zustimmung an Sie überwiesen, wie der schriftlich vorliegenden Beschlußempfehlung zu entnehmen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Mogg SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Aussprache über den Gesetzentwurf ein. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bedauern das Ergebnis des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts. Ich meine den Teil, wonach die Feuerwehrrabgabe zu streichen ist und uns auch versagt ist, einen Ersatz dafür zu schaffen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist nicht zu bedauern! Das ist verfassungsmäßig!)

— Wir bedauern das Ergebnis dieses Beschlusses, aber wir akzeptieren selbstverständlich Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts. Wir tragen ihnen in der Konsequenz auch in den betreffenden Landesgesetzen Rechnung.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Herr Kollege Bütikofer, Sie sollten nicht, bloß weil Sie jetzt aufhören, die letzte Sitzung noch dazu nutzen, hier herumzukalauern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir bedauern nicht, sondern begrüßen ausdrücklich, daß der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts auch festgelegt hat, daß sich die Dienstpflicht nicht allein auf Männer erstrecken darf. Damit ist die Diskriminierung von Frauen und gleichzeitig die Benachteiligung von Männern aufgehoben. Insofern ist das nach unserer Auffassung ein richtiger Beschluß.

Die Konsequenz aber ist, daß wir das Gesetz heute ändern müssen. Wir sind der Auffassung, daß der Weg, dies nicht zentral durch den Landesgesetzgeber als Pflicht aufzuerlegen und zu regeln, sondern es der Gestaltungsfreiheit der Kommunen zu übertragen, der richtige ist.

Wir wissen alle, daß eine Dienstverpflichtung bisher Gott sei Dank nicht notwendig ist. Wir sind zuversichtlich, daß sie auch weiterhin nicht notwendig werden wird. Deswegen brauchen die Städte und Gemeinden nun nicht ihre Satzung dahin gehend auszugestalten, daß sie eine Dienstverpflichtung aussprechen, und auch nicht die näheren Ausgestaltungsregelungen, die sehr kompliziert sein können, zu treffen. Die Kann-Bestimmung läßt dies zu. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich betonen: Es müssen also nicht alle Kommunen unverzüglich darangehen, diese Dienstverpflichtung in einer kommunalen Satzung zu regeln.

Die Möglichkeit, Sachschäden sowie vermögenswerte Versicherungsnachteile im Wege der Erstattung zu ersetzen, findet selbstverständlich unsere Zustimmung. Dies ist eine Forderung, die wir seit langem erheben. Ihr wird jetzt anläßlich dieser Novellierung Rechnung getragen.

Nun zum Kostenersatz: Wir hätten es durchaus der Weisheit der Städte und Gemeinden zugetraut, dies eigenverantwortlich zu regeln. Ich bin überzeugt davon, daß die große Mehrzahl der Städte und Gemeinden davon abgesehen hätte, eine entsprechende Kostenersatzregelung durch Satzung zu beschließen. Es hätte aber diejenigen Kommunen, die beispielsweise durch die Hilfe auf Autobahnen bei zahlreichen Unfällen, die dort passieren, überproportional belastet sind, andere Möglichkeiten eröffnen können. Denn der Grundgedanke der selbstlosen Nachbarschaftshilfe als Grundlage des unentgeltlichen ehrenamtlichen Einsatzes ist in diesen Fällen durchaus nicht mehr gegeben, und es gibt eine gewisse einseitige Belastung derjenigen Städte und Gemeinden, die solche Autobahneinsätze zu leisten haben.

In der Zukunft sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht eine Regelung gefunden werden könnte, die einerseits den verständlichen Wünschen der kommunalen Seite Rechnung trägt, aber andererseits natürlich auch den verständlichen Forderungen des Landesfeuerwehrverbandes und unserer Feuerwehren entspricht, die deutlich gemacht haben, daß Feuerwehrleute keine Abzocker sein wollen. Wir sind überzeugt davon, daß dies auch nicht so sein muß.

Wir haben dem vielfachen Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes und unseres Koalitionspartners Rechnung getragen, weil wir es für wichtiger halten, dieses Gesetz heute in der Fassung der Beschlußempfehlung zu verabschieden, als in dieser Sache im Streit auseinanderzugehen; das würde sich nicht lohnen. Ich meine, wir sind alle so vernünftig, daß wir das auch in Zukunft richtig regeln können.

Ich darf abschließend sagen: Wir stimmen selbstverständlich, wie ich es gesagt habe, dem Gesetzentwurf in der Fassung der von uns vorgelegten Beschlußempfehlung zu, und wir lehnen den Antrag der Fraktion GRÜNE deshalb ab, weil darin eine Soll-Bestimmung vorgesehen ist, die wir so nicht wollen. Eine Kann-Bestimmung überläßt es den Gemeinden, dies in eigener Verantwortung zu regeln. Wir wollen nicht, daß alle Gemeinden unbedingt eine solche Regelung treffen sollen; denn „sollen“ heißt „müssen“, wenn keine triftigen Gründe entgegenstehen. Das wäre uns zu weitgehend.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

— Abg. Wintruff SPD zur CDU: Die Hüter der Selbstverwaltung sind wir!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bühler.

**Abg. Bühler REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! An der Notwendigkeit einer Änderung des Feuerwehrgesetzes besteht nach den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts zur Feuerwehrrabgabe sowie zur Feuerwehrdienstpflicht kein Zweifel.

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt durch die Streichung des § 37, also den Regelungen zur Feuerwehrrabgabe, insoweit der neuen Rechtsprechung Rechnung. Insbesondere begrüßen wir Republikaner, daß die Landesregierung in der Neufassung des Gesetzes eine von uns schon lange erhobene Forderung endlich hinreichend berücksichtigt hat. Durch die in § 11 vorgesehene Satzungsermächtigung werden die Gemeinden ermächtigt, im Bedarfsfall die Feuerwehrdienst-

(Bühler)

pflicht unter Einbeziehung auch der weiblichen Gemeindeglieder einzuführen. Diese Regelung ist genauso richtig wie — das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen — ihre Verankerung im Feuerwehrgesetz und nicht etwa in der Gemeindeordnung.

Darüber hinaus sollen auch die Vorschriften über den Ersatz von Sachschäden und den Kostenersatz für die Einsätze der Gemeindefeuerwehren ergänzt oder neu geregelt werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Neuregelung hinsichtlich der Einbeziehung bestimmter Vermögensschäden in die Erstattungspflicht der Gemeinden. Es ist nur recht und billig, wenn ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige künftig auch diejenigen Verluste gegenüber den Gemeinden geltend machen können, die ihnen aufgrund von Rückstufungen im Schadensfreiheitsrabatt ihrer Kfz-Haftpflichtversicherung nach Unfällen mit von ihnen während des Einsatzes benutzten eigenen oder fremden Fahrzeugen entstanden sind.

Nun zum § 36 Abs. 1: Dieser ist neben der Feuerwehrdienstpflicht wohl der eigentliche Knackpunkt des ursprünglichen Gesetzentwurfs. Dem Entwurf der Landesregierung zufolge soll in § 36 Abs. 1 die Ausdehnung des Kostenersatzes auf alle Einsätze der Gemeindefeuerwehr in bezug auf Kraftfahrzeuge festgeschrieben werden. Damit sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, für Feuerwehreinsätze, die von Kraftfahrzeugen verursacht werden — in der Regel sind das Autounfälle —, Kostenersatz zu verlangen. Davon einmal abgesehen, daß die daraus zu erwartenden Einnahmen für die Gemeinden geradezu verschwindend gering wären und in keinerlei vernünftigem Verhältnis zu dem damit verbundenen Verwaltungsaufwand stünden

(Abg. Hackl GRÜNE: Woher wissen Sie das?)

— wären Sie gestern bei der Anhörung dageblieben, hätten Sie die Ausführungen gehört; dann wären Sie sicher, daß es so wäre; der Kollege bestätigt es ja —,

(Beifall bei den Republikanern)

hätten wir Republikaner von Anfang an grundlegende Bedenken gegen diese geplante Neuregelung. Wir waren die einzigen, die sich noch vor der ersten Lesung des Gesetzentwurfs und der sich daran anschließenden Anhörung in der gestrigen Ausschusssitzung uneingeschränkt den berechtigten Bedenken des Landesfeuerwehrverbandes um das durch eine unsinnige und unnötige Regelung auf dem Spiel stehende Ansehen der Feuerwehren im Lande angeschlossen haben. Das können Sie unserer Pressemitteilung vom vergangenen Montag entnehmen. Darin haben wir ausführlich unseren diesbezüglichen Änderungsantrag begründet, wonach auch künftig die Einsätze der Feuerwehren im Rahmen der definierten Pflichtaufgaben uneingeschränkt kostenfrei zu bleiben haben. Es hat der gestrigen Anhörung und des engagierten und überzeugenden Auftretens des Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes, Herrn Englerth, bedurft,

(Abg. Veigel FDP/DVP: Mensch, macht der einen Kotau vor dem Präsidenten!)

um auch die anderen Fraktionen mit Ausnahme der Grünen von der Schädlichkeit der geplanten Neuregelung des § 36 Abs. 1 zu überzeugen.

(Abg. Rückert CDU: Daneben, Herr Kollege!)

Anstatt nun unserem vorliegenden Antrag vorbehaltlos zuzustimmen, haben die Vertreter von CDU und SPD in einer kaum noch zu überbietenden Selbstverrenkung einen inhaltlich absolut gleichen Änderungsantrag formuliert, dem dann in einer Art Kompensationsgeschäft zusammen mit unserem Antrag zugestimmt wurde.

(Abg. Alfred Haas CDU: Entschuldigung, Sie waren doch einverstanden!)

Meine Damen und Herren, in Ihrem krampfhaften Bemühen, nicht mit den Republikanern stimmen zu müssen, haben Sie sich lächerlich gemacht.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir Republikaner haben diesen Eiertanz mit Interesse beobachtet und ihn deswegen hingenommen, weil uns der gute Ruf und das Ansehen unserer Feuerwehren wichtiger ist als Ihre Kapriolen.

(Abg. Walter GRÜNE: Wenn die Feuerwehren wären wie Sie!)

Mit der jetzt vorliegenden Fassung des Feuerwehrgesetzes können wir, kann auch die Feuerwehr gut leben. Deshalb stimmen wir dem Gesetzentwurf in allen Punkten zu.

Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Novelle zum Feuerwehrgesetz enthält viele notwendige und richtige Regelungen. Die Neuregelung der Dienstpflicht, die Einbeziehung von bestimmten Vermögensschäden in die Entschädigung der Feuerwehrleute und die Aufhebung der durch gerichtliche Entscheidung gegenstandslos gewordenen Vorschriften über die Feuerwehrabgabe sind gut und richtig und werden von uns mitgetragen.

Bestürzt, meine Damen und Herren, bin ich allerdings über die Veränderung, die der Gesetzentwurf im Lauf der Beratungen im Innenausschuß erfahren hat. Die Ausdehnung der Kostenerstattungspflicht für Leistungen der Feuerwehr bei Schäden oder Gefahren, die beim Betrieb von Kraftfahrzeugen entstehen, wurde wieder aus dem Gesetz genommen. Und dies, meine Damen und Herren, gegen den erklärten Willen der Vertreter des Städte- und des Gemeindetags.

(Zuruf von der CDU: Souverän!)

Damit werden Autobesitzer gegenüber den Besitzern von Schienen-, Wasser- und Luftfahrzeugen weiter bevorzugt — bei diesen besteht nämlich bislang die Ersatzpflicht —, und außerdem wird damit dem Verursacherprinzip Hohn gesprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Feuerwehrabgabe gibt es nicht mehr. Die Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Vor diesem Hintergrund entziehen Sie

(Hackl)

den Gemeinden die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen in Höhe von — Baden-Württemberg-weit geschätzt — zirka 5 bis 10 Millionen DM im Jahr von den Kostenverursachern zu erzielen.

(Abg. Kurz CDU: Eine völlig überzogene Zahl!)

Und dies nur — das sage ich auch mit dem Blick auf die Zuhörertribüne —, weil sich die CDU und der Feuerwehrverband nicht zutrauen, den Bürgern zu erklären, daß es Feuerwehrleistungen nicht mehr zum Nulltarif geben kann.

(Abg. Rückert CDU: Nein, weil wir mit dem Feuerwehrverband einig sind!)

Da holt man sich das Geld für die Subventionierung der Feuerwehr dann lieber von anderen, zum Beispiel den Eltern durch die Erhöhung von Kindergartengebühren oder über die Grundsteuer.

(Widerspruch bei der CDU — Zuruf des Abg. Rückert CDU)

— Herr Rückert, hören Sie zu. Es gilt das Gesamtdäckungsprinzip. Sie wissen das genau. Sie waren lange genug Finanzbürgermeister. Sie müssen wissen, daß Sie ein Defizit decken müssen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Herr Hackl, den Quatsch haben Sie doch schon im Innenausschuß vorgetragen!)

Oder Sie holen es über die Grundsteuer von der alten Hausbesitzerin, die zu den 38 % der Haushalte in der Bundesrepublik gehört, die über kein Auto verfügen.

Die autofahrenden Männer über 50, die leider auch im Innenausschuß über eine satte Zweidrittelmehrheit verfügen, werden jedenfalls auch in Zukunft nicht für die von ihrem eigenen Verkehrsverhalten verursachten Kosten aufkommen müssen.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Das ist ein Skandal!  
— Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Das ist ein Skandal, was der vorträgt! — Abg. Veigel FDP/DVP: Was hat das mit Männern und 50 zu tun? — Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Wenn der Göschel lacht, dann kapiert er das nicht!)

Wir wollen hier mehr Gerechtigkeit nach dem Verursacherprinzip und haben deshalb einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter als der ursprüngliche Regierungsentwurf und sehen statt einer Kann- eine Soll-Regelung vor. Damit wollen wir eine möglichst landesweite Gleichbehandlung der Betroffenen in Baden-Württemberg erreichen. Wir meinen, daß bei der Bevölkerung alles andere, auch diese Kann-Regelung, kein Verständnis finden würde.

Meine Damen und Herren, unsere Kostenersatzregelung wäre gerade in Zeiten knapper Kassen und steigender Belastungen der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Signal für mehr Gerechtigkeit. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich danke am Schluß meiner Ausführungen den Feuerwehrleuten für ihre wichtige Arbeit für unser Gemeinwesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Veigel.

Abg. Veigel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof zwingen uns zur Änderung des baden-württembergischen Feuerwehrgesetzes. Zur Zeit besteht eine Feuerwehrdienstpflicht nur für die männlichen Gemeindeeinwohner zwischen dem 18. und 50. Lebensjahr. Diese Beschränkung der Feuerwehrabgabe auf Männer ist mit dem Artikel 3 des Grundgesetzes unvereinbar, so daß jetzt das Gesetz zu ändern ist.

Zu § 16 — Ersatz von Sachschäden und bestimmten Vermögensschäden — bestand im Ausschuß weitgehende Übereinstimmung, so daß hierüber nicht mehr besonders diskutiert werden muß.

§ 36 wurde praktisch gestrichen. Ich habe mir das auch überlegt. Ich habe mich vom Präsidenten des Feuerwehrverbands überzeugen lassen, daß das Aufkommen unverhältnismäßig gering ist und daß die Verwaltungskosten hierfür natürlich unverhältnismäßig hoch wären. Es fiel mir also nicht schwer, hier zuzustimmen.

Wichtig ist noch § 11: Heranziehung zum Dienst in der Gemeindefeuerwehr. Im Gegensatz zur Mehrheitsmeinung im Ausschuß sind wir aber der Ansicht, daß die Verpflichtung zum Feuerwehrdienst unter Einbeziehung der Frauen durch Satzung auf Gemeindeebene nicht der richtige Weg ist. Ich glaube, es zweifelt niemand an meiner Liebe zur Selbstverwaltung

(Abg. Ruder CDU: Zum Liberalismus!)

— und zum Liberalismus natürlich —, aber ich persönlich bin der Ansicht, daß man hier nicht mit dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung operieren sollte.

Man hat auch gesagt, dieses Satzungsbeispiel solle zur Deregulierung beitragen. Hier meine ich, man sollte sich einmal überlegen, wie das in der Praxis aussehen könnte. Ich meine, da hat der Feuerwehrverband richtig argumentiert, indem er sagte, daß über Gemeindegrenzen hinaus für unsere 1111 Gemeinden eine einheitliche Regelung geschaffen werden müsse.

Aber vorrangig sind natürlich das Element und der Grundsatz der Freiwilligkeit. Wir hoffen alle, daß es uns weiterhin gelingt, diesen Grundsatz hochzuhalten, um die Leistungsfähigkeit unserer Feuerwehr zu halten. Sollten aber — das wurde ja in der Ausschußsitzung auch diskutiert — Motivationsverluste eintreten, gleichgültig aus welchen Gründen, muß ein Instrument zur Dienstverpflichtung vorhanden sein, allerdings nicht durch Satzung, sondern abschließend im Feuerwehrgesetz. Die Dienstpflicht muß für alle Gemeinden des Landes und über die Gemeindegrenzen hinweg einheitlich gestaltet werden, und zwar durch dieses Gesetz.

Allerdings hat sich nun die große Koalition in einer ziemlich eleganten Art und Weise entschieden.

(Abg. Schöffler SPD: Wir sind immer elegant!)

(Veigel)

Dem einen wurde sein Wunsch auf Streichung erfüllt, und der andere hat dann bei § 11 recht bekommen. Man hat sich also für Dienstpflicht qua Satzung entschieden. Aber für die Zukunft gilt es nun, genau zu beobachten, meine Damen und Herren, wie sich diese Regelung auswirkt

(Abg. Hackl GRÜNE: Herr Veigel, warum haben Sie eigentlich keinen Änderungsantrag gestellt?)

und ob wir nicht doch noch durch Gesetz die Dienstpflicht für Feuerwehrleute regeln müssen. Deshalb muß sich unsere Fraktion der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Mogg SPD: Mannhaft enthalten! — Abg. Haasis CDU: Das ist jetzt nicht verständlich!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haasis.

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Baden-Württemberg ein ausgezeichnetes Feuerwehrwesen. Wir haben in allen Städten, in allen Gemeinden, in allen Orts- und Stadtteilen freiwillige Feuerwehrleute. Nahezu 100 000 Männer,

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

in neuerer Zeit auch Frauen, sind bereit, sich freiwillig in den Dienst der Feuerwehr zu stellen, und zwar ehrenamtlich, neben ihrem Beruf. Sie tun dies in zahlreichen Übungen und natürlich auch in vielen Einsätzen.

Wir danken diesen Männern und diesen Frauen für die Übernahme der Pflicht, die sie seit vielen Jahren in unserem Land tun. Wir meinen, daß sie einen Dank des Landtags wert sind,

(Beifall bei allen Fraktionen)

genauso wie die Städte und Gemeinden, die mit Hilfe der Feuerschutzmittel des Landes bei der baulichen und auch bei der fahrzeugmäßigen und technischen Ausstattung

(Abg. Hackl GRÜNE: Dafür habt ihr ja die Feuerschutzsteuer gedeckelt gehabt!)

dafür gesorgt haben, daß wir in Baden-Württemberg wirklich bis in jede einzelne Gemeinde und jeden Gemeindeteil hinein eine bestens ausgestattete Feuerwehr haben.

Deshalb glauben wir auch, daß es den Bürgern weiterhin zumutbar gewesen wäre, eine Feuerwehrabgabe zu tragen, wenn sie keinen Feuerwehrdienst leisten. Wir stimmen auch hier mit der SPD überein; denn die Bürger, die einen Feuerwehrdienst leisten, bringen ja sehr viel größere Opfer als diejenigen, die ersatzweise die Feuerwehrabgabe bezahlt haben. Das Urteil verhindert dies und macht auch notwendig, ein neues Feuerwehrgesetz zu verabschieden und die Frage der Feuerwehrdienstpflicht zu regeln.

In diesem Punkt haben wir uns in der Beurteilung vom Koalitionspartner unterschieden.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Ja!)

Das sei hier offen gesagt. Die SPD hat, wie schon erwähnt wurde, den Entwurf des Innenministeriums in dem Punkt mitgetragen, daß im Gesetz keine Feuerwehrdienstpflicht festgeschrieben wird. Natürlich wissen wir, welche Problematik auftaucht, Ausnahmeregelungen und Befreiungen festzulegen, wenn jetzt auch Frauen verpflichtet werden. Aber dieses Problem ist nicht erledigt, wenn es nicht im Gesetz steht, sondern künftig ist das eben in jedem Gemeinderat, in jedem Stadtrat zu erledigen, wenn eine Satzung erlassen wird. Wir hoffen, daß der Städte- und der Gemeindetag eine Mustersatzung erlassen, so daß wir ein einigermaßen einheitliches Recht in Baden-Württemberg haben, soweit neue Satzungen mit der Dienstpflicht erlassen werden.

Wir haben uns bei dem angesprochenen § 36, der Kostenersatzpflicht, leichter einigen können. Es bleibt jetzt bei der bisherigen Regelung des Gesetzes, daß bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit Kostenersatz möglich ist. Wir hätten es aber für falsch angesehen, wenn bei allen Einsätzen, die im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen stehen, also auch bei Hilfeeinsätzen, der Bürger zur Kasse gebeten würde, dies vor allem bei einer Leistung, die Bürger ehrenamtlich erbringen. Wir teilen die Auffassung der Feuerwehrleute und des Feuerwehrverbands, daß es mit Sicherheit zur Demotivation der Feuerwehrangehörigen beigetragen hätte, wenn große Rechnungen geschrieben werden müßten.

(Abg. Hackl GRÜNE: Warum denn? Die Argumentation war nicht nachvollziehbar!)

— Das ist mit Sicherheit so. Ich habe Ihnen das Beispiel vom Roten Kreuz erklärt, Herr Kollege, und ich habe in meiner Praxis als Vorsitzender des DRK erlebt, wie Ehrenamtliche abgesprungen sind, nachdem sie Kritik aus der Bevölkerung hinnehmen mußten, wenn große Rechnungen geschrieben worden sind, die aufgrund der Aufwendungen, die entstanden sind, notwendig waren. Wir sind sicher, daß das im Lauf der Zeit für viele Feuerwehrleute ein Ärgernis geworden wäre und sie deshalb den freiwilligen Dienst quittiert hätten.

Wir haben auch — dies an die Kollegen von den Republikanern gesagt — dieses Thema gestern nicht neu aufgegriffen. Natürlich haben wir in den letzten Wochen auch mit den Feuerwehren darüber gesprochen.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Aber wir haben die Anhörung des Feuerwehrverbands am gestrigen Tag und die Absprache mit unserem Koalitionspartner absichtlich abgewartet, um den Antrag dann einzubringen. Wir sind der SPD dankbar, daß sie in diesem Punkt nachgegeben hat, so daß das Feuerwehrgesetz noch verabschiedet werden kann, weil es ja auch positive Entscheidungen für die Feuerwehrleute bei der Ersatzpflicht und bei der Versicherungspflicht mit sich bringt. Von daher tragen wir dieses Gesetz selbstverständlich mit. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, daß es nicht möglich war, auf Bundesebene mit den anderen Ländern der Initiative des baden-württembergischen Finanzministeriums zu folgen, wonach die Aufwandsentschädigungen mit einem größeren Betrag als bisher von der Steuer freigestellt werden sollten. Das wäre unseres Erachtens der notwendige Ersatz gegenüber den Feuerwehrleuten gewesen, wenn bei allen übrigen Bürgern die Feuerwehrabgabe wegfällt. Leider ist das nicht ge-

(Haasis)

lungen. Wir hoffen aber, daß dies in den nächsten Jahren noch der Fall sein wird und wir den Feuerwehrleuten auf diese Art einen Ausgleich geben können.

Wir werden dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

(Abg. Walter GRÜNE: 5 Minuten! Kein doppelter Bütikofer!)

**Innenminister Birzele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorredner haben bereits erwähnt, daß der vorliegende Gesetzentwurf den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 18. Juli 1994 und des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 1995 zur Feuerwehrabgabe und zur Feuerwehrdienstpflicht Rechnung trägt. Die Feuerwehrabgabe muß ersatzlos gestrichen und die Regelungen über die Feuerwehrdienstpflicht müssen neu gefaßt werden.

Ein wesentlicher Grund für die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs war die Feststellung, daß von der Dienstpflicht in Baden-Württemberg nie Gebrauch gemacht wurde, so daß für den Gerichtshof die Abgabe im Vordergrund gestanden hat, die er für unzulässig gehalten hat, weil Männer und Frauen ungleich belastet wurden.

Dieses erfreuliche Ergebnis — keine Dienstverpflichtung — ist darauf zurückzuführen, daß sich in Baden-Württemberg — dank des nachhaltigen Einsatzes unserer freiwilligen Feuerwehren — stets genügend Männer und Frauen zum freiwilligen Feuerwehrdienst bereit gefunden haben. Ich gehe davon aus, daß dies auch in Zukunft so sein wird. Infolgedessen habe ich auch die Frage gestellt, ob eine Dienstpflicht überhaupt nötig ist. Da insbesondere einige Gemeinden eine solche Pflicht im Hintergrund für erforderlich hielten, sollen die Gemeinden nach diesem Gesetzentwurf selbst entscheiden, ob sie eine Feuerwehrdienstpflicht einführen wollen oder nicht. Der Gesetzentwurf sieht daher für die Gemeinden eine Satzungsermächtigung vor, die in Anlehnung an die bisherige Regelung — allerdings unter der nach der zitierten Rechtsprechung notwendigen Einbeziehung auch der weiblichen Gemeindeinwohner — die Gemeinden zur Einführung der Feuerwehrdienstpflicht ermächtigt.

(Abg. Dr. Marianne Schultz-Hector CDU: Was machen die dann?)

Der Kollege Veigel hat angesprochen, daß es richtig gewesen wäre, wenn der Gesetzgeber eine vollständige und abschließende Pflicht vorgesehen hätte. Daß ausgerechnet ein ehemaliger Bürgermeister,

(Abg. Veigel FDP/DVP: Das habe ich mir gedacht!)

der doch die kommunale Selbstverwaltung, die Freiheit der kommunalen Entscheidungen, unterstützen sollte, hier eine gesetzgeberische Lösung des Landes fordert, hat mich schon im Innenausschuß erstaunt und erstaunt mich erneut.

(Abg. Hackl GRÜNE und Abg. Veigel FDP/DVP: Fürchterlich!)

Auch den Vorschlag, im Gesetz eine Feuerwehrdienstpflicht vorzusehen, aber die Einzelheiten dann über Satzungen in den Gemeinden zu regeln — der Kollege Haasis hat das angesprochen —, halte ich nicht für sinnvoll. Nach meiner Überzeugung werden die Gemeinden in Baden-Württemberg keine entsprechende Satzung erlassen, es sei denn, sie haben konkret die Befürchtung, daß sie nicht mehr genügend Nachwuchs bei der Feuerwehr haben.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Dann wird es kritisch! — Abg. Haasis CDU: Dann ist es zu spät!)

Ich kann nur sagen: Die Regelungen, die da zu treffen sind, sind nicht einfach. Denn da müssen alle Ausnahmen geregelt werden. Da Frauen zum Feuerwehrdienst mit herangezogen werden müssen, kann ich nur viel Vergnügen wünschen, wenn jemand im einzelnen die Ausnahmeregelungen zu treffen hat. Ich halte es jedenfalls nicht für sinnvoll, von Landesseite her eine derart spezialisierte Regelung zu treffen.

Die Gemeinden haben nunmehr die Möglichkeit, dann, wenn sie es für erforderlich halten, solche Regelungen zu treffen. Ich persönlich gehe davon aus, daß solche Regelungen nicht erforderlich sein werden.

Mit dem Gesetzentwurf sollen auch die Vorschriften über den Ersatz von Schäden ergänzt werden. So sind ehrenamtlich tätige Feuerwehrleute, die auf der Fahrt zum Einsatz mit ihren Privat-Pkws Unfälle erleiden, künftig auch gegen Prämiennachteile bei ihren Kfz-Haftpflichtversicherungen abgesichert. Werden bei Dienstfahrten Kraftfahrzeuge dritter Personen benutzt, hat die Gemeinde die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren nach dem Entwurf insoweit von Schadensersatzansprüchen der Eigentümer oder Halter dieser Fahrzeuge freizustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der Beschlußempfehlung des Innenausschusses soll die Änderung bei der Regelung über den Kostenersatz entfallen. Dem schließe ich mich an. Bei der gestern durchgeführten Anhörung der kommunalen Landesverbände und des Landesfeuerwehrverbands wurde nämlich deutlich, daß die erweiterte Möglichkeit, Kostenersatz für Feuerwehreinsätze zu erheben, zu keinen nennenswerten Mehreinnahmen bei den Kommunen führen wird. Zudem befürchten die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren, daß ihr mit großem Engagement geleistetes Ehrenamt tangiert wird, wenn für jeden Einsatz Kostenersatz erhoben werden kann. Diesen Argumenten ist der Innenausschuß gefolgt. Auch nach meiner Auffassung darf das Ehrenamt nicht beeinträchtigt werden, sondern — ganz im Gegenteil — es muß gestärkt werden.

(Abg. Hackl GRÜNE: Es wird doch nicht beeinträchtigt!)

Und wenn begründete Sorge — Sorge, Herr Kollege Hackl — vorgetragen wird, das Ansehen unserer ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen könne geschmälert werden, weil den Bürgerinnen und Bürgern für jeden Feuerwehreinsatz postwendend ein Abgabenbescheid der Gemeinde ins Haus flattern kann, dann müssen wir auf diese Besorgnis reagieren.

Ich schließe mich deshalb dem Votum des Innenausschusses an und bitte Sie, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Be-

(Minister Birzele)

schlußempfehlung des Innenausschusses zuzustimmen und den Antrag der Grünen abzulehnen.

Die Änderung des Feuerwehrgesetzes gibt mir Gelegenheit, allen Angehörigen der Feuerwehren in Baden-Württemberg für ihren selbstlosen und gefährlichen Einsatz im Dienst für die Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr herzlich zu danken. Ich möchte die Feuerwehrfrauen und die Feuerwehrmänner sehr herzlich bitten, in ihrem Engagement im Dienst der Allgemeinheit nicht nachzulassen. Das Land Baden-Württemberg wird das in seinen Kräften Stehende tun, um sie auch weiterhin nachhaltig zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 11/7114.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

und innerhalb des Artikels 1 zunächst die Nummern 1 bis 6. Hierzu gibt es keine Änderungsanträge. Auch seitens des Innenausschusses wird keine Änderung empfohlen. Ich kann damit diese Nummern mit Ihrem unterstellten Einverständnis zusammenfassen.

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

— Sie sind damit einverstanden. Damit wird jetzt über die Nummern 1 bis 6 abgestimmt. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei zwei Stimmenthaltungen ist diesen Nummern 1 bis 6 zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf. Der Innenausschuß schlägt in seiner Beschlußempfehlung vor, diese Nummer 7 zu streichen. Mit dem Änderungsantrag Drucksache 11/7116 will die Fraktion GRÜNE eine Änderung der noch nicht gestrichenen Nummer 7. Deshalb muß ich zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen lassen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7116, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. —

(Abg. Rückert CDU: Allein auf weiter Flur! — Einige Abgeordnete der GRÜNEN geben ihr Handzeichen von Plätzen von SPD-Abgeordneten ab. — Heiterkeit — Abg. Baumhauer CDU: Die fünfte Kolonne!)

Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt. Es bleibt also bei der Streichung von Nummer 7. Allerdings muß ich auch darüber noch förmlich abstimmen lassen. Wer also die Nummer 7 gestrichen haben will, der möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist die Nummer 7 gestrichen.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben noch über die jetzt zur Nummer 7 gewordene alte Nummer 8 abzustimmen. Wer dieser Nummer zustimmen möchte, der möge das Handzeichen geben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

#### Inkrafttreten

Hier kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes“. — Das Hohe Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? —

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU, der SPD, der Republikaner und der GRÜNEN — Abg. Dr. Schlierer REP: Das sind die letzten Zuckungen!)

Bei wenigen Stimmenthaltungen ist dem Gesetz zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir auch Punkt 7 der Tagesordnung erledigt. Die Punkte 8 und 9 haben wir bereits heute morgen abgehandelt. Deshalb kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt 10.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE — Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes — Drucksache 11/6882**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport — Drucksache 11/7057**

Berichterstatte: Abg. Carla Bregenzer

Das Präsidium hat für eine Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf zu Beginn der Zweiten Beratung eine Redezeit von 5 Minuten pro Fraktion festgelegt, die nicht ausgeschöpft werden muß. Wem darf ich das Wort erteilen? — Frau Abg. Schnaitmann, Sie haben das Wort.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das es Mädchen ab dem 16. Lebensjahr ermöglicht, bei Heirat oder der Geburt eines Kindes die Berufsschulpflicht auf Antrag zu beenden. In den anderen Bundesländern ist entweder die ruhende Berufsschulpflicht vorgese-

(Monika Schmitzmann)

hen, oder diese Gründe werden überhaupt nicht schulgesetzlich festgeschrieben.

Nun sollte man meinen, daß es genug vernünftige Gründe gibt, diesen Artikel des Schulgesetzes zu ändern. Denn daß die Begründung Eheschließung ausschließlich Mädchen vorbehalten ist, scheint doch ein Relikt aus einer Zeit zu sein, als die Vorstellung herrschte, Mädchen brauchten sowieso keine gute Schul- und Berufsbildung, weil sie heirateten.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. König REP:  
Oje!)

Heute dagegen ist es weitgehend unbestritten, daß das partnerschaftliche Verhältnis der Geschlechter und die Aufarbeitung von rollenfixierenden Klischees erfahrbare Lernziele sein muß.

Nun habe ich noch ein gewisses Verständnis, wenn die CDU dem noch nicht ganz folgen kann. Daß aber von der das Frauenministerium innehabenden SPD dieser Artikel des Schulgesetzes gleichsam wie eine Bastion „Selbstverwirklichung von Frauen“ verteidigt wird, überrascht nun doch. Die Argumente hingegen sind ebenso wie die der CDU wenig überzeugend, ja dünn.

Erstens: Da wurde argumentiert, in einer Anhörung zur Integration von Kindern mit Behinderungen hätten die Grünen das Wahlrecht der Eltern gefordert. Hier wolle man es verweigern. In dem einen Fall geht es aber um den Lernort, an dem die Schulpflicht erfüllt werden soll, bei dem hier zur Abstimmung stehenden Gesetz hingegen um die Infragestellung der Schulpflicht. Vielleicht wollte aber die SPD, die zu Recht nicht müde wird, die Vorzüge des dänischen Schulwesens zu loben, hier zu einem ersten Angriff auf die Schulpflicht blasen. In Dänemark gibt es ja nur die Unterrichtspflicht.

Zweitens: Es wundert mich allerdings, daß Frau Bregenzer die Notwendigkeit, die Schulpflicht zu erfüllen, recht unterschiedlich bewertet. Ich darf daran erinnern, daß es von ihr einen Antrag gab — Zitat —: Staatliche Fürsorgepflicht für Angehörige der Sekte „Agnus Dei“. Im Kern ging es um die Sorge, daß Kinder dem staatlichen Schulbesuch entzogen werden. Im Protokoll ist nachzulesen:

Abg. Zeller betont, die Tatsache, daß ohne Schwierigkeiten die Schulpflicht umgangen werden könne, dürfe Bildungspolitikern nicht gleichgültig sein, zumal auch die Gefahr der Nachahmung bestehe.

Zweitens, nein drittens: Es wundert mich des weiteren — —

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nur langsam!)

— Ja, Moment. No net hudle.

Drittens: Nun war es auch das sozialdemokratische Argument, man dürfe Mädchen nicht zu etwas zwingen, was diese nicht wollten, man müsse da mit Überzeugungsarbeit reagieren.

(Abg. Meyer CDU: So ist es!)

Dann aber frage ich Sie: Warum erst ein Schulgesetz in Kraft lassen und dann den oft schon überlasteten Lehrern

die Überzeugungsarbeit zumuten, zu erklären, daß das Schulgesetz eigentlich Blödsinn ist? Warum, wenn schon Überzeugungsarbeit besser ist, dann nicht gegenüber Sektenmitgliedern? Hier hat man nämlich die — Zitat — Eingriffsmöglichkeiten der Kirche und des Staates eingefordert.

Und warum sind Sie so überzeugt, daß Mädchen diesen Weg wollen? Ist es Ihnen entgangen, daß es trotz des durchgreifenden Gleichberechtigungsgesetzes der SPD und der CDU immer noch Vorstellungen in unserer Gesellschaft gibt, nach denen Mädchen keine berufliche Ausbildung brauchen und besser an Herd und Wiege gehören? Ich sage: Es gibt Mädchen, die die Schule trotz Heirat gern weiter besuchen würden. Sie müssen aber dem Druck des Ehemanns, der Eltern und Schwiegereltern nachgeben. Die Letztgenannten, und nicht etwa das betroffene Mädchen, haben dann auch noch das Schulgesetz auf ihrer Seite.

Viertens die Argumente des Ministeriums: Es wurde mit dem Hinweis auf § 4 der Schulbesuchsverordnung argumentiert, nach dem ja auch Jungs beurlaubt werden können, um sich um die Familie zu kümmern. Damit sei die grundsätzliche Gleichheit gewahrt. Das ist aber ein Schuß in den Ofen; denn hier handelt es sich um eine Beurlaubung. Ich frage: Warum kann dieser Artikel dann nicht auch für Mädchen ebenso ausreichen? Warum bedarf es der Sonderbehandlung der Mädchen in Artikel 80 des Schulgesetzes, die die Beendigung der Berufsschulpflicht ermöglicht? Das sind rollenfixierende Klischees.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite Argument des Ministeriums, diese jungen Mädchen könnten später ja jederzeit eine Berufsausbildung beginnen, ist angesichts der Perspektiven auf dem Lehrstellenmarkt eine Unverfrorenheit. Hier geht es um Mädchen, die oft nicht einmal einen Schulabschluß haben, weil sie die Schule vorzeitig verlassen. Mit Hauptschulabschluß aber haben nachgerade nur noch 40 % der Schülerinnen und Schüler eine Chance auf dem Lehrstellenmarkt. Man kann sich ausmalen, wie gering die Perspektiven für die betroffenen Mädchen dann sein würden.

Ich würde mich freuen, wenn wenigstens die Frauen in der SPD-Fraktion diesen Argumenten zugänglich wären. Oder, liebe Carla Bregenzer — sie hat ja argumentiert —, vielleicht steckt doch ganz tief in deiner Seele das Sehnen nach einer Zeit, als die Welt noch in Ordnung war: Die Ehen waren stabiler, die Mädchen hoben sich bis zur Hochzeitsnacht auf und hielten dann das Haus in Ordnung. Es herrschte Ordnung.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Wann war die Welt in Ordnung?)

Die Jungen gehorchten den Alten, die Kinder den Vätern, die Frauen ihren Männern, und die Männer hatten alles im Griff. Sie waren die Herren nicht nur im Haus, sondern auch in Kirche und Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Meyer.

**Abg. Meyer CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist nach unserer Auffassung im Grunde überflüssig.

Liebe Frau Kollegin Schnaitmann, bei Ihrer Begründung hatte ich den Eindruck, als ob es um ein das Land bewegendes Thema ginge. Dabei handelt es sich um relativ wenige Mädchen. Ich will deshalb meinerseits die Redezeit nicht ausschöpfen.

Wir haben in Baden-Württemberg — ich habe dies auch im Ausschuß gesagt — eine liberale Regelung, die auf den Willen der betroffenen Mädchen abgestellt ist. Es macht doch keinerlei Sinn, eine minderjährige Mutter zum Besuch der Berufsschule zu zwingen,

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Warum dann den Vater?)

wenn sie in der besonderen Situation nicht mehr in die Schule gehen will.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Woher wollen Sie das wissen?)

Unsere derzeitige Regelung nimmt Rücksicht auf den Willen der minderjährigen Mutter. Entscheidend ist, meine Damen und Herren, daß eine spätere Berufsausbildung möglich ist und möglich bleibt und dann die Berufsschulpflicht wieder auflebt. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, zu prüfen, ob ein Schulbesuch die junge Mutter daran hindern würde, das Kind in ausreichendem Maße zu betreuen. Dies wäre eine von oben verordnete Lösung, mit Sicherheit keine befriedigende Lösung.

Auch der Gleichheitsgrundsatz — Sie haben das wiederum angesprochen — zwischen Jungen und Mädchen ist nach unserer Überzeugung nicht verletzt, wenn Mädchen nach dem Schulgesetz die Berufsschulpflicht vorzeitig beenden können. Auch ein junger Vater, der sich um sein Kind kümmert bzw. kümmern muß, hat nach der Schulbesuchsverordnung die Möglichkeit, aus wichtigem persönlichem Grund eine Beurlaubung zu beantragen.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das ist ja der granatenmäßige Unterschied!)

— Es ist doch die Frage, ob es geht oder nicht. Deswegen brauchen wir keine Regelung für Dinge, die möglich sind.

(Abg. König REP: Wir müssen die biologischen Voraussetzungen ändern!)

Ich kann uneingeschränkt Frau Kollegin Bregenzer zustimmen, die bei den Ausschußberatungen auf die Notwendigkeit einer intensiven Beratung hingewiesen hat, daß gerade junge Mädchen — um diese geht es ja vornehmlich — einen Berufsbildungsabschluß anstreben sollten. In solchen Fällen, meine Damen und Herren, halten wir Beratung für sinnvoller als Zwang.

Wir geben der vernünftigen baden-württembergischen Regelung den Vorzug und lehnen deshalb den Gesetzentwurf der Grünen ab.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wintruff SPD — Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Von Ihnen habe ich auch nichts anderes erwartet!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

**Abg. Carla Bregenzer SPD:** Liebe Monika Schnaitmann, von dir oder Ihnen kritisiert zu werden und vom Herrn Meyer Lob zu kriegen — da muß ich irgend etwas falsch gemacht haben, und zwar entscheidend falsch gemacht haben, und das ausgerechnet heute, beim letzten wichtigen Tagesordnungspunkt dieser letzten wichtigen Sitzung des Landtags.

Aber ich muß Ihnen sagen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Ablehnung dieser Änderung des Schulgesetzes durch die SPD-Fraktion erfolgt von meiner Seite nicht mit Herzblut, so wenig Herzblut von mir daran hängt, eine Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf von Ihrer Seite zu erreichen.

Ich denke, die Klischeefixierung hängt nicht an diesem Gesetzentwurf und diesem Paragraphen. Sie fängt schon viel früher an.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Richtig!)

Sie liegt in den Familien, sie liegt in unserer Gesellschaft, sie liegt in unserem Schulsystem.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Aber das Gesetz muß das nicht unterstützen!)

Sie liegt in unseren Lehr- und Lerninhalten. Wenn es uns nicht gelingt, durch unsere Lehr- und Lerninhalte, durch unser Erziehungssystem und durch unsere gesellschaftlich veränderte Wahrnehmung die Mädchen genauso zu ermuntern, eine Berufsschule zum Abschluß zu bringen, ob sie ein Kind kriegen oder nicht, dann hilft uns auch der Zwang über ein Gesetz nichts.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich folgendes sagen:

Erstens: Es muß unser aller gemeinsames Anliegen sein, zu erreichen und in die Köpfe der Kinder zu vermitteln, daß Kinder keine Kinder kriegen sollten, daß junge Menschen, Mädchen und Jungen, erst einmal ihre Ausbildung machen sollten, ehe sie daran denken, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Da müssen wir ansetzen und nicht bei der Schulpflicht.

Zweitens: Es ist grundsätzlich jederzeit möglich, weiterhin die Schule zu besuchen. Ein Kind zu haben schließt einen nicht automatisch vom Schulbesuch aus. Da haben wir ja schon einiges erreicht im Vergleich mit früheren Schulgesetzen. Ich denke, wenn diese Möglichkeit gegeben ist und wenn es uns gelungen ist, in der Gesellschaft deutlich zu machen, daß auch Mädchen einen Berufsabschluß haben müssen, dann wird es uns auch gelingen, zu erreichen, daß sie das tun. Wenn zehn Jahre Schule es nicht schaffen, zu vermitteln, daß es wichtig ist, daß Mädchen einen Berufsschulabschluß und einen Ausbildungsabschluß haben, dann

(Carla Bregenzer)

schafft es auch der Zwang in den letzten eineinhalb Jahren nicht, die dann maximal noch bleiben.

Deshalb bleiben wir dabei: Es ist notwendig, Überzeugungsarbeit zu leisten. Es ist notwendig, inhaltliche Arbeit zu leisten. Es ist aber nicht notwendig, einen Zwang auszuüben.

Liebe Monika Schnaitmann, mit der Fürsorgepflicht, die wir gegenüber Mitgliedern von „Agnus Dei“ haben, hat das überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Da geht es um Kinder ab sechs Jahren und nicht um junge Menschen ab 16. Da geht es darum, daß Kinder mit sechs, mit acht, mit zehn Jahren der Schulpflicht entzogen werden, und zwar der Grund-, Haupt-, Real- und Gymnasialschulpflicht, und nicht darum, daß sie der Berufsschulpflicht entzogen werden, was gar nicht zwangsweise gegeben ist. Sie können ja ihre Schule zu Ende machen. Das Schulgesetz schließt es nicht aus.

Es ist also nicht die Sehnsucht der Frauen. Das wäre auch völlig falsch, weil es ja eigentlich die Sehnsucht der Männer ist,

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Du hast aber so argumentiert!)

daß die Frauen an Herd und Wiege gehören, und sicher nicht die Sehnsucht der Frauen.

(Abg. Zeller SPD: Einspruch! Nicht aller!)

— Nicht aller oder einiger oder vieler, tiefsitzend oder wie auch immer. Ich denke, es ist wirklich die falsche Voraussetzung, an diesem Punkt anzusetzen.

Ich will noch einen Punkt anfügen. Wenn wir dieses Gesetz ändern würden, dann müßten wir auch fordern — und das müßtest konsequenterweise eigentlich du fordern —, daß eine Kinderbetreuung sichergestellt wird.

(Abg. Wintruff SPD: So ist es, ja!)

Und das ist ein bißchen schwierig.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. König.

(Abg. Wintruff SPD: Verzichte!)

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach § 81 Abs. 2 des Schulgesetzes können Schülerinnen nach Vollendung des 16. Lebensjahres die vorzeitige Beendigung ihrer Berufsschulpflicht beantragen, und zwar nach der Eheschließung oder bei Mutterschaft.

Der Gesetzentwurf der Grünen begehrt, diese Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung der Schulpflicht zu streichen und die Schulpflicht lediglich drei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt des Kindes ruhen zu lassen. Dies würde bedeuten, daß eine berufsschulpflichtige Mutter die Schule bereits zwei Monate nach der Geburt ihres Kindes wieder besuchen müßte, anstatt sich weiter intensiv um ihr Kind kümmern zu können. Das heißt, sie müßte ihr Kind

während dieser Zeit in irgendwelche Obhut geben oder wir müßten, wie es bereits angeklungen ist, hier ebenfalls für die Betreuung sorgen.

Von der Seite der Grünen wird natürlich der Einwand kommen, daß ihr Gesetzentwurf ja auch vorsehe, die Berufsschulpflicht des Vaters auf Antrag der berufsschulpflichtigen Mutter widerruflich ruhen zu lassen. Abgesehen davon, daß wahrscheinlich sehr selten Fälle auftreten, bei denen beide Elternteile gleichzeitig noch schulpflichtig sind, kann ein Vater einem zwei Monate alten Säugling die Mutter wohl kaum vollwertig ersetzen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: In bestimmter Weise schon, ja! — Abg. Haasis CDU: Eine ganz neue Erkenntnis!)

zum Beispiel beim Säugen, es sei denn, wir krempeln vorher die Biologie entsprechend um.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel zeigt doch deutlich,

(Abg. Haasis CDU: Daß zwischen Frauen und Männern ein Unterschied besteht!)

wie unsinnig dieser Gesetzentwurf der Grünen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Er ist nicht nur unsinnig, sondern er ist auch in höchstem Maß unnötig.

Nach Auskunft des Kultusministeriums anläßlich der Beratung dieses Gesetzentwurfs im Schulausschuß

(Abg. Weyrosta SPD: Sind Sie falsch gesäugt worden!)

wurden in der Praxis aus diesen Gründen bisher nur ganz wenige Anträge auf vorzeitige Beendigung der Berufsschulpflicht gestellt. Diese wenigen Anträge wurden ausschließlich von jungen türkischen Frauen gestellt.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wir wissen ja aus Erfahrung — diejenigen, die im Schuldienst sind oder zumindest waren —, wie gewissenhaft viele Ausländer, insbesondere auch die Türken, mit unserer Schulpflicht in Deutschland umgehen.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, nun: Wollen Sie diese jungen türkischen Mütter im Ernst zum Besuch der Berufsschule zwingen

(Abg. Wintruff SPD: Was für Mütter?)

und sie vielleicht noch zwangsvorführen lassen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Der Gesetzentwurf mag für die Gesamtbilanz der Fraktion GRÜNE zwar gut sein, ansonsten aber ist er so unnötig

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Wie die Repls! — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

(König)

wie ein Kropf. Wir Republikaner werden ihm jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Schöttle CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt, Ernst, mach dich beliebt! Mach es kurz!)

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg sagt uns, daß 50 % der arbeitslosen Jugendlichen im Land ohne Hauptschul- und ohne Berufsbildungsabschluß sind. Die Konsequenz, die daraus zu ziehen ist: Wir müssen alles tun, um möglichst allen jungen Menschen einen Schul- und einen Ausbildungsabschluß angedeihen zu lassen. Insofern, liebe Monika Schnaitmann, kann man vom Ansatz her Verständnis für diesen Gesetzentwurf haben.

Das Problem ist, daß es Fälle gibt, in denen man Menschen nicht zu ihrem Glück — jedenfalls nicht zu ihrem sofortigen Glück — zwingen kann. Dies scheint hier der Fall zu sein. Ich behaupte schon — einmal ganz abgesehen davon, daß es sich um Einzelfälle, um sehr wenige Fälle handelt —, daß es im Fall eines 16- oder 17jährigen schwangeren Mädchens durchaus sinnvoll ist, diesem Mädchen in dieser ganz bestimmten Lebenssituation Beratung zu geben und es auch davon zu überzeugen, zu einem geeigneten Zeitpunkt seine Ausbildung fortzusetzen. Allerdings sage ich: Dieses Beratungssystem wird in diesem speziellen Fall eher funktionieren als der Knüppel des Gesetzes.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Drautz FDP/DVP: Genau! — Abg. Zeller SPD: Drautz ist aufgewacht!)

Deshalb, meine Damen und Herren, will ich zusammenfassend sagen: Diesen Gesetzentwurf brauchen wir nicht, aber Baden-Württemberg braucht die FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP — Lebhaftes Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle vom Ministerium für Kultus und Sport.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gegen Ende der heutigen Plenarsitzung und der Legislaturperiode scheint ja nun wirklich das allerwichtigste Thema auf der Tagesordnung zu stehen. Der vorliegende Gesetzentwurf verwundert eigentlich in doppelter Hinsicht, und zwar zum einen deshalb, weil in bester obrigkeitstaatlicher Tradition individuelle Lebensplanungen staatlichem Ermessen unterworfen werden sollen, und zum zweiten deshalb, weil die Initiative zu diesem Gesetzentwurf ausgerechnet von einer Partei ausgeht, die sich gemeinhin als Gralshüterin der Bürgerrechte versteht.

Wir haben in Baden-Württemberg eine ausgesprochen liberale Regelung für schwangere und verheiratete Schülerinnen. Diese Regelung hat sich in der Praxis bestens bewährt. Die Schulbesuchsverordnung unseres Landes überläßt es der

persönlichen Entscheidung einer schwangeren Schülerin, ob sie während ihrer Schwangerschaft die Schule besuchen möchte oder nicht. Sie kann also der Schule auch dann fernbleiben, wenn der Schulbesuch aus medizinischer Sicht völlig unbedenklich wäre.

Ich meine, das ist nicht nur eine sehr liberale Regelung, sondern auch eine sehr sinnvolle und kluge Regelung. Wenn eine Schwangere die Schule nicht besuchen will, so kann das ja sehr persönliche, in die Intimsphäre hineinreichende Gründe haben. Ich meine, daß der Staat nicht berechtigt sein sollte, diese Gründe zu erforschen. Er sollte vielmehr die Erklärung der betroffenen Schülerin einfach respektieren.

Viel mehr als einen solchen Gesetzentwurf benötigen wir eine erhöhte Sensibilität, zumal es sich bei den Betroffenen ja in der Regel um türkische Familien handelt. Würden unsere türkischen Mitbürger nicht das Gefühl bekommen, von deutschen Behörden in ihrer ganz persönlichen Lebensplanung korrigiert zu werden?

Meine Damen und Herren, ich kann eigentlich nur dringend davor warnen, von dieser Grundhaltung abzurücken. Ich bin deshalb dem Ausschuß für das eindeutige Votum dankbar.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Habe ich keine Redezeit mehr?)

— Bitte?

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Habe ich keine Redezeit mehr?)

— Sie haben an sich keine Redezeit mehr.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber?)

Möchten Sie noch etwas sagen, Frau Schnaitmann? — Ich würde sagen: Es ist ja heute die letzte Gelegenheit für Frau Schnaitmann, hier zu sprechen. Wenn Sie damit einverstanden sind, darf sie noch 1 Minute reden.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Jawohl!)

Bitte, Frau Abg. Schnaitmann.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Selbstverständlich soll es nicht unbedingt Aufgabe des Staates sein, darüber zu befinden, ob ein Kind versorgt werden kann oder nicht. Es kann aber nicht Aufgabe des Schulgesetzes sein, darüber vorab zu urteilen, ob eine jugendliche Schwangere noch in die Schule gehen will oder nicht. Das wird hier letztendlich so als Voraburteilung festgelegt.

Zweitens: Von allen Rednern ist interessanterweise nur die Situation beschrieben worden, daß es sich um eine Beendigung der Schulpflicht handelt, wenn eine Schwangerschaft vorliegt. Der zweite Teil, daß allein die Heirat genügt, ist eigentlich nie berücksichtigt worden. Deshalb sind eigentlich auch Argumente zur Kinderbetreuung in diesem Bereich

(Monika Schnaitmann)

hinfällig. Ich darf daran erinnern, daß wir in der Enquete-kommission Minderheitenvoten in bezug auf die Kinderbetreuung eingebracht haben. Daß die SPD da vielleicht nicht ganz mitkann, ist verständlich.

Und dann: Wenn schon die Liberalität eingeklagt und eingefordert wird, frage ich mich, warum dann nicht in einem zusätzlichen Gesetzentwurf steht, daß das gleiche Recht auch Jungen zusteht. Es steht bei Heirat eben nur Mädchen zu.

Ich gehe trotzdem aus dieser Diskussion sehr getröstet heraus. Ich habe gerade von der SPD signalisiert bekommen, daß dieser Gesetzentwurf, sollte er jetzt abgelehnt werden, Gegenstand unserer Koalitionsvereinbarungen sein wird, und deswegen danke ich der SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Lachen bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuß für Schule, Jugend und Sport schlägt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7057 vor, den Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/6882, abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich den Gesetzentwurf im ganzen zur Abstimmung bringe; er hat ja auch nur zwei Artikel. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Wir können also so verfahren.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/6882, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobel — Stimmenthaltungen? — Die ablehnenden Stimmen waren die Mehrheit. Damit ist der Gesetzentwurf in Zweiter Beratung abgelehnt. Eine weitere Beratung findet nach § 45 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht statt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben — Drucksachen 11/7024, 11/7035, 11/7036, 11/7037, 11/7038, 11/7039, 11/7040, 11/7041, 11/7048**

Herr Abg. Schaal hat darum gebeten, die Nummer 20 der Drucksache 11/7039 an den Petitionsausschuß zur nochmaligen Beratung zurückzuüberweisen.

Dagegen erhebt sich — — Entschuldigung, Herr Abg. Rebhan.

(Abg. Rebhan CDU: Ich erhebe Widerspruch!)

— Sie erheben Widerspruch. Ja, dann müßte der Antrag des Herrn Abg. Schaal vielleicht begründet werden. — Bitte, Herr Abg. Schaal.

(Unruhe)

**Abg. Schaal REP:** Nehmen Sie es gelassen. — Sie können sich selbst ein schönes Geschenk machen, wenn Sie dem schnell zustimmen. Es werden 2 Millionen DM sein, die wir an Steuergeldern sparen.

Ich komme zur Sache. Ich beantrage die Rücküberweisung dieser Petition — es handelt sich um Nummer 20 der Drucksache 11/7039 — an den Ausschuß mit der Empfehlung, einen Ortstermin anzusetzen. Ich erkläre das ganz kurz.

Eine teure Rückkultivierung einer noch voll funktionierenden Straße, die dringend sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Umleitungsverkehr bei Staus und Unfällen gebraucht wird, kann kein Verständnis bei Bürgern und betroffenen Gemeinden finden. In der Zwischenzeit sind dort, seit die B 27 gebaut ist, schon mehrere Unfälle passiert, und der Umleitungsverkehr geht durch reine Wohngebiete. Das ist das Problem.

Es kommt hinzu, daß der Petitionsausschuß nicht berücksichtigt hat, daß statt Rückkultivierung Flächen — —

(Abg. Jacobi GRÜNE: Bekannt!)

— Ich bin gleich fertig, aber man muß es doch sagen, sonst kann Herr Rebhan dazu gar nicht Stellung nehmen. Es geht um 2 Millionen DM und nicht um irgend etwas.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Dieser Flächenausgleich, der im Gesetz verpflichtend vorgesehen ist, kann — und die Gemeinde Kirchentellinsfurt hat das auch angeboten — gestellt werden. Deswegen bitte ich, diese Petition zurückzuverweisen. Mehr wollen wir nicht.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Rebhan als Vorsitzender des Petitionsausschusses.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Jetzt haben Sie die Chance, daß ich bei Ihnen zum ersten Mal klatsche!)

**Abg. Rebhan CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz.

Zunächst, damit das Hohe Haus im Bilde ist: Wir haben noch drei Sitzungen des Petitionsausschusses. Von daher ist es geschäftsordnungsmäßig möglich, die Petition nochmals zu behandeln. Aber der Kollege Schaal möchte ja nicht nur eine nochmalige Behandlung im Ausschuß, sondern er möchte einen Ortstermin.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja, genau!)

Und da muß ich sagen — das muß ich ganz kurz einmal vorlesen —, daß das, was er will, rechtlich nicht möglich ist. Allerdings verstehe ich insofern seine Forderung, als sich auch der Kreistag Tübingen — für mich unverständlicherweise — dieser Forderung mehrheitlich angeschlossen hat. Ich weiß nicht, warum der Landrat des Landkreises Tübingen diesem Beschluß nicht widersprochen hat, dem er meiner Meinung nach hätte widersprechen müssen.

Ich habe zum Herrn Kollegen Schaal gesagt, daß ich ihm anbiete, ohne daß ich dazu als Berichterstatter eine Verpflichtung hätte, einen Ortstermin zu machen, mich nochmals juristisch beraten zu lassen, ob es juristisch überhaupt möglich ist, eine andere Entscheidung zu fällen.

(Rebhan)

Ich bin der Meinung, es ist nicht möglich. Wenn es möglich sein sollte, dann wäre ich bereit, noch einen Ortstermin zu machen. Aber ansonsten halte ich es für sinnlos, noch einen Ortstermin durchzuführen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich so verfahren. Also nur Zurückverweisung an den Ausschuß.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Rebhan als Vorsitzender des Petitionsausschusses ist damit einverstanden, die Petition an den Ausschuß zurückzuverweisen. Was dann weiter geschieht, ist Sache des Petitionsausschusses. Sind Sie damit einverstanden? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Es soll, wie ich gehört habe, noch eine weitere Petition zurückverwiesen werden. — Bitte, Herr Abg. Rebhan.

**Abg. Rebhan CDU:** Herr Präsident, zur laufenden Nummer 17 in der Drucksache 11/7041: Da das Landratsamt eine andere Erklärung als die ursprüngliche abgegeben haben soll, wurde beantragt, auch diese Petition an den Petitionsausschuß zurückzuverweisen. Berichterstatter ist der Kollege Straub. Er hat diesem Verfahren zugestimmt. Deswegen kann auch ich mich diesem Verfahren anschließen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Erhebt sich Widerspruch gegen die Zurückverweisung auch dieser Petition? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Im übrigen stimmen Sie den Empfehlungen des Petitionsausschusses entsprechend den aufgerufenen Drucksachen zu. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Damit ist auch Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten — Drucksachen 11/6990, 11/6991, 11/7082**

Sie stimmen den Beschlußempfehlungen zu, wobei bei den einzelnen Empfehlungen jeweils das Abstimmungsverhalten im Ausschuß zugrunde gelegt wird. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 29. Dezember 1995, Az.: GR 3/95, und vom 18. Januar 1996, Az.: GR 1/96 — Normenkontrollverfahren des Landkreises Esslingen sowie der beiden Großen Kreisstädte Schorndorf und Waiblingen betr. § 4 Abs. 2 in Verbindung mit § 22 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung des Verbandes Region Stuttgart — Drucksache 11/7083**

Berichterstatter: Abg. Dr. Lang

Sie stimmen dieser Beschlußempfehlung zu. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 13 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 1995 — Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Entwurf einer Verordnung (EG) des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse und für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse — Drucksachen 11/6881, 11/7089**

Berichterstatter: Abg. Göbel

Sie stimmen auch dieser Beschlußempfehlung zu. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 14 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

**Kleine Anfragen — Drucksachen 11/6977, 11/6997, 11/7002**

Meine Damen und Herren, die auf der Tagesordnung stehenden Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet, oder aber die Fragesteller haben sich mit einer Fristverlängerung einverstanden erklärt.

Punkt 15 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

**Abgeordnetenbriefe**

Meine Damen und Herren, die Abgeordnetenbriefe wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet.

Damit ist auch Punkt 16 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz. — Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum letzten Punkt unserer Tagesordnung, zu Punkt 17, den ich hiermit aufrufe:

**Schlußansprache des Präsidenten**

Ich erteile mir zunächst selbst das Wort.

Meine Damen und Herren, traditionellerweise wird die letzte Plenarsitzung einer Wahlperiode mit einer Ansprache des Präsidenten abgeschlossen. Wie Sie wissen, werde auch ich zum Ende dieser Wahlperiode Abschied von diesem Haus und von der aktiven Politik nehmen. Meine letzte Rede soll freilich kein politisches Vermächtnis sein, sondern eine nüchterne Bilanz der vergangenen vier Jahre.

Die 11. Wahlperiode war geprägt von einer veränderten parlamentarischen Lage durch die Bildung der großen Koalition. Einer sehr starken Regierungsmehrheit stand eine zahlenmäßig eher kleine Opposition gegenüber. Aber trotz dieses Ungleichgewichts ist der Landtag, meine ich, seiner verfassungsmäßigen Rolle durchaus nachgekommen, und er hat seine Funktionen voll ausgeschöpft. Dies gilt jedenfalls

(Präsident Dr. Hopmeier)

für seine Hauptfunktionen, die Gesetzgebung und die Kontrolle von Regierung und Verwaltung.

Der Landtag hat von der Qualität wie von der Quantität her ein ehrgeiziges Gesetzgebungsprogramm bewältigt. Wir liegen, was die Zahl der im Parlament eingebrachten Gesetzentwürfe wie der verabschiedeten Gesetze angeht, eindeutig vor den entsprechenden Zahlen der 10. Wahlperiode. Darunter befinden sich wichtige, aber auch, wie ich gern einräumen will, politisch strittige Gesetze und vor allem einige Gesetze, die erst noch bei den Bürgern und den Kommunen die volle Akzeptanz finden müssen.

Vom Rang her das wichtigste Gesetz war die Änderung der Landesverfassung. Sie bewirkt zugleich ein Stück Parlamentsreform, weil sie die Wahlperiode mit Beginn des nächsten Landtags von vier auf fünf Jahre verlängert. Ich halte dies deswegen für eine gute Sache, weil damit ein erheblich längerer Zeitraum als bisher für die eigentliche parlamentarische Arbeit zur Verfügung steht.

Mit der Schaffung der Europaklausel in der Landesverfassung hat der Landtag verfassungsrechtlich die Folgerungen aus der Tatsache gezogen, daß die Beschäftigung mit der Europäischen Union, den europäischen Fragen überhaupt, zu einem dauernden Arbeitsthema des Landtags geworden ist. Die neue Verfassungsbestimmung und die auf ihr fußende Vereinbarung zwischen Landesregierung und Landtag geben die Gewähr, daß der Landtag umfassend und rechtzeitig über die Vorhaben der Europäischen Union unterrichtet wird.

Um wegen der veränderten parlamentarischen Konstellation die Kontrollfunktion des Parlaments nicht zu kurz kommen zu lassen, haben wir in dieser Wahlperiode die Minderheitsrechte erheblich erweitert und damit die Opposition gestärkt.

Wir haben in der Geschäftsordnung die einer Minderheit von einem Viertel der Abgeordneten vorbehaltenen Rechte, so etwa beim konstruktiven Mißtrauensantrag, in der Weise geregelt, daß sie auch von zwei Fraktionen wahrgenommen werden können, wenn diesen Fraktionen zusammen weniger als ein Viertel der Abgeordneten angehören.

Das gleiche Recht für zwei Fraktionen haben wir bei der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingeführt. Das hatte zur Folge, daß in dieser Wahlperiode drei Untersuchungsausschüsse eingesetzt wurden.

In dieser Wahlperiode haben wir in der Geschäftsordnung auch die Möglichkeit geschaffen, Enquetekommissionen unter Beiziehung externen Sachverständigen einzurichten. Der 11. Landtag hat das neue Instrument gleich genutzt und zu zwei politisch bedeutsamen Themen von hoher Aktualität jeweils eine Enquetekommission eingesetzt. Auch wenn es finanziell schwierig war, so hat der Landtag doch wichtige Empfehlungen der Kinderenquetekommission zur Verbesserung der Lage der Kinder in Baden-Württemberg umgesetzt.

Den Schlußbericht der Multimedia-Enquete, der im November letzten Jahres vorgelegt wurde und der eine Innovations- und Gestaltungsoffensive fordert, ist vom Landtag einstimmig verabschiedet worden.

Aus der Sicht des Landes ist ein wichtiger Erfolg die Einrichtung des Ausschusses der Regionen bei der Europäischen Union. Auch wenn es sich hierbei nur um ein Konsultativorgan handelt, sind damit die Länder und die Regionen bei der unmittelbaren Beteiligung in europäischen Angelegenheiten doch einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Als Vertreter von Ministerpräsident Teufel und Wirtschaftsminister Dr. Spöri haben im Ausschuß der Regionen Herr Kollege Vizepräsident Dr. Alfred Geisel und ich selbst zeitweise mitgewirkt.

Die grenzüberschreitende und die interregionale Zusammenarbeit der Parlamente ist mir in den vergangenen vier Jahren ein besonderes Anliegen gewesen. Nicht ohne Stolz darf ich feststellen, daß wir hier ein gutes Stück Weges vorangekommen sind. Zunächst haben wir die seit längerem bestehende Kooperation mit dem Regionalrat des Elsaß auf eine breitere Grundlage gestellt und durch die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe intensiviert. Und wir haben auch in einigen Bereichen ganz konkrete Ergebnisse in der Zusammenarbeit erzielt, insbesondere was den TGV-Ost und seine Anbindung an das deutsche Schienennetz, den Tarifverbund Straßburg-Ortenau und den Schutz der Rheinauenwälder angeht. Nicht zuletzt haben wir in der heutigen Plenarsitzung das Zustimmungsgesetz zum Abkommen über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit beschlossen, das den Kommunen die Möglichkeit zu direkten rheinübergreifenden Kooperationen und zur Schaffung gemeinsamer öffentlicher Einrichtungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt. Es liegt jetzt an den Kommunen entlang des Oberrheins, die sich dadurch eröffnenden Chancen zu ergreifen.

Mit meinen Kollegen aus Vorarlberg, aus den angrenzenden Schweizer Kantonen und aus Bayern habe ich die Initiative für eine engere Zusammenarbeit der Parlamente der Bodensee-Anrainerstaaten ergriffen, was dann zur Gründung der Parlamentarierkommission „Bodensee“ geführt hat. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Schaffung einer Euregio Bodensee nur mit den Abgeordneten als den gewählten Volksvertretern gelingen wird.

(Sehr gut! bei der SPD)

Nicht zuletzt haben wir die Zusammenarbeit der Regierungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaften der Vier Motoren für Europa auch auf parlamentarischer Ebene begonnen. Einige parlamentarische Arbeitsgruppen haben — so unter Vorsitz der Herren Kollegen Dr. Lang und Claus Weyrosta auch in Baden-Württemberg — schon Sitzungen durchgeführt. In der nächsten Wahlperiode muß dies aber sicher noch intensiver angegangen werden. Baden-Württemberg ist hierzu bereit.

Meine Damen und Herren, die Tendenz der europäischen Entwicklung ermutigt mich zu der Prognose: Der Landtag von Baden-Württemberg braucht die politische Union Europas nicht zu fürchten. Der Föderalismus ist das deutsche Angebot für die zukünftige politische Organisation unseres Kontinents, und er findet in der Europäischen Union und bei den beitrtrittswilligen Staaten immer mehr Resonanz.

Für ein Europa der Regionen müssen freilich die bestehenden Regionen selbst werben, und zwar dadurch, daß sie sich zu rationalem und effektivem Gestalten fähig erweisen —

(Präsident Dr. Hopmeier)

eine Herausforderung gerade für den neuen, den 12. Landtag von Baden-Württemberg.

Mit großem Erfolg, so meine ich, hat sich der Landtag durch eine Reihe bedeutsamer Veranstaltungen einem breiteren Publikum geöffnet und großes Echo in der Öffentlichkeit gefunden.

Ich darf zunächst an die aus Anlaß des Europatags am 5. Mai in den Jahren 1993, 1994 und 1995 durchgeführten Europaforen erinnern. So war es für mich in hohem Maße denkwürdig, wie ein Europäer der ersten Stunde, der frühere französische Ministerpräsident und ehemalige Bürgermeister von Straßburg, Pierre Pflimlin, gerade bei dem Thema „Jugend und Europa“ die jugendlichen Zuhörer für den europäischen Gedanken begeistert und durch seine Überzeugungskraft tief beeindruckt hat.

Das Thema des letztjährigen Europaforums mit der Eröffnungsansprache von Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel war die Regierungskonferenz 1996, die im März in Turin beginnen wird und deren Ergebnisse den weiteren europäischen Integrationsprozeß ganz entscheidend bestimmen werden.

Unmittelbare Anstöße für die praktische Politik hat der Tag behinderter Menschen im Parlament gegeben, den wir im Januar letzten Jahres in diesem Haus veranstaltet haben. Ich bin den Fraktionen sehr dankbar, daß sie in einer gemeinsamen Initiative die Ergebnisse der Gespräche und Begegnungen mit den behinderten Menschen aufgearbeitet haben. Es war für das Landesparlament ein wichtiger Tag mit der Möglichkeit, die Lebenswirklichkeit behinderter Menschen in unserer Gesellschaft besser kennenzulernen und zu verstehen.

Sehr früh, meine Damen und Herren, hat der Landtag auf das Aufkommen des Rechtsradikalismus in Deutschland und Baden-Württemberg reagiert und bereits im Januar 1993 auf dem Stuttgarter Marktplatz und im Landtagsgebäude einen Aktionstag gegen Haß und Gewalt organisiert. Von diesem Aktionstag ging landesweit eine Symbolkraft aus.

Ein besonders großes Echo in der Öffentlichkeit hat die Vortragsreihe „Europa 2000“ gefunden. Hochkarätige Referenten haben die Frage der weiteren Integration Europas und seiner künftigen Verfassung unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. Über die spezifische Parlamentsarbeit hinaus ist der Landtag damit ein Ort des Gedankenaustauschs und der Meinungsbildung geworden. Er hat der öffentlichen Diskussion zu diesem die Jahrtausendwende bestimmenden Thema wichtige Anstöße gegeben.

Wer, meine Damen und Herren, möchte bestreiten, daß die Kunst eine der wichtigsten gesellschaftlichen Erscheinungsformen ist und daß deshalb wechselseitige Beziehungen mit der Politik bestehen? Ich habe daher begonnen, das Landtagsgebäude auch für Kunstausstellungen zu öffnen. Die eine Ausstellung war mit dem Namen einer der schönsten Regionen unseres Landes, nämlich Bodensee/Oberschwaben, verbunden, die andere Ausstellung – „Rückkehr der Moderne“ – läuft noch und erinnert an die Bedrohung der Freiheit der Kunst durch ein diktatorisches Unrechtsregime.

Meine Damen und Herren, vor vier Jahren, bei meiner Antrittsrede, habe ich gesagt, daß der 11. Landtag Politik in schwieriger Zeit zu gestalten hat. Mein heutiger Rückblick sollte deutlich machen, daß diese Prognose eingetroffen ist. Auch in Zukunft sind schwierige Probleme zu lösen. Ich nenne nur die drängende Frage der Arbeitslosigkeit, die Diskussion um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Ich nenne den weiteren Weg der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas und seine Folgen für unser Land.

Ich wünsche den Abgeordneten des 12. Landtags, daß sie diese auf das Parlament zukommenden Aufgaben mit Elan meistern werden.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen vor vier Jahren versprochen, mich zu bemühen, Präsident des ganzen Landtags zu sein. Ich habe deshalb versucht, sämtlichen Mitgliedern des Hauses gerecht zu werden und zu den Fraktionen ein gutes Verhältnis zu finden. Ob mir das in allen Fällen gelungen ist, weiß ich nicht. Ich habe da selbst meine Zweifel. Aber die Gnade der Unfehlbarkeit erwirbt man eben mit der Wahl zum Parlamentspräsidenten nicht automatisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Sollte ich irgendeine Kollegin oder irgendeinen Kollegen gekränkt oder verletzt haben, bedaure ich das sehr. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben mir die Erfüllung meiner Aufgaben aber immer sehr erleichtert. Dafür möchte ich Ihnen in dieser Stunde des Abschieds besonders danken, vor allem auch meinen Kollegen Vizepräsidenten Dr. Geisel und Straub.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zahlreiche Abgeordnete dieses Hauses scheiden endgültig aus dem Parlament aus. Es ist mir ein persönliches Anliegen, mich diesen Kolleginnen und Kollegen zuzuwenden, die ihre volle Kraft und ihre ganze Energie in den Dienst dieses Hauses gestellt haben – manche fast ein halbes Leben lang. Sie haben sich damit auch um die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verdient gemacht.

An erster Stelle nenne ich meinen Stellvertreter, Herrn Vizepräsidenten Dr. Alfred Geisel. Sie, Herr Dr. Geisel, haben mich stets zuverlässig und loyal vertreten. Sie haben in den Sitzungen des Plenums durch Ihre Geschäftsordnungskennntnisse brilliert und bei Veranstaltungen das Parlament als charmanter Gastgeber vorzüglich repräsentiert. Nicht unerwähnt bleiben darf Ihr unermüdlicher Kampf für die Rechte des Landtags und seine Stellung im Verfassungsgefüge. Die Stärkung des Föderalismus auf Bundes- wie auf europäischer Ebene war Ihnen ein besonderes Anliegen. Als Verfassungsexperte haben Sie sich allseits Anerkennung erworben. Wir verabschieden Sie mit Respekt und großer Dankbarkeit.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Wolfgang Daffinger, Sie sind mit 34 Jahren Parlamentszugehörigkeit der dienstälteste Abgeordnete, den wir heute verabschieden. Mit viel persönlichem Einsatz und großer Ausdauer waren Sie in dieser langen Zeit Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Ganz besonders erwähnen möchte ich Ihr großes soziales Engagement. Sie haben sich in vor-

(Präsident Dr. Hopmeier)

bildlicher Weise für die Schwachen in unserem Land eingesetzt und für deren Rechte gekämpft. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Mit Herrn Kollegen Claus Weyrosta, der fast 30 Jahre diesem Haus angehört hat, verläßt sozusagen ein parlamentarisches Urgestein den Landtag. Als ehemaliger stellvertretender Fraktionsvorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, als Vorsitzender zunächst des Wirtschaftsausschusses und jetzt des Umweltausschusses haben Sie mit Ihrem Sachverstand die parlamentarische Arbeit außerordentlich bereichert. Dank Ihres geschliffenen Worts gehen Sie als Meister der parlamentarischen Rede in die Annalen des Landtags ein.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Zwei ausscheidende Mitglieder blicken auf 28 Jahre im Landtag zurück. Beide haben der Landesregierung als Staatssekretäre gedient und haben sich in diesem Amt als kompetente Sachkenner erwiesen. In ihrer Abgeordnetentätigkeit waren sie Volksvertreter im besten Sinne des Wortes. Ich danke den Kollegen Norbert Schneider und Ventur Schöttle für ihre Arbeit und auch für die Menschlichkeit, mit der sie ihre Ämter versehen haben.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Mit mir in den Landtag eingezogen sind die Kollegen Werner Baumhauer, Hugo Leicht und Dr. Robert Maus. Alle drei haben wichtige politische Führungspositionen erreicht. Sie, Herr Kollege Baumhauer, als Staatssekretär im Umwelt- und dann im Finanzministerium. Sie, Herr Kollege Leicht, als politischer Staatssekretär im Kultusministerium. Sie beide erfahren durch Ihr großes Sachwissen und Ihre Einsatzbereitschaft in allen politischen Lagern hohe politische Anerkennung. Sie, Herr Kollege Dr. Maus, haben lange Jahre mit viel Geschick und Umsicht den Innenausschuß als Vorsitzender geleitet. Besonders erwähnen möchte ich auch Ihren unermüdlichen Einsatz für eine Euregio Bodensee. Ihnen allen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Sie, Herr Kollege Dieter Stoltz, blicken auf eine 20jährige Parlamentstätigkeit zurück, in der Sie sich als wirtschaftspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion mit besonderem Engagement Energiefragen zugewandt haben. Sie waren und sind in diesem Fachbereich ein Experte, der allseits respektiert wird.

Als bodenständiger Landwirt — unter 146 Abgeordneten sind nur zwei in der Landwirtschaft tätig — vertreten Sie, lieber Herr Kollege Karl Östreicher, seit 17 Jahren den Wahlkreis Hohenlohe. Es wäre für das Parlament sicherlich von Vorteil, gäbe es auch künftig Volksvertreter Ihres Schlages: sachkundig und volksverbunden, geradlinig und prinzipientreu und mit einem knitzigen Humor ausgestattet.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Eine Reihe von Kollegen scheidet nach nunmehr vier Wahlperioden aus dem Landtag aus. Es sind dies die Kollegen Josef Dreier, Hans Dieter Köder, Dr. Karl Lang, Dr. Helmut Ohnewald sowie Josef Rebhan.

Sie, Herr Kollege Dr. Ohnewald, haben dem Land als Justizminister und der CDU-Fraktion als stellvertretender Vorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer gedient.

Sie, sehr geehrter Herr Kollege Dreier, waren in dieser Legislaturperiode politischer Staatssekretär im Wissenschaftsministerium und haben sich dadurch einen Namen gemacht.

Sie, Herr Kollege Dr. Lang, haben als langjähriger Vorsitzender des Ständigen Ausschusses rechtliche Maßstäbe gesetzt und waren bei allen Fraktionen dank Ihrer stets souveränen Sitzungsleitung anerkannt.

Herr Kollege Rebhan, Sie haben sich als Vorsitzender des ungemein wichtigen Petitionsausschusses als Notrufsäule der Bürger bewährt

(Heiterkeit)

und dieses Amt mit viel Engagement und großem Zeiteinsatz ausgeübt. Erst vorgestern haben Sie uns die Bedeutung des Petitionswesens für das Landesparlament dargestellt.

Nach früheren Meriten als parlamentarischer Geschäftsführer und finanzpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion haben Sie, Herr Kollege Köder, mit großem Erfolg die Multimedia-Enquete geleitet, die dem Land Wege in eine künftig fast total vernetzte Informationsgesellschaft weist.

Das Land Baden-Württemberg schuldet Ihnen allen, meine sehr verehrten Herren, großen Dank.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Auf 14 Jahre verdienstvolle Abgeordnetentätigkeit blickt Herr Kollege Peter Hund, der Sozialexperte seiner Fraktion zurück.

Ihm folgen die Kolleginnen und Kollegen, die zwölf Jahre Mitglieder des Landesparlaments waren. Es sind dies Herr Kollege Wolfram Meyer, ein allseits anerkannter Schulexperte der CDU-Fraktion, Herr Kollege Professor Dr. Karl Weingärtner, der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und ein besonders kunstsinniger Kollege, Herr Kollege Dieter Rempel, der Fachmann der CDU-Fraktion für Energie- und Wirtschaftspolitik, sowie Herr Kollege Roland Ströbele, bis vor kurzem engagierter Vorsitzender des Innenausschusses.

Frau Kollegin Dr. Marianne Schultz-Hector, die auf eigenen Wunsch vor gut einem halben Jahr als Kultusministerin aus der Regierung geschieden ist, verläßt nun auch den Landtag. Sie, liebe Frau Kollegin, haben sich dank Ihrer Persönlichkeit und Ihrer immensen Sachkunde als Schul- und Kulturpolitikerin großes Ansehen erworben. Sie erfahren bei Eltern wie bei der Lehrerschaft eine hohe Anerkennung.

Ihnen allen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Es folgen drei Abgeordnete, die dem Landtag acht Jahre angehört haben. Ich nenne die Herren Kollegen Reinhard Bütikofer, Hans Lorenz und Dr. Bernhard Scharf.

In Ihnen, Herr Kollege Bütikofer, verliert das Haus einen wortgewaltigen Finanzfachmann, der sich allseits Respekt

(Präsident Dr. Hopmeier)

erworben hat. Und auch die Herren Kollegen Lorenz und Dr. Scharf, die mit ihrer großen Berufserfahrung und Sachkunde die parlamentarische Arbeit bereichert haben, werden dem Landtag sehr fehlen. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Ich komme nun zu den parlamentarischen Youngstern, die das Haus wieder verlassen. Ich darf der Reihe nach erwähnen: Frau Kollegin Professor Dr. Claudia Hübner und Frau Kollegin Monika Schnaitmann, die Herren Kollegen Manfred Renz, Max Reimann, Bernhard Amann und Ivo Krieg. Auch Sie haben mit großem Engagement Ihr Mandat ausgeübt und sich in der Sacharbeit einen guten Namen verschafft. Ich danke Ihnen dafür.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Gerne erinnere ich hier auch an jene, die während der Wahlperiode aus dem Landtag ausgeschieden sind:

Hans Albrecht, der heute abend anwesend ist, das personifizierte Wir-Gefühl des Landtags, dem er 27 Jahre angehörte, davon zwölf Jahre als Vizepräsident und zu Beginn dieser Legislaturperiode als Alterspräsident. Ich danke ihm dafür.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Ich nenne die frühere Sozialministerin Barbara Schäfer und den im Jahr 1994 in den Bundestag gewählten Innenminister a. D. Dietmar Schlee sowie den in den Bundestag gewählten früheren Kollegen Rezzo Schlauch. Sie wurden schon bei ihrem Ausscheiden vom Landtag gewürdigt.

Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr in den Landtag zurückkehren, sage ich im Namen des ganzen Hauses herzlichen Dank für Ihre Arbeit und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

Last, but not least möchte ich auch der Landtagsverwaltung, an ihrer Spitze Herrn Landtagsdirektor Dr. Grupp, herzlich Dank sagen. Ein Präsident kann sein Amt nur mit Erfolg ausfüllen, wenn ihn die Landtagsverwaltung mit ganzen Kräften unterstützt. Dies war während meiner ganzen Amtszeit der Fall. Die von mir erwähnten Aktivitäten und Veranstaltungen konnten nur durchgeführt werden, weil ich mich auf die Landtagsverwaltung stets hundertprozentig verlassen konnte. Unsere Zusammenarbeit war von großem Vertrauen geprägt. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für ihr hervorragendes Engagement ganz herzlich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die 24 Jahre, die ich dem Landtag angehört habe, verschmelzen im Rückblick zu einer kurzen Zeit. Was bleibt, ist die Erinnerung an viele interessante und leidenschaftliche Debatten und Diskussionen. Was bleibt, ist die Befriedigung, daß ich an vielen wichtigen Entscheidungen mitwirken konnte. Was vor allem bleibt, ist das schöne Gefühl, daß ich über die Fraktionsgrenzen hinweg manche persönliche Freundschaft habe schließen können. Bei aller Härte in der politischen Auseinandersetzung: Das menschlich Verbindende ist aus meiner Sicht nie auf der Strecke geblieben.

Ihnen allen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jenen, die zu persönlichen Freunden geworden sind, und jenen, die mich ein bißchen weniger schätzen, werde ich auch als Ehemaliger stets verbunden bleiben.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, den Abgeordneten des 11. Landtags von Baden-Württemberg, und Ihren Familien persönlich alles Gute, den ausscheidenden Kollegen vor allem, daß sie ihren wohlverdienten politischen und parlamentarischen Ruhestand noch lange Zeit genießen dürfen. Unserem schönen Land Baden-Württemberg, seinen Bürgerinnen und Bürgern und seinem Parlament wünsche ich eine erfolgreiche Zukunft. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender, stehend dargebrachter Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Geisel.

**Abg. Dr. Geisel SPD:** Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Landtagspräsident hat in seiner bemerkenswerten Schlußansprache all jene Kolleginnen und Kollegen gewürdigt, die mit Ende dieser Wahlperiode aus freien Stücken aus diesem Hohen Hause ausscheiden. Dafür sei ihm ganz, ganz herzlich gedankt.

In seiner Laudatio ist freilich ein Name nahezu unerwähnt geblieben: der des Landtagspräsidenten selbst. Als seinem Stellvertreter fällt mir die ehrenvolle Aufgabe zu, Sie, lieber Herr Kollege Dr. Hopmeier, in dieser letzten Sitzung als Präsident und Mitglied des Hauses zu verabschieden.

24 Jahre haben Sie diesem Hohen Hause angehört. Ihr politisches Spektrum war vielseitig und breit gefächert. Es reichte von der Verfassungs- und Rechtspolitik über die Wirtschafts- und Verkehrspolitik bis hin zur Struktur- und Europapolitik.

Viermal wurden Sie zum Vorsitzenden bzw. stellvertretenden Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses gewählt. Ihre ebenso unparteiische wie unbestechliche Ausübung der Vorsitzendenfunktion hat Ihnen dabei hohen Respekt eingetragen.

Viele Jahre hat Kollege Dr. Hopmeier seiner Fraktion als Parlamentarischer Geschäftsführer und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gedient. 1988 in das Amt des zweiten Vizepräsidenten und im Juni 1992 mit überwältigendem Vertrauensvorschuß in das Amt des Landtagspräsidenten gewählt, haben Sie dieses Amt mit Würde repräsentiert. Ihre geschliffene Rhetorik, gepaart mit juristischem und politischem Sachverstand, verleiht Ihren Worten Gewicht nach innen und nach außen. Ihre umgängliche, fröhliche Art hat Ihnen Sympathien über die Grenzen Ihrer Fraktion hinaus und in der Öffentlichkeit des Landes eingetragen.

Sie, lieber Herr Kollege Hopmeier, haben sich schon vor Jahren als Anhänger des „Vereins für klare Aussagen“ bezeichnet. Ihre manchmal unverblümete Art zu formulieren, Ihre bisweilen unbekümmerten Bemerkungen

(Heiterkeit)

haben gelegentlich zu Mißverständnissen und Irritationen geführt und Ihnen bisweilen auch Widerspruch und Kritik

(Dr. Geisel)

eingetragen. Gerade in den letzten Wochen mußten Sie dies schmerzlich erfahren.

(Heiterkeit)

Wir alle wissen, meine Damen und Herren: Widerspruch und Kritik gehören zu einer freiheitlichen Demokratie. Damit müssen wir als Politiker alle leben, auch als Inhaber eines hohen Amtes.

Gerade aber deshalb möchte ich Ihnen, sicherlich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen dieser Verabschiedung freimütig und ehrlich bescheinigen, daß Sie nach besten Kräften bemüht gewesen sind, Ihr hohes Amt zuverlässig, unparteiisch, sachkundig und mit Engagement auszufüllen. Dafür danke ich Ihnen, lieber Herr Kollege Hopmeier, im Namen des ganzen Hauses. In diese Anerkennung schließe ich auch meinen ganz persönlichen Dank für acht Jahre vertrauensvoller Zusammenarbeit im engeren Landtagspräsidium ein.

Landtagspräsident Dr. Hopmeier war in seiner Amtszeit bestrebt, nicht nur die Kontakte zu befreundeten Parlamenten im Ausland zu pflegen und weiter auszubauen. Sein besonderes Interesse, gerade auch als Landtagspräsident, galt der Vertiefung der Idee eines geeinten Europas. Sie haben dies in Ihrer Schlußansprache sehr deutlich und eindrücklich zum Ausdruck gebracht.

Die von Ihnen geförderten Europaforen des Landtags sind ein weiteres sichtbares Zeichen dieses Engagements. Es ist bedauerlich, daß wir das letzte Europaforum in dieser Legislaturperiode nicht mehr aufarbeiten konnten.

Schließlich — auch darauf haben Sie in Ihrer Ansprache hingewiesen — haben Sie, lieber Herr Kollege Hopmeier, sehr viel unternommen, dieses Haus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Durchführung von Kunst- und sonstigen Ausstellungen, vor allem aber die von Ihnen initiierten Vortragsveranstaltungen haben den Landtag mehr denn je zum Schaufenster des politischen Wirkens in unserem Land werden lassen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang als gleichfalls Scheidendem, der 16 Jahre diesem Hohen Haus als erster Vizepräsident dienen durfte, einige wenige persönliche Bemerkungen.

Unsere langjährigen Bemühungen, im Zuge der Verfassungsreform in Deutschland den Landesparlamenten abhanden gekommene Befugnisse zurückzugeben, sind leider weitgehend gescheitert. Dies muß uns im Interesse eines wirkungsvollen Föderalismus mit Sorge erfüllen.

In gleicher Weise besorgt macht mich freilich aber auch die persönliche Erkenntnis, der Landtag werde sich seiner Stel-

lung und seiner Aufgabe als oberstes Verfassungsorgan nicht immer in genügendem Maß bewußt. Für den Landtag als unmittelbar vom Volk gewählte Vertretung wünschte ich mir mehr Eigenständigkeit und Selbstbewußtsein, gerade auch der Regierung gegenüber, und die wachsende Erkenntnis, daß neben der Gesetzgebung auch die wirksame Kontrolle der Exekutive eine originäre Aufgabe des gesamten Parlaments und nicht nur der parlamentarischen Opposition darstellt. Möge der neue Landtag diese ausgewogene Balance finden, die zum Wesensmerkmal einer parlamentarischen Demokratie gehört.

Ein Zweites: Ich wünschte mir, daß auch in turbulenten Zeiten in diesem Hohen Haus die Fairneß gewahrt wird und die Grenzen des menschlichen Anstands nicht überschritten werden.

Meine Damen und Herren, mit diesem kleinen persönlichen Vermächtnis, das Sie mir als Parlamentarier aus Leidenschaft bitte nachsehen möchten, verbinde ich den nochmaligen Dank an Sie, lieber Herr Kollege Hopmeier. Ich wünsche Ihnen, Ihrer verehrten Gattin und Ihrer Familie im Namen aller Mitglieder dieses Hauses Glück und Gesundheit für viele weitere Jahre. Diesem Parlament und unserem ganzen Bundesland möge eine gute Zukunft in einer friedvollen Welt beschieden sein. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Lieber Herr Kollege Vizepräsident Dr. Geisel, ich danke Ihnen für Ihre freundliche Würdigung meiner politischen Arbeit und meiner Person, und ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für den warmen Beifall hierfür. Ich würde die Unwahrheit sagen, wenn ich erklären würde, dies habe mir nicht gutgetan. Wenn man ein gewisses Alter erreicht hat — und ich habe es erreicht —, ist man gelegentlich für ein gewisses Lob nicht völlig unempfindlich. Noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der heutigen, der letzten Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg. Ich danke Ihnen, daß Sie so lange ausgehalten haben. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Schluß: 20.23 Uhr

**Statistische Angaben****über die Arbeit des 11. Landtags von Baden-Württemberg**

(Stand: 8. Februar 1996)

	11. Wahl- periode	10. Wahl- periode	9. Wahl- periode
<b>I. Gesetze</b>			
1. Gesetzentwürfe	168	157	93
– davon Gesetzentwürfe der Fraktionen und Abgeordneten	77	76	32
– Gesetzentwürfe der Regierung		91	8161
2. Verabschiedete Gesetze	105	92	70
<b>II. Anfragen und Anträge</b>			
1. Aktuelle Debatten	102	80	59
2. Fragestunden	31	34	35
mit Mündlichen Anfragen	199	284	294
3. Große Anfragen	120	62	57
– davon in den Ausschüssen behandelt	23	12	8
4. Kleine Anfragen	2 080	1 487	1 551
5. a) Selbständige Anträge (453 – ca. 15 v. H. der selbständigen Anträge gelten ohne Weiterberatung als durch die Stellungnahme der Regierung erledigt)	2 995	3 329	2 554
b) Nichtselbständige Anträge (Anträge zu Gesetzen und Großen Anfragen)	347	416	519
c) Dringliche Anträge	22	40	56
<b>III. Petitionen</b>	<b>7 265</b>	<b>8 866</b>	<b>8 978</b>

	11. Wahl- periode	10. Wahl- periode	9. Wahl- periode
<b>IV. Sitzungen</b>			
1. Plenarsitzungen	81	86	86
2. Ausschußsitzungen	614	516	425
Präsidium	41	42	30
Ständiger Ausschuß	30	32	37
Finanzausschuß	49	55	48
Wirtschaftsausschuß	36	34	37
Innenausschuß	28	31	31
Ausschuß für Schule, Jugend und Sport	30	31	34
Umweltausschuß	28	34	6
Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft	29	31	4
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt	—	—	28
Sozialausschuß	26	32	33
Verkehrsausschuß	23	—	—
Ausschuß für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst	19	—	—
Ausschuß für Wissenschaft und Forschung	24	31	32
Petitionsausschuß	34	45	34
Notparlament	1	3	3
Wahlprüfungsausschuß	2	4	2

### Verabschiedete Gesetze

1. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1992
2. Gesetz zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen) und über Zuständigkeiten nach dem Bauproduktengesetz
3. Gesetz zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen
4. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen über eine Staatliche Klassenlotterie
5. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
6. Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes
7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für Baden-Württemberg
8. Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerber-Unterbringungsgesetzes
9. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und des Meldegesetzes
10. Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1993 und 1994 (Staatshaushaltsgesetz 1993/94)
11. Gesetz über die Zulassung zum Hochschulstudium in Baden-Württemberg (Hochschulzulassungsgesetz — HZG)
12. Gesetz zur Änderung des Landesabwassergesetzes
13. Gesetz über die Statistik von Einrichtungen und Diensten zur Pflege und Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen (Pflege- und Betreuungsstatistikgesetz — PflegeStatG)
14. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg
15. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
16. Gesetz zur Neuordnung der Gebäudeversicherung
17. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
18. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags
19. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1993 und 1994
20. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich
21. Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlrechts und des Kommunalrechts
22. Gesetz zur Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes
23. Gesetz zur Aufhebung des badischen Viehversicherungsgesetzes
24. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“ und zu dem Staatsvertrag über die Überleitung von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunks und des RIAS Berlin auf die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“

25. Gesetz zur Umsetzung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum
26. Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz und des Landesjugendhilfegesetzes
27. Gesetz über die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart
28. Gesetz über das Epidemiologische Krebsregister für Baden-Württemberg (Landeskrebsregistergesetz — LKrebsRG)
29. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes
30. Zweites Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Zweites Rechtsbereinigungsgesetz — 2. RBerG)
31. Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Energiesicherung (EnSZuG)
32. Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Grundstücksverkehrsgesetz
33. Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes
34. Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes
35. Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, zur Änderung des Landesmediengesetzes und zur Änderung der Satzung für den „Süddeutschen Rundfunk“ in Stuttgart
36. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesrichtergesetzes
37. Gesetz zum Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts
38. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994
39. Gesetz zur Einführung einer einheitlichen Finanzkontrolle
40. Gesetz zur Eingliederung der Staatlichen Veterinärämter, zur Aufhebung der Staatlichen Gesundheitsämter, zur Übertragung von Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz auf untere Verwaltungsbehörden sowie zur Bereinigung fleischhygiene- und lebensmittelrechtlicher Zuständigkeiten (Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz)
41. Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
42. Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz — ÖGDG)
43. Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes
44. Gesetz über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg
45. Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes
46. Gesetz zur Änderung der Hochschulgesetze, zur Verbesserung der Lehrerbildung und zur Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen, zur Änderung des Berufsakademiegesetzes, des Studentenwerkgesetzes, des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst, des Landesbesoldungsgesetzes und der Verordnung der Landesregierung über die Ausbildung und Prüfung der Juristen
47. Gesetz zur Änderung des Kammergesetzes
48. Gesetz zu dem Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Genehmigung zur Führung akademischer Grade ausländischer Hochschulen und entsprechender ausländischer staatlicher Grade vom 29. Oktober 1992

49. Gesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes und des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit
50. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung
51. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal und zur Änderung des Landesmediengesetzes
52. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg
53. Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 (Staatshaushaltsgesetz 1995/96)
54. Gesetz über öffentliche Spielbanken (Spielbankengesetz — SpBG)
55. Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes
56. Gesetz zur Änderung von Aufsichts- und Prüfstellen in der Sozialversicherung
57. Gesetz zu dem Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten
58. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung von Kurorten und Erholungsorten
59. Gesetz zur Umsetzung der Bahnstrukturreform und zur Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg
60. Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes
61. Gesetz zur Neuorganisation der Psychiatrischen Landeskrankenhäuser
62. Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes
63. Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes
64. Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes
65. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)
66. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
67. Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Rottenburg
68. Gesetz zur Umsetzung der Pflegeversicherung in Baden-Württemberg (Landespflegegesetz — LPfG)
69. Gesetz zur Änderung des Wassergesetzes für Baden-Württemberg
70. Gesetz zur Änderung des Sammlungsgesetzes
71. Gesetz über die Teilnahme von Unionsbürgern an kommunalen Wahlen und Abstimmungen
72. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes
73. Gesetz über die Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern (Eingliederungsgesetz — EglG)
74. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1995 und 1996
75. Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
76. Gesetz zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Landesgleichberechtigungsgesetz — LGlG)
77. Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes
78. Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung (ADV-Zusammenarbeitsgesetz — ADVZG)
79. Gesetz zur Änderung des Landesmeldegesetzes

80. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften
81. Gesetz zur Änderung des Kindergartengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes
82. Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages (Zweiter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
83. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zur Änderung des Landesmediengesetzes
84. Drittes Gesetz zur Bereinigung des baden-württembergischen Landesrechts (Drittes Rechtsbereinigungsgesetz — 3. RBerG)
85. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung
86. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
87. Ausführungsgesetz zum Wasserverbandsgesetz (AGWVG)
88. Gesetz zur Änderung des Blindenhilfegesetzes
89. Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg
90. Gesetz zur Umwandlung der Sparda-Bank Karlsruhe
91. Gesetz zur Änderung des Eigenbetriebsgesetzes und zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg
92. Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes
93. Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes und der Landeswahlordnung
94. Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
95. Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes
96. Gesetz zur Änderung des Landesjugendhilfegesetzes und des Jugendbildungsgesetzes
97. Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes
98. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes
99. Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes und zur Änderung des Landesreisekostengesetzes
100. Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes
101. Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestfunk
102. Gesetz zu dem Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen
103. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
104. Gesetz zur Änderung des Spielbankengesetzes
105. Gesetz über die Sicherheitsüberprüfung aus Gründen des Geheimsschutzes (Landessicherheitsüberprüfungsgesetz — LSÜG)

\*